



## Idole & Rivalen

Herbstausstellung des Kunsthistorischen Museums Wien von 20.09.2022 bis 08.01.2023



# Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Landsleute,

am 9. Oktober werden wir einen Bundespräsidenten wählen. So viele Bewerber wie diesmal, ja, es gibt keine Bewerberin, gab es noch nie: Sechs Herren haben die 6.000 notwendigen Unterstützungserklärungen abgeliefert und auch den gesetzlich vorgesehenen Kostenbeitrag in der Höhe von 3.600 € beim Innenministerium eingezahlt. Zwei Bewerber kamen nicht auf den Stimmzettel, da es ihnen an Unterstützung mangelte, ein weiterer hat nichts eingezahlt. Wir haben für Sie auf den Seiten 92 und 93 die Kandidaten kurz vorgestellt, Links führen jeweils auf deren Internetauftritte, wo Sie sich eingehend über die Vorstellungen informieren können, wie diese das höchste Amt ausführen würden, sollten sie gewählt werden.

Lesen Sie dann in unserer Ausgabe 205 (wird am 19. Dezember erscheinen), wer die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte, wer für die nächsten sechs Jahre unser Staatsoberhaupt sein wird...

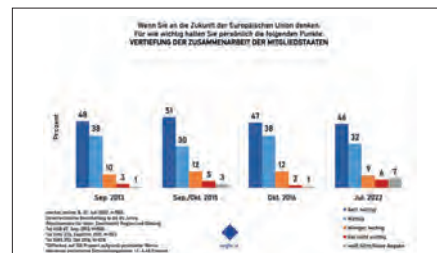
Alles Gute und liebe Grüße aus Wien

Michael Mössmer

Redaktionsschluß war am 16.09.

## Der Inhalt der Ausgabe 204

Arbeitsbesuch in Rom	3	Tiergarten Schönbrunn	
»I salute the Queen...«	5	wurde 270 Jahre alt	105
<b>Aus dem Parlament</b>	<b>7</b>	Die Mittersiller Amtshandlung	107
<b>Aus dem Bundeskanzleramt</b>	<b>20</b>	U2-Station Volkstheater	108
<b>Aus dem Außenministerium</b>	<b>35</b>	Innendesign des Nightjets	
Einbürgerungen im		der neuen Generation	109
1. Halbjahr 2022 plus 61 %	59	Weltweite Auszeichnungen	
ADA: 579 Projekte und Programme	60	für Österreichs Weine	111
Umfrage zur EU-Erweiterung	61	Ein Prost auf heimische Bierkultur	113
Index für die digitale Wirtschaft		Neuer Generalstabschef	114
und Gesellschaft	64	Stelzer ehrt langjährigen	
AIRPOWER22	66	Gemeindebundpräsidenten	115
Ansiedlung: Österreich		Neuer ÖAW-Präsident	116
international auf Platz 9	71	Pioniere der Quantenphysik	
Leon Zelman Preis für Dialog		ausgezeichnet	118
und Verständigung 2022	72	Prof. Gottfried Kumpf	
Weltpremiere für Robotbar	74	unerwartet gestorben	119
<b>Aus den Bundesländern</b>	<b>75</b>	Weinkönigin Susanne I.	120
<b>Dachverband PaN</b>		Tiroler Abordnung bei	
Rosthorn-Medaille 2022	87	Papst Franziskus	121
PaN-Sommerkonzert 2022	88	Altbischof Herwig Sturm	
PaN Sommerfest	89	wurde 80	127
Schweizer Bundesfeiertag	91	Gräberfeld von Kopilo in	
<b>Bundespräsidentenwahl 2022</b>		Zentralbosnien	128
Sieben Wahlwerber haben aus-		Der »Southern Arc« und seine	
reichend Unterstützungser-		bewegte genetische Geschichte	130
klärungen für die Wahl am		Templer-Rätsel lösen	132
9. Oktober abgegeben...	92	Eine perfekte Falle für Licht	134
Österreichs Wirtschaft auf		Ein Quantencomputer rechnet	
dem Weg in eine milde Rezession	94	mit mehr als Null und Eins	136
WIFO-Konjunkturbericht August	96	Die »elektrische Pille«	137
Nächtigungen: Vorkrisenniveau		ÖBB-Präzisionsarbei	
fast erreicht	97	mit 2.200 Tonnen	138
VIE: Flughafengeschäft		Ausstellung im Kunsthistorischen	
brummt wieder ordentlich	98	Museum: Idole & Rivalen	139
Luxusimmobilienmarkt		Ausstellung im Belvedere:	
ist 4,15 Mrd. Euro groß	100	Avantgarde und Gegenwart	145
Unterhaltungs- und Medien-		Tiroler Landesmuseum:	
branche wieder im Aufschwung	101	Die Ausstellung als Kunstwerk	148
100 Jahre Niederösterreich	103	Pratermuseum NEU	150
		Chopin: wichtiger Balsam für unser	
		Miteinander	153



Umfrage zur EU-Erweiterung

61



Bundespräsidentenwahl 2022

92



Tiroler Abordnung beim Papst in Rom

121



Das Gräberfeld von Kopilo

128



Kartause Gaming: 38. Chopin-Festival

153

**Impressum:** Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag, A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1; alleiniger Eigentümer, für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer. Unternehmensgegenstand: regelmäßige Herausgabe einer Zeitschrift für unsere Landsleute im Ausland. Fotos auf der Seite 2: Österreichische Gesellschaft für Europapolitik; Bwag / CC-BY-SA-4.0; Diözese Innsbruck / Sigl; ÖAW-ÖAI / Foto: I. Petschko; PaN / WJG

# Arbeitsbesuch in Rom

Bundespräsident Alexander Van der Bellen reiste mit einer Wirtschaftsdelegation nach Rom – Treffen mit Präsident Mattarella und Besuch bei Energiekonzern ENEL



Foto: HBF / Carina Karlovits

Bundespräsident Alexander Van der Bellen traf Italiens Staatspräsidenten Sergio Mattarella in Rom

Bundespräsident Alexander Van der Bellen ist am Abend des 13. September mit einer Delegation österreichischer Unternehmer unter der Leitung von Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer in Rom eingetroffen. Mit dabei waren österreichische Unternehmen, deren Fokus auf erneuerbaren Energien liegt. Van der Bellen und Mahrer, die am 14. September vom italienischen Präsidenten Sergio Mattarella zu einem Mittagessen empfangen wurden, besuchten zuvor den Sitz des Energiekonzerns ENEL.

„Italien ist unser zweitwichtigster Wirtschaftspartner und hat im Bereich grüne Energie große Kompetenzen. Es ist daher eine gute Idee, daß sich österreichische Unternehmen Italien extra widmen“, sagte Van der Bellen bei einem Treffen mit den Beteiligten der Wirtschaftsdelegation in Rom. Italien sei der Hauptbegünstigte des von der EU finanzierten „Recovery Plans“. Ein beträchtlicher Teil der Geldmittel aus dem Plan sei dem Be-



Foto: HBF / Carina Karlovits

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (r.) und Wirtschaftskammer-Präsident Harald Mahrer (l.) bei ihrem Besuch bei ENEL-Chef Francesco Starace



## Österreich, Europa und die Welt

reich grüne Energien gewidmet, erklärte Van der Bellen. „Italien plant in den nächsten Jahren große Investitionen im Bereich grüne Energien und die Hoffnung ist, daß auch österreichische Unternehmen sich beteiligen können“, betonte Van der Bellen.

Italien sei wie Österreich bemüht, seine Abhängigkeit von russischen Gasimporten zu reduzieren. „In dieser Hinsicht haben Italien und Österreich idente Interessen. Österreich hat Know-how in den verschiedensten Gebieten anzubieten. Wir sind nicht klein, wir haben viel Kompetenz im Bereich grüne Technologien, aber wir müssen selbstbewußter auftreten“, so Van der Bellen. Der Ukraine-Konflikt habe klar gemacht, wie wichtig es sei, alternative Energiequellen zu finden.

Mahrer betonte, daß Österreich mit seiner Technologie im Bereich erneuerbarer Energien sehr erfolgreich sei. Green economy schaffe gut bezahlte Jobs und hochwertige Wertschöpfung. Für jeden Job im Bereich fossiler Energien können drei Jobs im Bereich grüner Technologien entstehen. „Wir arbeiten an energiepolitischen Lösungen auf europäischer Ebene, damit wir die aktuelle Energiekrise bewältigen können“, betonte Mahrer.

Van der Bellen und die Delegation aus mehreren im Bereich grüne Energie aktive Unternehmen trafen mit ENEL-Chef Francesco Starace zusammen. „Hier in Rom sind einige der besten österreichischen Spezial-



Foto: HBF / Carina Karlovits

Treffen der österreichischen Wirtschaftsdelegation mit Vertretern der ENEL Group

sten im E-Tech-Sektor präsent. ENELs CEO Starace hat großes Interesse für die österreichischen Unternehmen gezeigt, die in sehr unterschiedlichen Bereichen aktiv sind“, erklärte der Bundespräsident.

Zu der österreichischen Wirtschaftsdelegation gehörten Thomas Gangl, CEO der Borealis AG, der CEO von AVL List Helmut List und der CEO von PV-Invest, Günther Grabner.

Anwesend waren auch Vertreter von Rosenbauer International, Salzburg AG,

Schell GmbH, VTU Group und WEB Windenergie.

Mahrer betonte, daß Österreich mit seiner Technologie im Bereich erneuerbarer Energien sehr erfolgreich sei. Green economy schaffe gut bezahlte Jobs und hochwertige Wertschöpfung. Für jeden Job im Bereich fossiler Energien können drei Jobs im Bereich grüner Technologien entstehen. „Wir arbeiten an energiepolitischen Lösungen auf europäischer Ebene, damit wir die aktuelle Energiekrise bewältigen können.“ ■



Foto: HBF / Carina Karlovits

Die österreichische Wirtschaftsdelegation mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Wirtschaftskammer-Präsident Harald Mahrer



## Österreich, Europa und die Welt

### »I salute the Queen, her life's work for the United Kingdom and the Commonwealth«

**B**undespräsident Alexander Van der Bellen zum Tod von Königin Elizabeth II: „Es fällt schwer, sich eine Welt ohne die Queen vorzustellen.“

Queen Elizabeth II. war nicht nur Zeitzeugin fast eines Jahrhunderts, sie war eine maßgebende Persönlichkeit in der Weltgeschichte.

Eine Ikone der Integrität, der Stabilität und Verlässlichkeit.

Auch in bewegten Zeiten hat sie ihre Autorität, ihre Zuversicht, ihre Disziplin, ihr Pflichtbewußtsein, ihre Standhaftigkeit und auch ihren feinen britischen Humor niemals verloren.

Sie hat das Weltgeschehen von fast einem Jahrhundert begleitet.

Sie hat gemeinsam mit Winston Churchill, Michael Gorbatschow, Willy Brandt, Helmut Kohl, François Mitterrand, Margaret Thatcher, Angela Merkel und vielen, vielen weiteren Personen der Weltgeschichte und Architektinnen und Architekten unserer freien Welt den Austausch gepflegt. Kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs ist sie als

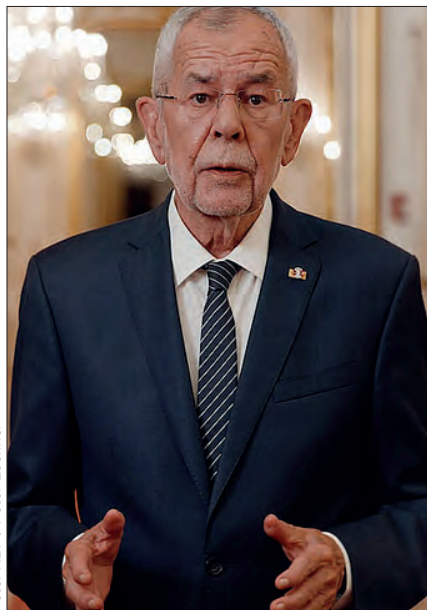


Foto: HBF / Peter Lechner

*Bundespräsident Alexander Van der Bellen*

junge Frau Königin geworden und hat die Zeit des Aufschwungs in Europa, das Ende des Eisernen Vorhangs, den Fall der Berliner Mauer, die Auflösung der Sowjetunion und

die Entwicklung der Europäischen Union gesehen.

Jetzt wird das Vereinigte Königreich ohne seine Königin und mit einem König weiter seinen Weg gehen.

Aber eines wird bleiben: Ihr Lebenswerk.

Sie hat den Weg ihres Landes vom britischen Empire, das sich über die halbe Welt erstreckt hat, zum Land in Europa, das wir immer geschätzt haben und das uns immer auch im Herzen nahe war, begleitet.

Sie war eine gute Kraft in der Welt.

Farewell, Queen Elizabeth.“

In einer in Videobotschaft in englischer Sprache sagte der Bundespräsident: er grüße die Königin und ihr Lebenswerk für das Vereinigte Königreich und das Commonwealth. Im Namen der Republik Österreich und aller hier lebenden Menschen sprach er „Seiner Majestät König Charles III. und allen Mitgliedern der königlichen Familie sowie der Bevölkerung des Vereinigten Königreichs und des Commonwealth“ sein tiefstes Beileid und seine aufrichtige Anteilnahme aus. ■

### »Internationale Zusammenarbeit ist angesichts der aktuellen Herausforderungen wichtiger denn je!«

**B**undespräsident Alexander Van der Bellen hat am 8. September dem Ban Ki-moon Centre for Global Citizens in Wien einen Besuch abgestattet. Das vom südkoreanischen Ex-UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon und Altbundespräsident Heinz Fischer 2018 gegründete Zentrum vergibt Stipendien an Frauen und Jugendliche, um die Idee der Weltbürgerschaft (global citizenship) zu fördern und die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) im Rahmen der Agenda 2030 der UNO voranzutreiben.

Van der Bellen wurde in dem in Wien-Landstraße ansässigen Zentrum von den beiden Gründern Ban und Fischer empfangen und durch das Gebäude geführt, wie der APA mitgeteilt wurde. Im Anschluß sprach man über die Herausforderungen und Auswirkungen des Ukraine-Krieges und die Energiesicherheit. „Was das Ban Ki-moon Centre hier in Wien geschaffen hat, ist wirklich bemerkenswert“, würdigte der Bundespräsident die Einrichtung im Anschluß laut einer Aussendung. „Klares Ziel der Organisation ist das Vorantreiben der Umsetzung der UNO-



Foto: HBF / Peter Lechner

*v.r.: Altbundespräsident Heinz Fischer, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Ban Ki-moon im nach letzterem benannten Centre for Global Citizens in Wien*

Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaabkommens. (...) Wir erleben multiple Krisen, ausgelöst durch Pandemie und Krieg gegen die Ukraine: Energiekrise, Versorgungskrise, Teuerung. Wir können diese Krisen nur gemeinsam meistern“, hieß es weiter.

Ban Ki-moon hatte die Vereinten Nationen von 2007 bis 2016 als Generalsekretär geführt. Am 6. September hatte er auch Bundeskanzler Karl Nehammer einen zu einem Gespräch im Bundeskanzleramt getroffen. (siehe Seite 32). ■



## Neu akkreditierte BotschafterInnen

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing am 6. Juli neue BotschafterInnen und nahm ihre Beglaubigungsschreiben entgegen



Senate Barbara Masupha, Botschafterin des Königreichs Lesotho



Sakal Nong, Botschafter des Königreichs Kambodscha



Pengiran Hajah Kartini Pengiran Haji Tahir, Botschafterin von Brunei Darussalam



Miguel Maria Simões Coelho de Almeida e Sousa, Botschafter der Portugiesischen Republik

Alle Fotos: HBF



# Aus dem Parlament

## Austausch mit dem Premierminister von Georgien

Am Nachmittag des 8. Juli empfing Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka den Premierminister von Georgien, Irakli Garibashvili, anlässlich dessen Besuchs in Österreich. Themen des Gesprächs waren die Beziehungen zwischen den beiden Staaten und der Europäischen Union, die Situation in der Region und die parlamentarischen Beziehungen.

Erschüttert zeigte sich Nationalratspräsident Sobotka eingangs über den brutalen Mord am ehemaligen japanischen Ministerpräsidenten Shinzo Abe. Es brauche eine umfassende Strategie für die Sicherheit der demokratischen Institutionen und ihrer VertreterInnen. Dies gelte insbesondere auch für den digitalen Raum, betonte Sobotka mit Verweis auf Fake News und Cyber-Kriminalität. Es bedürfe hier gemeinsamer internationaler Regelungen. Auf parlamentarischer Ebene sollte dies im Rahmen der Interparlamentarischen Union angesprochen werden.

Nicht nur die europäische sondern die weltweite Friedensarchitektur sei durch den illegalen, ungerechtfertigten und unprovokierten russischen Angriff gegen die Ukraine durcheinander geraten und in Frage gestellt worden, betonte der Nationalratspräsident. Österreich unterstütze alle Initiativen für einen Waffenstillstand. Aus aktueller Sicht sei der Angriff nicht überraschend gewesen, es hätte viele Anzeichen und Aussagen gegeben, die angesichts der Entwicklungen anders gedeutet hätten werden müssen. Besorgt zeigte sich Sobotka über die jüngsten Aussagen von Präsident Putin, die eine Verschärfung der Situation im Herbst – auch hinsichtlich der Gasversorgung Österreichs – befürchten lassen. Mit Blick auf die multipolare Krisensituation, durch Krieg, Migration, Wirtschafts- und Energiekrise, trete immer deutlicher zutage, daß Probleme auf EU- und internationaler Ebene nur gemeinsam gelöst werden können.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Georgien seien auf allen Ebenen ausgezeichnet und hätten zuletzt eine sehr positive Dynamik erfahren, hob Sobotka hervor. Diese hätten Potenzial für einen weiteren Ausbau auf vielen Ebenen waren sich Sobotka und Garibashvili einig.

Georgien sei Teil der europäischen Familie und Österreich begrüße und unterstütze



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (r.) begrüßt Premierminister Irakli Garibashvili in Wien

deshalb Georgiens Weg nach Europa, strich Sobotka hervor. Die europäischen Ambitionen hätten eine Reihe von Schlüsselreformen in Georgien vorangetrieben, aber weitere Schritte seien notwendig, so der Nationalratspräsident.

Die beiden Gesprächspartner erörterten zudem die aktuelle politische Gesamtsituation in der Region. Sobotka betonte, daß Österreich an der Stabilität, Souveränität und territorialen Integrität von Georgien interessiert sei und diese voll und ganz unterstützen werde.

Stolz zeigte sich Sobotka auch über die sehr guten Beziehungen zwischen den Parlamenten der beiden Länder und den regelmäßigen Austausch, der sowohl auf Ebene der Parlamentspräsidenten als auch auf Ebene der Bilateralen Parlamentarischen Gruppe fortgesetzt werde. ■

## Sobotka in Südtirol, Venetien und Friaul

Für offizielle Besuche reiste Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka Anfang der 29. Woche nach Südtirol und weiter nach Ve-



Foto: Parlamentsdirektion / Südtiroler Landtag / Martin Werth

Gruppenfoto mit (v.l.) Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Südtirols Landtagspräsidentin Rita Mattei und Niederösterreichs Landesrat Martin Eichinger



## Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Südtiroler Landtag / Martin Werth



Gruppenfoto mit dem Generalkonsul in Mailand Clemens Mantl, Südtirols Landtagsvizepräsident Josef Noggler, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Südtirols Landtagspräsidentin Rita Mattei (Mitte), Niederösterreichs Landesrat Martin Eichtinger (3. v.r.), Südtirols Landtagsabgeordnete Maria Elisabeth Rieder und Südtirols Präsidialsekretär Helmth Renzler

netien und Friaul. Im Rahmen des Besuchs traf Sobotka mit dem Präsidium des Südtiroler Landtags bzw. für ein Gespräch mit Landtagspräsidentin Rita Mattei, mit dem Südtiroler Landesrat Arno Schuler, mit dem Regionalratspräsidenten von Venetien, Roberto Ciambetti, sowie mit dem Regionspräsidenten von Friaul-Julisch Venetien, Massimiliano Fedriga, zusammen.

Themen der Gespräche waren unter anderem die Sorge um Wassermangel in Europa, insbesondere in Oberitalien, in Verbindung mit steigenden Energie- und Nahrungsmittelpreisen. Angesichts des Klimawandels und der zu erwartenden hohen Temperaturen gelte es, beim Wassermangel nachhaltige und gemeinsame Lösungen zu finden, so der Nationalratspräsident im Austausch mit der Landtagspräsidentin Südtirols. Gesprächsstoff bot auch der Bau des Brenner Basistunnels, mit dem Thema, den Transitverkehr auf die Schiene zu verlagern. Auch eine etwaige Anpassung der Mautkosten und der Ansatz für ein elektronisches Reservierungssystem für LKWs („slot system“) wurden dabei erörtert.

Im Hinblick auf Tourismusförderung etwa sprach Sobotka mit dem Südtiroler Landesrat für Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Bevölkerungsschutz und Tourismus, Arno Schuler, unter anderem über die regionalen Kooperationen Euregio Tirol-Südtirol-Trient und „Ohne Grenzen – Senza Confini“ zwischen Kärnten, Friaul-Julisch Venetien und Veneto, die beispielhaft für Europa seien. Solcherart Projekte würden auch einen spür-



Foto: Parlamentsdirektion / Südtiroler Landtag / Martin Werth

Linke Tischhälfte: Italienische Delegation unter der Leitung des Präsidenten des Regionalrats der Region Veneto Roberto Ciambetti (3. v.l.); rechte Tischhälfte: Österreichische Delegation unter der Leitung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (2. v.r.)

barer Mehrwert für BürgerInnen in den Regionen auch im Bereich Tourismus darstellen, so der Nationalratspräsident.

Mit dem Regionalratspräsidenten von Venetien, Roberto Ciambetti, tauschte sich Sobotka neben dem Thema Wassermangel etwa über den starken Anstieg bei den Immobilienpreisen, Kreditzinsen und Mietpreisen aus. Es brauche hier einen Fokus auf die Schaffung von leistbarem Wohnraum für junge Leute und vor allem für Familien, so Sobotka im Gespräch.

Im Austausch mit Massimiliano Fedriga, Regionspräsident von Friaul-Julisch Vene-

netien, bezeichnete es der Nationalratspräsident im Hinblick auf einen anhaltend hohen Migrationsdruck als zentrales Anliegen, den integrierten Grenzschutz und die Migrationssteuerung in Nordafrika zu stärken, insbesondere in Tunesien und Libyen. Eine engere Zusammenarbeit Italiens und Österreichs im Bereich externe Dimension, also der Kooperation mit Herkunfts- und Transitstaaten, stelle einen möglichen Lösungsansatz dar, um den Migrationsdruck auf Italien über die zentrale Mittelmeerroute zu reduzieren, zeigte sich Nationalratspräsident Sobotka überzeugt. ■



## Österreich, Europa und die Welt

### Informelles Austerlitz-Treffen

Das niederösterreichische Schloß Grafenegg war am 18. September Schauplatz des informellen Treffens der ParlamentspräsidentInnen von Österreich, Tschechien und der Slowakei im Austerlitz-Format.

Der russische Angriff auf die Ukraine, dessen politische und wirtschaftliche Effekte sowie die Bemühungen der drei Länder, demokratisches Bewußtsein zu fördern, waren die Hauptthemen des Austausches zwischen Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, der Präsidentin des tschechischen Abgeordnetenhauses, Markéta Pekarová Adamová, und dem stellvertretenden Präsidenten des slowakischen Nationalrats, Milan Laurenčík.

Als bewährtes Instrument der regionalen Zusammenarbeit und politischen Abstimmung habe das Austerlitz-Format sowohl durch die Pandemie als auch den Krieg in der Ukraine zusätzlich an Bedeutung gewonnen, zeigte sich Sobotka im Gespräch mit seinen AmtskollegInnen überzeugt. Es stelle ein Zeichen lebendiger nachbarschaftlicher Beziehungen dar.

Die gemeinsamen Interessen erstreckten sich über den grenzüberschreitenden Rettungsdienst mit der Slowakei, die Zusammenarbeit beim Katastrophendienst mit Tschechien und die Heranführung des Westbalkans an die EU, welche für alle drei Länder ein großes Anliegen sei.

Für Sobotka ist in der interparlamentarischen Kooperation die Vermittlung demokratischer Werte zentral, um die Resilienz der Institutionen gegen antidemokratische Strömungen zu stärken. Denn Demokratiebildung sei kein abgeschlossener Prozeß, sondern müsse permanent erneuert werden, so der Nationalratspräsident. Man dürfe nicht müde werden, der Bevölkerung den Parlamentarismus als einzige Lösung zu kommunizieren, die Freiheit, Wohlstand und Frieden sichere. Dies gelte auch für Länder, deren demokratische Entwicklung noch weniger fortgeschritten sei, wie Sobotka sagte. Er verwies unter anderem auf das Potential afrikanischer Länder, denen man die eigenen Erfahrungen aus dem parlamentarischen Prozeß näherbringen könne.

Auch die tschechische Parlamentspräsidentin Pekarová Adamová unterstrich die Relevanz des Austerlitz-Formates angesichts der gegenwärtigen Krisenerscheinungen. Man dürfe gerade jetzt, wo multiple Krisen, die sich gegenseitig beeinflussen, den sozialen Frieden als Grundlage der Demokratie erschüttern, den „populistischen Gespenstern“ nicht die Bühne überlassen.



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

v.l.: Milan Laurenčík (slowakischer Vizeparlamentspräsident), Vorsitzende des tschechischen Abgeordnetenhauses Markéta Pekarová-Adamová, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Dementsprechend sei es von größter Bedeutung, vor allem der jungen Generation den Parlamentarismus näherzubringen. Insbesondere am Westbalkan dürfe man kein Vakuum hinterlassen, welches möglicherweise von antidemokratischen Mächten ausgefüllt werden könnte. Hier sei es wichtig, die Synergieeffekte aus der Kooperation der drei Länder zu nutzen, so Pekarová Adamová. Sie berichtete von Demokratisierungsbemühungen des tschechischen Parlaments in östlichen Partnerstaaten, wobei der Stärkung der Zivilgesellschaft eine wesentliche Bedeutung zukomme.

Die EU-Erweiterung am Westbalkan sah auch der stellvertretende Präsident des slowakischen Nationalrats Milan Laurenčík als langfristiges gemeinsames Ziel. Er gab die Risiken parlamentarischer Systeme zu bedenken, wenn etwa Gruppierungen in die Vertretungen gewählt werden, die den demokratischen Prozeß aushebeln möchten. Hier gelte es, neben klaren parlamentarischen Regelungen vor allem bei jungen Menschen ein Bewußtsein für die den Institutionen zugrundeliegenden Werte zu schaffen.

Zur Thematik des Ukraine-Krieges berichtete Nationalratspräsident Sobotka von Fortschritten bei der Aufnahme und Integration ukrainischer Vertriebener sowohl im Schulsystem als auch am Arbeitsmarkt. Er wies auf die ohnehin hohe „Grundbelastung“ Österreichs hin, was die Aufnahme von Flüchtlingen betreffe. Angesichts der Lage in der Ukraine habe das Land jedoch eine hohe Aufnahmebereitschaft gezeigt.

Bezüglich der Energiesicherheit sprach der Nationalratspräsident sich für einen gemeinsamen europäischen Gaskauf aus. Es

brauche eine gemeinsame europäische Linie, um sich als Einzelstaaten nicht erpressbar zu machen. Man müsse sich auf die verschiedenen Krisenszenarien intensiv vorbereiten, da diese Krise „multifaktoriell“ werde.

Der stellvertretende slowakische Nationalratspräsident Laurenčík berichtete, daß sein Land aktuell etwa 3.000 Flüchtlinge pro Tag aufnehme, wobei ein größerer Anteil davon wieder in die Ukraine zurückkehre. Auch hier würden große finanzielle Ressourcen für die Integration ukrainischer Kinder in das Schulsystem aufgewendet und neue PädagogInnen eingestellt. Im Gegensatz zu Österreich unterstütze die Slowakei die Ukraine „massiv“ mit militärischem Material. Putin wolle mittels Einschränkungen bei den Gaslieferungen die europäischen Länder verunsichern und destabilisieren, was unbedingt zu verhindern sei. Daher setze die Slowakei auf entschiedene Schritte in Richtung Unabhängigkeit von russischen Energieträgern, wie Laurenčík ausführte. Besonders schwierig sei das im Bereich der Kernkraft.

Tschechien habe ebenfalls bereits große Fortschritte bei der Integration ukrainischer Vertriebener in den Arbeitsmarkt erzielt, erläuterte Markéta Pekarová Adamová. Auch ihr Land versuche, die Abhängigkeit von Rußland so schnell wie möglich zu reduzieren. Es handle sich hier jedoch um einen „Langstreckenlauf“. Um die Menschen zum Stromsparen zu motivieren, setze man in Tschechien auf spezielle Anreizsysteme.

Die Diskussion habe gezeigt, daß alle drei Länder vor ähnlichen Problemen stünden, resümierte Sobotka. Er bat seine AmtskollegInnen, sich für europäische Lösungen einzusetzen. ■



## Österreich, Europa und die Welt

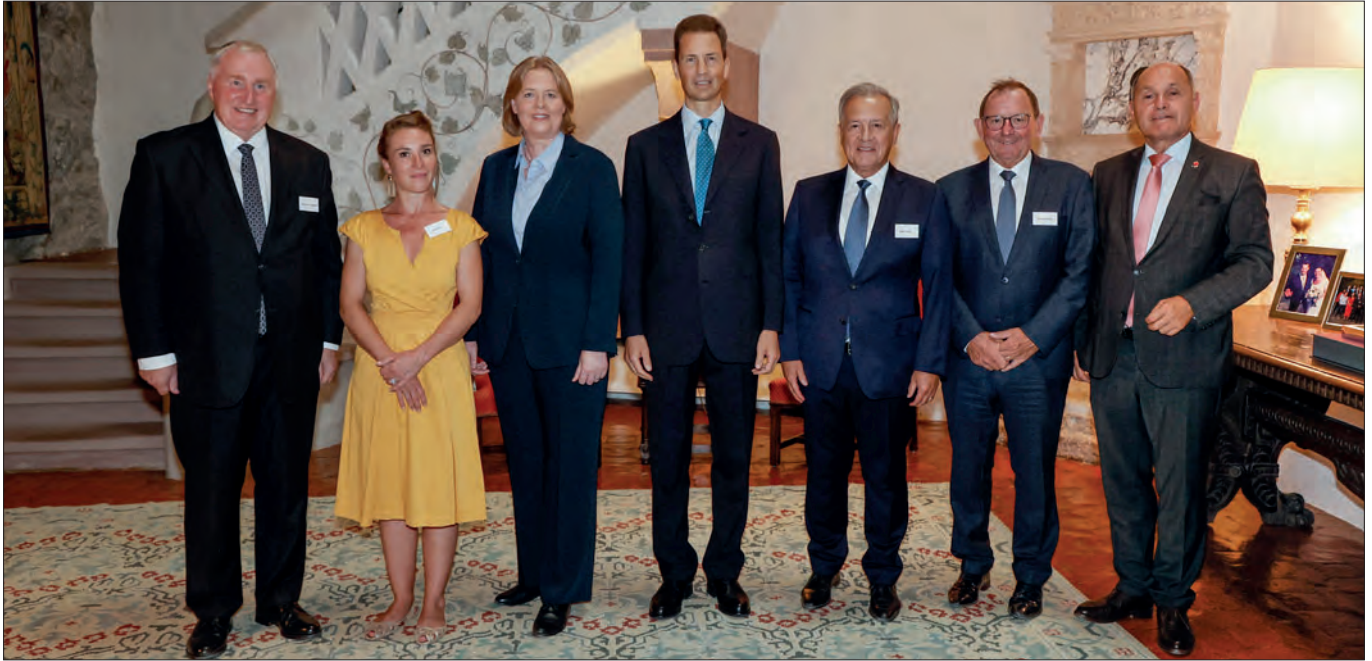


Foto: Parlamentsdirektion / Paul Trummer

*Höflichkeitsbesuch bei S.D. Erbprinzen von und zu Liechtenstein anlässlich des Treffens der ParlamentspräsidentInnen der deutschsprachigen Länder: (v.l.): Präsident des Parlaments der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien Karl-Heinz Lambertz, Präsidentin des Schweizer Nationalrats Irène Kälin, Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein, Liechtensteins Landtagspräsident Albert Frick, Abgeordnetenkammerpräsident Luxemburgs Fernand Etgen und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka*

### Treffen der ParlamentspräsidentInnen der deutschsprachigen Länder

Seit 2016 findet jährlich das Treffen der ParlamentspräsidentInnen der deutschsprachigen Länder statt, um sich über Entwicklungen und Herausforderungen des Parlamentarismus auszutauschen. Am 25. und 26. August war die Hauptstadt von Liechtenstein, Vaduz, Schauplatz des diesjährigen Treffens, an dem Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Liechtensteins Landtagspräsident Albert Frick, Präsident des Parlaments der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien, Karl-Heinz Lambertz, die deutsche Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, der Abgeordnetenkammerpräsident Luxemburgs Fernand Etgen und die Präsidentin des Schweizer Nationalrats Irène Kälin teilnahmen.

Zentrales Thema des Treffens war die Resilienz der Parlamente angesichts verschiedener Krisenerscheinungen. Krisen würden generell als Zeiten der Exekutive gelten, da dabei schnellen Entscheidungen und zügigem Handeln eine große Bedeutung zukomme, konstatierte Christian Frommelt vom Liechtenstein-Institut in seinem Impulsreferat. Trotzdem seien in Liechtenstein nie Notstandsgesetze erlassen worden. Der Landtag sei stets handlungsfähig und in die Krisenpolitik eingebunden geblieben.

Ebenso habe es sich mit dem österreichischen Parlament verhalten, wie Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka ausführte. Es seien auch keine wesentlichen Anpassungen

der Rechtsgrundlagen des parlamentarischen Prozesses vorgenommen worden, sondern lediglich die Verfahren, etwa mittels Fristsetzungen des Nationalrats an die Ausschüsse, beschleunigt worden. Gleichwohl betonte Sobotka die Notwendigkeit, als Parlamentarier Lehren aus der aktuellen Lage zu ziehen, um auch bei kommenden Krisen nachhaltige Einschränkungen des Parlamentarismus zu vermeiden. Die TeilnehmerInnen präsentierten ihre Schlussfolgerungen aus den vergangenen Jahren und debattierten unter anderem die Frage nach einem ausreichenden Zeitrahmen für die substantielle Befassung mit Gesetzen unter krisenbedingtem Zeitdruck und das Potential von Online-Abstimmungen sowie virtuellen Sitzungen.

Politische Partizipation nicht nur als Mittel zum Zweck, sondern als Ziel und Wert an sich, war der zweite bestimmende Themenkomplex des Austausches. Nach einem einleitenden Vortrag von Christian Frommelt, in dem er die Chancen und Herausforderungen der Bürgerbeteiligung am Beispiel Liechtensteins illustrierte, besprachen die ParlamentspräsidentInnen der sechs Länder ihre diesbezüglichen Erfahrungen.

Österreich biete eine Vielzahl an Mitbestimmungsmöglichkeiten, die von freien Wahlen als Grundlage demokratischer Gesellschaften über Elemente direkter Demokratie, wie Volksabstimmungen, Volksbegehren oder seit 2018 Crowdsourcing, bis hin zur Beteiligung am demokratischen Prozess durch

Bürgerinitiativen oder Stellungnahmen im parlamentarischen Begutachtungsverfahren reichen, erläuterte Sobotka. Auch der im Vorjahr eingesetzte Klimarat gebe BürgerInnen die Gelegenheit, an Lösungsansätzen für eine konkrete Problemlage mitzugestalten.

Die freie Meinungsäußerung müsse in einer Demokratie gewährleistet werden, so Sobotka, würde jedoch bei Fakenews, Haß, Antisemitismus und Rassismus an ihre Grenzen stoßen. Desinformation und Haßreden, die vor allem in den sozialen Medien verbreitet würden, seien eine ernsthafte Bedrohung für demokratische Prozesse und würden das Vertrauen der Bevölkerung in den Parlamentarismus schwächen. Es liege auch in der Verantwortung der ParlamentarierInnen, Sicherheit und Wohlergehen der Bürger:innen zu gewährleisten, weshalb in Österreich eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden seien, wie beispielsweise 2021 das Gesetz gegen Haß im Netz.

Um solchen Tendenzen entgegenzuwirken und das Gelingen eines demokratischen Miteinanders zu fördern, sei vor allem die Vermittlung demokratischer Werte essentiell. Nationalratspräsident Sobotka nannte dazu etwa die Demokratiewerkstatt, das Jugend- und das Lehrlingsparlament als exemplarische Projekte des österreichischen Parlaments. Schließlich berieten sich die ParlamentspräsidentInnen über Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Demokratievermittlung. ■



# 30 Jahre Gedenkdienst

Meilenstein international gewürdigt – Nationalratspräsident Sobotka lud zu Veranstaltung u.a. mit Keynotes von Deborah Lipstadt und Rabbi Abraham Cooper



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

*Ein Blick auf die Veranstaltung im provisorischen Sitzungssaal des Parlaments (das bis Anfang 2023 komplett renoviert wird)*

Seit nunmehr 30 Jahren unterstützt die Republik Österreich die Entsendung von Freiwilligen zu Holocaust-bezogenen und jüdischen Organisationen in Form des Gedenkdienstes. Um diesen Meilenstein zu würdigen, lud Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im internationalen Rahmen am 1. September zur Veranstaltung „30 Jahre Gedenkdienst“ in das Parlament in der Hofburg. Redebeiträge hielten neben Außenminister Alexander Schallenberg etwa die Holocaust-Forscherin Deborah Lipstadt sowie Rabbi Abraham Cooper vom Simon Wiesenthal Center und der Vorsitzende von Israels staatlicher Holocaust-Gedenkstätte Yad-Vashem, Dani Dayan.

Die ersten Gedenkdienstler begannen 1992 ihren Dienst im Museum Auschwitz-Birkenau bei der Anne Frank Stiftung und in der Gedenkstätte Theresienstadt. Dem vorausgegangen war eine Änderung des Umgangs mit der Geschichte des Nationalsozialismus im

öffentlichen Diskurs in Österreich, gefolgt von einer Novellierung des Zivildienstgesetzes.

Der Einsatz der österreichischen Gedenkdienstlerinnen und Gedenkdienstler erfolgt in Holocaust-Gedenkstätten, Museen oder etwa kulturellen Organisationen auf der ganzen Welt. Nachdem am 27. Dezember 1991 die rechtliche Grundlage im Nationalrat geschaffen wurde, konnte der erste Gedenkdienstler am 1. September 1992 im Museum Auschwitz-Birkenau seine Arbeit beginnen. Heute sind Gedenkdienstlerinnen und Gedenkdienstler an mehr als 80 Einsatzstellen in über 40 Ländern tätig.

Bis heute haben etwa 1.300 Personen einen solchen Freiwilligen- oder Zivildienst geleistet, um an die Gräueltaten des Nationalsozialismus zu erinnern, seiner Opfer zu gedenken und jüdische Kultur und jüdisches Leben, sowie das von anderen Opfergruppen, zu unterstützen.

*Sobotka: Gedenkdienst ist Visitenkarte Österreichs geworden*

Der Gedenkdienst bzw. Auslandsdienst sei eine Visitenkarte Österreichs geworden, wie sie besser nicht sein könnte, unterstrich Nationalratspräsident Sobotka. Er sprach seinen Dank für das Engagement aus, Verantwortung zu übernehmen. Auch wenn es heute Anlaß zu Optimismus gebe, sehe er zum Thema Antisemitismus weiterhin Gründe, besorgt und wachsam zu sein. Denn wie Deborah Lipstadt in ihren Forschungen sehr klar zum Ausdruck bringe, sei Antisemitismus zugleich antidemokratisch. Es müsse daher für jeden und jede eine Selbstverständlichkeit sein, sich gegen diese Tendenzen zu engagieren.

Antisemitismus sei weltweit im Steigen. Sobotka bezeichnete die Rasanz, mit welcher sich etwa der Haß im Netz ausbreite, auch im historischen Kontext als besorgniserregend. Es brauche eine klare Haltung, daß



## Österreich, Europa und die Welt

Haß gar nicht erst viral werden könne und Antisemitismus auf allen Ebenen zu bekämpfen sei. Bewußt zu machen gelte es auch, daß Antisemitismus nicht von den Rändern, sondern aus der Mitte der Gesellschaft komme. Sobotka erwähnte auch den vom österreichischen Parlament ins Leben gerufenen Simon-Wiesenthal-Preis, um die Gesellschaft als Ganzes im Engagement gegen Antisemitismus zu unterstützen. Darüber hinaus gelte es noch Vieles zu tun, um die jüdische Kultur sichtbar zu machen.

*Schallenberg: Gedenkdienst ist Mosaikstein österreichischer Verantwortung*

In seiner Ansprache betonte Außenminister Alexander Schallenberg die Bedeutung des Gedenkdienstes für Österreich, um für die Verbrechen des Nationalsozialismus und die zentrale Rolle allzu vieler ÖsterreicherInnen Verantwortung zu übernehmen.

„Die Erinnerung an den Holocaust sowie der Kampf gegen den Antisemitismus haben auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene höchste Priorität für Österreich. Wir sind uns unserer historischen Verantwortung bewußt. Der Gedenkdienst ist einer der wichtigsten Wege, um diese Verantwortung auszudrücken.“

Neben der Bedeutung des Gedenkdienstes für die österreichische Erinnerungskultur unterstrich der Außenminister in seiner Rede auch dessen Rolle für die nachkommende Generation in Österreich. Die Gedenkarbeit im Ausland würde es jungen ÖsterreicherInnen ermöglichen, in ganz besonderer Weise die Imperative „Niemals vergessen“ und „Nie wieder“ zu begreifen.

„Durch ihren Dienst an Holocaust-Erinnerungsorten weltweit lernen junge Österreicherinnen und Österreicher aus nächster, unmittelbarer Anschauung über das unaussprechliche Menschheitsverbrechen der Shoah. Sie verkörpern zugleich als Vertreterinnen und Vertreter unseres Landes die zukunftsgerichtete Verantwortung für die dunklen Kapitel unserer Geschichte“, sagte Schallenberg.

GedenkdienerInnen sind ein wichtiger Teil der Bemühungen Österreichs, geschehenes Unrecht so weit wie möglich gut zu machen. Darüber hinaus wurde im Jahr 2022 eine Gesetzesnovelle verabschiedet, die Holocaust-Überlebenden und deren Nachkommen unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch auf die österreichische Staatsbürgerschaft gewährt. Zudem ist Österreich ein aktives Mitglied der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA).

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner



*Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka: „Der Gedenkdienst bzw. Auslandsdienst sei eine Visitenkarte Österreichs geworden, wie sie besser nicht sein könnte.“*

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner



*Außenminister Alexander Schallenberg: „Durch ihren Dienst an Holocaust-Erinnerungsorten weltweit lernen junge Österreicherinnen und Österreicher aus nächster, unmittelbarer Anschauung über das unaussprechliche Menschheitsverbrechen der Shoah.“*

Um die österreichischen GedenkdienerInnen im Ausland so gut wie möglich zu unterstützen, steht das Außenministerium über seine Botschaften in engem Kontakt mit ihnen. Dies gilt natürlich auch für jene, die ihren Auslandsdienst als Sozial- oder Friedensdienst absolvieren.

*Lipstadt: Kampf gegen Antisemitismus ist Kampf für demokratische Werte*

Antisemitismus sei weltweit im Begriff zuzunehmen, so Deborah Lipstadt, U.S. Special Envoy for Monitoring and Combating Antisemitism. In ihrer Keynote via Videobotschaft wies sie unter anderem auf den weiter wachsenden Haß im Internet hin, der

potentiell gefährliche Folgen für Individuen und die Gesellschaft habe. Umso wichtiger sei es, aus der Geschichte des Holocaust und dessen Gefahren die Lehren zu ziehen. Programme wie der Gedenkdienst, die den Opfern der Shoah gedenken und die jüdische Kultur fördern, seien dabei von großer Bedeutung.

Sei es Rassismus, Antisemitismus, Haß gegenüber MuslimInnen oder ImmigrantInnen, diese Phänomene würden ineinander übergehen und dasselbe Grundprinzip haben, so Lipstadt. Es gelte, das zu erkennen, um Antisemitismus und andere Formen des Hasses bekämpfen zu können. Die Geschichte habe gezeigt, daß eine Gesellschaft, die



## Österreich, Europa und die Welt

Antisemitismus toleriert oder gar ermöglicht, eine Gesellschaft ist, in der niemand mehr ungefährdet oder sicher ist. Um gegen Antisemitismus effizient und ganzheitlich vorzugehen, seien eine Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg, mit der Zivilgesellschaft und den betreffenden Interessensgruppen wichtig. Der Kampf gegen Antisemitismus sei ein Kampf für demokratische Werte, für Gerechtigkeit und für das Wohlergehen aller Nationen, hielt Lipstadt fest.

*Cooper: Österreich hat seine Verantwortung anerkannt*

Rabbi Abraham Cooper (Prodekan Simon Wiesenthal Center, Los Angeles) würdigte in seiner Keynote die Bedeutung der GedenkdienerInnen als BotschafterInnen und bezeichnete es als inspirierend zu sehen, daß sich in diesem Rahmen auch ein Band der Freundschaften bilde und junge ÖsterreicherInnen an vorderster Front gegen Antisemitismus vorgehen. Im Vergleich zu früheren Jahren habe Österreich seine Rolle und Verantwortung im Zusammenhang mit der Schoah anerkannt, so Cooper. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an den unermüdlichen Einsatz von Simon Wiesenthal, der zugleich bestrebt gewesen sei, die moralischen Grundbegriffe von Bestrafung und Gerechtigkeit im Justizsystem wieder aufzubauen, die unter dem Nationalsozialismus fast vollständig abgebaut worden waren. Er gab die gegenwärtige fortschreitende technologische Entwicklung zu bedenken und zitierte sinngemäß Wiesenthal, was die Frage betreffe, ob es bei einem „Nie wieder“ bleibe: Wenn man organisierten Haß, eine Krise der Gesellschaft und den Zugang zur Technologie habe, sei alles möglich, habe er gewarnt.

*Dayan zu Gedenkdienst-Feier erstmals in Wien*

Der Vorstandsvorsitzende von Yad Vashem, Dani Dayan, erinnerte daran, unter welch widrigsten Umständen jüdische Künstler:innen in Konzentrationslagern trotzdem weiter Werke geschaffen hatten. Ein Zitat eines Werks sage in etwa „Ich weiß, daß ich diese Hölle nicht überleben werde“ und zeige, welche Verantwortung auf den Schultern laste. Das schmerzhaft Bewußtsein der Verantwortung lasse aber nicht den Optimismus verlieren, die insbesondere der sogenannten „dritten Generation“ geschuldet sei. Auch in Österreich sehe er, daß die Verantwortung übernommen werde und die Antisemitismus-Sensibilisierung voranschreite. Daß junge



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

*Deborah Lipstadt wies sie unter anderem auf den weiter wachsenden Haß im Internet hin, der potentiell gefährliche Folgen für Individuen und die Gesellschaft habe.*



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

*Rabbi Abraham Cooper würdigte in seiner Keynote die Bedeutung der GedenkdienerInnen als BotschafterInnen.*



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

*Aus der Sicht von Dani Dayan Es gebe aus seiner Sicht nicht die eine Lehre, die sich aus der Schoah ziehen lasse, unterschiedliche Lehren seien legitim.*



## Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer



Paneldiskussion mit (v.l.) Felix Loidl, Tali Nates, Jayne Josem, Moderation Danielle Spera, Tomasz Kuncewicz und Jacob Anthony Bauer

Menschen aus der „dritten Generation“ als Freiwillige im Gedenkdienst arbeiten, habe ihn veranlaßt, zu dieser Feier erstmals in seinem Leben nach Wien zu kommen, so Dayan.

Es gebe aus seiner Sicht nicht die eine Lehre, die sich aus der Shoah ziehen lasse, meinte Dayan, unterschiedliche Lehren seien legitim. Für ihn gebe es zum einen eine existenzielle Notwendigkeit eines unabhängigen jüdischen Staates. Zum anderen, unter Hinweis auf den zunehmenden Antisemitismus, gelte es, sofort und scharf gegen die ersten Anzeichen von Antisemitismus vorzugehen, etwa auch gegen jene Aussagen, die von einer Zerstörung oder Löschung Israels von der Landkarte sprechen.

In einer Paneldiskussion tauschten sich zudem Tomasz Kuncewicz (Direktor Auschwitz Jewish Center), Tali Nates (Gründerin und Direktorin des Johannesburg Holocaust & Genocide Centre) und Jayne Josem (Geschäftsführerin Melbourne Holocaust Museum) mit den Gedenkdienst-Alumni Jacob Anthony Bauer (Gedenkdienst-Alumnus am Tom Lantos Institut in Budapest und dem Cape Town Holocaust and Genocide Centre in Kapstadt) und Felix Loidl (Gedenkdienst-Alumnus am Galicia Jewish Museum in Krakau) aus.

### *Holocaust-Gedenken als Mahnung für die Zukunft*

Tomasz Kuncewicz, Direktor des Auschwitz Jewish Center, brachte es auf den Punkt: Auschwitz sollte gegen Haß, Fremdenhaß und Intoleranz immunisieren.

Von Moderatorin Danielle Spera nach dem Beitrag des österreichischen Gedenkdienstes in der Gedenkstätte des KZ Auschwitz gefragt, sprach Kuncewicz von einer

fruchtbringenden Zusammenarbeit mit den österreichischen GedenkdienerInnen, durch die eine Brücke zur Gegenwart geschlagen werde. Mit dem Museum in der Kleinstadt Oświęcim, die beim ehemaligen Konzentrationslager liegt und dessen Bevölkerung bis zum Krieg zu 60 Prozent aus Jüdinnen und Juden bestand, versuche man, die Reste des jüdischen Erbes der Region aufrechtzuerhalten. So sei die dortige Synagoge wieder errichtet worden. Die Aufklärung über den Holocaust verbinde das Museum in Oświęcim mit aktuellen Themen, so Kuncewicz weiter. Sein Aufruf war, immer gegen den politischen Mißbrauch von diskriminierten Gruppen aufzutreten.

### *Weltweiter Bildungsauftrag*

Für Tali Nates, Gründerin und Direktorin von Südafrikas Johannesburg Holocaust & Genocide Centre, berührt die Gedenkarbeit auch ihre eigene Familiengeschichte. Ihr Vater und ihr Onkel entgingen anders als andere Familienmitglieder der Ermordung im Holocaust nur deswegen, weil sie auf der Liste von Oskar Schindler standen. Bei einer kürzlich durchgeführten Holocaust-Studienreise durch Polen mit über 30 jungen SüdafrikanerInnen und ÖsterreicherInnen habe sie lebensverändernde Erfahrungen gemacht, so Nates: die jungen Menschen stellten sich der Vergangenheit, indem sie sich vertieft mit Zeitzeugnissen wie Massengräbern auseinandersetzen. Zurück in ihren Heimatländern würden die TeilnehmerInnen mit neuer Energie die Botschaft des „Nie wieder“ verbreiten, ist Nates überzeugt.

Jayne Josem, Geschäftsführerin des australischen Melbourne Holocaust Museum und ebenfalls Nachkommin von Holocaust-Überlebenden, betonte, die Einbindung der

GedenkdienerInnen in die Museumsarbeit sei äußerst wichtig. Nicht nur würden die jungen Leute etwa bei Übersetzungen von Briefen den Familiengeschichten einzelner Opfer nachspüren. Sie trügen durch ihr Wirken auch dazu bei, daß Österreichs Bemühen, Verantwortung für die NS-Verbrechen zu übernehmen, anerkannt wird.

### *Österreich hat dazugelernt*

Auf ihre Praxiserfahrungen aus geleistetem Gedenkdienst gingen die beiden jungen Österreicher Jacob Anthony Bauer und Felix Loidl näher ein. Bei seinen Tätigkeiten am Tom Lantos Institut in Budapest, Ungarn, und dem Cape Town Holocaust and Genocide Centre in Kapstadt, Südafrika, sei ihm bewußt geworden, so Bauer, daß es ein klares gemeinschaftliches Auftreten gegen Antisemitismus und Rassismus braucht, um Völkermord zu verhindern. Bauers Urgroßtante war in Gugging von den Nationalsozialisten ermordet worden.

Loidl, der am Galicia Jewish Museum in Krakau, Polen, gearbeitet hat, rief gleichaltrige ÖsterreicherInnen auf, ebenfalls einen Gedenkdienst im Ausland zu leisten. Für ihn bedeutete der Gedenkdienst einen persönlichen Beitrag zur Aufarbeitung des Holocaust.

Die Veranstaltung wurde von Danielle Spera (Executive Director Kultur.Medien. Judentum) moderiert und ist als Video-on-Demand abrufbar.

<https://www.parlament.gv.at/MEDIA/>

*Bildungskooperation mit Internationaler Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem*

Am darauffolgenden Nachmittag wurde der Grundstein für bildungspolitische Kooperationen des österreichischen Parlaments



## Österreich, Europa und die Welt

und der Internationalen Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem gelegt. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Dani Dayan, Vorstandsvorsitzender von Yad Vashem, unterzeichneten einen Letter of Intent, ein Bekenntnis zur gemeinsamen Bildungsarbeit gegen Antisemitismus. Eine derartige Kooperation Yad Vashems mit einem nationalen Parlament ist international bislang einzigartig. Sobotka: „Österreich hat seine historische Verantwortung anerkannt. Es bleibt aber noch viel zu tun, damit diese Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft erfüllt werden kann. Gerade in Zeiten, in welchen wir Antisemitismus, Holocaustleugnung und -verzerrung sowie rassistische und antidemokratische Einstellungen in vermehrtem Ausmaß vorfinden, ist die Aufklärung über die schwerwiegenden Gefahren des Nationalsozialismus und seiner Folgen entscheidend.“

Antisemitismus sei eine Bedrohung für uns alle, so der Nationalratspräsident weiter, für unsere Demokratie, für unsere Werte und für die Vielfalt in unserer Gesellschaft. Durch die Kooperation mit Yad Vashem, der weltweit bedeutendsten Gedenkstätte und international höchst renommierten Bildungseinrichtung im Hinblick auf Holocaust-Studien, ermöge man eine ganz neue Ebene in der Demokratiebildung des österreichischen Parlaments. Dementsprechend erarbeiteten MitarbeiterInnen der israelischen Gedenkstätte und der Parlamentsdirektion bereits erste gemeinsame Initiativen

### Weiterentwicklung der parlamentarischen Demokratiebildung

Sobotka und Dayan richteten mit der Unterzeichnung der gemeinsamen Absichtserklärungen den Fokus auf die Zukunft der Aufklärungsarbeit gegen Antisemitismus und Rassismus. Sobotka hatte bereits bei seiner Israel-Reise im Mai 2022, die auch einen Besuch des Holocaust-Memorials umfaßte, den Wunsch geäußert, mit Yad Vashem bei der Demokratiebildung zusammenarbeiten. Zu den bildungspolitischen Initiativen, die im Letter of Intent angeregt werden, gehören unter anderem Fortbildungen für PädagogInnen und MitarbeiterInnen der Parlamentsdirektion im Rahmen der Demokratiewerkstatt, nicht zuletzt um die Bedrohung der Demokratie und ihrer Werte durch Antisemitismus zu vermitteln. Weiters geplant sind ein Experten-Austausch über Vermittlungsansätze für verschiedene Zielgruppen, eine Kooperation im Bereich Erwachsenenbildung sowie Seminare für Abgeordnete und Holo-



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

v.l.: die Generalsekretärin des Nationalfonds und des Allgemeinen Entschädigungsfonds, Hannah Lessing, Vorstandsvorsitzender von Yad Vashem, Dani Dayan, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Parlamentsdirektor Harald Dossi mit dem „Letter of Intent“

caust-Gedenkprogramme im Hohen Haus. Das Parlament bemüht sich überdies um die Ausstellung von Sammlungen mit direkten Verbindungen zu Österreich aus Yad Vashem.

„Wir sind überzeugt, daß Yad Vashem und das österreichische Parlament mit diesen noch nie dagewesenen Übereinkünften eine tragfähige Basis zur Zusammenarbeit erhalten. Unsere gemeinsamen Ziele dabei sind, die Bewahrung zeitgeschichtlicher Berichte und die Aufklärung über die Gefahren von Rassismus und Antisemitismus zu unterstützen“, hob Yad Vashem-Vorsitzender Dayan hervor.

### Niemals vergessen

Mit einem weiteren Letter of Intent, den Dayan und Sobotka unterzeichneten, soll die Kooperation zwischen Yad Vashem und dem Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus ausgebaut werden. Der Fonds war 1995 beim Nationalrat eingerichtet worden, um der besonderen Verantwortung Österreichs gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus unter anderem mit Restitutionszahlungen Ausdruck zu verleihen. In der gegenständlichen Übereinkunft wird die Bedeutung wissenschaftlicher Dokumentation im Zusammenhang mit der NS-Zeit hervorgehoben. Zur Bewahrung von Archivmaterial zur Holocaust-Dokumentation und für eine Ausweitung der Forschungsprojekte – gerade auch hinsichtlich der Nachwirkungen nationalsozialistischer Verbrechen bis in die Gegenwart – soll die Zusammenarbeit zwischen Yad Vashem und dem Nationalfonds vertieft werden. Darüber

hinaus werden zivilgesellschaftliches Engagement im Kampf gegen Antisemitismus und die Wissensvermittlung über den Holocaust unterstützt, etwa durch den Simon-Wiesenthal-Preis, der jährlich vom Parlament vergeben wird. ■

### Österreichisch-chinesische Beziehungen

Für die Verdienste um die österreichisch-chinesischen Beziehungen wurden am 12. September auf Einladung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der Österreichisch-Chinesischen Gesellschaft (ÖGCF) im Palais Epstein die Rosthorn-Medaillen 2022 überreicht. Sie gingen an den ehemaligen Verteidigungsminister bzw. ehemaligen Dritten Nationalratspräsidenten Werner Fasslabend, an die Sinologin, Autorin und Obersekreterin der Wiener Landesregierung Margareta Griessler-Hermann, an den Botschafter der Volksrepublik China, LI Xiaosi, sowie an Gottfried Sodeck, Eigentümer und Vorstandsvorsitzender der Firma Vogelbusch.

Die Veranstaltung fand auch in Gedenken an den im August verstorbenen China-Experten Gerd Kaminski statt, der 1971 die ÖGCF gegründet und das Österreichische Institut für China- und Südostasienforschung geleitet hat.

Parlamentsdirektor Harald Dossi betonte zur Begrüßung in Vertretung von Nationalratspräsident Sobotka, daß Kaminskis Verdienste gar nicht hoch genug eingeschätzt werden können. Sein Tod reiße eine kaum zu schließende Lücke.

Die Laudationes für die Medaillen-EmpfängerInnen hielten der ehemalige Bundes-



# Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf



v.r.: Zweiter Präsident des Nationalrates a.D. Michael Spindelegger, Botschafter der Volksrepublik China in Österreich Li Xiaosi, Vorstandsvorsitzender der Firma Vogelbusch Gottfried Sodeck, Dritter Präsident des Nationalrates a.D. Werner Fasslabend, Obersenatsrätin der Wiener Landesregierung Margareta Griessler-Hermann, Bundespräsident a.D. Heinz Fischer und Hongbin Kaminski, Gattin des Verstorbenen Prof. Gerd Kaminski

und Nationalratspräsident sowie Präsident der ÖGCF, Heinz Fischer, und Michael Spindelegger, der ehemalige Vizekanzler und Zweite Nationalratspräsident in seiner Funktion als einer der stellvertretenden ÖGCF-PräsidentInnen.

Spindelegger hob als besondere Verdienste unter anderem Fasslabends vier Treffen mit dem chinesischen Verteidigungsminister hervor. Fasslabend habe sich in allen Funktionen für die chinesisch-österreichischen Beziehungen eingesetzt. Griessler-Hermann habe unter anderem mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit einen wesentlichen Beitrag für das bessere Verständnis der beiden Länder füreinander geleistet. Sodeck praktiziere durch Projekte der Firma Vogelbusch die erfolgreiche Zusammenarbeit mit China auf operativer Basis.

Würde es eine Art Checkliste für einen ausgezeichneten Botschafter geben, würde Botschafter Xiaosi jedenfalls „in allen Bereichen ein Hakerl!“ bekommen, so Fischer in seiner Laudatio. Xiaosi habe umfassendes Verständnis für Österreich und helfe auch manchmal, Wünsche seines Gastlands wahrzunehmen, etwa was österreichische Unternehmungen oder Institutionen wie die Wiener Philharmoniker hinsichtlich weltweiter Auftritte betrifft.

China sei einer der Haupthandelspartner Österreichs, so Botschafter Xiaosi in seinen Dankesworten. Im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen brauche es mehr denn je Kooperationen, wies Xiaosi darauf hin,

Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf



Parlamentsdirektor Harald Dossi bei seinen Eröffnungsworten

daß die beiden Länder auch bei der Lösung internationaler Konflikte gut zusammengearbeitet hätten. Er hoffe, daß der Austausch zwischen China und Österreich weiterhin gestärkt wird und daß sich die Beziehungen der beiden Länder weiterhin gut entwickeln.

Kaminskis Ehefrau, Hongbin Kaminski, ehrte in ihrer Laudatio den langjährigen wissenschaftlichen Mitarbeiter der ÖGCF, Bingle Su, der mit einer Ehrenmitgliedschaft der Gesellschaft ausgezeichnet wurde.

Die Rosthorn-Medaille wird seit 1986 an Personen oder Organisationen vergeben, die sich auf dem Gebiet der chinesisch-österreichischen Beziehungen besonders verdient ge-

macht haben. Der Namensgeber, Arthur von Rosthorn (1862-1945), war als Sinologe und Diplomat zentral am Aufbau der chinesisch-österreichischen Verständigung beteiligt. Die von der Österreichisch-Chinesischen Gesellschaft und vom Österreichischen Institut für China- und Südostasienforschung gestiftete Arthur von Rosthorn-Medaille wird von einem Kuratorium unter Vorsitz von Helmut Sohmen vergeben.

<http://www.oegcf.com/>

Anmerkung: Lesen Sie auch einen Beitrag von PaN-Partner aller Nationen zu diesem Thema auf der Seite 87.



## Österreich, Europa und die Welt

### Delegation des französischen Senats zu Gast in Wien

Bundesratspräsidentin Korinna Schumann hat am 13. September eine Delegation des französischen Senats in ihren Amtsräumen empfangen. Die SenatorInnen der parlamentarischen Freundschaftsgruppe Frankreich-Österreich, angeführt von François Bonhomme, befanden sich auf Besuch in Wien und Salzburg.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand der Austausch über die Aufgaben, Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede zwischen dem französischen Senat und dem österreichischen Bundesrat. „Wir müssen die Menschen immer wieder für die Demokratie begeistern und überzeugen. Auch das ist die Aufgabe des Bundesrates“, betonte Schumann. Dabei sei es wichtig, mit der Demokratiebildung besonders früh in der Schule zu beginnen. „Das österreichische Parlament will vor allem mit der Öffnung für junge Menschen seinen Beitrag dazu leisten.“ Schumann hob in diesem Zusammenhang die Angebote der Demokratiewerkstatt hervor.

Zudem interessierte sich die französische Delegation für das duale Lehrlingsausbildungssystem in Österreich. Es gehe darum, die Lehre in ganz Europa noch mehr zu bewerben, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, so die Bundesratspräsidentin. Für Schumann ist hier seitens der EU mehr Engagement nötig. Was den Bereich Migration und Asyl betrifft, seien neben Maßnahmen gegen Sozialdumping vor allem die Integration am Arbeitsmarkt und Bildungsangebote von zentraler Bedeutung, um gesellschaftlichen Spannungen entgegenzuwirken. Die Gesprächspartner waren sich zudem darüber einig, daß es im Asylwesen schnellere Verfahren benötige.

Im Vorfeld des Gedankenaustausches mit der Bundesratspräsidentin hatte die französische Senatsdelegation Gespräche mit ihren österreichischen KollegInnen von Bundes- und Nationalrat geführt. ■

### EU-Pläne zu Gleichstellung, Integration und Inklusion

Den Themen Gleichstellung, Gleichberechtigung, Integration und Inklusion widmeten sich die Mitglieder des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union am 14. September. Grundlage für die Debatte mit Bundesministerin Susanne Raab bildeten drei Mitteilungen der EU-Kommission. Darin wird etwa ein neuer strategischer Rahmen für die Gleichstellung der Geschlechter festgelegt, mit dem bis



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

Besuch einer Delegation der Parl. Freundschaftsgruppe Frankreich-Österreich des französischen Senats (v.l.): Delegationsmitglieder, Bundesratspräsidentin Korinna Schumann und Senator Francois Bonhomme

2025 Fortschritte bei der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie Mädchen und Buben erreicht werden sollen. Außerdem hat die Kommission im Herbst 2020 umfassende Pläne zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma bis 2030 sowie einen Aktionsplan für Integration und Inklusion 2021-2027 vorgelegt.

Im Laufe der Sitzung brachten ÖVP, Grüne, SPÖ und NEOS einen Antrag auf Stellungnahme ein, in dem die Bundesregierung, insbesondere die Justiz- und die Frauenministerin ersucht werden, sich für einen möglichst raschen Abschluß der Verhandlungen der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt einzusetzen, der einen tatsächlichen Mehrwert im Sinne der Gewaltprävention und des Opferschutzes bedeute. Weiters soll sich die gesamte Bundesregierung für einen Beitritt der Europäischen Union zur Istanbul-Konvention durch umgehende Ratifizierung einsetzen. Dieser Antrag wurde von allen Fraktionen unterstützt. Einhellig angenommen wurde auch ein von ÖVP und Grünen vorgelegter Antrag, der auf eine EU-weit einheitliche, wissenschaftlich fundierte und konkrete Definition für Frauenmorde abzielt.

#### Umfassende EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter

Die im März 2020 vorgelegte Strategie der Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025 enthält konkrete politische Ziele für die nächsten Jahre und schlägt zugleich Maßnahmen zu deren Umsetzung vor. Im Fokus stehen dabei die Entfaltung in einer ge-

schlechtergerechten Wirtschaft, die gleichberechtigte Führungsverantwortung in der Gesellschaft, die Berücksichtigung von Gender Mainstreaming vor allem im EU-Haushalt sowie die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau weltweit. Seitens der Kommission wurden diesbezüglich bereits einige Richtlinien-Vorschläge wie etwa zur Bekämpfung häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie zur Lohntransparenz vorgelegt.

Durch die Erhöhung des Frauenbudgets in Österreich habe es große Fortschritte im Bereich Gewaltschutz gegeben, führte Elisabeth Pfuerscheller (ÖVP) aus. Sehr positiv sei auch die diesbezügliche Entwicklung in den Bundesländern. Was den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote angeht, so könne man sich ein Beispiel an Tirol nehmen, das einen Rechtsanspruch ab dem Alter von zwei Jahren eingeführt habe. Auch in Niederösterreich werde ein ähnlicher Weg eingeschlagen, stellte Carmen Jeitler-Cincelli (ÖVP) fest; teilweise würde es aber an Personalengpässen scheitern. Ihre Fraktionskollegin Gertraud Salzmann erkundigte sich nach Maßnahmen für die Entlastung von unteren EinkommensbezieherInnen sowie vor allem AlleinerzieherInnen. Wichtig sei es, mehr Mädchen für MINT-Fächer zu begeistern, weil damit auch höhere Gehälter verbunden seien.

SPÖ-Abgeordnete Eva Maria Holzleitner wollte von der Frauenministerin wissen, ob sie die Unterzeichnung der Istanbul Konvention, die ein ganz wichtiges Dokument darstelle, aktiv bewerbe. Laut einem Gutachten sei es möglich, daß die EU der Konvention



## Österreich, Europa und die Welt

auch dann beitreten könne, wenn nicht alle Mitgliedsstaaten unterzeichnet haben. Mehr Anstrengungen wünschte sie sich auch in den Fragen Frauen in Entscheidungspositionen (Stichwort: mehr weibliche Bürgermeisterinnen) sowie in Sachen Lohntransparenz. Außerdem trat sie im Sinne der Kinderrechte-Konvention dafür ein, daß Ehen erst ab 18 Jahren geschlossen werden dürfen. Katharina Kucharowits (SPÖ) merkte an, daß das erst vor Kurzem beschlossene Haß im Netz-Gesetz – wie man am tragischen Selbstmord der Ärztin Lisa-Maria Kellermayr sehe – offenbar nicht greife.

### Femizide wissenschaftlich analysieren

Die in der Mitteilung der Kommission angeführten Problembereiche wie weibliche Genitalverstümmelung, Früh- und Zwangsehen, Gewalt im Namen der Ehre etc. führte die freiheitliche Mandatarin Rosa Ecker auf sogenannte importierte Formen der Gewalt zurück. Schließlich hätten 47 Prozent der Männer, die Femizide begehen, ausländischen oder migrantischen Hintergrund.

Meri Disoski (Grüne) widersprach ihrer Vorrednerin, wonach es „importierte“ Formen von Gewalt gegen Frauen gebe. Das Grundübel liege bewiesenermaßen in patriarchalen Machtstrukturen; dies sollten auch die Freiheitlichen endlich zur Kenntnis nehmen. Es brauche klar definierte Indikatoren und Datenerfassungsmethoden für bestimmte Formen von Gewalt, inklusive dem Frauenmord (Femizid). Gemeinsam mit der ÖVP brachte sie daher einen Antrag auf Mitteilung ein: „Bedacht auf eine EU-weite Strategie zur Bekämpfung von Frauenmorden ist es den Abgeordneten des Nationalrats ein Anliegen, daß eine EU-weit einheitliche, wissenschaftlich fundierte und konkrete Definition für Frauenmorde erarbeitet wird. Die Abgeordneten möchten die Kommission auffordern, weiterhin gemeinsam mit dem Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen an diesem Themenkomplex zu arbeiten und entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.“

Michael Bernhard (NEOS) zollte der Regierung Anerkennung dafür, daß sie sich mit dem Thema Gewaltschutz ernsthaft befasse. Ansetzen müßte man seiner Meinung nach noch stärker im Bildungssystem und in der Familienpolitik, da es Vorbilder brauche und Rollenklischees aufgebrochen werden müssen. Es gehe ihm dabei nicht nur um eine stärkere Einbindung von Vätern in die Kinderbetreuung sowie die Entwicklung von besseren Instrumenten, sondern auch generell um die Neubewertung von Arbeit.



Foto: Parlamentsdirektion / Anna Rauchenberger

Integrationsministerin Susanne Raab

### Raab: Erhöhung des Frauenbudgets zum Großteil für Gewaltschutz

Bundesministerin Susanne Raab sprach von einer sehr umfassenden und breiten Strategie, die sich an alle Ressorts richte. Ganz oben auf ihrer Agenda stehe die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt. Sie sei daher sehr froh darüber, daß es gelungen sei, das Frauenbudget um 80 Prozent zu erhöhen, wobei etwa zusätzlich 8,5 Mio. € für den Ausbau der Gewaltschutzeinrichtungen bereitgestellt wurden. Weitere Mittel fließen in die Familienberatungsstellen, in die Kinderschutzzentren sowie in spezielle Projekte in diesem Bereich. Im Rahmen einer Studie sollen zudem die in den letzten zehn Jahren verübten Femizide genauer untersucht werden, um faktenbasiert weitere Schritte dagegen zu setzen.

Was das Thema Genitalverstümmelung angeht, so gebe es seit Oktober 2021 eine Koordinierungsstelle, die unter Einbeziehung der betroffenen Communities zur Aufklärung und Bewußtseinsbildung beitrage. Ein Schwerpunkt liege weiters auf dem Thema Haß im Netz, das ihr persönlich sehr wichtig sei, betonte Raab. Sie glaube, daß das von der Regierung geschnürte Maßnahmenpaket „sehr stark“ sei. Im Konkreten sprach sie Schulungen gegen Cybergewalt in Paarbeziehungen ein, die unter anderem in Gewaltschutzzentren angeboten werden. Wichtig sei aber auch eine intensive Zusammenarbeit mit dem Justiz-, Innen- und Sozialressort. In ihrem Gesprächen mit ausländischen KollegInnen werde sie auch immer wieder darauf angesprochen, daß Österreich als erstes Land ein Gewaltschutzgesetz verabschiedet habe.

Raab stimmte mit Holzleitner überein, daß die Istanbul-Konvention ein wichtiges

Abkommen darstelle, das weiter vorangetrieben werden müsse. Sie schloß sich auch der Meinung der SPÖ-Mandatarin an, wonach das Ehefähigkeitsalter angehoben werden soll. Damit es in Zukunft mehr weibliche Bürgermeisterinnen gibt, habe man gemeinsam mit dem Gemeindebund das Projekt „girls in politics“ geplant, das 6- bis 18-jährigen Mädchen einen Einblick in diese Berufswelt ermöglichen soll. Auch die Attraktivierung der MINT-Fächer für Mädchen war ihr immer ein Anliegen, da die Innovationskraft von Frauen noch viel besser genutzt werden müsse. Raab verteidigte zudem die sogenannte Kinderbetreuungs-Milliarde, die „kein Trick sei“. Alle Bundesländer seien mit dieser Budgetierung höchst zufrieden. Schließlich informierte die Ministerin noch über die finanzielle Unterstützung von Frauen mit niedrigeren Einkommen, die vom Klimabonus bis zur Sonderfamilienbeihilfe reichen würden. Gerade erst habe man im Ministerrat die Abschaffung der kalten Progression sowie die Valorisierung zahlreicher Sozialleistungen beschlossen.

### Strategischer Rahmen für Teilhabe der Roma

Seit Jahrhunderten haben die Roma zum kulturellen Reichtum, zur Vielfalt, zur Wirtschaft und zur gemeinsamen Geschichte Europas beigetragen, heißt es in der Mitteilung der Kommission. Die EU habe die Pflicht, ihre Roma-Minderheit vor Diskriminierung, und sozialer Ausgrenzung zu schützen, weshalb die Kommission im Oktober 2020 den neuen strategischen Rahmen der EU zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma bis 2030 präsentiert hat. Das Vorhaben zielt weiterhin auf eine sozioöko-



## Österreich, Europa und die Welt

nomische Inklusion der Roma in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Gesundheits- und Sozialdienste sowie Wohnraum und grundlegende Dienste ab. Neu hinzugekommen sind Ziele in den Bereichen Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe. Im Konkreten geht es um etwa um die Bekämpfung von Diskriminierung durch Förderung der Gleichstellung, die Anerkennung von Antiziganismus als spezifische Form eines gegen Roma gerichteten Rassismus, sowie die verstärkte Förderung der Teilhabe von Roma durch Empowerment.

Österreich nehme innerhalb der EU-Staaten eine Vorreiterrolle in der Integration der Roma ein, betonte Raab im Ausschuß. Die im April 2021 beschlossene Fortschreibung der nationalen Roma-Strategie enthalte bereits alle Schwerpunkte samt Zielformulierungen der EU-Strategie. Zudem werde diese aktuell von der Universität Wien unter Einbindung von Angehörigen der Roma evaluiert. Die Ergebnisse würden einen wichtigen Beitrag für die Weiterentwicklung der nationalen Strategie leisten, zeigte sich Raab überzeugt. In Einklang mit den Empfehlungen des EU-Roma-Rahmens 2030 werde Österreich ab 2023 außerdem alle zwei Jahre über den Fortschritt bei der Umsetzung der nationalen Roma-Strategie berichten.

Auf die Frage Georg Strassers (ÖVP), in wie weit die Roma in Österreich von der Erhöhung der Volksgruppenförderungen profitiert hätten, gab Raab an, daß es 2021 zu einer Aufstockung von über 500.000 € gekommen sei. Gegenüber Eva Maria Holzleitner (SPÖ) verwies die Integrationsministerin etwa auf Sensibilisierungs- und Aufklärungsworkshops zur Verbesserung des Bildes der Roma in Österreich. Für Michel Reimon (Grüne) geht die EU-Strategie nicht weit genug, da diese auf Freiwilligkeit der Mitgliedsstaaten basiere. Der Grünen-Mandatar forderte gesetzliche Gleichstellungsregelungen um die Diskriminierung zu bekämpfen.

### *EU-Aktionsplan für Integration und Inklusion 2021-2027*

Zudem diskutierten die Abgeordneten von der EU-Kommission vorgelegten Aktionsplan für Integration und Inklusion 2021- 2027. Der Aktionsplan will die Inklusion aller Menschen fördern und soll die Hindernisse beseitigen, welche die Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Migrationshintergrund – von Neuankömmlingen bis hin zu EU-BürgerInnen – an der europäischen Gesellschaft behindern können. Dabei hat die EU-Kommission vier Bereiche

formuliert, in denen die dafür zuständigen Mitgliedsstaaten unterstützt werden sollen. Mit EU-Mitteln soll eine inklusive allgemeine und berufliche Ausbildung – mit Schwerpunkt auf einer einfacheren Anerkennung von Qualifikationen und dem fortdauernden Erlernen der Sprache forciert werden. Zudem soll es zur Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten und der Anerkennung von Qualifikationen kommen, um den Beitrag von Migrant\*innen-Communitys – insbesondere von Frauen – zu würdigen. Weitere Aspekte sind die Förderung des Zugangs zu Gesundheitsdiensten sowie der Zugang zu angemessenem und erschwinglichem Wohnraum für Menschen mit Migrationshintergrund.

Von österreichischer Seite wird das EU-Engagement im Bereich Integration, insbesondere in Hinblick auf den Ausbau der Kooperation sowie in Bezug auf europäische Förderinstrumente begrüßt. Der Leitgedanke des Aktionsplans, daß Integration die aktive Teilnahme von Menschen mit Migrationshintergrund sowie auch von der aufnehmenden Gemeinschaft erfordere, werde seit Jahren als Grundsatz der österreichischen Integrationspolitik umgesetzt, erklärte Raab.

Von Elisabeth Pfurtscheller (ÖVP), Katharina Kucharowits (SPÖ) und Faika El-

Nagashi (Grüne) auf konkrete Maßnahmen zur Integration von Frauen und Mädchen angesprochen, verwies Raab etwa auf die Einrichtung von Beratungsformaten des Österreichischen Integrationsfonds, auf die Eröffnung eines Frauenzentrums sowie auf Maßnahmen zur Gewaltprävention. Es gelte jedoch, vor allem im Bereich der Bekämpfung von Diskriminierung und Ausgrenzung weitere Schritte zu setzen und die Synergien zwischen der EU und Österreich zu nutzen.

Edith Mühlberghuber (FPÖ) konnte in dem EU-Aktionsplan keine Lösungsansätze zu „illegaler Massenmigration“ sowie zur Bekämpfung des politischen Islams erkennen. Die Strategie sei für die Integration von sich legal in der EU aufhaltenden Drittstaatsangehörigen da und nicht etwa für Asylwerber:innen angedacht, erwiderte die Ministerin. Für Michael Bernhard (NEOS) stehen die in Österreich eingerichteten Deutschförderklasse im Widerspruch zu dem von der EU formulierten Ziel der multikulturellen Mehrsprachigkeit. Das sah Raab anders. Die Basis für eine erfolgreiche Integration sei es, gut Deutsch zu sprechen. Die „Bildungssprache Deutsch“ müsse für alle zugänglich sein, so die Integrationsministerin. ■

<https://www.parlament.gv.at/>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

## Wiedereröffnung des Hauses am Ring am 12. Jänner 2023

Die Wiedereröffnung des Parlamentsgebäudes rückt immer näher. Mit einem Festakt am 12. Jänner 2023 öffnet das Haus am Ring nach mehreren Jahren der Sanierung wieder seine Tore. Bis dahin soll eine Straßenbahn im Parlamentsdesign die BürgerInnen mit auf den Weg nehmen und das Herz der Demokratie ins Bewußtsein rücken. Sie Straßenbahn nahm am 15. September, dem Internationalen Tag der Demokratie, ihre erste Fahrt auf. Den Startschuß gaben Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer und Bundesratspräsidentin Korinna Schumann.

Zentrales Ziel der Sanierung war eine weitere Öffnung des Hauses. So eröffnen sich künftig neue Möglichkeiten für BesucherInnen, am parlamentarischen Leben teilzunehmen. Das neue BesucherInnenzentrum „Demokratikum – Erlebnis Parlament“ wird auf rund 1.500 m<sup>2</sup> Demokratie und Parlamentarismus erlebbar machen. Es liegt direkt unter der Säulenhalle und gibt Einblicke in die Geschichte der Demokratie in Öster-

reich, informiert über den Werdegang von Gesetzen sowie die Abläufe im Parlament und thematisiert das Zusammenspiel von Demokratie und Medien. Auch in der neu konzipierten Parlamentsbibliothek wird es einen eigenen Ausstellungsbereich geben.

Nach der Wiedereröffnung können BesucherInnen das Haus zudem in neu entwickelten Führungen erleben. Auch das Angebot für Kinder und Jugendliche wird ausgebaut. Sie können in neuen Workshop-Formaten der Demokratiewerkstatt auf interaktive Art und Weise am Originalschauplatz lernen, wie Demokratie funktioniert. Das parlamentarische Geschehen im Sitzungssaal kann künftig noch einfacher und unkomplizierter mitverfolgt werden. Dafür wurde direkt unter der Glaskuppel ein komplett verglaster Rundgang geschaffen. Von dort kann man das Geschehen im Saal beobachten. Weiterhin kann man Sitzungen auf der Galerie verfolgen.

Ebenfalls direkt unter dem Dach wird es ein neues, für die Öffentlichkeit zugängliches Parlamentsrestaurant geben. ■

<http://www.oeparl2023.at/>



# Aus dem Bundeskanzleramt

## Montenegros Premierminister auf Arbeitsbesuch in Wien

Bundeskanzler Karl Nehammer hat am 7. Juni den Premierminister von Montenegro, Dritan Abazović, zu einem Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt in Wien empfangen. Neben der Vertiefung der bilateralen Beziehungen standen die EU-Annäherung des Landes und der Ukraine-Krieg im Fokus der Unterredung. Die kleine Adriarepublik gilt als Musterschüler unter den EU-Beitrittskandidaten am Westbalkan und trägt die EU-Sanktionen gegen Rußland im Ukraine-Krieg mit.

*Westbalkan für Österreich wichtiger geostrategischer Raum*

„Heute ist für Österreich ein besonderer Tag. Ich freue mich, daß der Premierminister von Montenegro bei uns zu Gast ist. Der Westbalkan ist für Österreich ein ganz wichtiger geostrategischer Raum, wenn es etwa um Sicherheitsfragen geht, aber auch, wenn es darum geht, daß wir wirtschaftlich deutlich von der Prosperität und dem Wachstum auf dem Westbalkan durch Investitionen und eine gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit profitieren“, sagte der österreichische Regierungschef in seinem Statement.

Wenn es darum gehe, Montenegro beim Weg in die Europäische Union zu begleiten, sei dies insofern einfach, da Montenegro „enorme Anstrengungen“ unternahme, um die Anforderungen der EU auch tatsächlich erfüllen zu können. „Wir sind Begleiter auf diesem Weg und bieten dort, wo es notwendig und sinnvoll ist unsere Hilfe und Unterstützung an. Wenn wir es schaffen, daß die Europäische Union den Westbalkan als wichtigen Raum für Wachstum innerhalb der EU wahrnimmt, wird insgesamt eine positive Entwicklung für die EU erzielt werden“, so Nehammer.

Man müsse zudem zur Kenntnis nehmen, daß nicht nur die EU Interesse am Westbalkan habe, sondern auch die Volksrepublik China und die Vereinigten Arabischen Emirate. All das bedeute, so der Bundeskanzler, daß „wir uns als Europäische Union anstrengen und dem Westbalkan zeigen müssen, daß wir großes Interesse an ihren Ländern haben und bereit sind, den Weg in die EU zu fördern und zu begleiten, weil wir in Summe als Gemeinschaft mit dem Westbalkan stark profitieren werden“.



Foto: BKA / Florian Schrötter

Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) empfängt den montenegrinischen Ministerpräsidenten Dritan Abazović (r.) zu einem Arbeitsgespräch am Wiener Ballhausplatz.



Foto: BKA / Florian Schrötter

Der Bundeskanzler und der Ministerpräsident bei der gemeinsamen Pressekonferenz

### Staaten des Westbalkans rasch an EU heranführen

Österreich werde sich dafür einsetzen, weiterhin auf die Bedürfnisse der Westbalkanstaaten und die Möglichkeiten, die durch die Anstrengungen der einzelnen Länder gegeben sind, hinzuweisen. Es sei wichtig, bei informellen Sitzungen einen Teilnehmerstatus zu erreichen, im Dialog zu bleiben und das ständige Interesse der EU am Westbalkan zu bekunden.

Darüber hinaus sei man in einer besonderen Situation: „Viele Menschen aus dem

Westbalkan leben in Österreich, haben hier eine Heimat gefunden, und sind gleichzeitig noch eng mit ihren Herkunftsländern verbunden. Daher ist es für uns auch so zentral, daß die Staaten des Westbalkans so rasch wie möglich an die EU herangeführt werden. Ich freue mich auf die enge Zusammenarbeit. Österreich wird weiterhin eine starke Stimme für Montenegro, aber auch für die anderen Staaten des Westbalkans sein, wenn es um den EU-Beitritt geht“, so Bundeskanzler Karl Nehammer am Schluß der gemeinsamen Pressekonferenz. ■



## Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA / Florian Schrötter



Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) empfing den georgischen Ministerpräsidenten Irakli Garibashvili zu einem Arbeitsgespräch

### Offizieller Besuch des georgischen Premierministers Garibashvili in Wien

Georgien ist ein ganz wesentlicher geostrategischer Partner. Ich freue mich, daß unser heutiges Zusammentreffen einen intensiven Austausch über aktuelle Herausforderungen ermöglicht hat“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer am 8. Juli nach einem Arbeitsgespräch mit dem Premierminister von Georgien, Irakli Garibashvili, im Wiener Bundeskanzleramt. Nehammer verwies im anschließenden Pressestatement auf die „besondere Situation“, in der sich Georgien angesichts der Besetzung von rund 20 Prozent seines Territoriums durch russische Truppen befinde. Dies bedeute eine „konstante Sicherheitsherausforderung“, ermögliche Georgien aber auch, als „Mittler zwischen Konfliktparteien“ zu agieren und dabei zu helfen, die Problemlagen in der Region besser zu verstehen.

„Aus österreichischer Sicht ist es wesentlich, das Bestreben Georgiens, sich der EU und den westlichen Werten anzunähern, zu unterstützen“, so der Bundeskanzler. Der dafür auf EU-Ebene notwendige Prozeß und die vorgesehenen Regeln seien „wichtig und richtig“. Gleichzeitig erinnerte Nehammer einmal mehr daran, daß in der Frage der EU-Erweiterung nicht auf die Staaten des Westbalkan vergessen werden dürfe: „Für Österreich ist es wichtig, die Region in unserer unmittelbaren Nachbarschaft im Integrationsprozeß zu begleiten. Unsere Aufgabe ist es, gerade aufgrund unserer geographischen La-

ge, immer auch ein Brückenbauer und Vermittler zwischen unterschiedlichen Interessen zu sein“, betonte der Kanzler.

#### Handelsbeziehungen forcieren – Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit verstärken

Die Handelsbeziehungen zwischen Georgien und Österreich würden „noch viel Potential“ bieten, daher solle die „gute Zusammenarbeit“ intensiviert werden. Für höhere Investitionen von Unternehmen sei die notwendige Rechtssicherheit eine wesentliche Voraussetzung, so Nehammer. Auch im Kampf gegen die organisierte Kriminalität

wolle man die bestehende Kooperation noch weiter verstärken.

Abschließend sicherte der Bundeskanzler Österreichs Unterstützung für Georgien auf seinem Weg zum EU-Kandidatenstatus zu: „Wir wollen Georgien bei seinen Anstrengungen begleiten, um die Kriterien der Europäischen Kommission erfüllen zu können.“ Ziel der Annäherung sei es schließlich, „gemeinsam einen Raum der Stabilität in einem sicherheitspolitisch schwierigen Umfeld zu schaffen und den Dialog zu fördern, um für mehr Frieden in Europa sorgen zu können“.



Foto: BKA / Florian Schrötter

Bundeskanzler Karl Nehammer (r.) und der georgische Ministerpräsident Irakli Garibashvili bei der gemeinsamen Pressekonferenz



## Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA / Florian Schrötter



Bundeskanzler Karl Nehammer besuchte das „Yad Vashem – The World Holocaust Remembrance Center“ in Israel...

### Nehammer: Enge Verbundenheit mit Israel – Strategische Partnerschaft unterzeichnet

Israel verfügt über eine hohe militärische Kompetenz und eine sehr effiziente Rüstungsindustrie. In dieser Hinsicht gibt es in Österreich Nachholbedarf, daher sollte das Verteidigungsbudget erhöht werden“, betonte Bundeskanzler Karl Nehammer am 13. Juli anlässlich seines Treffens mit dem israelischen Premierminister Yair Lapid in Tel Aviv, im Rahmen dessen eine umfassende strategische Partnerschaft unterzeichnet wurde. Diese Kooperation umfaßt Bereiche wie Wirtschaftsbeziehungen, Sicherheitspolitik, Terrorismusbekämpfung, Klimapolitik, Jugendaustausch oder das Gedenken an die Opfer des Holocaust. „Von besonderem Interesse sind dabei die Drohnen- und Raketenabwehr. Wir können eine Gefährdung durch Drohnen nicht gänzlich ausschließen, immerhin befindet sich 500 Kilometer von unseren Grenzen entfernt ein Land im Krieg. Es geht nun um die Prüfung, welche Systeme für das Bundesheer geeignet sind“, so Nehammer.

„Israel ist auch hinsichtlich seiner großen Gasfunde vor der Küste ein möglicher Partner, was künftige Gaseinkäufe betrifft. Man geht hier davon aus, daß man in den kommenden 2 Jahren 10 Prozent des Gasbedarfs der Europäischen Union decken können wird. Im Zuge der krisenhaften Lage ist die EU-Kommission gefordert“, so Nehammer. Die OMV sei in eine gute Position zu bringen, solange die europäische Plattform nicht funktioniert.

Eine besondere Rolle während des Aufenthalts in Israel nahm auch das Andenken an die Opfer des Holocaust ein. Nach einem Empfang der Altösterreicher in Jerusalem besuchte der Bundeskanzler die Holocaust-

Foto: BKA / Florian Schrötter



... im Bild mit (v.l.) Dani Dayan (Vorstandsvorsitzender von Yad Vashem), Oskar Deutsch (Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien), Verteidigungsministerin Klaudia Tanner, Museumsführerin Jana Marcus und Innenminister Gerhard Karner

Foto: BKA / Florian Schrötter



... und legte in der Holocaust-Gedenkstätte einen Kranz nieder.

Gedenkstätte Yad Vashem. Dort entzündete er eine Flamme zur Erinnerung an die von den Nazis ermordeten Jüdinnen und Juden

und entschuldigte sich für die Rolle österreichischer NS-Täter. In einer Erklärung des Bundeskanzlers auf dem Janusz-Korczak-



## Österreich, Europa und die Welt

Platz auf dem Berg der Erinnerung kündigte Karl Nehammer eine mehrjährige Partnerschaft zwischen Yad Vashem und seinem Bundeskanzleramt an. Dieses Kooperationsprojekt wird sich auf vier spezifische Bereiche konzentrieren, nämlich die Aufbewahrung von Dokumenten, neue Formen des Gedenkens, das Erreichen neuer Zielgruppen und weiterführende Forschung.

„Österreich, der Staat Österreich, aber auch viele Bürgerinnen und Bürger haben es sich nach dem Zweiten Weltkrieg lange Zeit in der Rolle des vermeintlichen ersten Opfers der Nazis bequem gemacht. Heute erkennen wir die schicksalhafte Rolle so vieler Österreicher in diesem dunklen Kapitel der Geschichte an. (...) Wir können nicht rückgängig machen, was passiert ist, aber wir können zwei Dinge tun: Uns entschuldigen für das von österreichischen Tätern begangene Unrecht und wir können dafür sorgen, daß die Erinnerung an die Opfer der Shoah für immer weiterlebt. (...) Da immer mehr Holocaust-Überlebende sterben, wird es immer wichtiger, die Erinnerungs- und Kommunikationsorte der Shoah wie Mauthausen und jetzt auch Gusen in Österreich und Yad Vashem zu stärken. Ich freue mich daher, daß wir den Startschuß für eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Österreich und Yad Vashem geben können“, so Nehammer. „Die Verbrechen von damals dürfen nie in Vergessenheit geraten und dürfen sich niemals wiederholen.“

Dani Dayan erwiderte auf die Rede des Kanzlers: „Ich möchte mich an dieser Stelle für Ihre Worte bedanken. Ich denke, daß sie nichts weniger als historisch waren, und wie Sie richtig sagten, Herr Bundeskanzler, können wir die Geschichte nicht zurückspulen. (...) Ich kann Ihnen versichern, daß Ihr Beitrag zu Yad Vashem, den Sie gerade angekündigt haben und der alles andere als selbstverständlich ist, auch Auswirkungen auf die Bekämpfung des modernen Antisemitismus in Europa haben wird.“

Auch verlieh Nehammer die österreichische Staatsbürgerschaft an Nachkommen von NS-Opfern. Er wurde von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner, Innenminister Gerhard Karner und Oskar Deutsch, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, begleitet. Auf dem Programm standen unter anderem auch Gespräche mit Verteidigungsminister Benny Gantz und Sicherheitsminister Omer Bar-Lev. Zum Auftakt wurde die Klagemauer in Jerusalem besucht.

<https://www.yadvashem.org/de.html>

(auch Quelle der beiden obenstehenden Zitate)

Foto: BKA / Florian Schrötter



Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) und der israelische Außenminister Yair Lapid bei der Unterzeichnung der umfassenden strategischen Partnerschaftsvereinbarung ...

Foto: BKA / Florian Schrötter



... bei seinem Gespräch mit der israelischen Innenministerin Ayelet Shaked ...

Foto: BKA / Florian Schrötter



... und dem israelischen Minister für Öffentliche Sicherheit Omer Bar-Lev



## Österreich, Europa und die Welt

### Nehammer auf Zypern und im Libanon: Sicherheit und Migration im Fokus

Bundeskanzler Karl Nehammer ist im Anschluß an seinen Besuch in Israel am 13. Juli in Nikosia mit Zyperns Präsident Nikos Anastasiadis zu Gesprächen zusammengetroffen. Im Zentrum des Austausches stand vor allem die Lösung des Problems der illegalen Migration. „Zypern ist von illegaler Migration, so wie Österreich, besonders stark betroffen. Das Asylsystem der EU ist fehlgeschlagen. Wir müssen unsere Außengrenzen besser schützen und das Schlepperwesen bekämpfen“, sagte Nehammer.

Darüber hinaus wurden auch Fragen der Energieversorgung als Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine und die unge löste Frage der Teilung Zyperns erörtert. Der Bundeskanzler betonte zudem die Notwendigkeit „grüner Korridore“, um Getreidelieferungen aus der Ukraine in Länder sicherzustellen, aus denen wegen Hungerkrisen weitere Auswanderungswellen drohen.

#### UNFICYP-Friedensmission auf Zypern

Begleitet von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner legte der Bundeskanzler am Koshi UN-Memorial in Larnaka einen Kranz nieder. Beide gedachten damit dreier österreichischer UNFICYP-Friedenssoldaten, die im Jahr 1974 bei einem türkischen Luftangriff ums Leben gekommen waren. Anschließend besuchten der Bundeskanzler und die Verteidigungsministerin die UNFICYP-Friedenstruppe, wobei sie sich über die Herausforderungen und Aufgaben dieser aus mehr als einem Dutzend Nationalitäten bestehenden Truppe informierten.

Österreich hat sich 1964 erstmals mit einem Feldspital in Kokkinotrimithia an der internationalen Friedensmission auf Zypern beteiligt. Damals versahen bis 1973 rund 54 Österreicher ihren Dienst in Zypern. 1972 lief auch der militärische Auftrag des United Nations Austrian Bataillon in Paphos/Polis – hier waren ca. 300 Mann beteiligt. Das Land ist seit 1974 nach einem griechischen Putsch und einer türkischen Militärintervention geteilt. Die Friedenstruppe UNFICYP soll sicherstellen, daß es zwischen der griechischen und türkischen Volksgruppe keine gewaltsamen Konfrontationen gibt. Österreich hat seine Teilnahme 2001 beendet, ist aber noch mit drei Stabsoffizieren und zwei zivilen Mitarbeiterinnen vor Ort vertreten.

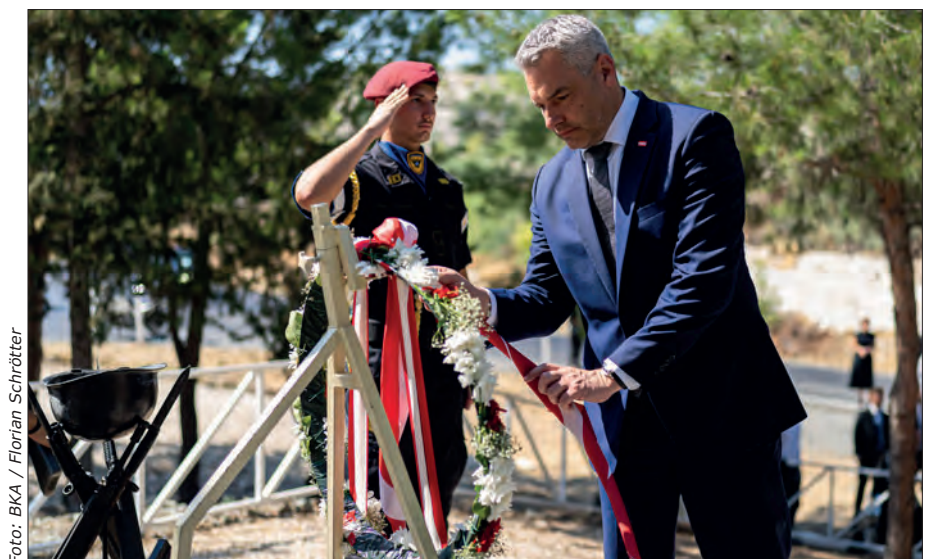
Der Nordteil der Insel wird nur von der Türkei als Staat anerkannt. Zypern gehört seit 2004 zur EU, ihr Regelwerk gilt allerdings nur im griechischen Südteil. Alle Ver-



Bundeskanzler Karl Nehammer traf mit Zyperns Präsident Nicos Anastasiades zusammen...



... besuchte gemeinsam mit Verteidigungsministerin Klaudia Tanner die österreichischen SoldatInnen der UNFICYP, der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern, ...



... und legte am Koshi UN-Memorial in Larnaka einen Kranz nieder.



## Österreich, Europa und die Welt

handlungen zur Überwindung der Teilung sind bisher gescheitert. Nehammer betonte: „Unsere beiden Länder verbinden seit 60 Jahren gute bilaterale Beziehungen. Wir bekennen uns klar zur territorialen Integrität und Souveränität Zyperns, gerade auch in den Seengebieten.“

### UNIFIL-Friedenstruppe im Südlibanon – Besuch des österreichischen Kontingents

Im Anschluß reisten Nehammer und Tanner in den Libanon. Gemeinsam besuchten sie am 14. Juli das UNIFIL-Camp, wo 180 SoldatInnen des österreichischen Bundesheeres im Rahmen der UNIFIL-Friedensmission im Einsatz sind. Seit 2011 beteiligt sich Österreich mit Truppenkontingenten vor Ort und unterstützt in verschiedenen Bereichen, überwiegend bei logistischen Einsätzen. Der Kanzler dankte den Einsatzkräften im Südlibanon: „Es macht mich stolz, daß sich Österreich mit einem Truppenkontingent an der UNIFIL-Friedensmission beteiligt. Unsere Soldatinnen und Soldaten leisten damit seit vielen Jahren einen wesentlichen Beitrag für die Sicherheit und Stabilität in der Region. Es ist eine der wichtigsten Auslandsmissionen für das österreichische Bundesheer.“

### Österreichische Hilfe, um humanitäre Lage im Libanon zu verbessern

Im anschließenden Gespräch mit dem libanesischen Präsidenten Michel Aoun in



Foto: BKA / Florian Schrötter

Bundeskanzler Karl Nehammer beim Treffen mit dem libanesischen Präsidenten Michel Aoun

Beirut standen die Themen Sicherheit, Migration und die humanitäre Krise in der Region im Mittelpunkt. Die humanitäre Situation im Libanon hat sich seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs dramatisch verschlechtert. Laut Schätzungen gibt es im Libanon in etwa 1,5 Millionen syrische Flüchtlinge. Der Bundeskanzler betonte, daß es für Österreich ein wichtiges Anliegen sei, unmittelbar Hilfe vor Ort zu leisten: „Seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs hat sich die Situation im Libanon weiter verschlechtert. Die Grundversorgung der von der Krise betroffenen Menschen ist ange-

sichts der massiv steigenden Lebensmittelpreise akut gefährdet. Auch hier gilt: Wer schnell hilft, hilft doppelt.“ Die Bundesregierung werde daher mit weiteren drei Millionen Euro aus den Mitteln des Auslandskatastrophenfonds die humanitären Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft, aber auch die Tätigkeit von österreichischen Nichtregierungsorganisationen vor Ort, unterstützen. Der Kanzler hat zudem die Unterstützung Österreichs für den Wiederaufbau des Hafens in Beirut nach den verheerenden Explosionen im Sommer 2020 angeboten. ■



Foto: BKA / Florian Schrötter

Bundeskanzler Karl Nehammer und Verteidigungsministerin Klauudia Tanner mit den österreichischen SoldatInnen im UNIFIL-Camp in Naqoura



## Österreich, Europa und die Welt

### Edtstadler bei UN-Forum in New York

„Die Agenda 2030 ist unser Kompaß, um die Zukunft gerechter und nachhaltiger zu gestalten. Österreich setzt sich aktiv ein, um die 17 Nachhaltigkeitsziele der UNO zu erreichen – von mehr Anstrengungen weltweit im Bildungsbereich über Frauenförderung bis hin zur wichtigen Frage der Energiesicherheit“, sagte Bundesministerin Karoline Edtstadler am 15. Juli beim Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen in New York. Bei dem Treffen wurden die globalen Fortschritte in der Umsetzung der Agenda 2030 und der nachhaltigen Entwicklungsziele erörtert. Im Fokus der aktuellen Diskussion standen die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Umsetzung der Entwicklungsziele.

Gemeinsam für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte einzustehen sei mehr denn je erforderlich: „Wir sind weltweit mit Konflikten und Kriegen konfrontiert, die viele Errungenschaften der Vergangenheit zu torpedieren drohen. Ohne starke demokratische Institutionen, ohne gleichberechtigte Teilhabe am politischen Leben ist dauerhafter Friede auf der Welt nicht möglich. Gerade deshalb ist es notwendig, uns auch auf UNO-Ebene zu vernetzen und die Ziele der Agenda 2030 voranzutreiben.“

Edtstadler hob auch die Rolle Österreichs für einen erfolgreichen Weg bis 2030 hervor. Dabei sei vor allem ein fortwährender Dialog mit Stakeholdern notwendig, wenn es um Widerstandsfähigkeit gegenüber zukünftigen Herausforderungen geht. Sie verwies auch auf das im Oktober zum zweiten Mal stattfindende „SDG-Dialogforum“, das von Regierung und Zivilgesellschaft zur Förderung des Dialogs organisiert wird.

Am Rande der Konferenz haben Österreich und Jordanien gemeinsam mit UN-Women und SDG Watch Europe im Rahmen eines „Side Events“ internationale Expertinnen zusammengebracht, um die Situation von Mädchen und Frauen in Konfliktregionen zu beleuchten und zu verbessern.

Ein zweiter Schwerpunkt der Reise lag auf der Förderung jüdischen Lebens und einer stärkeren Vernetzung mit jüdischen Organisationen. So standen Treffen mit den Vertretern der Anti Defamation League, dem World Jewish Congress, B'nai B'rith, dem National Council Supporting Eurasian Jewry sowie der Conference of Presidents of Major American Jewish Organisations auf dem Programm. Zudem überreichte die Ministerin die österreichische Staatsbürgerschaft an Nachfahren von im Holocaust Verfolgten. ■



Foto: BKA / Hans Hofer

Bundesministerin Karoline Edtstadler nach ihrem Gespräch mit dem Präsidenten der UNO Generalversammlung, Abdulla Shahid ...



Foto: BKA / Hans Hofer

... mit der Exekutivdirektorin UN Women, Sima Sami Bahous, ...



Foto: BKA / Hans Hofer

... und bei der Übergabe der Staatsbürgerschaften an an Nachfahren von im Holocaust Verfolgten im Generalkonsulat in New York



# Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA / Dragan Tatic



Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) empfing den Ministerpräsidenten der Slowakei, Eduard Heger, mit militärischen Ehren in Wien

## Nehammer: Arbeitsgespräch mit slowakischem Premierminister Heger

Unsere beiden Länder haben immer versucht, die Zukunft gemeinsam zu gestalten. Genau das ist auch heute unser Ziel. Ich danke dem Premierminister der Slowakei sehr, daß er die Zeit gefunden hat, uns hier in Österreich zu besuchen. Es ist der Ausdruck einer langen und guten Freundschaft zwischen unseren beiden Staaten“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer am 18. Juli im Anschluß an das offizielle Arbeitsgespräch mit dem Premierminister der Slowakischen Republik, Eduard Heger in Wien. Im Zentrum der Gespräche standen bilaterale, sowie aktuelle europäische und internationale Themen, vor allem aber der russische Angriffskrieg auf die Ukraine.

Die Slowakei sei nicht nur ein Freund, sondern ein wichtiger Nachbar für die österreichische Wirtschaft: So seien rund 2.000 österreichische Unternehmen in der Slowakei tätig, was auch in Österreich Arbeitsplätze sichere. Zudem seien die Exporte wieder auf ein Volumen von 3,2 Milliarden Euro gestiegen. Österreich sei der zweitgrößte Investor in der Slowakei, hob der Bundeskanzler hervor.

### Ukraine: Schutz und humanitäre Hilfe zentral

Ein Schwerpunkt des Arbeitsgesprächs bildete der Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine und dessen Folgen. „Das, was uns in dieser Frage vereint, ist die humanitäre Hilfe und der Schutz von Menschen, die auf der Flucht sind. Öster-



Foto: BKA / Dragan Tatic

reich beherbergt derzeit an die 80.000 Ukrainerinnen, Ukrainer und ihre Kinder. Das macht bald ein Prozent der österreichischen Bevölkerung aus“, so Nehammer. Österreich stehe vollumfänglich an der Seite der Europäischen Union, wenn es darum gehe, gegen den russischen Angriffskrieg aufzutreten und klar zu machen, daß Krieg niemals ein Teil von Politik sein dürfe. Man habe sich klar abgesprochen und werde je nach Möglichkeit einen Beitrag leisten – Österreich als neutrales Land, die Slowakei als NATO-Mitglied.

Zentral sei in diesem Zusammenhang auch das Thema Ernährungssicherheit und die Schaffung von „grünen Korridoren“ für die Welt. Österreich engagiere sich hier an der Seite der Vereinten Nationen und lote Mög-

lichkeiten aus. „Genauso unterstützt Österreich das World Food Programme weiter. Das Ernährungsprogramm der UNO ist wichtig, um Stabilität auf der Welt herzustellen, vor allem in den besonders betroffenen Gebieten. Das ist schwer möglich, weil das World Food Programme derzeit nicht in der Lage ist, seine Rationen auf gleichem Niveau zu halten, sondern diese aufgrund der hohen Getreidepreise kürzen muß. Das wiederum ist eine Katastrophe für die Menschen, die davon abhängig sind“, führte der Bundeskanzler aus.

Österreich habe daher dem Ernährungsprogramm spontan 3,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, weitere 500.000 Euro erhielten zivilgesellschaftliche Organisationen vor Ort. „Es braucht die Europäische Union,



## Österreich, Europa und die Welt

es braucht die Weltgemeinschaft, um hier schnell zu helfen, weil wir sonst mit den Folgen der Krise, auch was neue Migrationswellen betrifft, in ungeahntem Ausmaß noch stärker konfrontiert werden“, hielt Nehammer fest.

*Atomkraft: Slowakei sagt Sicherheitsstandards auf bestmöglichem Niveau zu*

Der österreichische Regierungschef hat in seinem Arbeitsgespräch auch die Atomkraft angesprochen, wo man unterschiedliche Zugänge habe: „Wir in Österreich halten Atomtechnologie für zu gefährlich, denn bei etwaigen Zwischenfällen können langfristige Konsequenzen damit verbunden sein. Die Slowakei hat versichert, alles zu tun, damit die Sicherheitsstandards auf bestmöglichem Niveau gewahrt bleiben. Das zeichnet eben auch eine gute Freundschaft aus, daß man über die Themen sprechen kann, bei denen man nicht einer Meinung ist“, so Nehammer.

Konsens bestehe zwischen den beiden Ländern hingegen auch in Fragen der Sicherheit. So arbeite Österreich im Rahmen des Austerlitz-Formats (*Kooperationsformat zwischen Österreich, der Slowakei und Tschechien, Ann.*) eng mit der Slowakei zusammen, bei dem es um wesentliche Fragen zur Sicherheit, aber auch zur Entwicklung Europas gehe. Relevant sei hier auch das Thema



Foto: BKA / Dragan Tatic

*Im Zentrum der Gespräche in Wien standen bilaterale, sowie aktuelle europäische und internationale Themen, vor allem aber der russische Angriffskrieg auf die Ukraine.*

irreguläre Migration. Diese steige in Österreich dramatisch, führte der Kanzler aus.

So seien heuer schon über 30.000 Asylanträge gestellt worden. „Der Migrationsdruck steigt und dagegen müssen wir gemeinsam auftreten. Es braucht einen starken EU-Außengrenzschutz und endlich die Neuregelungen, was das Asylverfahren innerhalb der Europäischen Union betrifft. Das alte Asylsystem hat leider vollständig versagt.“

Einig sei man sich auch über die weitere Unterstützung des Westbalkan hinsichtlich eines EU-Beitritts, der für beide ein wichtiger zentraler, geostrategischer Raum sei.

„Es gibt derzeit viele Herausforderungen, die man dann gemeinsam lösen kann, wenn man sich gut abstimmt und ehrlich zueinander ist. Das ist zwischen unseren beiden Staaten so, das kann ich frohen Herzens sagen“, so Karl Nehammer abschließend. ■

### Elisabeth Tichy-Fisslberger als Richterin am EuG

Die Bundesregierung hatte sich nach öffentlicher Ausschreibung und auf Vorschlag einer Kommission im Einvernehmen mit dem Parlamentarischen Hauptausschuß darauf geeinigt, Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger, Ständige Vertreterin Österreichs bei den Vereinten Nationen in Genf, zu nominieren. Tichy-Fisslberger hat sich daraufhin erfolgreich dem Hearing des zuständigen EU-Ausschusses gestellt. Bundesministerin für EU und Verfassung, Karoline Edtstadler am 20. Juli dazu: „Ich gratuliere Elisabeth Tichy-Fisslberger sehr herzlich zur heute erfolgten offiziellen Bestätigung und freue mich, daß damit erstmals eine Frau aus Österreich als Richterin am Gericht der Europäischen Union (EuG) fungieren wird. Tichy-Fisslberger genießt eine außerordentliche fachliche Reputation und zeichnet sich durch ihre langjährige Erfahrung in internationalen Gremien als Diplomatin der Republik Österreich aus. Sie wird dieses Amt mit großer Expertise und Erfahrung ausführen.“

Außenminister Alexander Schallenberg:



Foto: Antoine Tardy

*Elisabeth Tichy-Fisslberger im Februar 2020 als Präsidentin des UN-Menschenrechtsrates*

„Mit Botschafterin Elisabeth Tichy-Fisslberger gewinnt der Gerichtshof der Europäischen Union eine Spitzenjuristin mit langjähriger, internationaler Erfahrung. Es freut mich sehr, daß eine österreichische Diplomatin für die Position ausgewählt wurde. Damit wird

der Beitrag des österreichischen Außenministeriums für Rechtsstaatlichkeit und das EU-Recht gewürdigt. Ich gratuliere Elisabeth Tichy-Fisslberger ganz herzlich und wünsche ihr alles Gute für ihre neue Aufgabe!“

Die Funktionsperiode der aktuell amtierenden österreichischen Richterin am Gericht der Europäischen Union endet mit 31. August 2022. Österreich war daher aufgerufen, zwei Personen zur Nachfolge zu nominieren. Die zweite Stelle wird weiterhin von Gerhard Hesse, dem früheren Leiter des Verfassungsdienstes, besetzt, der für eine weitere Funktionsperiode zur Verfügung steht. Die Amtsperiode der Richterin am EuG dauert sechs Jahre, der Nominierungszeitraum ist damit 2022 bis 2028. In Frage kommen für diese Position Personen mit umfassenden juristischen Fähigkeiten, langjähriger einschlägiger Berufserfahrung und unter anderem Kenntnis mehrerer Amtssprachen der Europäischen Union.

Gemeinsam mit dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) ist das EuG für die Wahrung der korrekten Auslegung und Anwendung von EU-Recht verantwortlich. ■



## Österreich, Europa und die Welt



Foto: BLA / Christopher Dunker

Bundesministerin Karoline Edtstadler mit ihren Kolleginnen der „The Next Generation is Female“-Konferenz in Salzburg

### Edtstadler: Weichen für resilientere, weiblichere EU stellen

Über den Tellerrand blicken, Erfahrungen austauschen, Lösungen finden – und dabei stets das Potenzial und die Perspektiven von Frauen berücksichtigen: Diese Zielsetzungen standen im Fokus der Konferenz „The Next Generation is Female“, zu der Europaministerin Karoline Edtstadler ihre Amtskolleginnen am 4. und 5. August erstmals geladen hatte.

„Europa steht vor immensen Herausforderungen und wir benötigen alle Kräfte, um die EU für die Bürgerinnen und Bürger neu aufzustellen“, betonte die Europaministerin. „Die Konferenz mit meinen Amtskolleginnen in Salzburg hat den Fokus auf den Blickwinkel und die Sichtbarkeit von Frauen gelegt, gerade auch im Kontext der multiplen Krisen, mit denen wir aktuell konfrontiert sind. Gemeinsam mit unseren männlichen Kollegen wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Europa auch künftig ein Kontinent der Chancen und der besten Lebensqualität bleibt.“

#### Vernetzungstreffen europäischer Spitzenpolitikerinnen künftig jährlich

Vor der Kulisse der Salzburger Festspiele bot sich den Europaministerinnen und für EU-Angelegenheiten zuständigen Staatssekretärinnen gemeinsam mit Vertreterinnen des Europäischen Parlaments die Gelegenheit, relevante EU-Themen aus weiblicher Sicht zu betrachten. Dazu zählten der Angriffskrieg Rußlands auf die Ukraine mit seinen weitreichenden Konsequenzen etwa in Bezug auf die Energieversorgungssicherheit,

aber auch die Pandemie und ihre spezifischen Auswirkungen auf Frauen oder die Stärkung der europäischen Institutionen.

„Die inspirierenden Diskussionen haben gezeigt, daß dieser Austausch und Dialog unter europäischen Spitzenpolitikerinnen notwendig ist. Daher freut es mich, daß Salzburg Ausgangspunkt für ein neues Veranstaltungsformat ist, das künftig jährlich stattfinden soll“, so Edtstadler.

#### Ukraine-Reise beabsichtigt: Zeichen europäischer Solidarität und Geschlossenheit

Erste Überlegungen für eine gemeinsame Reise in die Ukraine, um auch diesbezüglich den Fokus auf Frauenspezifische Themen zu rücken, sind ein weiteres konkretes Ergebnis der zweitägigen Arbeitsgespräche in Salzburg. Edtstadler: „22 Prozent der Streitkräfte in der Ukraine sind weiblich. Dies ist ein Aspekt, der in der Berichterstattung über den Krieg selten vorkommt. Frauen stellen das Gros der aus der Ukraine Vertriebenen dar, in Österreich etwa rund 82 Prozent. Es gilt ein starkes Zeichen europäischer Solidarität und Geschlossenheit zu setzen.“

#### Weibliche Kompetenzen für einen nachhaltigeren Blick auf die EU

„Gerade Frauen als Schlüsselfiguren in Krisen und Konflikten können maßgeblich dazu beitragen, Lösungsansätze für europäische Herausforderungen zu finden“, unterstrich Edtstadler. Denn Frauen hätten häufig einen anderen, lösungsorientierteren Ansatz bei der Bewältigung von Problemen, der über Partei-, Länder- und Institutionengrenzen hinausgehe. Neben der Bewältigung akuter Kri-

sen seien diese Perspektiven auch für die Entwicklung strategisch ausgerichteter, langfristiger Lösungen erforderlich.

„Wenn wir die Herausforderungen, mit denen die EU konfrontiert ist, nachhaltig bewältigen möchten, benötigen wir eine erhöhte Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen und die stärkere Berücksichtigung weiblicher Lebensrealitäten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Es gilt keine Zeit zu verlieren, wenn es darum geht, miteinander die Weichen für eine resilientere und ambitioniertere, inklusivere und weiblichere Union der Zukunft zu stellen“, so die Europaministerin abschließend.

#### Hintergrund: Spitzenpolitikerinnen aus den EU-Staaten und Vertreterinnen des Europäischen Parlaments in Salzburg

Die Europaministerin konnte zur zweitägigen Konferenz im DomQuartier Salzburg sowie auf Schloß Leopoldskron Judit Varga, Ministerin für EU und Justiz in Ungarn, Tytti Tuppurainen, Ministerin für Europäische Angelegenheiten und Eigentumssteuerung in Finnland, die belgische Außenministerin Hadja Lahbib, des Weiteren Irena Dimitrova, Vize-Außenministerin Bulgariens, Zanda Kalniņa-Lukaševica, Vize-Außenministerin und Parlamentarische Staatssekretärin in Lettland, Daniela Grigore Gitman, Staatssekretärin für Europäische Angelegenheiten in Rumänien, und Andreja Metelko-Zgombić, Staatssekretärin für Europa im kroatischen Außenministerium, begrüßen. Zu den Vertreterinnen von Seiten des Europäischen Parlaments zählten dessen Vizepräsidentin Nicola Beer sowie Abgeordnete Eva Maydell. ■



# Österreich, Europa und die Welt



Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Karl Nehammer (l.) empfing den ungarischen Ministerpräsident Viktor Orbán mit militärischen Ehren in Wien

## »Kampf gegen Schlepper entschlossen führen«

Am 28. Juli hat Bundeskanzler Karl Nehammer den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán zu einem offiziellen Besuch in Wien empfangen.

Schwerpunktthemen des Treffens waren neben den bilateralen Beziehungen unter anderem der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und dessen Folgen, die EU-Erweiterung um die Staaten des Westbalkans sowie die verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit beider Länder im Kampf gegen die irreguläre Migration: Gemeinsam trete man für die Stärkung der EU-Außengrenzen ein. Vor allem die EU sei gefordert, hier endlich die notwendigen Schritte zu setzen. Zurzeit, sei man allerdings auf sich selbst angewiesen und werde daher die Zusammenarbeit in diesem Bereich noch weiter vertiefen, so der Bundeskanzler. Aus diesem Grund, wird Österreich gemeinsam mit Ungarn und Serbien die Task Force Schleppereibekämpfung einrichten und die Grenzschutzeinheit in Ungarn zukünftig auch bei der Ausbildung unterstützen. Die enge Kooperation zwischen den beiden Nachbarländern hat sich bereits in der Vergangenheit bewährt: Durch die österreichisch-ungarisch gemischten Streifen konnten allein in diesem Jahr bereits rund 130 Schlepper auf ungarischem Staatsgebiet angehalten werden. Ausserdem helfen 50 österreichische Polizisten, die ungarische Außengrenze zu sichern.



Foto: BKA / Dragan Tatic

Wichtigstes Thema des Treffens in Wien war auch der Kampf gegen die irreguläre Migration und das Schleppergeschäft

Bundeskanzler Nehammer: „Ungarn ist unser Nachbarland, wir sind seit Jahrzehnten eng verbunden, als Freunde und Partner. Auch wirtschaftlich ist die Zusammenarbeit für beide Länder existenziell wichtig. Österreich hat rund 1400 Niederlassungen in Ungarn und ist außerdem der drittgrößte Investor dort, umgekehrt finden zehntausende Ungarinnen und Ungarn Arbeit in Österreich. Auch die österreichischen Exporte sind im letzten Jahr um ein Viertel gestiegen. Als Nachbarn verbinden uns außerdem unsere Bemühungen um den Westbalkan und des-

sen EU-Perspektive. Gemeinsam haben wir uns beim letzten Europäischen Rat für den EU-Kandidatenstatus von Bosnien stark gemacht.“

„Wichtigstes Thema war heute auch der Kampf gegen die irreguläre Migration und das Schleppergeschäft: Die Schlepper machen ihr Geschäft mit der Not von Menschen. Das werden wir nicht dulden. Österreich sieht sich – wie andere Mitgliedsstaaten – mit steigenden Asylantragszahlen konfrontiert. Neben den bereits 80.000 aufgenommenen UkrainerInnen, wurden im ersten



## Österreich, Europa und die Welt

Halbjahr bereits rund 31.000 Asylanträge gestellt. Schlepper nutzen den Krieg in der Ukraine für ihr menschenverachtendes Geschäft skrupellos aus. Wichtig ist daher, jetzt noch enger bei der Bekämpfung irregulärer Migration und Schlepperei zusammenzuarbeiten und unsere Grenzen effektiv zu schützen. Wir dürfen die Entscheidung wer nach Europa kommt nicht den Schleppern überlassen. Vor allem die EU ist hier gefordert, endlich die nötigen Schritte zu setzen und keine falschen Signale zu senden,“ so Nehammer. „Wenn wir uns im Kampf gegen kriminelle Schlepperei nicht selbst helfen, dann hilft uns niemand. Ungarn ist hier ein wichtiger Partner im Kampf gegen Schlepperbanden und irreguläre Migration. Und wer kein Bleiberecht hat in Europa, muß auch konsequent zurückgeführt werden in die Herkunftsländer oder sichere Drittstaaten. Auch hier ist die EU gefordert, vernünftige Rahmenbedingungen für eine konsequente Rückführungspolitik zu schaffen.“

In Bezug auf die rezente Rede von Ministerpräsident Orbán in Siebenbürgen hat Bundeskanzler Nehammer das direkte Gespräch gesucht; „Jede Äußerung, die man als Verharmlosung des Holocaust oder als Rassismus verstehen kann, ist abzulehnen. Das habe ich in unserem Gespräch auch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Österreich hat hier eine besondere historische Verantwortung, der wir als Bundesregierung mit zahlreichen Maßnahmen, die wir in den vergangenen Jahren gesetzt haben, nachkommen.“ ■



Foto: BKA / Dragan Tatic

Österreich wir gemeinsam mit Ungarn und Serbien die Task Force Schleppereibekämpfung einrichten und die Grenzschutzeinheit in Ungarn zukünftig auch bei der Ausbildung unterstützen.

2024 zur Verfügung stellen wird. Damit sollen, u.a., ein Programm zur Unterstützung der Archive von Yad Vashem, Seminare und Schulungen für leitende Bundesbedienstete, Verwaltungspersonal und Strafverfolgungsbedienstete, die Erweiterung des „Center for the Research of the Holocaust in Germany and Austria“ sowie der Ausbau von Forschungsprojekten sowohl in Israel am Internationalen Institut für Holocaustforschung von Yad Vashem als auch mit akademischen Partnern in Österreich ermöglicht werden.

Bundeskanzler Nehammer: „Der Besuch des Vorsitzenden der Gedenkstätte Yad Vashem Dani Dayan war für mich als Bundes-

kanzler der Republik Österreich ein ganz besonderes Treffen. Österreich hat eine historische Verantwortung, wenn es um die Erhaltung einer aktiven Gedenk- und Erinnerungskultur geht. Als Bundesregierung sind wir stets bemüht, dieser Verantwortung nachzukommen. Das zeigen die zahlreichen Initiativen, die wir in den letzten Jahren gesetzt haben, darunter die Entwicklung einer nationalen Strategie gegen Antisemitismus oder der Beschluß des Österreichisch-Jüdischen-Kulturerbegesetzes. Auch die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Yad Vashem spielt eine wesentliche Rolle in diesem Bestreben. Die gemeinsame

### Zusammenarbeit zwischen Österreich und Yad Vashem

Am 2. September empfing Bundeskanzler Karl Nehammer den Vorsitzenden von Yad Vashem, Dani Dayan, zu einem Arbeitsbesuch im Bundeskanzleramt. Im Gespräch betonte der Bundeskanzler die ausgezeichneten Beziehungen zwischen Israel und Österreich und hielt auch fest, wie wichtig die Gedenkstätte Yad Vashem für zahlreiche österreichische Holocaust-Überlebende und ihre Nachkommen ist. Nehammer hob dabei die lange und ausgezeichnete Zusammenarbeit mit Yad Vashem hervor, auf die man in Österreich besonders stolz sei und die man besonders schätze.

Im Zuge des Treffens wurde auch ein Memorandum of Understanding für eine mehrjährige Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und Yad Vashem unterzeichnet, für die Österreich Mittel bis zu 1,5 Millionen Euro für den Zeitraum von 2022 bis



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Karl Nehammer (r.) und Dani Dayan, Vorsitzender von Yad Vashem, nach der Unterzeichnung des Memory of Understanding im Bundeskanzleramt



## Österreich, Europa und die Welt

Erklärung über den Aufbau einer umfassenden strategischen Partnerschaft zwischen Österreich und Israel vom Juli und das heutige Memorandum of Understanding zwischen Österreich und Yad Vashem in Bezug auf eine mehrjährige Kooperation wird die hervorragende Zusammenarbeit noch weiter stärken.“

Dani Dayan, Vorsitzender des Direktoriums von Yad Vashem: „Diese historische Vereinbarung bildet eine solide Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Yad Vashem und dem österreichischen Bundeskanzleramt, indem sie gemeinsame Ziele im Bereich der Erinnerung an den Holocaust und des Gedenkens in Österreich fördert. Diese Vereinbarungen sichern die Geschichte und stärken die Bildungsprogramme, die entscheidend dafür sind, daß der Holocaust und die Gefahren des Antisemitismus weiterhin auf der nationalen Agenda und im Bewußtsein bleiben. Diese Zusammenarbeit ermöglicht es uns, gemeinsam an der Sicherung einer besseren Zukunft für unsere Kinder und die kommenden Generationen in Österreich und auf der ganzen Welt zu arbeiten.“

Die enge Partnerschaft mit Yad Vashem zeigt, wie wichtig die Aufarbeitung der Schoah für Österreich ist. Dieses neue Abkommen wird die Gedenkkultur fördern und insbesondere auch die Bereiche Bildung und Wissenschaft weiter stärken sowie die akademischen Beziehungen zwischen dem Internationalen Institut für Holocaust-Forschung von Yad Vashem und Österreich in der Holocaust-Forschung und -Dokumentation festigen. Das Andenken an die Opfer des Holocaust nahm zuletzt während des Aufenthalts von Bundeskanzler Nehammer in Israel eine besondere Rolle ein. Im Rahmen seines Besuchs der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, entzündete der Bundeskanzler eine Flamme zur Erinnerung an die von den Nationalsozialisten ermordeten Jüdinnen und Juden und bat um Vergebung für die Rolle österreichischer NS-Täter im Zweiten Weltkrieg. (siehe Seite 11 folgende). ■

### Bundeskanzler empfing Ban Ki-Moon im Bundeskanzleramt

Am 6. September empfing Bundeskanzler Karl Nehammer den ehemaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, zu einem bilateralen Gespräch im Bundeskanzleramt. Themen des Gesprächs waren neben dem Krieg in der Ukraine und dessen langfristige Auswirkungen, auch die weltweit steigenden Energiepreise und Nahrungsmittelknappheit sowie die Bemühungen



Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Karl Nehammer mit dem ehemaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, nach dem Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt

um den Klimawandel und rund um die Ziele für die nachhaltige Entwicklung.

Der Bundeskanzler verwies unter anderem auf die gute Zusammenarbeit zwischen dem BKMC und dem Bundeskanzleramt im Rahmen der Agenda 2030 und den SDGs (Sustainable Development Goals) und lobte die führende Rolle des BKMC in diesem Bereich.

Nehammer im Anschluß an das Treffen: „Ich danke dem Generalsekretär für sein Engagement als Vorsitzender des Ban Ki-moon Centre for Global Citizens für die sehr gute Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt und die Umsetzung zahlreicher Projekte zur Förderung der Agenda 2030 und der

Nachhaltigkeitsziele. Das nimmt eine führende Rolle in diesem Bereich ein. Erfreulich ist auch, daß Österreich im SDG-Umsetzungsranking heuer weltweit auf Platz 5 aufgestiegen ist. Das ist für uns ein Ansporn, weiterhin mit Hochdruck daran zu arbeiten, die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele voranzutreiben.“ ■

### Edtstadler: Wenn Juden unter Druck geraten, kommen auch freie Demokratien unter Druck

Im Zuge ihres mehrtägigen Aufenthalts in Israel besuchte Europaministerin Karoline Edtstadler unter anderem die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, die heute 220 Milli-



Foto: BKA / Florian Schrötter

Bundesministerin Karoline Edtstadler mit Dani Dayan, Vorsitzender von Yad Vashem, beim Besuch des „Yad Vashem – The World Holocaust Remembrance Center“.



## Österreich, Europa und die Welt

onen Dokumente aus der Zeit des Holocausts beherbergt, darunter 520.000 Fotos, 4.500 Filme, 38.000 Artefakte und 12.000 Kunstwerke.

„Der gemeinsame Kampf gegen den Antisemitismus ist wichtiger denn je, in einer Zeit, in der es in Europa Krieg gibt und in der Antisemitismus auch in Österreich und in Europa zunimmt“, betonte sie bei ihrem mittlerweile vierten Besuch an dieser Gedenkstätte in Jerusalem, den sie gemeinsam mit Gesundheitsminister Johannes Rauch absolvierte. „Haß muß nicht nur offline, sondern auch online, in der digitalen Welt bekämpft werden. Wir tun alles in unserer Macht Stehende, um Jüdinnen und Juden vor Antisemitismus zu schützen“, so Edtstadler. Zuletzt wurde ein Beschluß präsentiert, wonach Österreich für eine mehrjährige Zusammenarbeit mit Yad Vashem bis zu 1,5 Millionen Euro für den Zeitraum von 2022 bis 2024 zur Verfügung stellen werde.

„Der Kampf gegen Antisemitismus ist ein Marathon und kein Sprint. Der steigende Antisemitismus in Österreich, in Europa und weltweit ist besorgniserregend. Wenn Jüdinnen und Juden unter Druck geraten, kommen auch unsere freien Demokratien unter Druck“, betonte Verfassungsministerin Karoline Edtstadler beim „World Summit on Counter-Terrorism“ im israelischen Herzliya. „Während der Corona-Pandemie sind antisemitische Vorfälle sprunghaft angestiegen. Laut Expertinnen und Experten birgt die russische Aggression gegen die Ukraine die Gefahr von noch mehr Antisemitismus und Antizionismus weltweit. Es bedarf der Anstrengungen aller, um dieses Virus des Hasses zu bekämpfen“, so Edtstadler bei ihrer Rede anlässlich des „World Summit on Counter-Terrorism“ in der etwa 15 Kilometer nördlich von Tel Aviv gelegenen Küstenstadt Herzliya.

„Österreich hat eine entschlossene Haltung gegen Antisemitismus eingenommen und Maßnahmen zur Entschädigung von NS-Opfern ergriffen“, hielt die Europaministerin fest. Man könne die begangenen Gräueltaten nicht wiedergutmachen, „aber ich kann versprechen, daß wir immer alles tun werden, um Jüdinnen und Juden vor Antisemitismus zu beschützen“.

Als Beispiele österreichischer Initiativen verwies sie unter anderem auf die 2018 unter österreichischer EU-Ratspräsidentschaft verabschiedete erste EU-Erklärung gegen Antisemitismus, die Nationale Strategie gegen Antisemitismus, das Österreichisch-Jüdische Kulturerbe-gesetz und die Shoah Namensmauern Gedenkstätte.



Bundesministerin Karoline Edtstadler beim Besuch des „Yad Vashem“....



... beim „World Summit on Counter Terrorism“



... und beim Besuch des von Österreich unterstützten Israel Museum,

Alle Fotos: BKA / Florian Schrötter



## Österreich, Europa und die Welt

*Staatsbürgerschaft an Nachkommen von NS-Opfern – 100.000 Euro an Museum der deutschsprachigen Juden*

Schon vor der Veranstaltung haben israelische Nachkommen von Verfolgten des Nationalsozialismus die österreichische Staatsbürgerschaft überreicht bekommen. „Bis jetzt haben etwa 21.000 Überlebende und ihre Nachkommen darum angesucht, mehr als 14.000 Staatsbürgerschaften wurden bereits zuerkannt. Das österreichische Parlament hat 2019 in Wahrnehmung der historischen Verantwortung die Grundlage für die Überreichung der Staatsbürgerschaften an Nachkommen von NS-Vertriebenen geschaffen“, erläuterte Edtstadler. Mit dieser symbolischen Geste solle es den Betroffenen ermöglicht werden, sich wieder mit Österreich zu verbinden.

### *Treffen mit Staatspräsidenten Herzog*

Auch den israelischen Präsidenten Iszaak Herzog informierte die Kanzleramtsministerin über die österreichischen Aktivitäten im Kampf gegen Antisemitismus: „Es hat sich gezeigt, daß wir unsere Verantwortung ernst nehmen und Österreich den Umgang mit der Geschichte im Vergleich zu früheren Jahrzehnten grundlegend geändert hat. Wir sind jetzt innerhalb der Europäischen Union Vorreiter und Impulsgeber im Kampf gegen den Antisemitismus.“ Sie habe mit Herzog insbesondere über den Kampf gegen Antisemitismus, die Energiesicherheit und den russischen Angriffskrieg in der Ukraine gesprochen. Die vielen hochrangigen Besuche in den letzten Monaten seien Zeugnis der guten Beziehungen zwischen Israel und Österreich, so Edtstadler: „Österreich bekennt sich in seinem Regierungsprogramm zu Israel als jüdischen und demokratischen Staat und insbesondere zu dessen Sicherheit.“

### *Treffen mit dem Minister für Diaspora-Angelegenheiten*

Anlässlich ihres Treffens mit Nachman Shai, Minister Diaspora-Angelegenheiten, in Jerusalem versicherte Edtstadler, Österreich werde weiterhin eine treibende Kraft für die Sicherung jüdischen Lebens und den Kampf gegen Antisemitismus in Österreich, in Europa und weltweit sein. „Die jüngsten Krisen wie die Pandemie haben zu mehr Verschwörungstheorien und steigendem Antisemitismus geführt. Es ist so wichtig wie eh und je, allen Formen des Antisemitismus – online und offline – entschieden entgegenzutreten und dafür zu sorgen, daß jüdisches Leben gedeihen kann.“ Shai dankte Österreich „für



Foto: BKA / Florian Schrötter

### *Empfang zur Überreichung von Staatsbürgerschaftsbescheiden in der Österreichischen Botschaft*

sein unerschütterliches Engagement für die Sicherheit Israels und die Förderung des jüdischen Lebens in Österreich.“

### *Unterstützung für Museum*

Im Rahmen des Besuchs der Ministerin wurde auch die Unterstützung der Eingliederung des Museums der deutschsprachigen Jüdinnen und Juden („Jekkes“) in das Hecht-Museum an der Universität Haifa mit 100.000 Euro bekanntgegeben. Ein wesentlicher Teil der Nationalen Strategie gegen Antisemitismus sei die enge Zusammenarbeit mit internationalen Bildungseinrichtungen: „Das Jekkes-Museum erzählt von der bewegenden Geschichte deutschsprachiger Jüdinnen und Juden und ihrem Einfluß auf das Israel von heute.“ ■

### **Zusammenarbeit im Rahmen der UNO hat an Bedeutung gewonnen**

**D**urch den Angriffskrieg Rußlands auf die Ukraine und seine Auswirkungen hat die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen noch weiter an Bedeutung gewonnen“, hielt Bundeskanzler Karl Nehammer im Vorfeld seines Aufenthalts in New York fest. „Gerade die Erfolge, die durch die Bemühungen von UN-Generalsekretär Antonio Guterres und seinem Team durch die Einrichtung grüner Korridore zum Export der ukrainischen Getreideernte für die weltweite Ernährungssicherheit erreicht wurden, zeigen das einmal mehr.“

Friede und Sicherheit seien für Europa keine Selbstverständlichkeit mehr. „Die Sicherheitsarchitektur unseres Kontinents hat sich verändert. Wir müssen noch viel stärker auf mögliche Konfliktherde achten und jede Möglichkeit zum Dialog nutzen“, so der österreichische Regierungschef, der in New

York unter anderem die Teilnahme an der offiziellen Eröffnung der 77. UN-Generaldebatte und ein bilaterales Treffen mit UN-Generalsekretär Antonio Guterres plant.

### *Lösungsansätze zur Gewährleistung hochwertiger Bildung diskutieren*

Ebenso steht eine Rede des Bundeskanzlers beim „Transforming Education Summit“ auf dem Programm. „Bildung und Digitalisierung sind in unserer globalisierten Welt wichtige Themen, um uns für die Zukunft unserer Kinder zu rüsten, nachdem die Pandemie den Schulalltag massiv beeinträchtigt hat“, erläuterte Nehammer. Zusammenarbeit in der Aus- und Weiterbildung über die Landesgrenzen hinweg gewinne immer mehr an Bedeutung. „Die Herausforderungen für unsere Bildungssysteme und vor allem Lösungsansätze hochwertiger Bildung im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele sollen daher bei diesem Gipfel diskutiert werden“, betonte der Bundeskanzler.

Zudem sind Treffen mit den Regierungschefs von Irak, Mustafa Al-Kadhimi, und Pakistan, Shehbaz Sharif, dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić, dem Bürgermeister von New York, Eric Adams, und dem ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger geplant.

Abschließend stehen die Überreichung von Staatsbürgerschaftsbescheiden an Nachfahren von Holocaust-Überlebenden im österreichischen Generalkonsulat und ein Gespräch mit Rabbi Arthur Schneier in der Park East Synagoge auf dem Programm. Bundeskanzler Nehammer reist gemeinsam mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Außenminister Alexander Schallenberg nach New York. ■

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/>

Quelle: Bundespressedienst



# Aus dem Außenministerium

## Außenminister Schallenberg und Innenminister Karner in Ägypten

Außenminister Alexander Schallenberg reiste mit Innenminister Gerhard Karner am 2. Juli nach Ägypten. Neben seinem Amtskollegen Sameh Shoukry traf er in Kairo auch ägyptische Menschenrechtsexperten sowie Vertreter von in Ägypten angesiedelten internationalen Organisationen. Inhaltlicher Schwerpunkt der Treffen bildete der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und dessen globale Auswirkungen. Zudem wurden die Themen illegale Migration und Bekämpfung des Menschenhandels sowie die Menschenrechtslage im Land thematisiert.

Allen voran nutzte Schallenberg seinen Besuch in Kairo, um dem in Nordafrika verbreiteten russischen Narrativ entgegenzuwirken, daß die EU-Sanktionen gegen Moskau für die Nahrungsmittelknappheit verantwortlich seien. In seinen Gesprächen verwies er daher darauf, daß Rußland ukrainische Häfen im Schwarzen Meer blockiert, gezielt Getreidesilos zerstört und durch die fortgesetzten Kampfhandlungen ein normales Bestellen und Ernten der Felder verhindert.

„Der Krieg Rußlands gegen die Ukraine findet in Europa statt, aber er ist kein europäischer Krieg. Die Schockwellen des Kriegs treffen jeden, auch Ägypten. Das ist der Zynismus von russischer Seite“, unterstrich der Außenminister. Als Hauptimporteur von ukrainischem Weizen leidet Ägypten stark unter den ausbleibenden Getreidelieferungen aus der Ukraine. Ein wesentliches Thema im Gespräch zwischen den beiden Außenministern war daher die Ernährungssicherheit des Landes, die unter anderem durch „grüne Korridore“, über die trotz des Kriegs Getreide exportiert werden kann, garantiert werden soll. Zudem informierte sich Außenminister Schallenberg im Gespräch mit Vertretern des Welternährungsprogramms (WFP), der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und der internationalen Organisation für Migration (IOM) über die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der steigenden Lebensmittelpreise in der Region.

Ein weiteres Thema bei seinem Besuch in Kairo war Migration, die Rückkehr illegaler MigrantInnen und die Intensivierung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Schlepperei und Menschenhandel. Als bedeutendes Transitland, in dem ägyptischen

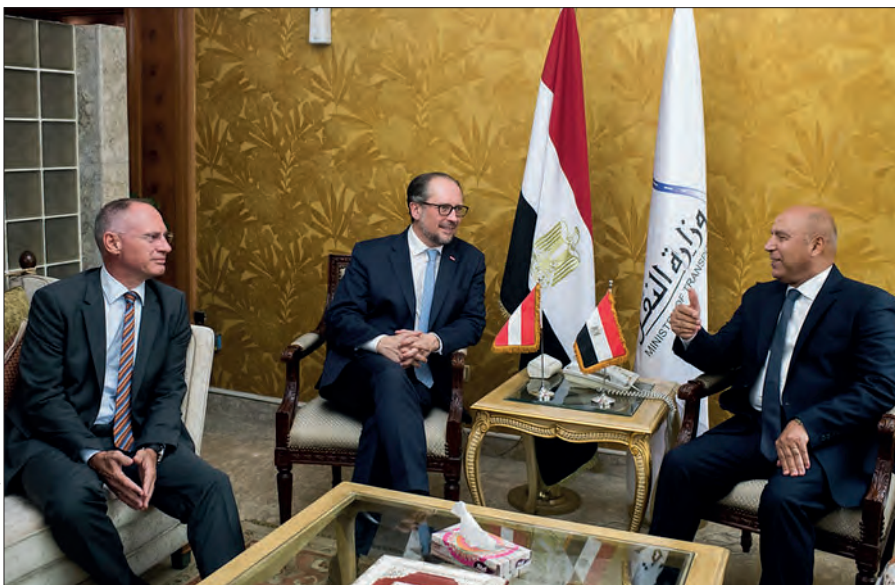


Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg (m.) und Innenminister Gerhard Karner (l.) bei ihrem Treffen mit dem ägyptischen Außenminister Sameh Shoukry in Kairo.



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg (m.) und Innenminister Gerhard Karner (2.v.r.) im Gespräch mit Laurent de Boeck (Chief of Mission to IOM Egypt, l.) Abdul Hakim Elwaer (Assistant Director General UN FAO Near East and North Africa at FAO, 2.v.l.) und Praveen Agrawal (Country Director of the WFP, r.)

Schätzungen zufolge sich aktuell ca. 6 Millionen Flüchtlinge und MigrantInnen aufhalten, ist Ägypten ein wichtiger Partner in Migrationsfragen. Zudem hat das Land selber ein hohes Migrationspotential, das durch die wirtschaftlichen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs weiter gestärkt wird.

„Wir müssen verhindern, daß sich das russische Narrative bei unseren Partnern in Nordafrika und im Nahen Osten durchsetzt. Dafür müssen wir die indirekten Auswirkungen des Kriegs abfedern, um so unsere Part-

ner zu stärken und Migration nach Europa zu verhindern“, so Schallenberg.

Abseits des russischen Angriffskriegs wurde auch die Menschenrechtslage in Ägypten, einschließlich der kürzlich verabschiedeten ersten nationalen Menschenrechtsstrategie, thematisiert. Bei einem Austausch mit Menschenrechtsexperten des National Council for Human Rights (NCHR) unterstrich Schallenberg dabei, daß „die Achtung der Menschenrechte weltweit integraler Bestandteil der österreichischen Außenpolitik ist“.

## Österreich, Europa und die Welt



Foto: BMI

Innenminister Gerhard Karner (l.) traf in Kairo mit seinem ägyptischen Amtskollegen Mahmoud Tawfik Qandil zu einem Gespräch zusammen.

Innenminister Gerhard Karner hat seinen ägyptischen Amtskollegen Mahmoud Tawfik Qandil zu einem Arbeitsgespräch in Kairo getroffen und strich dabei die wichtige Rolle Ägyptens bei der Bekämpfung des Schlepperwesens und der illegalen Migration hervor. Ägypten verhindere seit Jahren das Ablegen von Schlepperbooten und damit lebensgefährliche Überfahrten von Migranten.

Ägyptens Innenminister sagte, die Bekämpfung von Schlepperei und illegaler Migration sei ein Kernanliegen seines Ressorts. Er hob die hohe Expertise der österreichischen Polizei im Bereich Menschenschmuggel und beim Erkennen von gefälschten Reisepässen und Dokumenten hervor. Unter anderem schlug der Minister vor, daß österreichische Experten hier die ägyptische Polizei mit Know-how unterstützen. Derzeit würden viele irreguläre Migranten versuchen, mit gut gefälschten Pässen und Visa aus Ägypten auszureisen.

Die Minister vereinbarten drei konkrete Vorhaben

- Schulung ägyptischer Beamter bei der Dokumentensicherheit und bei der Schleppereibekämpfung
- Kooperation im Bereich Cybersicherheit
- Ausarbeitung eines Rückübernahmeabkommens für in Österreich aufhältige ägyptische Staatsbürger.

Außerdem sagte der ägyptische Innenminister eine schnellere Abarbeitung bei Rückführungen aus Österreich zu.

Innenminister Gerhard Karner: „Die Bekämpfung von Schlepperkriminalität und illegaler Migration ist den ägyptischen Behör-

den ein großes Anliegen. Eine schnelle Rückkehr von Menschen ohne Bleiberecht in ihre Heimat ist dabei zentral für eine glaubwürdige Migrationspolitik. Deshalb wollen wir auch hier die Kooperation mit Ägypten verstärken.“

### Außenminister Schallenberg und Innenminister Karner in der Türkei

Außenminister Schallenberg und Innenminister Karner setzten am 4. Juli ihre gemeinsame Arbeitsreise mit einem Besuch in der Türkei fort. In Ankara standen Treffen mit ihren jeweiligen Amtskollegen, Mevlüt Çavuşoğlu und Süleyman Soylu, auf dem Programm. Die zentralen Themen der Arbeits-

gespräche waren Nahrungsmittelsicherheit und illegale Migration als Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Zudem besprach Schallenberg mit dem türkischen Außenminister, wie „grüne Korridore“ einen Beitrag zur Bekämpfung der weltweiten Ernährungskrise leisten können. Mithilfe derer sollen Getreide und Saatgut aus der Ukraine über den Seeweg aus der Ukraine exportiert werden. Die Türkei spielt dabei als eine von beiden Kriegsparteien akzeptierte Vermittlerin eine besondere Rolle. Die Freigabe von Getreideexporten durch Rußland über das Schwarze Meer würde einen großen Beitrag zur Entschärfung einer sich täglich zuspitzenden, weltweiten Nahrungsmittelkrisis bedeuten (Anm. d. Red.: am 1. August hatte der erste Getreidefrachter die Ukraine verlassen und ist am 8. August in einem türkischen Hafen angekommen.)

„Wir unterstützen alle internationalen Bemühungen, damit die Exporte von Getreide und Saatgut aus der Ukraine schnellstmöglich wiederaufgenommen werden können. Die Türkei steht dabei im Zentrum des Prozesses, grüne Korridore aus der Ukraine zu schaffen“, sagte Außenminister Schallenberg, der mit seinem türkischen Amtskollegen auch das Thema der illegalen Migration besprach. Die durch den russischen Angriffskrieg ausgelöste weltweite Ernährungskrise bringt auch einen Anstieg von Migrationsbewegungen mit sich. Die Türkei ist einer der wichtigsten Partner der EU im Kampf gegen illegale Migration nach Europa.

„Der Migrationsdruck auf die europäischen Außengrenzen hat zuletzt massiv zugenommen. Wir sehen erst die Spitze des Eis-



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Mevlüt Çavuşoğlu; hinten: Innenminister Gerhard Karner (r.) und Innenminister Süleyman Soylu



# Österreich, Europa und die Welt

Foto: BMEIA / Gruber



v.l. Innenminister Gerhard Karner und Außenminister Alexander Schallenberg bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit ihren türkischen Amtskollegen, Außenminister Mevlüt Mevüt Çavuşoğlu und Innenminister Süleyman Soylu in Ankara.

berges der wirtschaftlichen und sozialen Folgen des brutalen russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Hier braut sich ein Sturm in Nordafrika und dem Nahen Osten zusammen, dessen Ausläufer früher oder später auch Europa erreichen werden. Es ist daher in unserem Interesse, in diesem Bereich eng mit der Türkei zusammenzuarbeiten“, so Außenminister Schallenberg, der gegenüber dem türkischen Außenminister auch die Rolle der Türkei im Bereich der Flüchtlingsaufnahme würdigte: Fast vier Millionen Asylsuchende aus Syrien fanden im Land am Bosphorus eine vorübergehende Heimat. Im Lichte dieser Herausforderung haben Österreich und die EU die Türkei seit 2016 mit finanziellen Mitteln unterstützt.

Innenminister Gerhard Karner hat seinen Türkischen Amtskollegen Süleyman Soylu getroffen. Das Gespräch fand gemeinsam mit den beiden Außenministern Alexander Schallenberg und Mevlüt Cavusoglu statt.

Die beiden Sicherheitsminister vereinbarten eine engere Kooperation im Kampf gegen die Schlepperkriminalität, den Drogenhandel und die Internetkriminalität. Diesbezüglich sollen sich hochrangige Beamte aus den Ministerien halbjährlich treffen; die polizeiliche Arbeit soll dann in Arbeitsgruppen umgesetzt werden.

Karner und Schallenberg besuchten auch das Büro gegen Schlepperwesen der Türkischen Nationalpolizei. Dabei stand der „Kampf gegen illegale Migration“ im Fokus. Karner: „Da brauchen wir handfeste kriminalpolizeiliche Zusammenarbeit. Das ist einfach im Sinne der Sicherheit unseres Landes notwendig.“ Daher sei es wichtig, daß zu einem Treffen auf Innenministerebene gekommen sei. Schließlich sei dies vor dem Mee-

ting am 4. Juli das letzte Mal vor zehn Jahren der Fall gewesen. Karner erinnerte daran, daß zuletzt die Asylanträge türkischer Staatsbürger in Österreich gestiegen seien. „Sie sind derzeit an fünfter Stelle.“ Allerdings handle es dabei in der Regel um wirtschaftliche Fluchtgründe. Die Betroffenen hätten aber keine Chance auf Asyl, bekräftigte Karner.

### Zusatzinformation

Im **Iran** derzeit mehr als 5 Mill. Afghanen, davon wollen schätzungsweise rund 2 Millionen die Grenze zur Türkei überschreiten

- Von dort bräuchten sie nur rund ein Monat bis in den Westen der Türkei.
- Die Türkei hat deshalb die Grenze im Osten massiv verstärkt und eine Mauer gebaut, die nur mehr eine 80 Kilometer breite Lücke hat.

- Polizei- und Militäreinheiten werden zur Grenzüberwachung eingesetzt

In der **Türkei** selbst befinden sich bereits 4 Millionen Migranten, vorwiegend aus Syrien und Afghanistan

- Derzeit läßt aber die Türkei keine Anlandungen auf den Griechischen Inseln zu

In **Ägypten** sind rund 6 Millionen MigrantInnen aufhältig

- Ägypten läßt aber keine Schlepperfahrten über das Meer zu.
- Weder vom Strand noch von Häfen können derartige Boote ablegen.
- Ägypten kontrolliert auch bei der Ausreise auf Flughäfen und Häfen konsequent, ob die entsprechenden Visa vorhanden sind. (Quelle: BMI) ■



Foto: BMI

v.l. Innenminister Gerhard Karner, Außenminister Alexander Schallenberg, Außenminister Mevlüt Mevlüt Çavuşoğlu und Innenminister Süleyman Soylu

## Österreich, Europa und die Welt

### Nach verheerendem Erdbeben in Afghanistan: Hilfe vor Ort

Um die akute humanitäre Notlage der afghanischen Zivilbevölkerung zu lindern, stellte die Bundesregierung sieben Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) für Hilfsorganisationen in Afghanistan und der umliegenden Region zur Verfügung. Dadurch wird eine wirksame Hilfe für intern Vertriebene und afghanische Flüchtlinge in der Nähe ihrer Heimat sichergestellt und ein Beitrag zur Verhinderung von überregionalen Migrationsbewegungen nach Europa geleistet.

Die Hilfsgelder werden direkt an die Hilfsorganisationen übermittelt, um einen Mißbrauch durch das Taliban-Regime zu verhindern. Dabei erhält das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) vier Millionen Euro, die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRK) eine Million Euro und österreichische Hilfsorganisationen in Afghanistan zwei Millionen Euro.

„Wir arbeiten mit international renommierten Partnern und mehreren österreichischen Hilfsorganisationen zusammen, um effektive Hilfe vor Ort zu leisten. Durch deren Einsatz und Expertise leisten wir dort Unterstützung, wo diese am dringendsten benötigt wird. Gleichzeitig verhindern wir so, daß sich Menschen auf die gefährliche Reise in Richtung Europa begeben und Schlepper Profit aus deren Leid schlagen“, so Bundeskanzler Karl Nehammer in einer Pressekonferenz am 6. Juli in Wien.

Der Jahrzehnte andauernde bewaffnete Konflikt, die Auswirkungen von Covid-19, die das Land wirtschaftlich zum Stillstand brachten, sowie die durch den russischen Angriffskrieg verursachte globale Ernährungskrise haben die Zivilbevölkerung in Afghanistan schwer gezeichnet. Das verheerende Erdbeben vom 22. Juni hat die humanitäre Krise im Land noch weiter verschärft. Nach ersten Berichten forderte das Beben über 1.000 Todesopfer. Es wurde befürchtet, daß die Zahl weiter steigen würde.

„Die Situation in Afghanistan ist verheerend. Mehrere Krisen potenzieren die Not. Neben Krieg, Pandemie, Hunger und Flucht vor einem diktatorischen Regime, hat nun auch noch ein Erdbeben zahlreiche Todesopfer gefordert und viele Menschen ihrer Häuser beraubt. Es ist glasklar: Wir dürfen die Menschen in Afghanistan nicht vergessen. Wir müssen einen Beitrag zur mehr als notwendigen humanitären Hilfe in Afghanistan leisten. Mit der Auszahlung aus dem aufge-



Foto: BMEIA / Gruber

Die Bundesregierung stellt sieben Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) für Hilfsorganisationen in Afghanistan und der umliegenden Region zur Verfügung. Im Bild: Bundeskanzler Karl Nehammer (r.) und Vizekanzler Werner Kogler

stockten Auslandskatastrophenfonds ist es möglich, erfahrene internationale Organisationen und österreichische NGOs bei ihrer lebensnotwendigen Arbeit in Afghanistan zu unterstützen“, sagte Vizekanzler Werner Kogler.

In Afghanistan sind zurzeit 24,5 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen, darunter fast 13 Millionen Kinder. Zudem befinden sich 19 Millionen Afghaninnen und Afghanen in einer akuten Ernährungskrise. Die jüngsten Ereignisse verschlimmern die Situation insbesondere von Frauen und Mädchen, die unter unzureichendem Zugang zu essentiellen lebensrettenden Maßnahmen und mangelndem Schutz vor Gewalt leiden.

„Wer schnell hilft, hilft doppelt. Genau das tut Österreich, und läßt Afghanistan nach dem Erdbeben mit mehr als 1.000 Toten nicht im Stich. Mehr denn je brauchen die Menschen in Afghanistan nun unsere Hilfe. Wir müssen einen humanitären Kollaps verhindern, um ein Überschwappen auf die Region zu vermeiden. Ansonsten droht noch mehr illegale Migration in Richtung der europäischen Grenzen“, sagte Außenminister Alexander Schallenberg.

Das UNHCR ist in Afghanistan vor Ort, um lebensrettende Soforthilfe für intern Vertriebene und Flüchtlinge in der Nachbarregion sowie Hilfestellung bei der Bekämpfung sexueller Gewalt zu leisten. Die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRK) ist seit über 30 Jahren in Afghanistan tätig und verfügt über langjährige Erfahrung in der Lei-

stung von lebensrettender Soforthilfe für die von Naturkatastrophen wie Erdbeben betroffene Bevölkerung. Österreich unterstützt im Sinne seiner humanitären Tradition und angesichts der dramatischen Situation in Afghanistan und der Region die humanitären Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft. ■

### Konsular- und Verwaltungskonferenz 2022 in Wien

Außenminister Alexander Schallenberg begrüßte bei der diesjährigen Konsular- und Verwaltungskonferenz die VerwaltungsleiterInnen der österreichischen Vertretungsbehörden in Wien. Dabei betonte er, wie wichtig der direkte Austausch der KollegInnen im In- und Ausland ist, insbesondere in Zeiten, in denen der russische Angriffskrieg auf die Ukraine eine globale Zeitenwende eingeläutet hat und die Covid-Pandemie nach wie vor andauert.

„Die konsularische Arbeit ist die Visitenkarte des Außenministeriums für Österreicherinnen und Österreicher, die im Ausland leben oder jene, die auf Reisen sind. Durch den professionellen Einsatz unseres Personals an den Vertretungsbehörden, insbesondere während der verschiedenen Krisen, konnte das Team BMEIA den Menschen Unterstützung in unsicheren Zeiten bieten“, bekräftigte der Außenminister.

Von 6. bis 8. Juli bot die Konsular- und Verwaltungskonferenz den Bediensteten des Außenministeriums, die aktuell in den mehr als 100 Vertretungsbehörden im Ausland tätig sind, die Möglichkeit, sich über Erfah-





Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg bei der Eröffnung der Konsular- und Verwaltungskonferenz; rechts im Bild: Botschafterin Petra Schneebauer, Leiterin der Sektion Konsularische Angelegenheiten im BMEIA

rungswerte zu aktuellen Herausforderungen auszutauschen. Besonders die Themen Cybersicherheit und Migration wurden als zwei Bereiche hervorgehoben, die in Zukunft besondere Aufmerksamkeit und noch engere Zusammenarbeit verlangen, um entsprechend schnell und zielgerichtet reagieren zu können. Zusätzlich bot die Konferenz den Teilnehmenden die Gelegenheit, von Best-Practice Beispielen zu lernen und sich in diversen Workshops und Vorträgen zu Paßwesen, Visafragen und Innovationsprojekten vielfältig weiterzubilden.

„Gerade jetzt, wo wir uns in einer geopolitisch angespannten Lage befinden, ist es essentiell, daß die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Vertretungsbehörden bestens vernetzt und auf dem aktuellsten Wissensstand in ihrem Arbeitsbereich sind. Nur so ist es uns möglich, den Menschen in Notsituationen schnellstmöglich die Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen, die sie benötigen“, so Schallenberg.

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten beschäftigt im konsularischen Dienst aktuell etwa 220 MitarbeiterInnen an den diversen Vertretungsbehörden weltweit. Um auch in Zukunft für Krisen und Herausforderungen gewappnet zu sein, finden auch in diesem Jahr wieder Aufnahmeverfahren statt.

#### Konsularisch-administrative Laufbahn

Die konsularisch-administrative Laufbahn umfaßt Tätigkeiten wie etwa Rechnungsfüh-

rung, Personalverwaltung oder das Ausstellen von Notpässen und Visa. ÖsterreicherInnen im Ausland sollen hierbei bestmöglich unterstützt werden: rasche Hilfe in Notsituationen sowie Orientierung und Unterstützung von im Ausland Beheimateten stehen stets im Vordergrund. Die Bandbreite möglicher Hilfeleistungen ist groß und reicht von Vermittlungen bei rechtlichen Streitfragen bis hin zu Evakuierungen im Fall von Krisen und Katastrophen. Gemäß einem zur Anwendung kommenden Rotationsprinzip wird der Dienort in der Regel alle drei bis vier Jahre gewechselt. Voraussetzung für einen Antritt beim B-Préalable ist lediglich eine erfolgreich absolvierte (Berufs-)Reifeprüfung. ■

*Weiterführende Informationen zum gehobenen auswärtigen Dienst finden Sie hier:*

<https://www.bmeia.gv.at/ministerium/karrieremoglichkeiten/laufbahn-im-bmeia/gehobener-auswaertiger-dienst/>

#### Schallenberg empfängt montenegrinischen Premierminister Abazović

Außenminister Schallenberg empfing am 7. Juli den montenegrinischen Premierminister Dritan Abazović. Hauptthemen des Treffens waren die EU-Erweiterung und die Unterstützung Österreichs für die Westbalkan-Staaten im Beitrittsprozeß, die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sowie Perspektiven der regionalen Zusammenarbeit.

Beim Gespräch betonte Schallenberg gegenüber Abazović einmal mehr Österreichs Bemühungen, die Westbalkan-Staaten in die Europäische Union zu integrieren und bot

auch weitere Unterstützung beim Beitrittsprozeß an. Österreich ist bereit, Montenegro bei den Beitrittsverhandlungen und den Reformbemühungen technische Hilfe zu leisten. Gerade in der derzeitigen geopolitischen Lage, geprägt von russischen Destabilisierungsversuchen am Westbalkan sowie dem wachsenden chinesischen Einfluß, ist eine glaubwürdige EU-Perspektive für die sechs Westbalkan-Staaten essenziell.

„Einen geopolitischen Tunnelblick kann sich die EU nicht leisten. Österreich setzt sich dafür ein, daß die ‚neuen EU-Kandidaten‘ Ukraine und Moldau gegenüber den Westbalkan-Staaten nicht bevorzugt behandelt werden. Für alle Kandidaten müssen die gleichen Regeln gelten. Wir plädieren für ein schrittweises, Vorgehen bei der Erweiterung, mit spürbaren Vorteilen für die Bürgerinnen und Bürger. Montenegro hat dabei als das im EU-Beitrittsprozeß am weitesten vorangeschrittene Westbalkan-Land eine Vorbildfunktion für andere Beitrittskandidaten“, so Schallenberg.

Als klaren Beweis, daß sich Montenegro zu den europäischen Grundwerten bekennt, führte er dabei die montenegrinische Unterstützung der EU-Sanktionen gegen Rußland an.

Auch bilateral pflegen Österreich und Montenegro ausgezeichnete Beziehungen. Zu Beginn der Covid-19-Pandemie bot Montenegro unbürokratische Hilfe bei der Heimholung von österreichischen StaatsbürgerInnen an. Österreich unterstützte im Ge-

## Österreich, Europa und die Welt

genzug mit der Übernahme von montenegrinische Covid-Intensivpatienten und nahm eine Führungsrolle bei Lieferung von Pfizer-Impfstoffen an die Westbalkan-Staaten ein. Auch im militärischen Bereich gibt es eine enge Zusammenarbeit. Unter anderem unterstützt Österreich Montenegro bei der Gebirgskampfausbildung.

Darüber hinaus erkundigte sich Außenminister Schallenberg hinsichtlich der Energiesicherheit in Montenegro, der innenpolitischen Lage im Land sowie der Umsetzung der Reformen. Für den EU-Beitritt sind weitere Anstrengungen bei Meinungs- und Medienfreiheit und bei der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität notwendig. ■

### Schallenberg empfängt georgischen Amtskollegen Ilia Darchiashvili

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 8. Juli den georgischen Außenminister Ilia Darchiashvili zu einem Arbeitstreffen. Dabei besprachen die beiden die europäische Perspektive Georgiens sowie die Folgen des russischen Angriffskriegs auf das Land.

Anlässlich des heurigen 30jährigen Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich und Georgien blickten Schallenberg und Darchiashvili auch auf die guten und freundschaftlichen bilateralen Beziehungen zurück.

Schallenberg bekräftigte die europäische Perspektive des Landes und bot Österreichs Unterstützung beim Beitrittsprozess an. Georgien hatte im März einen Antrag auf EU-Beitritt gestellt. Die Europäische Kommission hat Mitte Juni die Beitrittsperspektive Georgiens bekräftigt, forderte jedoch zusätzliche Reformen, bevor der Kandidatenstatus vergeben werden kann.

„Wir unterstützen den Wunsch nach einer EU-Perspektive Georgiens. Vor allem im Lichte des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ist es in unserem strategischen Interesse, daß Georgien fest in der europäischen Familie verankert ist. Klar ist auch, daß die georgische Regierung ihre Hausaufgaben erfüllen muß. Die ersten Reformschritte sind ein positives Signal, aber der Weg ist noch lange und erfordert von allen relevanten Akteuren einen nationalen Schulterschuß. Die Stellungnahme der Europäischen Kommission gibt den Fahrplan klar vor, wir begleiten Georgien gerne dabei“, so Außenminister Schallenberg.

Darüber hinaus wurden bei dem Treffen auch die Auswirkungen des russischen An-



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg empfing den montenegrinischen Premierminister Dritan Abazovic zu Gesprächen in Wien



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg mit dem georgischen Außenminister Ilia Darchiashvili

griffskriegs besprochen. Schallenberg warnte vor dem russischen Destabilisierungspotential, das weit über die Grenzen der Ukraine vom Westbalkan bis zum Südkaukasus reicht. Durch einen Angriffskrieg im Jahr 2008 erreichte Rußland die Abspaltung der beiden Regionen Abchasien und Südossetien von Georgien. Bei dem Treffen betonte Schallenberg Österreichs vollste Unterstützung für die territoriale Integrität und Souveränität Georgiens.

Georgien ist seit 2011 ein Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Österreich engagiert sich in Georgien unter anderem im Bereich der nachhaltigen ländlichen Entwicklung. Seit 2016 besteht ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Georgien. ■

### Verleihung des »Kofi Annan Award for Innovation in Africa«

Außenminister Alexander Schallenberg und EU-Ministerin Karoline Edtstadler nahmen am 11. Juli in der Österreichischen Akademie der Wissenschaften an der erstmaligen Verleihung des „Kofi Annan Award for Innovation in Africa“ teil. Von den 330 Bewerbungen aus insgesamt 38 afrikanischen Staaten, die sich allesamt dem Themenfeld digitale Gesundheit widmeten, kürte eine hochrangige Jury drei innovative Siegerunternehmen. Diese Social Entrepreneurs dürfen sich über jeweils 250.000 Euro Fördergeld freuen, mit dem ihre Arbeit weiter unterstützt wird.

Das Siegerprojekt „Flare“ leistet einen Beitrag zum Zugang zu Notfalldiensten in



## Österreich, Europa und die Welt



Foto: BKA / Regina Aigner

Am 11. Juli 2022 nahm Bundesministerin Karoline Edtstadler gemeinsam mit Bundesminister Alexander Schallenberg (beide in der Bildmitte) an der Verleihung des „Kofi Annan Award for Innovation in Africa“ teil.

Afrika. Zurzeit haben lediglich 5 Prozent der Haushalte einen direkten Draht zu Notrufnummern. Die digitale Plattform „Flare“ aus Kenia soll dies ändern und das Rettungswesen in effizienter Weise koordinieren. „My Paddi“, ein diskretes, in Nigeria entwickeltes Beratungsnetzwerk für an sexueller Gesundheit interessierte junge Menschen, sowie das Projekt „Vaxiglobal“ aus Simbabwe wurden ebenso ausgezeichnet. „Vaxiglobal“ ermöglicht reibungslosere Impfkampagnen, indem der Bevölkerung Online-Impfpässe zur Verfügung gestellt werden. Hierfür wird auf sicherheitsbasierte Analysen von biometrischen Daten zurückgegriffen.

Bundeskanzler Karl Nehammer sagte dazu: „Das Bundeskanzleramt prämiert mit dem Kofi Annan Award nicht nur innovative Start-Ups aus Afrika mit jeweils 250.000 Euro, sondern holt diese auch vor den Vorhang. Wir geben ihnen damit die Chance, sich mit erfahrenen Unternehmen zu vernetzen und ihre Projekte und Ideen noch besser vorantreiben zu können. Es ist mir eine große Freude und Ehre, die Schirmherrschaft über diese großartige Initiative übernehmen zu dürfen. Ich wünsche den Gewinnerinnen und Gewinnern alles Gute und viel Erfolg auf ihrem weiteren Weg. Mein Dank gilt auch allen Beteiligten, die an der Organisation und Umsetzung mitgewirkt haben.“

„Es ist wichtig, daß wir das Bewußtsein für die Nachhaltigkeitsziele weiter stärken. Der ‚Kofi Annan Award‘ ist dafür eine besonders wichtige Initiative. Die 330 eingereichten Bewerbungen zeigen, daß es zahlreiche innovative, nachhaltige und kreative Ideen gibt, um die Agenda 2030 umzusetzen. Sie belegen vor allem auch das große unterneh-

merische Potential auf dem afrikanischen Kontinent, das es zu nutzen gilt“, so die für die SDG-Koordination zuständige Bundesministerin Karoline Edtstadler.

Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen stellten die gesamte Welt, insbesondere aber afrikanische Staaten vor große Herausforderungen, so Außenminister Alexander Schallenberg. Die Schockwellen des Krieges seien weltweit spürbar.

„Viele der Fortschritte, die wir in den letzten Jahren im Bereich Entwicklung und Gesundheitsvorsorge erzielt haben, drohen zunichtegemacht zu werden. Hinzu kommt die russische Blockade von Lebensmittelexporten, die sich zu einer humanitären Krise insbesondere in nordafrikanischen Staaten entwickeln könnte. Die heute prämierten Projekte setzen dem Zynismus Putins kreative und innovative Lösungen entgegen“, so der Außenminister abschließend. ■

<https://flare.co.ke/>

<https://web.mypaddiapp.com/>

<https://vaxiglobal.com/>

### Außenminister Schallenberg beim Treffen der Central 5 in Budapest

Im Rahmen des informellen Koordinationsforums „Central 5“ (C5) traf Außenminister Alexander Schallenberg am 13. Juli seine Amtskollegin Tanja Fajon aus Slowenien sowie seine Amtskollegen Ivan Korčok aus der Slowakei, Jan Lipavský aus Tschechien und Péter Szijjártó aus Ungarn in Budapest. Die zentralen Themen des Treffens waren der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und dessen weltweite Auswirkungen, die Sanktionen gegen Rußland, die Prioritäten der tschechischen Ratspräsident-

schaft, sowie die Notwendigkeit einer glaubwürdigen EU-Perspektive für die Staaten des Westbalkans.

Das Central 5-Format wurde ins Leben gerufen, um die Bewältigung der Pandemie gemeinsam mit den Nachbarstaaten zu koordinieren. Mittlerweile reicht die Bandbreite der im nachbarschaftlichen Format angesprochenen Themen weit über Covid-19 hinaus.

„Das C-5 Format hatte seine Geburtsstunde in der Pandemie. Die damalige Situation hat uns die Bedeutung der Nachbarschaft vor Augen geführt. Nur gemeinsam konnten wir zu einer annähernden Normalität des grenzüberschreitenden Wirtschaftens und Reisens zurückzufinden. Und auch jetzt angesichts des russischen Angriffskrieges in unserer unmittelbaren Nachbarschaft ist diese Zusammenarbeit unerlässlich“, so Schallenberg, der auf die große Solidarität der C5-Staaten mit der Ukraine im Sinne der Nachbarschaftshilfe verwies.

Doch die Schockwellen des Krieges sind weit über die Grenzen der Ukraine und Europas hinaus zu spüren. Daher tauschten sich die Außenministerin und die Außenminister der fünf zentraleuropäischen Länder zu Migrationsfragen, Ernährungssicherheit, Energieversorgung und humanitärer Hilfe aus und berieten, wie sie in diesen Bereichen ihre Zusammenarbeit weiter verstärken können. Auch die Sanktionen gegen Rußland können nur durch nachbarschaftlichen Austausch wirksam und mit möglichst wenig Schaden für die europäische Wirtschaft gestaltet werden.

Weiters stellte der tschechische Außenminister Jan Lipavský die Prioritäten der Rats-

## Österreich, Europa und die Welt

präsidentschaft seines Landes vor. Schallenberg sagte seinem Amtskollegen Österreichs volle Unterstützung zu und begrüßte besonders die tschechische Schwerpunktsetzung auf den Westbalkan. Nachdem die EU mit dem Beitrittskandidaten-Status für die Ukraine und Moldau ein deutliches Signal gesetzt hat, gilt es jetzt auch für die Westbalkanstaaten die EU-Beitrittsperspektive glaubwürdig zu bekräftigen und die Versprechen der EU endlich einzulösen. In diesem Zusammenhang bedankte sich Schallenberg für die slowenische Initiative eines gemeinsamen C5-Vorstoßes bezüglich des EU-Beitritts von Bosnien und Herzegowina, und äußerte die Hoffnung, daß es noch unter dem tschechischen Ratsvorsitz deutliche Fortschritte geben wird.

„Wir haben nicht nur gegenüber der Ukraine eine geopolitische Verantwortung, sondern genauso gegenüber den Staaten des Westbalkans. Ich finde es daher ermutigend, daß in einer so wichtigen Phase mit Tschechien nicht nur ein Nachbar und Mitglied der C5 die EU-Ratspräsidentschaft innehat, sondern auch ein Mitgliedsstaat der die richtigen Prioritäten in der Nachbarschaft hat“, betonte Schallenberg bei der Pressekonferenz.

Nachdem das Treffen diesmal in der Puskás Arena, dem nationalen Fußballstadion Ungarns stattfand, tauschten die Außenministerin und die Außenminister beim Gruppenfoto Fußballtrikots aus. Seitdem das Central 5-Format im Juni 2020 in Wien ins Leben gerufen wurde, treffen sich die AußenministerInnen aus Slowenien, Tschechien, Ungarn, der Slowakei und Österreich regelmäßig in einem informellen Rahmen, abwechselnd in einem der fünf Länder. ■

### Schallenberg empfängt ungarischen Amtskollegen Péter Szijjártó

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 14. Juli den ungarischen Außenminister Péter Szijjártó zu einem Arbeitsbesuch in Wien. Dabei standen bilaterale Themen sowie die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die zentraleuropäische Nachbarschaft und den Westbalkan im Zentrum der Gespräche. Schallenberg und Szijjártó besprachen auch die europäische Energiesicherheit. Mit Blick auf den Bau eines neuen Reaktors in Ungarn bekräftigte Außenminister Alexander Schallenberg, daß Atomkraft für Österreich keine akzeptable Energiequelle sei.

Die beiden Außenminister besprachen die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs



Foto: BMEIA / Gruber

Nachdem das Treffen diesmal in der Puskás Arena, dem nationalen Fußballstadion Ungarns stattfand, tauschten (v.l.): Ivan Korčok (Slowakei) Alexander Schallenberg, Tanja Fajon (Slowenien), Jan Lipavský (Tschechien) und Péter Szijjártó (Ungarn) Fußballtrikots aus.



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg mit seinem ungarischen Amtskollegen Péter Szijjártó...



Foto: BMEIA / Gruber

... und bei der Vorstellung der neuen Ringturmverhüllung am Wiener Schottenring. Das Werk mit dem Titel „Miteinander“ wurde von der ungarischen Künstlerin Dóra Maurer entworfen.



## Österreich, Europa und die Welt

auf die zentraleuropäische Nachbarschaft. Ein wichtiges Thema dabei war die Energiekrise und die Versorgung von ukrainischen Vertriebenen. Der Szjiártó bedankte sich bei Schallenberg für Österreichs Engagement in der Grundversorgung von ukrainischen Vertriebenen. Darüber hinaus besprachen die beiden auch die geopolitischen Konsequenzen des russischen Überfalls für die Staaten des Westbalkans. Schallenberg warnte in diesem Zusammenhang davor, daß sich am Westbalkan ein antiwestliches Lebensmodell durchsetzen könnte und Rußland dort destabilisierend wirken könnte, sollte es nicht endlich Fortschritte bei der Annäherung an die EU geben.

„Österreich und Ungarn sind sich darin einig, daß es mit Blick auf den Westbalkan keinen geostrategischen Tunnelblick geben darf. Die Erweiterung ist das beste geopolitische Werkzeug das wir haben, es ist entweder unser Lebensmodell oder ein anderes“, so Schallenberg.

Auch bilaterale Themen standen auf der Agenda des Treffens. Schallenberg hob insbesondere die starken wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Nachbarland Ungarn hervor. In Ungarn sind mehr als 1.400 österreichische Firmen aktiv, die mehr als 70.000 Arbeitsplätze schaffen. Sie tragen dazu bei, daß Österreich einer der größten Investoren in Ungarn ist. Umgekehrt ist Ungarn Österreichs siebtgrößter Exportpartner. Nach einem Rückgang während der Covid-19-Pandemie sind die Handelsbeziehung im Vorjahr wieder erstarkt.

„Die Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Ungarn sind letztes Jahr wieder voll in Schwung gekommen. Unsere Exporte nach Ungarn sind um 24 Prozent angestiegen und die Importe aus Ungarn um 22 Prozent. Das sind deutliche Zeichen einer starken wirtschaftlichen Beziehung“, sagte Schallenberg.

Vor ihrem Arbeitstermin nahmen die beiden Außenminister an der offiziellen Vorstellung der neuen Ringturmverhüllung teil. Das Werk mit dem Titel „Miteinander“ wurde von der ungarischen Künstlerin Dóra Maurer entworfen und ist ein weitsichtbares Zeichen der Verbundenheit zwischen den beiden Ländern im Herzen von Wien. ■

### Schallenberg beim Rat für Auswärtige Angelegenheiten

Außenminister Alexander Schallenberg nahm am 18. Juli am Rat für Auswärtige Angelegenheiten in Brüssel teil. Im Zentrum des Treffens der EU-AußenministerIn-



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg bei seinem Pressestatement vor dem RAB in Brüssel



Foto: BMEIA / Gruber

Am Rande des RAB in Brüssel traf Schallenberg auch General Robert Brieger. Der Österreicher ist seit 16. Mai 2022 Vorsitzender des Militärausschusses der Europäischen Union.

nen stand der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Koordinierung der damit verbundenen Sanktionen und Hilfeleistungen. Zudem standen die Beziehung zu den Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten sowie die digitale Diplomatie auf der Tagesordnung.

Vor den Treffen betonte Schallenberg, daß EU-Sanktionen gegen Rußland ihre Wirkung zeigen. Das russische Narrativ, daß dem nicht so sei, dürfe auf keinen Fall übernommen werden. Während die Wirtschaft in der EU weiter wächst, schrumpft die russische Wirtschaft dieses Jahr voraussichtlich um rund 10 Prozent und das obwohl die Sanktionen erst über längere Zeit ihre volle Wirkung entfalten. Dennoch sei es bei weite-

ren Sanktionen wichtig, mit Augenmaß zu agieren. Bei den neuen im Rat diskutierten Sanktionen handelt es sich lediglich um Nachschärfungen der bestehenden Sanktionen, um Schlupflöcher zu schließen, die Sanktionen effektiver zu gestalten und damit den Druck auf Rußland zu erhöhen.

„Ich glaube, daß sowohl die Politik als auch die Wirtschaft der Meinung sind: Wir wollen in einer Welt leben, in der Regeln gelten, in der pacta sunt servanda Rechtsstaatlichkeit, Völkerrecht gilt und in der nicht das Recht des Stärkeren zählt“, unterstrich der Außenminister die Notwendigkeit der Sanktionen.

Auch bei allen weiteren Sanktionen ist es essentiell, daß sie Rußland mehr schaden als

## Österreich, Europa und die Welt

den Menschen in der Europäischen Union. Ein geeintes Vorgehen aller EU Staaten hat dabei für Österreich höchste Priorität.

„Wir haben bisher so gut und so geeint agiert, achten wir darauf, daß wir uns nicht jetzt auseinanderdividieren lassen!“, appelliert der Außenminister.

Darüber hinaus besprachen die EU-AußenministerInnen, wie sie die Ukraine weiterhin unterstützen können. Dazu gab es einen Austausch mit dem ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba, der per Video aus Kyjiw zugeschaltet war. Allein Österreich hat bisher rund 80 Millionen Euro humanitäre Hilfe für die Ukraine und besonders betroffene Staaten geleistet. Beim Rat wurden weitere 500 Millionen Euro an Unterstützung im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität beschlossen.

Aufgrund der geopolitischen Umwälzungen durch den russischen Angriffskrieg ist auch die Intensivierung der Beziehungen zu anderen, gleichgesinnten Weltregionen, wie den Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten, von gesteigerter Bedeutung. Deshalb wurde beim Rat diskutiert, wie die politischen und ökonomischen Beziehungen weiter gestärkt werden können.

Beim dritten Tagesordnungspunkt, der digitalen Diplomatie, spielte der russische Angriffskrieg ebenfalls eine Rolle. Seit dem 24. Februar haben Cyber-Angriffe, Desinformation im Internet und Deep Fakes massiv zugenommen. Österreich sprach sich daher für höhere EU-Investitionen aus, um diesen Trends entgegenzusteuern. ■

### Zentraleuropäische Solidarität mit der Ukraine

Außenminister Schallenberg reiste am 19. Juli mit dem tschechischen Außenminister Jan Lipavský nach Kyjiw. Neben Gesprächen mit dem ukrainischen Präsidenten Volodymyr Selenskyj, Premierminister Denys Schmyhal und Außenminister Dmytro Kuleba standen Besuche der Kriegsschauplätze Hostomel und Irpin auf dem Programm, die von der schieren Brutalität des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine zeugen. Ursprünglich war die Reise im sogenannten Slavkov-Format (Österreich, Slowakei, Tschechien) geplant, der slowakische Außenminister Ivan Korčok mußte jedoch kurzfristig COVID-bedingt absagen.

„Unser Reise im Februar und der heutige Besuch sind ein klares Zeichen der Solidarität der Slavkov-3. Unsere Botschaft an Rußland ist klar und deutlich: Wir akzeptieren nicht, daß die Grenzen mit Panzern und Ra-



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg traf in Kiew den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj ebenso ...



Foto: BMEIA / Gruber

... wie den ukrainischen Premierminister Denys Schmyhal, gemeinsam mit dem tschechischen Außenminister Jan Lipavský ...



Foto: BMEIA / Gruber

... und den ukrainischen Amtskollegen Dmytro Kuleba



## Österreich, Europa und die Welt

keten neu gezogen werden. Wir akzeptieren nicht, daß das Recht des Stärkeren gilt. Ich darf dir also, lieber Dmytro, unsere zentral-europäische Solidarität erneut versichern“, unterstrich Schallenberg gegenüber seinem ukrainischen Amtskollegen.

Für Österreich ist es daher eine Selbstverständlichkeit der Ukraine – insbesondere durch die Unterstützung von Sanktionen gegen Rußland und umfassende finanzielle Hilfe – unterstützend zur Seite zu stehen. So beläuft sich die österreichische finanzielle Unterstützung für die ukrainische Bevölkerung in der Ukraine und in den besonders betroffenen Nachbarstaaten seit Beginn der russischen Aggression am 24. Februar 2022 auf über 80 Millionen Euro, darunter 61,5 Millionen aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF). Die Mittel kommen unter anderem der Organisation Nachbar in Not, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen sowie mehreren österreichischen NGOs zugute. Zudem unterstützt Österreich die Ukraine durch die Versorgung von Verwundeten und die Aufnahme von bislang mehr als 80.000 ukrainischen Vertriebenen.

„Österreich beteiligt sich laufend an internationalen Hilfsaktionen und unternimmt weiterhin alle Anstrengungen, um das Leid der Zivilbevölkerung in der Ukraine zu lindern. Wir werden weiter der Ukraine solidarisch zur Seite stehen. Wir werden dieses Land – so es wieder möglich ist – wieder aufbauen, um den Menschen wieder Perspektive zu geben“, so Schallenberg.

In Hinblick auf eine mögliche Beilegung des Angriffskrieges strich er hervor, daß alle Anstrengungen hierzu unternommen werden müßten, dies jedoch nicht ohne die Zustimmung der Ukraine geschehen könne. Eine friedliche Lösung dürfe dem Land nicht von außen aufgezwungen werden: „Ganz bestimmt darf ein Frieden nicht von Rußland diktiert werden.“

Zudem besuchten die Außenminister den Flughafen im Kiewer Vorort Hostomel und den Ort Irpin, der Schauplatz russischer Kriegsverbrechen wurde. Dabei wurden sich die Minister des vollen Ausmaßes der Gräueltaten des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine bewußt.

„Die Bilder gehen unter die Haut. Vor dem 24. Februar hätten wir uns die unmenschlichen Gräueltaten und das Blutvergießen wie die Kriegsverbrechen in Bucha, Irpin und anderen ukrainischen Städten, in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, nicht vorstellen können“, so Schallenberg, der



Foto: BMEIA / Gruber

Der Außenminister macht sich einen Überblick von Irpin im Gebiet um Kyjiw ...



Foto: BMEIA / Gruber

... und besucht gemeinsam mit seinem tschechischen Amtskollegen Jan Lipavský ...



Foto: BMEIA / Gruber

... den Flughafen Hostomel bei Kyjiw, wo der erste russische Angriff stattfand. Im Hintergrund die ehemals größte Frachmaschine der Welt, die zerstörte Antonow An-225 „Mrija“.



## Österreich, Europa und die Welt

angesichts dieser Bilder neuerlich unterstrich, daß die Verantwortlichen nicht unbefraft bleiben dürften, sondern zur Verantwortung gezogen werden müßten. Dahingehend gehört Österreich gemeinsam mit der Slowakei und Tschechien zu einer Gruppe von mehr als 40 Staaten, die die Situation in der Ukraine an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) verwiesen haben. Zudem stellt das Außenministerium dem Büro des Anklägers des IStGH 100.000 Euro zur Verfügung, um die Aufklärung der in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen voranzutreiben.

Die Drei-Länder-Gruppe Österreich, Slowakei und Tschechien wurde Ende Jänner 2015 in Slavkov (zu deutsch Austerlitz) gegründet. Ziel dieses Formats ist es, die Kooperation zwischen den drei Ländern zu verbessern. Die Slavkov-Außenminister waren bereits am 7. Februar 2022, wenige Wochen vor Beginn des russischen Angriffskriegs, in die Ukraine gereist. ■

### Schallenberg trifft kroatischen Amtskollegen Grlić Radman

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 27. Juli den kroatischen Außenminister Gordan Grlić Radman in Wien zu einem Arbeitsgespräch. Im Fokus des Austausches standen die bilateralen Beziehungen, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die europäische Energiesicherheit sowie die EU-Perspektiven der Westbalkan-Staaten.

Österreich und Kroatien feiern heuer das 30jährige Jubiläum der sehr engen Beziehungen beider Länder. Beim Gespräch strich Schallenberg besonders die erfolgreichen Wirtschaftsbeziehungen hervor. Österreichische Unternehmen sind durch ihre Investitionen von über 5 Milliarden Euro bedeutende Player der kroatischen Wirtschaft. In diesem Zusammenhang gratulierte Schallenberg seinem Amtskollegen zum Euro-Beitritt Kroatiens zu Jahresbeginn 2023. Dieser ist das Ergebnis erfolgreicher Reformpolitik und ein weiteres positives Signal an Investoren.

„Österreich ist Kroatien im Rahmen seiner Staatswerdung, beim Wiederaufbau nach dem Krieg sowie der EU-Integration stets zur Seite gestanden. Es ist schön, daß wir die 30jährige Erfolgsgeschichte des Landes damit unterstützen konnten“, unterstrich Schallenberg die erfolgreichen Beziehungen beider Länder.

Im Rahmen des Austauschs zum russischen Angriffskrieg berichtete Schallenberg von seinem Besuch in der Ukraine im Slav-



Foto: BMEIA / Gruber

*Außenminister Alexander Schallenberg empfing seinen kroatischen Amtskollegen Gordan Grlić Radman zu einem Arbeitsgespräch in Wien*

kov-Format in der Woche zuvor. Er betonte die österreichischen Bemühungen für die Errichtung von humanitären Korridoren sowie bei der Untersuchung von Kriegsverbrechen. Darüber hinaus unterstrich er die Notwendigkeit, russischer Desinformation entschieden entgegenzutreten. Rußland mißbrauche Energielieferungen als Waffe. Um unabhängiger zu werden setze Österreich kurzfristig auf Diversifizierung seiner Lieferanten und mittel- bis langfristig auf erneuerbare Energien. Dabei ist auch die Zusammenarbeit mit Kroatien von großer Bedeutung.

Die beiden Außenminister berieten darüber hinaus ihre weitere Unterstützung für Bosnien und Herzegowina für eine baldige Erlangung des Kandidatenstatus für den EU-Beitritt. Österreich unterstützt Bosnien und Herzegowina auf dem Weg in die EU, sieht aber noch Handlungsbedarf u.a. beim Wahlrecht, der Bekämpfung der Korruption und der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, um die Voraussetzungen dafür zu erfüllen. ■

### Hiroshima-Jahrestag

Aus Anlaß des 77. Jahrestags der Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 erneuerte Außenminister Alexander Schallenberg am 5. August den Aufruf zur nuklearen Abrüstung: „Die Hibakusha, die Opfer und Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki, erinnern uns eindringlich an die verheerenden Risiken und die unmenschlichen Auswirkungen von Atomwaffen. Atomare Bedrohungen

sind kein Thema der Vergangenheit, sondern auch und gerade heute eine reale Gefahr für die gesamte Menschheit. Noch nie seit dem Kalten Krieg waren wir einer Eskalation so nahe. Der brutale Angriffskrieg Rußlands auf die Ukraine wird von unverhohlenen Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen begleitet. Das ist ein klarer Verstoß gegen die UN-Charta, der völlig unverantwortlich und absolut inakzeptabel ist. Gerade die aktuelle Situation zeigt, daß Atomwaffen keinerlei Sicherheit bieten und uns alle gefährden. Es ist höchste Zeit, daß wir mit dem Mythos aufräumen, die permanente Drohung mit Massenvernichtungswaffen könnte ein stabiles Fundament der internationalen Sicherheit sein“, so Schallenberg.

Österreich setzt sich führend für Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung und die Stärkung des internationalen Rechts ein: Österreich gehört zu jenen Staaten, die den Nuklearwaffenverbotsvertrag (TPNW) maßgeblich vorangetrieben haben und unterstützen. Der 2021 in Kraft getretene Vertrag bildet ein erstmaliges völkerrechtliches Verbot des Besitzes, Einsatzes und der Androhung des Einsatzes von Nuklearwaffen, wie es schon für biologische und chemische Massenvernichtungswaffen besteht.

„Der TPNW stellt eine neue Norm gegen die von den Atommächten weiterhin verfolgte Logik der nuklearen Abschreckung dar und zeigt, daß die Mehrheit der Staaten diese Logik nicht akzeptiert. Deshalb muß der Vertrag der Anfang vom Ende dieser verhee-

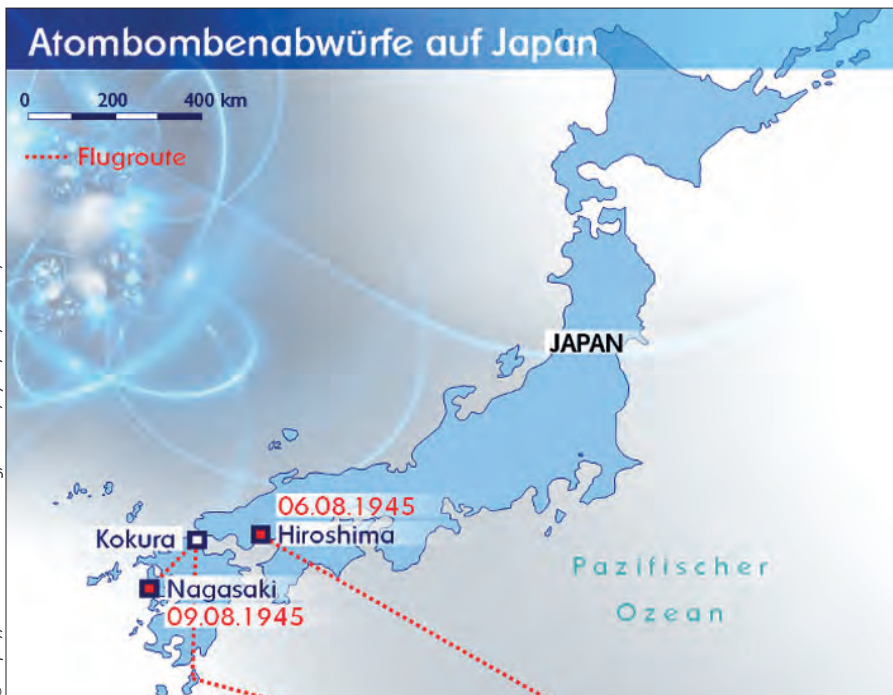


# Österreich, Europa und die Welt

renden und bedrohlichen Waffen sein“, so der Außenminister.

Auch für die am 1. August in New York gestartete 10. Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags (NPT) sind die Prioritäten klar. Österreich setzt sich dafür ein, daß bestehende Verpflichtungen zur Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen erfüllt und gestärkt werden. Die TPNW-Vertragsstaaten setzen einen essentiellen Schritt zur Umsetzung der NPT-Abrüstungs- und Nichtweiterverbreitungsgebote. Der NPT wird vom TPNW daher unterstützt und gestärkt.

„Gerade jetzt, in einem so gefährlichen Sicherheitsumfeld, bleibt dies eine zentrale politische Priorität für Österreich. Das internationale Abrüstungsregime muß auf Grundlage der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu den katastrophalen humanitären Auswirkungen und inakzeptablen Risiken von Nuklearwaffen arbeiten. Wir stärken diese Regime und zeigen auf, wie dringend Fortschritte zu



Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki



Foto: BKA / Andy Wenzel

Außenminister Alexander Schallenberg beim virtuellen Gipfel der Krim-Plattform: »Österreich steht weiter an der Seite der ukrainischen Bevölkerung.«

nuklearer Abrüstung gerade in diesen Zeiten sind. Der TPNW liefert einen gewichtigen Beitrag der Mehrheit der Staatengemeinschaft, die einen neuen nuklearen Rüstungswettbewerb klar ablehnt“, so Schallenberg abschließend. ■

### Österreich steht weiter an der Seite der ukrainischen Bevölkerung

Sechs Monate nach Beginn des russischen Angriffskrieges und am Vorabend des ukrainischen Unabhängigkeitstages vertrat Außenminister Alexander Schallenberg Österreich am 23. August beim virtuellen Gip-

fel der Krim-Plattform. Die Initiative wurde im Vorjahr in Kyjiw ins Leben gerufen. Ziel der Plattform ist es, die volle Souveränität der Ukraine über die Krim in Einklang mit dem Völkerrecht wiederherzustellen:

„Mit Panzern und Raketen versucht Rußland seit mittlerweile sechs Monaten, die europäischen Grenzen neu zu ziehen. Diese von Gräueltaten und Kriegsverbrechen gezeichneten sechs Monate haben sich bereits jetzt in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt. Sechs Monate hat Rußland das Völkerrecht und unsere Sicherheitsordnung verhöhnt“, unterstrich Alexander Schallenberg

gleich zu Beginn seiner Rede die schiere Brutalität der russischen Aggression, für die es keine Strafflosigkeit geben dürfe.

Auch wenn dies im Jahr 2014 noch nicht voll verstanden wurde, habe die illegale Annexion der Krim und der Stadt Sewastopol durch die Russische Föderation lediglich den Beginn einer destruktiven, aggressiven und seit dem Zweiten Weltkrieg einzigartigen Vernichtungspolitik gegenüber der souveränen Ukraine darstellte. Die ukrainische Bevölkerung würde der Aggression jedoch mit Mut und Entschlossenheit begegnen. Dieses unermüdliche Engagement würdigte der Außenminister und sicherte der ukrainischen Bevölkerung Österreichs volle Unterstützung zu.

„Ich versichere Ihnen, daß Österreich weiterhin an der Seite des ukrainischen Volkes stehen wird. Wir werden die Ukraine weiterhin als unabhängigen, freien, demokratischen und prosperierenden Teil unserer europäischen Familie unterstützen“, so Schallenberg.

Weiters bekräftigte der Außenminister die volle Zustimmung Österreichs zu den auf EU-Ebene beschlossenen Sanktionen gegen Rußland. Denn das weitreichendste Sanktionsregime, das je gegen ein Land verhängt wurde, würde deutlich machen, daß Macht nicht gleich Recht ist.

Abschließend unterzeichnete Schallenberg gemeinsam mit mehr als 50 weiteren hochrangigen TeilnehmerInnen aus vier Kontinenten eine gemeinsame Gipfelerklärung. ■

# Österreich, Europa und die Welt

Foto: BKA / Andy Wenzel



## Außenminister Schallenberg beim Europäischen Forum Alpbach 2022

Außenminister Alexander Schallenberg nahm von 23. bis 25. August am Europäischen Forum Alpbach in Tirol teil. Neben der Teilnahme am virtuellen Gipfel der von der Ukraine ins Leben gerufenen Krim-Plattform standen eine Podiumsdiskussion zur Geopolitik der Europäischen Union sowie Arbeitstermine und Gespräche mit Amtskolleginnen und Amtskollegen sowie Wirtschaftstreibenden auf dem Programm.

Am Jahrestag der ukrainischen Unabhängigkeit, dem 24. August, beteiligte sich Schallenberg gemeinsam mit dem albanischen Premierminister Edi Rama und den Außenministern Sloweniens, Tschechiens und der Slowakei an der Diskussionsrunde „Das geopolitische Erwachen der EU?“. Dabei standen der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die militärischen und zivilen EU-Unterstützungsleistungen für das Land sowie die Sanktionen der freien Welt gegen Rußland im Fokus. Weitere Diskussionsthemen waren die Energie- und Erweiterungspolitik der EU sowie die europäische Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung.

„Der russische Angriffskrieg hat mehr zur Einheit der EU beigetragen als jedes andere Ereignis der letzten Jahre. Es liegt an uns allen, diesen geopolitischen Moment in eine geopolitische Ära zu verwandeln. Selbstzufriedenheit und Spaltung sind die größten Bedrohungen für unsere Sicherheit und unseren Wohlstand“, betonte der Außenminister.

Darauf folgte ein Impulsstatement zum Thema Sicherheit und Digitalisierung im Rahmen einer „Breakout Session“ des Forums. Schallenberg unterstrich dabei die Auswirkungen disruptiver Technologien auf die moderne Kriegsführung und die geopoliti-



Foto: BKA / Andy Wenzel

Außenminister Alexander Schallenberg mit seinen Amtskollegen Ivan Korčok (Slowakei, l.) und Jan Lipavsky (Tschechien) nach ihrem Arbeitsgespräch im sogenannten Slavkov-Format

sche Lage weltweit. Europa darf in diesem Bereich nicht hinter andere Weltmächte wie die USA und China zurückfallen, sondern soll sich vielmehr als Vorreiter im Bereich der Festsetzung von Regeln und Normen positionieren. Nur so kann sichergestellt werden, daß der Cyberspace zukünftig die regelbasierte internationale Ordnung widerspiegelt. Hierfür bedarf es zusätzlicher Anstrengungen insbesondere auf EU-Ebene.

Zudem traf sich der Außenminister am Rande des Forums mit seinen tschechischen und slowakischen Amtskollegen zu einem Arbeitsgespräch im sogenannten Slavkov-Format. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen der russische Angriffskrieg in der Ukraine, Migrations- und Energiefragen sowie die Situation auf dem Westbalkan. In Hinblick auf das EU-Sanktionsregime gegen Rußland unterstrich er deren Wirksamkeit, mahnte aber auch Durchhaltevermögen ein.

„Die Sanktionen wirken, jeden Tag ein Stück mehr. Jetzt brauchen wir Nervenstärke und strategische Geduld. Denn Putin rechnet damit, daß Demokratien schwach sind und sich auseinanderdividieren lassen. Tun wir ihm diesen Gefallen nicht“, so Schallenberg, der neben Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgern zudem die Möglichkeit in Alpbach nutzte, um sich mit Wirtschaftstreibenden, darunter Vertretern des Finanzsektors, auszutauschen.

Das Europäische Forum Alpbach bildet seit mehr als 70 Jahren durch seine Veranstaltungen und sein Netzwerk von Stipendiatinnen und Stipendiaten eine interdisziplinäre Plattform für gesellschaftspolitischen Dialog und Wissensaustausch. Durch seine Arbeit fungiert das Europäische Forum Alpbach auch als interaktiver, offener Think Tank und Impulsgeber der österreichischen Politik. ■



## Österreich, Europa und die Welt

### Stillstand der Abrüstungs- bemühungen in New York

Außenminister Alexander Schallenberg kritisiert das ergebnislose Ende der in der Nacht auf 27. August abgeschlossenen vierwöchigen Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages (NPT) in New York. Die Konferenz scheiterte, angesichts des starken Widerstands der nuklear bewaffneten Staaten ihre Abrüstungsverpflichtungen umzusetzen. Letztlich blockierte Rußland mit einem Veto sogar das Minimalergebnis einer gemeinsamen Abschlusserklärung. Als Lichtblick im Bereich der nuklearen Abrüstung gelten nun umso mehr die Fortschritte, die zuletzt im Rahmen des ersten Vertragsstaatentreffens des von Österreich mitinitiierten Nuklearwaffenverbotsvertrag (TPNW) in Wien erreicht werden konnten.

„Am Tag nach dem Ende der Verhandlungen in New York ist leider klar, daß die Nuklearwaffenstaaten nur am Status Quo festhalten wollen. Dabei müßten eigentlich alle Alarmsirenen schrillen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die völlig verantwortungslosen nuklearen Drohungen Rußlands, allen voran das russische Roulette mit Europas größtem Atomkraftwerk Saporischschja, zeigen uns ganz klar, wie real die Gefahr einer nuklearen Katastrophe ist. Jetzt hat Rußland auch noch den Sperrvertrag torpediert“, unterstreicht Schallenberg die extrem volatile Situation.

Während sich mehr als drei Viertel der 191 NPT-Vertragsstaaten für glaubwürdige Fortschritte bei nuklearer Abrüstung einsetzen, widersetzten sich dem vor allem die nuklear bewaffneten Staaten, allen voran Rußland. Im Gegensatz zu den im NPT verankerten Abrüstungsverpflichtungen vergrößern oder verbessern alle fünf nuklear bewaffneten Staaten – USA, Frankreich, China, Vereinigtes Königreich und Rußland – ihre Arsenale. Zur Umsetzung oder Konkretisierung der bislang unerfüllten Vertragsverpflichtungen, geschweige denn zu neuen konkreten Verpflichtungen von Transparenz bis Risikoreduktion, war bei den Verhandlungen in New York keine Bereitschaft erkennbar. So war auch der Entwurf der letztlich durch Rußland verhinderten Abschlusserklärung bereits ohne glaubwürdigen Fortschritt im Bereich der Abrüstung und Non-Proliferation.

Während es in der Umsetzung des Atomwaffensperrvertrages kein Vorankommen gibt, schreitet eine immer größere Staatengruppe, von Österreich mitangeführt, in der Umsetzung ihrer Verpflichtungen voran und ver-



Foto: State Department Photo by Ron Prizysucha/ Public Domain

US-Außenminister Antony J. Blinken bei der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags bei den Vereinten Nationen in New York

handelte den Nuklearwaffenverbotsvertrag (TPNW), dessen erstes Vertragsstaatentreffen im Juni unter österreichischem Vorsitz in Wien stattfand. Es wurden ein ambitionierter Umsetzungsplan und eine starke politische Erklärung angenommen, die – im Gegensatz zum NPT – klar jeglichen Einsatz von oder Drohung mit Nuklearwaffen verurteilt.

„Mit dem TPNW setzen wir eine konkrete Maßnahme hin zu einer Welt frei von Nuklearwaffen. Und wir stellen klar, daß wir den Status Quo nicht akzeptieren. Der fortgesetzte Stillstand im NPT zeigt, daß das Momentum und konkrete Schritte in Richtung einer nuklearwaffenfreien Welt über den Nuklearwaffenverbotsvertrag erreicht werden“, so der Außenminister. Er bekräftigt weiter, daß es angesichts der humanitären Konsequenzen und Risiken von Atomwaffen unverantwortlich ist, daß nuklear bewaffnete Staaten immer noch am Prinzip der nuklearen Abschreckung festhalten, bedeutet doch die Drohung oder der tatsächliche Einsatz dieser Waffen die Zerstörung unzähliger Leben, Gesellschaften und globale katastrophale Konsequenzen.

Um die humanitären Auswirkungen von Atomwaffen verstärkt in die Debatte um nukleare Abrüstung einzubringen, fand im Vorfeld des ersten Vertragsstaatentreffens des TPNW Anfang Juni 2022 die Wiener Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Atomwaffen statt. Dabei wurden aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zu den weltweiten Konsequenzen eines Einsatzes von Atomwaffen besprochen. Die Konferenz kam zum Schluß, daß nukleare Abschreckung eine Gefährdung der Sicherheit aller Menschen darstellt. ■

### »Wir müssen die nächsten Monate die Nerven bewahren«

Außenminister Alexander Schallenberg nahm am 29. August am 17. Bled Strategic Forum in Slowenien teil, das in diesem Jahr unter dem Motto „The rule of power or the power of rules?“ stand. Dabei sprach er bei einer hochrangigen Paneldiskussion mit dem Titel „How many Europes in Europe?“ über die durch den russischen Angriffskrieg ausgelöste geopolitische Zeitenwende und deren Folgen für Europa. Darüber hinaus nutzte er seinen Aufenthalt in Slowenien für mehrere bilaterale Gesprächstermine, in deren Fokus der Westbalkan stand.

Die Paneldiskussion „How many Europes in Europe“ stand stark unter dem Eindruck des russischen Angriffs auf die Ukraine und dessen Auswirkungen auf Europa. Dabei betonte Schallenberg die Resilienz Europas und daß die EU-Sanktionen gegen Rußland bereits ihre Wirkung zeigen.

„Rußland steht vor einer Rezession von fast 10 Prozent, es wird hingegen erwartet, daß die europäische Wirtschaft um bis zu 3 Prozent wächst. Rußland hat eine doppelt so hohe Inflation und ganze Wirtschaftszweige werden heruntergefahren. Wir sollten also nicht dem russischen Narrativ verfallen“, so der Außenminister beim Bled Strategic Forum.

Einen Ausblick auf die kommenden Monate gebend, forderte er, daß Europa weiterhin seine Einheit und einen kühlen Kopf bewahren müsse.

„Wir müssen die nächsten Monate die Nerven bewahren. Wir haben in nie dagewesener Einigkeit sieben Sanktionspakete geschnürt. Jetzt kommen aber die Schwierig-

## Österreich, Europa und die Welt

#BSF2022



Foto: BKA / Andy Wenzel

Außenminister Alexander Schallenberg bei der hochrangigen Paneldiskussion mit dem Titel „How many Europes in Europe?“ in Bled...

keiten in der Ebene. Wir müssen nun weiterhin zusammenhalten“, sagte der Außenminister.

Neben ihm nahmen auch die slowenische Außenministerin und Gastgeberin, Tanja Fajon, die isländische Außenministerin Thórdís Kolbrún Reykþjórd Gylfadóttir, die französische Staatssekretärin für Europa, Laurence Boone, der spanische Außenminister, José Manuel Albares Bueno, der türkische Außenminister, Mevlüt Çavuşoğlu, der portugiesische Außenminister, João Gomes Cravinho sowie der polnische Außenminister Zbigniew Rau an dem Panel teil.

Bei seinen bilateralen Arbeitsterminen im Rahmen des Bled Strategic Forum legte Schallenberg einen Schwerpunkt auf den Westbalkan. Bei einem Arbeitsmittagsessen mit dem Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina, Christian Schmidt, sprach der österreichische Außenminister den politischen Einfluß von Drittstaaten auf das Land an, die bestehende Spaltungen weiter verschärfen.

Gegenüber dem Sonderbeauftragten des Premierministers des Vereinigten Königreichs für den Westbalkan, Sir Stuart Peach, betonte Schallenberg die Wichtigkeit der anhaltenden Unterstützung der europäischen Perspektive des Westbalkans durch das Vereinigte Königreich.

Mit dem montenegrinischen Außenminister Ranko Krivokapić wurde die Vorreiterrolle des Landes im EU-Erweiterungsprozeß am Westbalkan thematisiert. Dabei erkundigte sich Schallenberg nach dem Fortschritt von notwendigen Reformen in Montenegro.

Schallenberg traf sich zudem auch mit dem EU-Sonderbeauftragten für den Dialog zwischen Belgrad und Pristina, Miroslav Lajčák, um die Normalisierung der Beziehun-



Foto: BKA / Andy Wenzel

... und mit der slowenischen Außenministerin und Gastgeberin, Tanja Fajon

gen zwischen Serbien und Kosovo zu besprechen.

Das Bled Strategic Forum ist eine der führenden internationalen Konferenzen in Zentral- und Südosteuropa, bei der ExpertInnen aus unterschiedlichen Branchen und Fachgebieten zusammentreffen, um innovative Lösungsansätze für strategische und politische Zukunftsfragen zu besprechen. ■

### Informelles EU-Außenministertreffen in Prag

Außenminister Alexander Schallenberg nahm am 30. und 31. August in Prag am Informellen Treffen der EU-AußenministerInnen (Gymnich) teil. Im Fokus der Gespräche standen einmal mehr der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und dessen globale Auswirkungen, unter anderem wurde dabei auch ein generelles Einreiseverbot für russische Staatsangehörige in die

Europäische Union diskutiert, dem Österreich kritisch gegenübersteht.

„Für mich ist es wichtig, daß man jene Personen in Rußland, die mit dem Angriffskrieg von Wladimir Putin nicht einverstanden sind, unterstützt und sie nicht im Stich läßt. Ein gesamtes Land mit über 140 Millionen Menschen ‚auszusperren‘, halte ich für kontraproduktiv. Ein pauschales Verbot von Visa für Staatsangehörige der Russischen Föderation würde die letzten Kontakte mit der russischen Zivilbevölkerung gänzlich kappen. Kritischen Stimmen in Rußland, insbesondere einer aufstrebenden, jungen Generation, sollte nicht der Weg in den Westen versperrt werden. Was es hier braucht, ist Verhältnismäßigkeit und Proportionalität“, erklärte Außenminister Schallenberg, der in diesem Kontext davor warnte, die russische Wagenburgmentalität weiter zu befeuern. Weiters erneuerte er vor dem Treffen der EU-Außen-



## Österreich, Europa und die Welt

ministerInnen das Bekenntnis Österreichs zu den EU-Sanktionen gegen Rußland, deren Auswirkungen dort bereits jetzt zu spüren sind. Hierbei sei aber auch strategische Geduld und Nervenstärke erforderlich: „Sanktionen haben keine Instantwirkung, doch sie wirken mittel- und langfristig. Die bislang sieben Sanktionspakete treffen 1.200 mit dem russischen Regime in Verbindung stehende Privatpersonen sowie 100 Entitäten direkt. Tappen wir nicht in die Falle des russischen Narratives und der Desinformation: Die russische Wirtschaft schlittert in eine Rezession: sie wird dieses Jahr um mindestens sechs Prozent schrumpfen, die Inflation in Rußland ist weit höher als etwa in Österreich, und ganze Branchen der Wirtschaft liegen brach“, erläutert Schallenberg.

Auf dem Programm stand zudem ein Austausch mit den Außenministern der EU-Beitrittskandidaten Moldau und Ukraine sowie jenem des EU-Bewerberstaates Georgien, um diesen zu signalisieren, daß ihr Platz – bei gleichzeitiger Erfüllung aller Voraussetzungen – in der europäischen Wertegemeinschaft liegt. Eine solche europäische Perspektive soll dazu dienen, destabilisierenden Tendenzen in den betroffenen Regionen Einhalt zu bieten.

Auch die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem afrikanischen Kontinent, der besonders stark von der durch den russischen Angriffskrieg angefachten globalen Nahrungsmittelkrise betroffen ist, wurden besprochen: „Der russische Angriffskrieg ist auch ein Krieg der Narrative. Er wird zwar am europäischen Kontinent ausgetragen, aber er ist keineswegs ein europäischer Krieg“, so der Außenminister.

Der Name des informellen Treffens, das seit 1974 einmal pro Ratspräsidentschaft – also halbjährlich – stattfindet, geht auf ein deutsches Schloß zurück, das als erster Tagungsort diente. In einem informellen Umfeld erarbeiten die EU-AußenministerInnen langfristige Strategien. ■

### »Niemand vergessen«: 30 Jahre österreichischer Gedenkdienst

Anläßlich des 30. Jahrestages der Einführung des österreichischen Gedenkdienstes hielt Außenminister Alexander Schallenberg am 1. September 2022 die Eröffnungsrede bei einer Festveranstaltung im Parlament. Bei dem Gedenkdienst handelt es sich um einen Freiwilligendienst, im Rahmen dessen sich junge ÖsterreicherInnen im Ausland für die Förderung des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und die damit



*Außenminister Alexander Schallenberg empfängt seinen Amtskollegen aus Nordmazedonien Bujar Osmani im Außenministerium*

zusammenhängende Bewußtseinsbildungs- und Aufklärungsarbeit engagieren. (Siehe unseren Bericht ab der Seite 11) ■

### Schallenberg empfängt mazedonischen Amtskollegen Bujar Osmani in Wien

Außenminister Alexander Schallenberg traf sich am 1. September mit dem Außenminister von Nordmazedonien, Bujar Osmani, zu einem Arbeitsgespräch in Wien. Dabei besprachen die beiden die mazedonischen EU-Beitrittsverhandlungen und den Stand der EU-Erweiterung in den weiteren Staaten des Westbalkans.

Auch die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs, der bevorstehende OSZE-Vorsitz Nordmazedoniens und illegale Migration entlang der Balkanroute standen auf der Agenda.

Nordmazedonien gilt als eines der Vorzeigeländer der EU-Annäherung am Westbalkan. Mit der Aufnahme von formellen EU-Beitrittsverhandlungen am 19. Juli 2022 wurde ein wichtiges Signal für die Region und für die Glaubwürdigkeit der EU-Erweiterungspolitik gesetzt. Schallenberg betonte im Gespräch, daß nun rasch weitere Schritte folgen müssen, um in die nächste Verhandlungsphase übergehen zu können.

„Nordmazedonien ist ein Muster-Beitrittskandidat: Kaum ein Land hat so viel zur Stabilisierung des Westbalkans beigetragen – das Land war sogar bereit seinen Namen zu ändern. Es war daher längst überfällig, daß wir dieses europäische Engagement und Bekenntnis im Juli nun endlich mit Start der Beitrittsverhandlungen gewürdigt haben. Die Glückwünsche dazu konnte ich meinem

Freund Bujar heute auch nochmals persönlich überbringen“, sagte Schallenberg zu seinem Treffen mit Osmani.

Die beiden Außenminister sprachen auch über die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf Nordmazedonien und den gesamten Westbalkan. Nordmazedonien wird kommendes Jahr den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) übernehmen und somit eine Schlüsselrolle in der kritischsten Phase der OSZE seit dem Kalten Krieg antreten. Nach der russischen Aggression auf die Ukraine hat Nordmazedonien klar und eindeutig Stellung bezogen, beispielsweise die EU-Sanktionen voll mitgetragen und somit wiederholt unter Beweis gestellt, Teil der europäischen Wertegemeinschaft zu sein. Diese klare Positionierung stärkt auch die bereits enge wirtschaftliche, politische und menschliche bilaterale Partnerschaft zwischen Österreich und Nordmazedonien.

„Angesichts des russischen Destabilisierungspotentials am Westbalkan dürfen wir nicht länger Zeit verlieren und müssen deshalb den Ankündigungen, die wir vor fast 20 Jahren in Thessaloniki gemacht haben, rasch Taten folgen lassen. Als EU stehen wir Nordmazedonien im Wort“, Schallenberg.

Ein weiteres Thema des Arbeitsgesprächs war die illegale Migration entlang der Balkanroute. In diesem Zusammenhang bedankte er sich für die gute Zusammenarbeit mit Nordmazedonien und besprach weitere Möglichkeiten der Kooperation. Das letzte bilaterale Arbeitstreffen zwischen Schallenberg und Osmani fand im Mai 2022 in Skopje statt. ■

## Österreich, Europa und die Welt



Außenminister Alexander Schallenberg eröffnete die BotschafterInnenkonferenz in Wien.

### BotschafterInnenkonferenz 2022

Außenminister Alexander Schallenberg begrüßte am 5. September die BotschafterInnen zur diesjährigen BotschafterInnenkonferenz des Außenministeriums, die noch bis 9. September in Wien und Klosterneuburg stattfand. Bei der einwöchigen Konferenz kommen die LeiterInnen der österreichischen Botschaften und Ständigen Vertretungen zusammen um den Austausch untereinander und mit den KollegInnen in Wien zu intensivieren. Daneben stehen auch Vorträge sowie Treffen mit dem Bundespräsidenten, dem Nationalratspräsidenten, Regierungsgliedern und Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft auf dem Programm.

In seiner Eröffnungsrede ging Schallenberg auf die sich durch die russische Invasion der Ukraine veränderte Sicherheitslage in Europa ein. Dadurch gewinnt auch die Arbeit des Außenministeriums und der BotschafterInnen rund um den Globus an Bedeutung.

„Wenn die letzten Krisen etwas bewiesen haben, dann, daß unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unser Wohlstand nicht erst an unseren Landesgrenzen beginnen. Das Außen-

ministerium ist in diesem Sinne auch Sicherheitsministerium. Die Welt ist ungemütlicher geworden. Und da braucht es ein starkes, effizientes und effektives Außenministerium, das auch entsprechend finanziell und personell aufgestellt ist“, betonte der Außenminister die Bedeutung eines schlagkräftigen Außenministeriums.

Ein weiteres zentrales Thema der BotschafterInnenkonferenz war die österreichische Exportwirtschaft. Pandemie und der russische Angriffskrieg sorgen auch hier für globale Umwälzungen, die österreichische Unternehmen zwingen, sich neu aufzustellen, neue Lieferketten zu etablieren, Abhängigkeiten abzubauen und neue Märkte zu finden. Dabei will das Außenministerium der österreichischen Wirtschaft mit Initiativen wie ReFocus Austria tatkräftig zur Seite stehen.

„Bekanntlich erwirtschaftet Österreich über 50 Prozent im Export, jeder zweite Arbeitsplatz ist vom Export direkt oder indirekt abhängig. Dafür braucht die Republik ein gut aufgestelltes Vertretungsnetz als Türöffner, Vernetzer und Fürsprecher der österreichischen Wirtschaft im Ausland“, so

Schallenberg über die Rolle der Botschaften für die Wirtschaft.

Trotz all der Krisen ist er Schallenberg positiv gestimmt. Denn gerade diese großen Herausforderungen hätten gezeigt, wie gut das Außenministerium funktioniert und die BotschafterInnen auf der ganzen Welt zusammenarbeiten. Darauf werde man auch in Zukunft aufbauen. „Wir ziehen gemeinsam an einem Strang, um Österreich in der Welt noch besser zu positionieren“, so der Außenminister abschließend.

Thematisch stand bei der diesjährigen BOKO der Bereich „Tech Diplomacy“ im Fokus. Denn neue Technologien spielen auch in der Diplomatie eine immer stärkere Bedeutung.

Durch Cyberangriffe, Desinformation im Netz, Künstliche Intelligenz und eine stärker werdende Konkurrenz zwischen den Wirtschaftsmächten um einen Technologievorsprung ist „Tech Diplomacy“ Teil der täglichen Arbeit von DiplomatenInnen geworden. Passend zum Thema wurde das Institute of Sciences and Technology in Klosterneuburg als Veranstaltungsort für die ersten zwei Tage der Konferenz gewählt. ■



## Österreich, Europa und die Welt



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg (r.) und der Außenminister von Honduras, Eduardo Enrique Reina García, bei der Unterzeichnung der Absichtserklärung

### Außenminister empfängt seinen honduranischen Amtskollegen

Außenminister Alexander Schallenberg traf am 6. September seinen Amtskollegen aus Honduras, Eduardo Enrique Reina García, zu einem Arbeitsgespräch in Wien. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die bilateralen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Honduras, multilaterale Themen, sowie regionale Entwicklungen in Lateinamerika. Zudem unterzeichneten die Außenminister im Rahmen ihres Treffens eine Absichtserklärung über die Einrichtung eines Mechanismus für regelmäßige

politische Konsultationen zwischen beiden Ländern.

Schallenberg betonte die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Honduras. Die Einrichtung eines Mechanismus für politische Konsultationen zu bilateralen, multilateralen und regionalen Fragen werde es erlauben, die gemeinsame Zusammenarbeit weiter zu stärken. „Die heutige Unterzeichnung einer bilateralen Absichtserklärung zwischen Österreich und Honduras wird dazu beitragen, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern weiter zu intensivieren. Regelmäßige politische

Konsultationen werden es uns auch ermöglichen, auf multilateraler Ebene verstärkt zusammenzuarbeiten.“

Ein Bereich, in dem Österreich und Honduras eng kooperieren, ist Abrüstung, insbesondere beim Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW). Schallenberg bedankte sich bei seinem Amtskollegen für die ausgezeichnete Zusammenarbeit. Die verbleibenden Nichtmitgliedsstaaten aus Lateinamerika müssten rasch an Bord des TPNW geholt werden, wobei auch die Unterstützung von Honduras bedeutend ist.

Darüber hinaus begrüßte Schallenberg, daß Honduras sich der überwältigenden Mehrheit der internationalen Gemeinschaft angeschlossen hat, die die russische Invasion im Rahmen der Generalversammlung der Vereinten Nationen verurteilt hat. Dahingehend appellierte er, auf diesem Schritt aufzubauen und durch kohärentes und entschlossenes Handeln dazu beizutragen, daß dieser Krieg so bald wie möglich beendet wird. ■

### Außenministerium setzt internationale Initiativen zum Thema »Zukunftskultur«

Der Krieg, die Inflation, drohender Wohlstandsverlust, Energiekrise, Klimakrise und die Pandemie erzeugen Unsicherheit und Ängste. Gerade jetzt kommt der Kunst eine besondere Aufgabe zu: Kunst ist Mutmacherin. Kunst ist Ruf nach Freiheit. Kunst ist geistige Nahrung. Und all das brauchen wir jetzt“, so Außenminister Alexander Schallenberg bei der Auslandskulturtagung 2022



Foto: BMEIA / Gruber

Außenminister Alexander Schallenberg nahm an der Auslandskulturtagung in Wien teil.

## Österreich, Europa und die Welt

in der Expeditihalle der Ankerbrot Fabrik in Wien zum Thema „Zukunftskultur“: „Die geistige Resilienz, die wir jetzt brauchen, ist ohne Kunst undenkbar.“ Es sei wichtig, daß die Auslandskultur seit Kriegsausbruch eine Vielzahl an Maßnahmen gesetzt habe, um Kunst- und Kulturschaffende aus der Ukraine zu unterstützen. Doch auch die Kunst würde instrumentalisiert, so Schallenberg. Bei aller Entrüstung dürften wir nie das Augenmaß verlieren: „Wenn sogar in Frage gestellt wird, ob man noch Tschaikowsky oder Strawinsky spielen dürfe, dann ist das eine Entwicklung, die in die völlig falsche Richtung führt und die Alarmglocken schrillen lassen muß. Kunst braucht Freiheit. Wer diese Freiheit angreift, greift die Kunst an.“

Mit Blick auf das 2023 bevorstehende 50jährige Jubiläum der Auslandskultur stellen die kürzlich ernannte Sonderbeauftragte für Auslandskultur, Helga Rabl-Stadler, und Christoph Thun-Hohenstein, der Teresa Indjein als Leiter der Sektion für Internationale Kulturangelegenheiten nachfolgen wird, die Initiative „IMAGINE Arts & Ideas“ und das erste Generalthema „DIGNITY“ vor. So wird sich die Auslandskultur noch intensiver mit ökosozialen, digitalen und ethischen Herausforderungen beschäftigen. Das Zusammenspiel von Kunst und Wissenschaft, Projekte der Klimakultur und des Digitalen Humanismus sowie der Dialog mit Andersdenkenden werden Pfeiler einer Zukunftskultur bilden. Ziel ist die Vision einer neuen, ganzheitlichen Ethik als Grundlage demokratischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Erneuerung.

Humanismus und Ökologie standen auch im Mittelpunkt des Auftritts der französischen Philosophin Corine Pelluchon, die sich in ihrem Vortrag der Bedeutung dieser Leitbilder für die Europäische Union widmete. Zuvor wurden im Rahmen eines öffentlichen „NachmittagSALON Zukunftskultur“ wesentliche Zukunftsfragen wie Klima- und Kreislaufkultur, Künstliche Intelligenz und Extended Reality erörtert. Thematisiert wurden hier auch die vielfältigen Potentiale künstlerischer Sparten, in Kooperation mit den Wissenschaften einen positiven Wandel voranzutreiben. Die Podiumsgespräche wurden u.a. von der Linzer Professorin für Roboterpsychologie und Künstliche Intelligenz, Martina Mara und der Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb geleitet.

Mit ihrem weltweiten Netzwerk an Kulturforen und Botschaften entwickelt die Österreichische Auslandskultur laufend neue Programmideen, mit dem Ziel, die Sichtbar-



Foto: BMEIA / Gruber

v.l.: Außenminister Alexander Schallenberg, Sektionschefin Teresa Indjein und die beiden Sonderbeauftragten Helga Rabl-Stadler und Christoph Thun-Hohenstein, der künftig die Leitung der Sektion für Internationale Kulturangelegenheiten übernehmen wird

keit Österreichs zu erhöhen und österreichischen Kunst- und Kulturschaffenden internationale Perspektiven zu bieten. Das „Jahr der Literatur 2022“ oder die Ausschreibung „On the road again“ für österreichische bildende KünstlerInnen sind nur zwei Beispiele für den Facettenreichtum der Auslandskulturinitiativen des Außenministeriums.

Die Auslandskulturtagung 2022 wurde wieder als „Green Event“ zertifiziert und durchgeführt. ■

### Zwei Millionen Euro Soforthilfe für Pakistans Flutopfer

Nach massiven Überschwemmungen infolge der seit vielen Wochen anhaltenden

starken Monsunregen unterstützt die Bundesregierung vor Ort mit Zahlungen aus dem Auslandskatastrophenfonds des Außenministeriums.

Als unmittelbare Reaktion auf die akute Notlage der pakistanischen Bevölkerung hat die Bundesregierung im Ministerrat am 7. September die Auszahlung von zwei Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) für Pakistan beschlossen. Je eine Million Euro werden dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) bzw. der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRK) zur Linderung der humanitären Krise bereitgestellt.



Foto: BKA / Christopher Dunker

Nach dem Ministerrat: Bundeskanzler Karl Nehammer (m.r.) und Vizekanzler Werner Kogler (m.l.), im Bild mit Bundesministerin Leonore Gewessler und Bundesminister Magnus Brunner



## Österreich, Europa und die Welt

„Angesichts der starken Monsunregen in Pakistan und deren verheerenden Folgen für die dortige Bevölkerung unterstützen wir als Bundesregierung die humanitären Anstrengungen vor Ort, indem wir zwei Millionen Euro aus den Mitteln des Auslandskatastrophenfonds zur Verfügung stellen. Es handelt sich dabei um eine weitere Unterstützungsleistung im Sinne unserer humanitären Tradition der Hilfe vor Ort. Die bereitgestellten Mittel gehen an die internationalen Hilfsorganisationen, die derzeit dabei helfen, das Leid der Betroffenen zu lindern“, so Bundeskanzler Karl Nehammer.

Die massiven Überschwemmungen haben binnen kürzester Zeit bereits mehr als 1.100 Todesopfer gefordert. Nach Angaben der pakistanischen Regierung sind 33 Millionen Menschen, allen voran Frauen und Kinder, von den Auswirkungen der Monsunregenfälle betroffen und obdachlos geworden. Mindestens 5,2 Millionen Menschen befinden sich in einer akuten humanitären Notlage, wobei die Zahl rapide ansteigt.

„Die Flut in Pakistan ist ein weiteres extremes Wetterereignis, das die immer rascher auftretenden Folgen der Klimakrise unter Beweis stellt. Es ist unsere Verantwortung, den Betroffenen zu helfen und die Folgen dieser Katastrophe abzumildern. Deswegen haben wir heute die Ausschüttung von zwei Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds beschlossen. So kann unbürokratisch humanitäre Soforthilfe geleistet werden. Genauso ist es aber unser Auftrag, die Klimaschutzbemühungen so schnell und unverzüglich wie möglich zu intensivieren“, so Vizekanzler Werner Kogler.

Aufgrund der schwer angeschlagenen, bereits vor der Überschwemmungskatastrophe fragilen Infrastruktur in Pakistan, insbesondere im Gesundheitsbereich, wurde der nationale Notstand ausgerufen. Zudem hat die pakistanische Regierung um internationale Hilfe ersucht, um den verheerenden Auswirkungen der Überschwemmungen Herr werden zu können.

„Der Klimawandel zeigt derzeit in Pakistan seine grausame Fratze. Besonders in den lange von der Außenwelt abgeschnittenen Regionen muß dringend humanitäre Hilfe geleistet werden, um den ohnehin schon angeschlagenen Gesundheitsbereich zu unterstützen. Mit unserer gezielten Hilfe unterstützen wir die internationale Staatengemeinschaft vor Ort in ihren humanitären Anstrengungen“, so Außenminister Alexander Schallenberg.

Die bereitgestellten Mittel sollen in den von den Vereinten Nationen Ende August ge-



Foto: BMEIA / Gruber

Der Außenminister empfing seine Amtskollegin Dominique Hasler aus Liechtenstein

meinsam mit der Regierung von Pakistan lancierten „2022 Pakistan Floods Response Plan (FRP)“ für lebensrettende Maßnahmen in den Bereichen Ernährungssicherheit, Nothilfe im landwirtschaftlichen Bereich, Unterkünfte, medizinische Erstversorgung, Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen, Wasser und Hygiene, Gesundheit von Frauen und Unterstützung im Bildungsbereich fließen. ■

### Schallenberg empfing seine Amtskollegin aus Liechtenstein

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 8. September seine Amtskollegin aus dem Fürstentum Liechtenstein, Dominique Hasler, zu einem Arbeitstreffen in Wien. Im Mittelpunkt des Austausches standen bilaterale Themen, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Stand der EU-Erweiterung auf dem Westbalkan und die Zusammenarbeit in multilateralen Angelegenheiten.

In seinem Gespräch mit Außenministerin Hasler unterstrich Schallenberg die ausgezeichneten Beziehungen zwischen Österreich und Liechtenstein und befürwortete die Fortsetzung des engen europapolitischen Dialogs zwischen beiden Ländern. Außerdem bedankte sich der Außenminister für das autonome Nachvollziehen der aufgrund der russischen Aggression gegen die Ukraine verhängten EU-Sanktionen gegen Rußland durch Liechtenstein. Wichtig sei, daß der Westen Einigkeit angesichts des russischen Narratives zeige. ■

„Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist auch ein globaler Kampf der Narrative. Daher ist ein geeintes Auftreten des Westens vonnöten. Die rasche Übernahme der EU-Sanktionen durch Liechtenstein war hierfür ein wichtiger Beitrag“, so der Außenminister.

Mit Hinblick auf den EU-Erweiterungsprozeß begrüßte Schallenberg die Verleihung des EU-Kandidatenstatus an die Ukraine und an die Republik Moldau. Darüber hinaus betonte er, daß auch den Staaten der Westbalkan-Region eine glaubwürdige EU-Beitrittsperspektive geboten werden müsse. Dies sei im strategischen Interesse der EU. Ein erster wichtiger Schritt sei die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien gewesen. Nun müßten die Gewährung des EU-Kandidatenstatus an Bosnien und Herzegowina sowie die Visaliberalisierung für Kosovo folgen.

Zudem kam auch die Kooperation zwischen Österreich und Liechtenstein zu multilateralen Themen wie bei den Vereinten Nationen oder bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur Sprache. Schallenberg sprach sich für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit beider Länder im Sinne eines effektiven, werte- und regelbasierten Multilateralismus aus. In diesem Kontext gratulierte der Außenminister seiner Amtskollegin zur Annahme der „Veto-Initiative“ durch den VN-Sicherheitsrat am 26. April 2022 nach einer Initiative Liechtensteins. ■

# Österreich, Europa und die Welt

Foto: BMEIA / Gruber



Außenminister Alexander Schallenberg bei seiner Begrüßungsrede zur Veranstaltung zur Wirtschaftskampagne ReFocus Austria

## Weltweite Wirtschaftskampagne ReFocus Austria wird fortgesetzt

Außenminister Alexander Schallenberg und Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher blickten am 8. September im Rahmen der diesjährigen BotschafterInnenkonferenz des Außenministeriums auf das erste Erfolgsjahr der weltweit umgesetzten Wirtschaftsinitiative ReFocus Austria zurück. Mehr als 300 maßgeschneiderte Veranstaltungen in über 80 Ländern organisierten die über 100 österreichischen Vertretungsbehörden als Team Austria gemeinsam mit dem Arbeits- und Wirtschaftsministerium und weiteren Bundesministerien, der Außenwirtschaft Austria der Wirtschaftskammer Österreich und der Österreich Werbung seit ihrem Launch im September 2021. Die Kampagne zur Stärkung der österreichischen Exportwirtschaft wird nun fortgesetzt.

„Der Erfolg der Initiative zeigt, daß im Rahmen von ReFocus mehr als 2.200 Exportunternehmen und deren Niederlassungen unterstützt werden konnten. Dieses Momentum wollen wir aufrechterhalten. Die wirtschaftsdiplomatische Initiative ReFocus Austria wird daher fortgesetzt. So wird das Außenministerium als Türöffner, Vernetzer und Fürsprecher auch weiter seinen Beitrag leisten, unseren Wohlstand auszubauen, die Stärke Österreichs als Wirtschaftsstandort aufrecht zu erhalten sowie unseren Arbeitsmarkt langfristig abzusichern“, so Schallenberg bei der Jahresbilanz von ReFocus Austria.

ReFocus Austria nahm seinen Ursprung als zentraler Bestandteil des Comeback-Plans der Bundesregierung zum wirtschaftlichen Wiederaufbau während und nach der Pandemie. Die weltweiten Auswirkungen des

Foto: BMEIA / Gruber



v.l.:Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher, Starlinger-Geschäftsführerin , Angelika Huemer und Außenminister Alexander Schallenberg

Foto: BMEIA / Gruber



Außenminister Alexander Schallenberg (r.) und Rosenberger-CSO Andreas Zeller



## Österreich, Europa und die Welt

russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und damit einhergehend das Wegbrechen traditioneller Märkte fordern neuerlich die wirtschaftliche Krisenfestigkeit Österreichs, die strategische Vorausschau und die gesellschaftliche Resilienz heraus. Teuerung, Energiekrise und Lieferkettenausfälle führen zu massiven Verschiebungen mit spürbaren Auswirkungen auf Alltag und Arbeitsmarkt.

„Österreich ist ein exportorientiertes Land und exportiert jährlich Waren im dreistelligen Milliardenbereich. Die Pandemie und die globale Rezession sorgten für einen starken Einbruch des Welthandels. Der österreichische Außenhandel hat sich von diesem Einbruch schnell erholt und liegt nun wieder deutlich über dem Vorkrisenniveau. Eine aktive Handelspolitik und die Anstrengungen rund um ReFocus sorgen dafür, daß österreichische Unternehmen mit ihren Produkten weltweit bekannt werden. Diese internationalen Handelsbeziehungen sichern in Österreich hunderttausende Arbeitsplätze und stärken die heimische Unternehmenslandschaft“, unterstrich Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher.

Der Einsatz des Team Austria stieß im vergangenen Jahr bei österreichischen Unternehmen auf großen Anklang, wie der CSO von Rosenbauer, Andreas Zeller, und die Geschäftsführerin von Starlinger, Angelika Huemer, bei der ReFocus Austria Jahresbilanz bestätigten. Bei einer Podiumsdiskussion mit Schallenberg und Kocher berichteten die Führungskräfte der beiden österreichischen Topunternehmen von ihren Erfahrungen mit ReFocus Austria und wie das Außenministerium österreichischen Unternehmen im Ausland zur Seite steht. Dabei erwähnten die Unternehmerin und der Unternehmer die Unterstützung der österreichischen Botschaften insbesondere bei der Beschaffung von Visa für Fachkräfte. Darüber hinaus sind bei Geschäften im staats- und regierungsnahen Bereich die Kontakte österreichischer BotschafterInnen zur politischen Führungsebene essentiell. Auch von der weltweiten Rückholaktion am Anfang der Pandemie profitieren Unternehmen mit österreichischen MitarbeiterInnen im Ausland.

Durch strategische Besuchsdiplomatie mit Wirtschaftsdelegationen, Vernetzungstreffen, Firmenbesichtigungen oder Treffen mit lokalen Entscheidungsträgern präsentiert ReFocus Austria Österreich im Ausland als attraktiven Wirtschaftsstandort und Tourismusdestination und bewirbt die Expertise heimischer Spitzenunternehmen. Der Schwer-

punkt der ReFocus Austria-Veranstaltungen und Aktivitäten liegt auf sieben Zukunftsfeldern: erneuerbare Energien, E-Mobilität, Nachhaltigkeit, digitale Transformation, Infrastruktur, Urban Technology und Tourismus.

Das Team Austria wird ReFocus Austria weiterhin einsetzen, um der österreichischen Wirtschaft weltweit Türen zu öffnen und ihren Interessen Gehör zu verschaffen. ■  
<https://www.bmeia.gv.at/themen/aussenwirtschaft/refocus-austria/>

### Ars Electronica Award for Digital Humanity

Außenminister Alexander Schallenberg überreichte am 9. September beim jährlichen Ars Electronica Festival den Ars Electronica Award for Digital Humanity. Mit dem Award, der 2021 vom Außenministerium initiiert wurde, werden Projekte ausgezeichnet, die die Bedeutung des kulturellen Austauschs für die Entwicklung einer gesellschaftsorientierten, digitalen Welt demonstrieren. Der Ars Electronica Award for Digital Humanity ist mit einem Preisgeld von 10.000 Euro dotiert und wird von der Auslandskultur des Außenministeriums gesponsert.

Der diesjährige Gewinner ist „The Data Nutrition Project“, eine transdisziplinäre Initiative mit dem Ziel, eine schnellere und bessere Bewertung von Trainingsdatensätzen für künstliche Intelligenz zu ermöglichen. Bei der Verleihung in Linz ging der Außenminister auch auf die Ausschreibung State of the ART(ist) ein, mit der die österreichische Kulturdiplomatie und das Ars Electronica KünstlerInnen in repressiven Systemen unterstützen.

Die Entwicklung von künstlicher Intelligenz hat folgenreiche Auswirkungen auf unsere Gesellschaft. Von autonomen Robotern,

die reife Erdbeeren erkennen und pflücken, über hitzeresistente Drohenschwärme zur effizienteren Bekämpfung von Waldbränden bis hin zu autonomen Autos nimmt der Einsatz dieser Technologie immer mehr zu. Neue Technologien, wie künstliche Intelligenz, können jedoch auch zum Schaden von Menschen eingesetzt werden. Besonders deutlich erkennbar ist das zum Beispiel im Fall autonomer Waffensysteme. Das Außenministerium setzt sich dafür ein, daß in internationalen Foren humanitäre Fragestellungen bei diesen Prozessen von Beginn an mitberücksichtigt werden. Mit der Verleihung des Ars Electronica Award for Digital Humanity unterstützt das Außenministerium einen menschenzentrierten Umgang mit innovativen Technologien.

„Technischer Fortschritt kann und soll nicht aufgehalten werden. Aber es ist essenziell, daß sich die Technik an den Bedürfnissen von Mensch und Natur orientiert und nicht umgekehrt“, so der Außenminister bei der Verleihung des Ars Electronica Award for Digital Humanity.

Es sind jedoch nicht nur neue Technologien wie künstliche Intelligenz, die das Potential mit sich bringen, Privatsphäre oder Menschenrechte zu beschneiden. Auch Verfolgung und Repression in autoritären Systemen schränken universelle Rechte wie Freiheit der Meinung oder des künstlerischen Ausdrucks ein. Mit der Ausschreibung State of the ART(ist) unterstützt das Außenministerium Künstlerinnen und Künstler in der Ukraine, in Rußland, in Belarus und weltweit, denen ein Engagement für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung vor Ort nicht oder nur unter großer Bedrohung möglich. Damit setzt die österreichische Auslandskulturpolitik ein klares Bekenntnis zur Solidarität mit Kunst-



Foto: BMEIA

v.l.: Außenminister Alexander Schallenberg mit Sarah Newman, Matthew Taylor und Kasia Chmielinski vom „Data Nutrition Project“ und Ars-Electronica-Leiter Gerfried Stocker

## Österreich, Europa und die Welt

und Kulturschaffenden, die ihre Tätigkeit aufgrund politischer oder sozialer Umstände nicht oder kaum sichtbar ausüben können.

„Mit State of the ART(ist) haben wir ein Instrument für Künstlerinnen und Künstler rund um die Welt geschaffen, das sichtbar macht, was die jeweiligen Lebensumstände sonst nicht erlauben würden“, so Schallenberg.

Das jährliche Ars Electronica Festival ist ein Festival für Kunst, Technologie und Gesellschaft, zu dem VertreterInnen der Wissenschaft, Wirtschaft, Kreativ- und Kunstszene aus aller Welt zusammenkommen, um ihre Perspektiven zu Zukunftsfragen beizutragen. Das Festival fand heuer von 7. bis 11. September unter dem Motto „Welcome to Planet B – A different life is possible. But how?“ statt. ■

<https://ars.electronica.art/>

### Einigkeit gegen Straflosigkeit

Außenminister Alexander Schallenberg empfing am 14. September Mitglieder der im März dieses Jahres vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen eingesetzten Unabhängigen internationalen Untersuchungskommission zur Ukraine. Ziel der Untersuchungskommission mit Sitz in Wien ist es, Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts in Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zu dokumentieren, Beweise für zukünftige Gerichtsverfahren zu sammeln und Verantwortliche zu identifizieren:

„Es darf hier einfach keine Straflosigkeit geben. Wir brauchen Aufklärung. Jene Menschen, die das zu verantworten haben – also die politischen und militärischen Leader – müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Das ist eine Aufgabe der Weltgemeinschaft, der Vereinten Nationen“, unterstrich der Außenminister und verwies auf die unmenschlichen Gräueltaten des russischen Aggressors – insbesondere in Butscha, Irpin und Winnyzja. „Gezielte Angriffe gegen Zivilisten, auf urbane Gebiete und medizinische Einrichtungen, Verschwindenlassen, willkürliche Inhaftierungen, sexuelle Gewalt und der Einsatz von Streumunition stellen massive Verletzungen des humanitären Völkerrechts dar. Diese Kriegsverbrechen müssen geahndet werden. Die Russische Föderation muß sich bewußt sein, daß die gesamte Verantwortung dafür auf ihren Schultern lastet.“

Gute Kontakte zu den jeweiligen nationalen Behörden sowie zum Internationalen Strafgerichtshof sind der Ukraine-Untersuchungskommission wichtig. Bis Anfang



Außenminister Alexander Schallenberg Mitglieder der Untersuchungskommission des VN-Menschenrechtsrates zur Ukraine im Außenministerium.

September 2022 konnten insgesamt fast 14.000 zivile Opfer, davon mehr als 5.700 Todesopfer, verifiziert werden. Von einer deutlich höheren Dunkelziffer kann jedoch ausgegangen werden. Noch in diesem September wird die Untersuchungskommission im

Rahmen der 51. Sitzung des VN-Menschenrechtsrates einen ersten mündlichen Bericht präsentieren, ein schriftlicher Endbericht soll im Frühjahr 2023 folgen. ■

<https://www.bmeia.gv.at/>

BM für europäische und internationale Angelegenheiten

## Von der Handy-Signatur zur ID Austria

Wenn BürgerInnen bei einer Behörde persönlich einen Antrag stellen, erfolgt im Zuge dessen eine Feststellung ihrer Identität. Um diese eindeutige Feststellung auch im digitalen Zeitalter sicher und einfach zu bewerkstelligen, besteht in Österreich seit 2009 die Möglichkeit, eine „Handy-Signatur“ zu aktivieren. Mittlerweile sind bereits drei Millionen BürgerInnen im Besitz dieses elektronischen Identitätsnachweises.

Gerade während der Covid-19-Pandemie entwickelte sich eine große Dynamik bei den Aktivierungszahlen. Die Handy-Signatur dient derzeit als Schlüssel zu circa 200 digitalen Services der Republik, darunter etwa die E-Government-Portale <https://www.oesterreich.gv.at>, die mobile App „Digitales Amt“, das Unternehmensserviceportal „USP“, das Portal der Finanzverwaltung „FinanzOnline“ oder auch der „Grüne Paß“, die App für Covid-19-Zertifikate.

Im E-Government-Gesetz (E-GovG) wurden im Jahr 2017 die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des Konzepts „Bürgerkarte“ über die Handy-Signatur bis hin zum elektronischen Identitätsnachweis geschaffen.

Dieses kurz „ID Austria“ genannte Projekt wird gemeinsam vom Bundesministerium für Inneres und vom Bundesministerium für Finanzen umgesetzt. Derzeit läuft ein Pilotbetrieb zur Testung des neuen Systems, um die beste Qualität für die reguläre Betriebsphase sicherzustellen. Alle BürgerInnen sind herzlich eingeladen, am Pilotbetrieb teilzunehmen.

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten ist seit Dezember 2021 in die Testphase integriert. Für österreichische BürgerInnen im Ausland gibt es seitdem die Möglichkeit, die ID Austria an einer österreichischen Berufsvertretungsbehörde (Botschaft oder Generalkonsulat) zu aktivieren. Dies geschieht entweder im Rahmen der Beantragung eines Reisepasses oder eines Personalausweises, oder auch unabhängig davon nach Vereinbarung eines separaten Termins.

Gerade für AuslandsösterreicherInnen interessant ist die Tatsache, daß grundsätzlich jede Paßbehörde im In- und Ausland für die Registrierung einer ID Austria zuständig sein wird. ■

<https://www.oesterreich.gv.at/id-austria.html>

<https://www.bmeia.gv.at/>



# Einbürgerungen im 1. Halbjahr 2022 plus 61 %

Im 1. Halbjahr 2022 ist die Zahl der Einbürgerungen mit einem Plus von 61,3 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum kräftig gestiegen. Die starke Zunahme ist vorrangig auf Einbürgerungen von NS-Opfern und deren Nachkommen zurückzuführen, die fast 30 % der neu Eingebürgerten im 1. Halbjahr ausmachen“, so Tobias Thomas, Generaldirektor von Statistik Austria.

Unter dem Rechtstitel §58c StbG haben politisch Verfolgte des NS-Regimes und seit 1. 9. 2020 deren Nachkommen die Möglichkeit einer Einbürgerung, ohne im Gegenzug ihre bisherige Staatsbürgerschaft aufgeben zu müssen. Im 1. Halbjahr 2022 erhielten 2.421 Personen (davon leben 2.396 im Ausland) nach § 58c die österreichische Staatsbürgerschaft, das entspricht 29,7 % aller Einbürgerungen dieses Halbjahres.

Personen, die unter diesem Titel eingebürgert wurden, sind am häufigsten Angehörige folgender drei Staaten: Israel (939 bzw. 11,5 % aller im 1. Halbjahr 2022 Eingebürgerten), Vereinigte Staaten (546 bzw. 6,7 %) und Vereinigtes Königreich (525 bzw. %). Aus anderen Gründen Eingebürgerte (insge-

samt 5.737 Personen) waren zuvor am häufigsten Staatsangehörige der Türkei (603 bzw. 7,4 %), Syriens (531 bzw. 6,5 %) sowie Bosnien und Herzegowinas (469 bzw. 5,7 %). Die Hälfte der Einbürgerungen im 1. Halbjahr 2022 entfiel auf Frauen (50,3 %), rund ein Drittel waren Minderjährige unter 18 Jahren (31,9 %). Fast ein Viertel der neu Eingebürgerten wurde in Österreich geboren (1 923 bzw. 23,6 %).

In allen Bundesländern wurden im 1. Halbjahr 2022 mehr Personen eingebürgert als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die relativen Zuwächse waren in Vorarlberg (+59,7 % auf 313 Einbürgerungen) am höchsten, gefolgt von Wien (+43,0 % auf 2 265) und der Steiermark (+38,0 % auf 487). Auch im Vergleich zum 1. Halbjahr 2019, vor der COVID-19-Pandemie, gab es in sieben Bundesländern mehr Einbürgerungen, angeführt von Kärnten (+81,5 % auf 265 Einbürgerungen). Nur in Wien (-3,5 % auf 2.265) und in Oberösterreich (-1,2 % auf 757) gab es im Vergleich zu 2019 weniger Einbürgerungen.

Fast drei Viertel aller Einbürgerungen im 1. Halbjahr 2022 erfolgten aufgrund eines

Rechtsanspruchs (5.909 Personen bzw. 72,4 %). Darunter wurden 2.717 Personen nach mindestens sechsjährigem Wohnsitz in Österreich und aus besonders berücksichtigungswürdigen Gründen eingebürgert (z. B. nachgewiesene Deutschkenntnisse und nachhaltige Integration, Geburt in Österreich, EWR-Staatsangehörigkeit oder asylberechtigt – § 11a, Abs. 4, Abs. 6 sowie Abs. 7), 2.421 politisch Verfolgte und deren Nachkommen (§ 58c, Abs. 1 bis Abs. 6), 343 Personen aufgrund der Ehe mit einem Österreicher bzw. mit einer Österreicherin (§ 11a, Abs. 1 und Abs. 2) sowie 258 Personen aufgrund eines mindestens 15jährigen Wohnsitzes in Österreich und nachhaltiger Integration (§ 12, Abs. 1, Z. 1).

Weitere 513 Personen erhielten die Staatsbürgerschaft im Ermessen (6,3 %), darunter 496 Personen nach mindestens zehnjährigem Wohnsitz (§10, Abs. 1). Unter dem Titel Erstreckung der Verleihung wurden zusammen 1.736 Personen bzw. 21,3 % eingebürgert, davon 210 Ehegatten (§16) und 1.526 Kinder (§17).

<https://www.statistik.at/>

Einbürgerungen im 1. Halbjahr 2022

Wohnort	1. HJ 2022	Veränderung 1. HJ 2021 - 1. HJ 2022 in %	Darunter:			Rechtsgrund <sup>1</sup>			Q2 2022	Veränderung Q2 2021 - Q2 2022 in %
			geboren in Österreich	unter 18 Jahre	Frauen	Ermessen	Anspruch	Erstreckung		
<b>Österreich einschl. Ausland</b>	<b>8 158</b>	<b>61,3</b>	<b>1 923</b>	<b>2 602</b>	<b>4 104</b>	<b>513</b>	<b>5 909</b>	<b>1 736</b>	<b>3 293</b>	<b>24,0</b>
Burgenland	112	25,8	25	26	64	14	80	18	57	18,8
Kärnten	265	29,9	80	83	133	32	146	87	132	55,3
Niederösterreich	829	17,1	267	268	443	74	522	233	445	20,6
Oberösterreich	757	18,5	317	303	384	79	403	275	377	8,6
Salzburg	278	9,9	114	90	141	34	151	93	158	23,4
Steiermark	487	38,0	159	158	215	65	286	136	238	33,0
Tirol	435	28,7	156	151	197	58	255	122	151	-1,9
Vorarlberg	313	59,7	122	124	144	24	179	110	113	20,2
Wien	2 265	43,0	659	700	1 228	130	1 473	662	1 130	26,4
Ausland	2 417	248,8	24	699	1 155	3	2 414	-	492	37,8

Quelle: Statistik Austria, Statistik der Einbürgerungen. Vorläufige Ergebnisse. 1) Paragraph des StbG 1985, idF Novelle 2022 in Kraft ab 01.05.2022; Ermessen: §10 – Anspruch: §§ 11a, 12–14, 25, 57, 58c, 64a – Erstreckung: §§ 16, 17. Alle Paragraphen kommen nur bei Erfüllung aller sonstigen Voraussetzungen für eine Einbürgerung zur Anwendung.

# 579 Projekte und Programme

Die Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit berichtet über große Herausforderungen 2021.

Der Geschäftsbericht der Austrian Development Agency (ADA), der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, wurde veröffentlicht und veranschaulicht anhand von vielen Projektbeispielen, was die ADA mit ihren Partnern in den Schwerpunktländern der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit 2021 bewirken konnte.

Auch das vergangene Jahr stellte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit wieder vor große Herausforderungen und war besonders von den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie geprägt. Diese führte weltweit zu einer Verschärfung der Armut und Ungleichheit und hat die Lebensbedingungen vieler Menschen insbesondere in den Ländern des Globalen Südens verschlechtert. Weiters haben politische Instabilität, Nahrungsmittelsicherheit sowie Dürren und Überschwemmungen als Folgen des Klimawandels mehr Menschen in die Flucht beziehungsweise Migration getrieben. Bewaffnete Konflikte haben in zahlreichen Ländern bereits Erreichtes wieder zunichte gemacht.

## Gemeinsam gegen die Pandemie

Zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie unterstützte die ADA die Covax-Initiative mit 7,5 Millionen Euro. Im Rahmen dieser Initiative wurden über die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bis Ende Dezember 2021 933 Millionen Impfstoffdosen gegen Covid-19 an 92 Länder mit schlechter Einkommens- und Gesundheitsversorgungssituation geliefert, darunter acht Schwerpunktländer der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

## Hunger aktiv bekämpfen

Weiters konnte die ADA auf humanitäre Krisen und Konflikte mit hoher Flexibilität reagieren und 2021 56,34 Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds abwickeln. Im Kampf gegen den weltweiten Hunger kamen davon 4,6 Millionen Euro dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) zugute.

## Umwelt- und Klimaschutz im Fokus

Die thematischen Schwerpunkte sind auch weiterhin der Kampf gegen Armut und



Foto: ADA / Wilke

Friedrich Stift, Geschäftsführer der Austrian Development Agency

Hunger, Friedensförderung sowie Umwelt- und Klimaschutz.

„Im Sinne der Agenda 2030 war und ist unser oberstes Ziel, ökologisch verantwortungsvoll zu handeln und die nachhaltige Entwicklung in unseren Schwerpunktländern zu fördern. Wir unterstützen und begleiten daher Entwicklungsprogramme mit einem klaren Umwelt- und Klimaschutzfokus und setzen auch entsprechende Projekte der Europäischen Kommission um“, so ADA-Geschäftsführer Friedrich Stift.

## Erfolgreich Brücken bauen

Der ADA Geschäftsbericht 2021 zeigt anhand von zahlreichen Projektbeispielen, was die ADA im vergangenen Jahr mit der Unterstützung aller Partner der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere den zivilgesellschaftlichen Organisationen, öffentlichen und wissenschaftlichen Einrichtungen, den Unternehmen und all jenen, die vor Ort und auch in Österreich die Projekte und Programme der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit umsetzen, erreicht hat. Insgesamt hat die ADA 2021 579 Projekte und Programme mit einem Gesamtvolumen von knapp 644 Millionen Euro umgesetzt.

„Die Erfolge, die wir als Österreichische Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit unseren Partnern erreicht haben, bestätigen uns auf unserem Weg, bessere Lebensbedingungen für die Menschen in unseren

Partnerländern Realität werden zu lassen“, so Stift.

## Austrian Development Agency

Die Austrian Development Agency, die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, unterstützt Länder in Afrika, Asien, Südost- und Osteuropa bei ihrer nachhaltigen Entwicklung. Gemeinsam mit öffentlichen Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen setzt die ADA derzeit Projekte und Programme mit einem Gesamtvolumen von über 640 Millionen Euro um. ■

<https://www.entwicklung.at/>



© ADA



# Umfrage zur EU-Erweiterung

23 % für Ukraine-Beitritt, 51 % dagegen – Zustimmung zum Beitritt der Westbalkan-Länder zwischen 14 und 24 % – Ablehnung zwischen 40 und 54 %

Aktuell findet eine Erweiterung der EU um neue Länder keine Mehrheit unter den Österreicherinnen und Österreichern. Das betrifft sowohl die Staaten des Westbalkan als auch neue Beitrittsaspiranten, wie etwa die Ukraine, Moldau und Georgien. Priorität wird dagegen der Vertiefung der Zusammenarbeit innerhalb der EU eingeräumt“, analysiert Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), das Ergebnis einer aktuellen ÖGfE-Umfrage.

In der von 8. bis 12. Juli österreichweiten online-Umfrage (500 Befragte) halten insgesamt 78 % eine Vertiefung der Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten für „sehr“ (46 %) oder „eher“ (32 %) wichtig. 15 % sehen sie als „weniger“ (9 %) oder „gar nicht wichtig“ (6 %) an. Eine Erweiterung der EU um neue Mitgliedstaaten wird hingegen von nur einem Viertel (24 %) als „sehr“ (6 %) bzw. „eher wichtig“ (18 %) betrachtet. Für rund zwei Drittel (68 %) ist sie zurzeit

„weniger“ (39 %) oder „gar nicht“ wichtig (29 %). Je 7 % äußern sich zu diesen Fragen nicht. Im Zeitverlauf (seit 2013) zeigt sich ein recht konstantes Meinungsbild.

Insgesamt 42 % sagen, daß es durch den Krieg in der Ukraine zu einem größeren Zusammengehörigkeitsgefühl in der EU kommen wird („sicher“: 10 % / „eher schon“: 32 %). 51 % sind jedoch skeptisch und glauben das „eher nicht“ (32 %) oder „sicher nicht“ (19 %). 7 % nehmen dazu nicht Stellung.

„Die Europäische Union befindet sich – nicht zuletzt aufgrund des russischen Angriffs auf die Ukraine – inmitten einer Zeitenwende. Eine Vertiefung der internen Kooperation und eine Stärkung der Unabhängigkeit und Resilienz der Union ist heute die oberste Priorität. In der gegenwärtigen Situation erwarten sich die Menschen vor allem die Lösung von Problemen sowie klare Antworten, wie sich die EU aufstellen und weiterentwickeln will. Auch die Frage einer

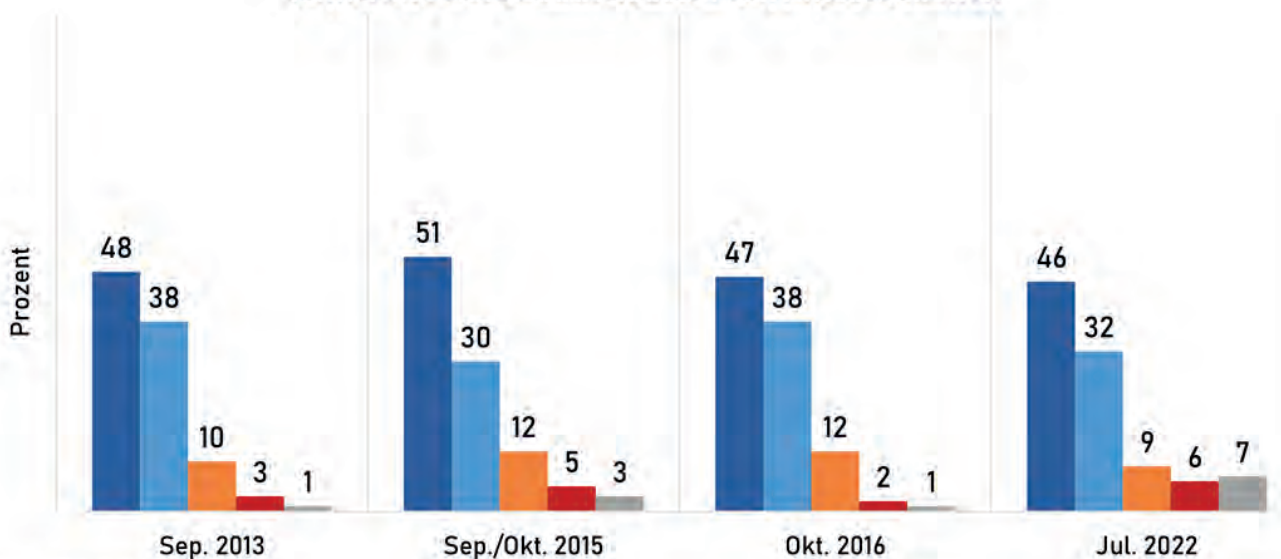
künftigen EU-Erweiterung muß dabei angesprochen, klare Zielmarkierungen festgesteckt werden.“

Einen EU-Beitritt der Ukraine würden 23 % der Befragten begrüßen, 51 % lehnen einen solchen jedoch ab. 15 % ist diese Frage „egal“, 11 % können dazu nicht Stellung nehmen. Gegenüber März 2022 ist die Zahl der Beitrittsbefürworter:innen gesunken (- 8 Prozentpunkte), die Zahl jener, die eine Mitgliedschaft der Ukraine ablehnen, ist um 10 Prozentpunkte gestiegen.

Eine EU-Mitgliedschaft Moldaus (erstmalig abgefragt) begrüßen aktuell 19 % der ÖsterreicherInnen, 45 % zeigen sich ablehnend, 21 % indifferent. 15 % geben keine Antwort. Ein Beitritt Georgiens (erstmalig abgefragt) stößt bei 14 % auf explizite Zustimmung, 51 % legen gegenwärtig ihr Veto ein, während 21 % „egal“ antworten und 14 % nicht Stellung beziehen.

„So wichtig die Zuerkennung des Beitrittsstatus für die Ukraine und Moldau bzw.

Wenn Sie an die Zukunft der Europäischen Union denken. Für wie wichtig halten Sie persönlich die folgenden Punkte: VERTIEFUNG DER ZUSAMMENARBEIT DER MITGLIEDSTAATEN

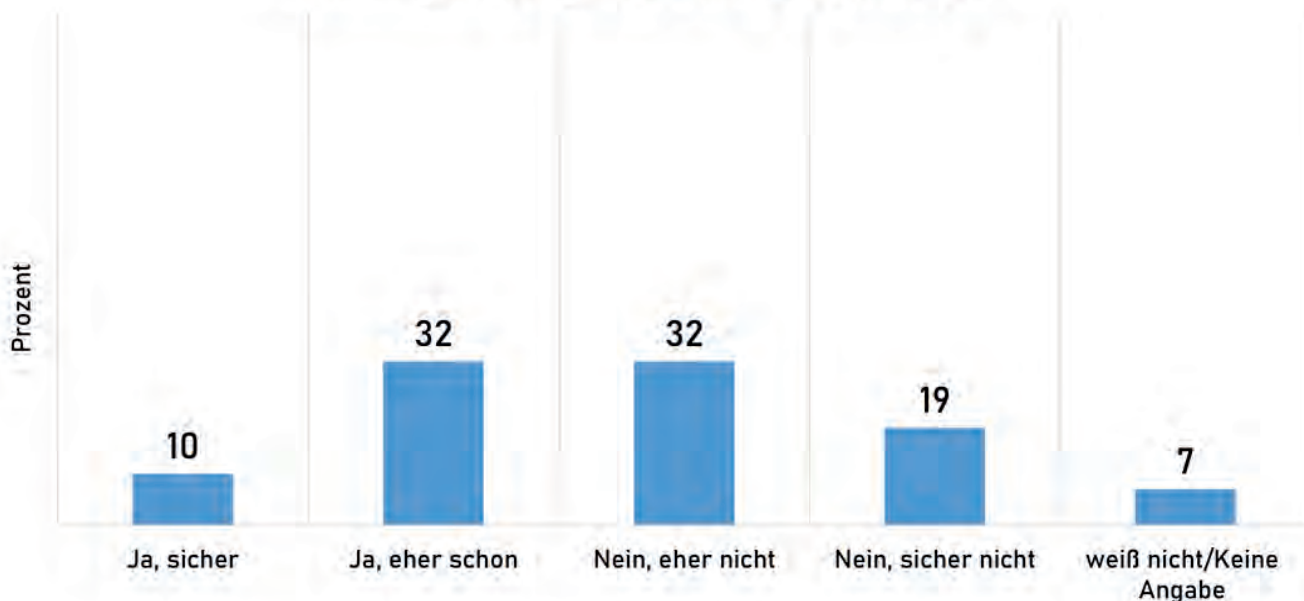


market, online, 8.-12. Juli 2022, n=500.  
 Österreichische Bevölkerung 16 bis 80 Jahre.  
 Repräsentativ für Alter, Geschlecht, Region und Bildung.  
 Tel ASB 67, Sept 2013, N=500.  
 Tel SWS 233, Sept/Okt 2015, N=502.  
 Tel SWS 252, Okt 2016, N=528.  
 \*Differenz auf 100 Prozent aufgrund gerundeter Werte.  
 Maximale statistische Schwankungsbreite +/- 4,48 Prozent.



## Österreich, Europa und die Welt

Glauben Sie, dass es durch den Krieg in der Ukraine zu einem größeren Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der EU kommen wird?



market, online, 8.-12. Juli 2022, n=500.  
 Österreichische Bevölkerung 16 bis 80 Jahre.  
 Repräsentativ für Alter, Geschlecht, Region und Bildung.  
 Maximale statistische Schwankungsbreite +/- 4,48 Prozent.

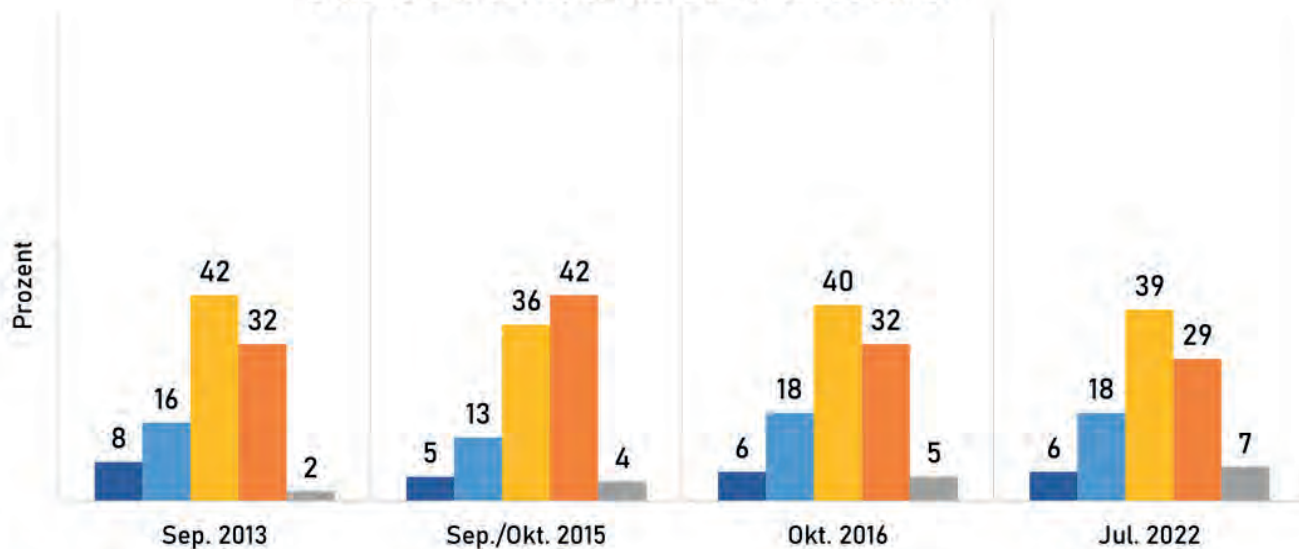


einer Beitrittsperspektive für Georgien war; für die Österreicherinnen und Österreicher ist die Frage einer Mitgliedschaft dieser Län-

der zurzeit zweitrangig. Im Vordergrund stehen vielmehr dringende praktische Fragen, wie etwa die Energieversorgung, die Teue-

rung oder auch der bevorstehende Corona-Herbst und -Winter. Herausforderungen, denen sich die EU, nach Meinung der Men-

Wenn Sie an die Zukunft der Europäischen Union denken. Für wie wichtig halten Sie persönlich die folgenden Punkte: **ERWEITERUNG DER EU UM WEITERE MITGLIEDSTAATEN**



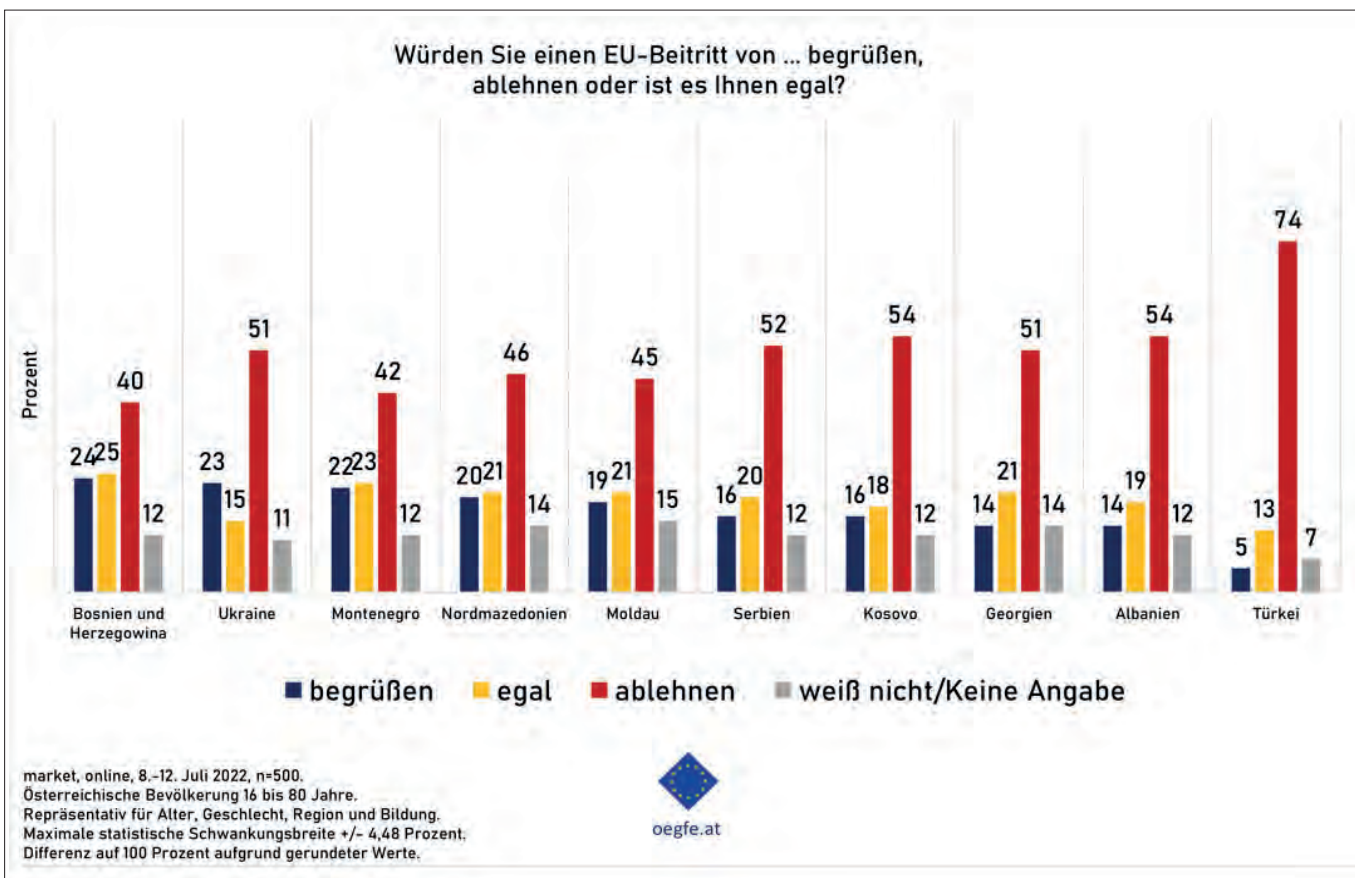
market, online, 8.-12. Juli 2022, n=500.  
 Österreichische Bevölkerung 16 bis 80 Jahre.  
 Repräsentativ für Alter, Geschlecht, Region und Bildung.  
 Tel ASB 67, Sept 2013, N=500.  
 Tel SWS 233, Sept/Okt 2015, N=502.  
 Tel SWS 252, Okt 2016, N=528.  
 \*Differenz auf 100 Prozent aufgrund gerundeter Werte.  
 Maximale statistische Schwankungsbreite +/- 4,48 Prozent.



- Sehr wichtig
- Wichtig
- Weniger wichtig
- Gar nicht wichtig
- weiß nicht/Keine Angabe



# Österreich, Europa und die Welt



schen, vordringlich widmen sollte“, betont Schmidt. „Während die Frage einer ukrainischen EU-Mitgliedschaft realistischerweise in weiter Ferne ist, gilt es heute, das Land gegen die russische Aggression zu unterstützen, humanitär Hilfe zu leisten und seine Beziehungen zur EU jedenfalls zu vertiefen.“

Das Meinungsbild zu den meisten Beitrittsaspiranten am Westbalkan gestaltet sich ähnlich und generell recht einheitlich. Die explizite Zustimmungsrate reicht von 14 % (Albanien) bis 24 % (Bosnien-Herzegowina). Die explizite Rate der Ablehnung bewegt sich zwischen 40 % (Bosnien-Herzegowina) und 54 % (Albanien und Kosovo). Noch geringer ist aktuell der Wunsch nach einer Mitgliedschaft der Türkei. Die Zustimmung ist bei fast allen Ländern gesunken – am deutlichsten im Fall von Albanien und Serbien.

„Was die Länder des Westbalkans und ihre Beitrittsambitionen betrifft, muß es der Politik – gerade jetzt ein hohes Anliegen bleiben, die Europäisierung dieser Region weiter zu fördern. Ziel muß es sein, Stabilität und Sicherheit zu stärken, sie gegen die Einflussnahme antidemokratischer Mächte abzuschirmen und den Reformprozeß in den Ländern weiter anzustoßen und einzufordern. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen

mit Albanien und Nordmazedonien ist vor diesem Hintergrund ein wichtiger Schritt. Es gilt jedoch auch, die Kommunikation gegenüber der Bevölkerung kontinuierlich zu vertiefen, um klar zu machen, daß uns die „europäische Zukunft“ unserer Nachbarn alles andere als gleichgültig sein darf“, schließt Schmidt.

### Hintergrund

Die aktuelle Umfrage wurde von market von 8. bis 12. Juli 2022 im Auftrag der ÖGfE durchgeführt.

Befragt wurden österreichweit 500 Personen online, österreichische Bevölkerung, 16 bis 80 Jahre, repräsentativ für Alter, Geschlecht, Region und Bildung. Maximale statistische Schwankungsbreite ca. +/- 4,48 Prozent. Vergleichsumfragen 2010-2020: Telefonische Umfragen, Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft (SWS). Differenz auf 100 % aufgrund gerundeter Werte. ■

<http://www.oegfe.at/>

### Über die ÖGfE

Die ÖGfE, gegründet im Jahr 1991, ist ein parteipolitisch unabhängiger Verein auf sozialpartnerschaftlicher Basis in Wien.

Zielbestimmungen der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik sind die Förderung und Unterstützung einer nachhalti-

gen EU-Informationspolitik und der Dialog über aktuelle europapolitische Fragen und deren Relevanz für Österreich.

Die Gesellschaft wird von der Oesterreichischen Nationalbank und den österreichischen Sozialpartnern finanziert.

Das Tätigkeitsfeld der ÖGfE umfaßt die Veröffentlichung von Analysen und Stellungnahmen zu aktuellen europapolitischen Themen, die Organisation von Vortragsveranstaltungen (Europa Club Wien, Europa Club Uni) und Seminaren, Meinungsforschung (österreichweite Umfragen), die Herausgabe der wissenschaftlichen Publikationsreihe "ÖGfE-Policy Briefs", die Erstellung von Themen-Factsheets sowie ein regelmäßiges Monitoring des Abstimmungsverhaltens der österreichischen Europa-Abgeordneten. Die ÖGfE erstellt Informationsangebote für Schulen (Wanderausstellungen, Folder) und hält Workshops (u. a.) an Berufsschulen ab. Die ÖGfE ist europäisch vernetzt und Mitglied des European Policy Institute Network (EPIN) sowie assoziiertes Mitglied der Trans European Policy Studies Association (TEPSA).

Generalsekretär der ÖGfE ist Paul Schmidt, ehemaliger stellvertretender Leiter der Repräsentanz der Oesterreichischen Nationalbank in Brüssel.

Quelle: <https://de.wikipedia.org/>

# Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft

Österreich steht im DESI 2022 unter den 27 EU-Mitgliedsstaaten an zehnter Stelle.

Seit 2014 überwacht die Europäische Kommission den Stand der Digitalisierung in den Mitgliedsstaaten und dokumentiert die erzielten Fortschritte in den jährlich veröffentlichten Berichten zum Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI). Die DESI-Berichte umfassen jedes Jahr sowohl Länderprofile, die die Mitgliedsstaaten darin unterstützen, prioritäre Handlungsfelder zu ermitteln, als auch themenbezogene Kapitel mit EU-weiten Analysen zu den wichtigsten Bereichen der Digitalpolitik. Im DESI werden die Mitgliedsstaaten nach ihrem Digitalisierungsstand bewertet; zugleich werden ihre relativen Fortschritte in den vergangenen fünf Jahren unter Berücksichtigung des jeweiligen Ausgangspunkts analysiert.

Die EU-Kommission hat den DESI an die vier Kernpunkte ihres Vorschlags für einen Beschluß über das Politikprogramm für 2030 „Weg in die digitale Dekade“ angepaßt, über den im Europäischen Parlament und im Rat verhandelt wird. In dem Vorschlag werden auf EU-Ebene Ziele festgelegt, die bis 2030 umgesetzt werden sollen, um eine umfassende und nachhaltige digitale Transformation in allen Wirtschaftssektoren zu erreichen. Elf der Indikatoren im DESI 2022 dienen der

Messung der im Politikprogramm für die digitale Dekade enthaltenen Ziele. In Zukunft wird der DESI noch stärker an dem Politikprogramm ausgerichtet, um sicherzustellen, daß alle Zielvorgaben in den Berichten berücksichtigt werden.

Bisher verläuft die Digitalisierung in der EU uneinheitlich, obgleich es Hinweise auf Konvergenz gibt. Während die Spitzenreiter unverändert bleiben, bewegt sich eine große Gruppe von Mitgliedstaaten um den EU-Durchschnitt. Dabei ist hervorzuheben, daß die meisten Mitgliedstaaten, die vor fünf Jahren einen geringeren Digitalisierungsgrad aufwiesen, inzwischen schneller als die übrigen Länder voranschreiten; dies läßt auf eine Konvergenz bei der Digitalisierung in der EU insgesamt schließen.

Die Verwirklichung der Ziele der digitalen Dekade erfordert kollektive Anstrengungen seitens aller Beteiligten. Jeder Mitgliedsstaat wird von einem anderen Ausgangspunkt aus zu diesem ehrgeizigen Ziel beitragen, je nach Ressourcen, komparativen

Vorteilen und anderen wichtigen Faktoren wie der Bevölkerungszahl, der wirtschaftlichen Größenordnung und den jeweiligen Spezialgebieten. So werden Mitgliedsstaaten mit großer Volkswirtschaft oder hoher Bevölkerungszahl gute Leistungen erzielen müssen, damit Europa insgesamt die Ziele bis 2030 erreicht. Digitale Spitzenreiter werden weitere Fortschritte machen müssen, um bei der Digitalisierung weltweit eine Führungsrolle zu übernehmen; zugleich werden die Digitalisierungsbemühungen aller Mitgliedsstaaten von ihrem jeweiligen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedarf vorangetrieben. Die DESI-Werte der Vorjahre werden unter Berücksichtigung der Änderungen bei den zugrunde liegenden Daten für alle Mitgliedsstaaten neu berechnet.

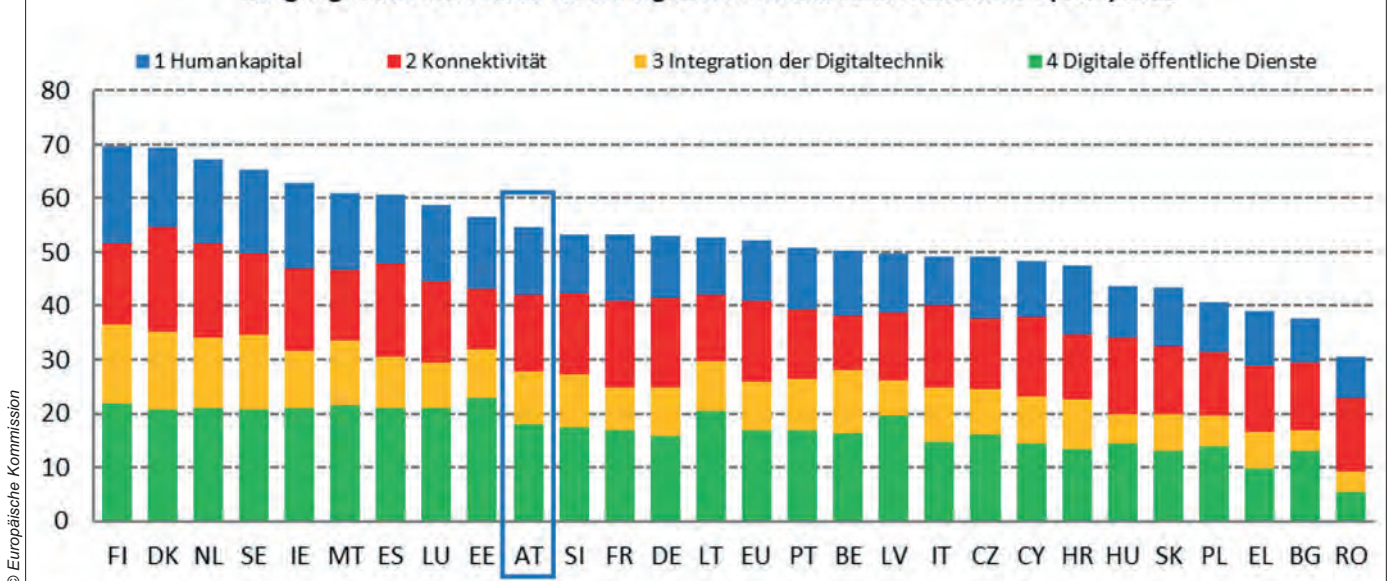
### Der DESI-Länderbericht für Österreich

Österreich steht im DESI 2022 unter den 27 EU-Mitgliedsstaaten an zehnter Stelle. Von 2017 bis 2022 hat das Land im Zusammenhang mit den DESI-Indikatoren\*) eine durchschnittliche relative Wachstumsrate von acht Prozentpunkten pro Jahr erzielt; dies steht mit dem EU-Durchschnitt im Einklang.

DESI 2022	Österreich		EU
	Rang	Wert	Wert
	10	54,7	52,3

\*) Vgl. Abschn. 1.3, themenbezogenes Kapitel, DESI 2022

Rangfolge nach dem Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) 2022





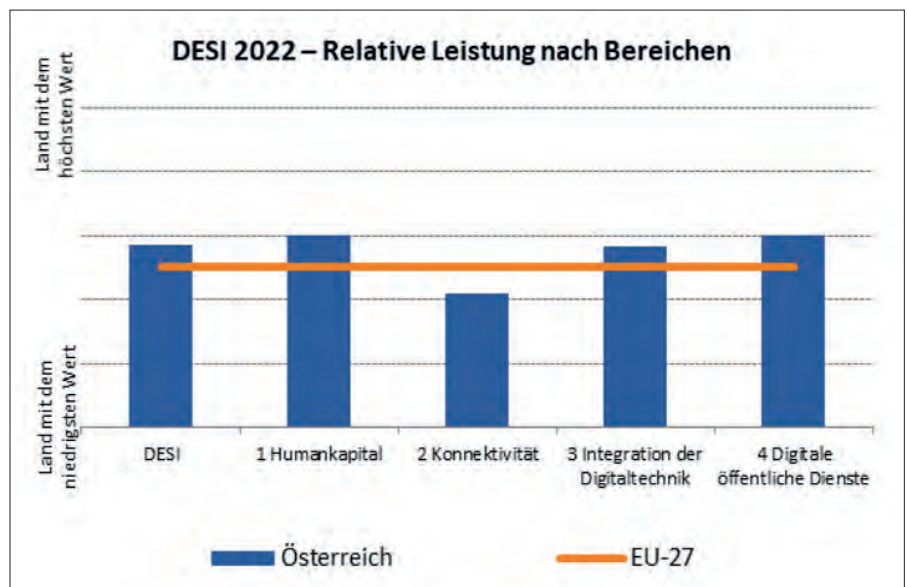
# Österreich, Europa und die Welt

Im Bereich Humankapital liegt Österreich bei nahezu allen Indikatoren über dem EU-Durchschnitt; ausgenommen hiervon ist der Indikator „Unternehmen, die eine IKT-Weiterbildung anbieten“, bei dem Österreich leicht unter dem EU-Durchschnitt rangiert. Der Anteil der IKT-Fachkräfte an den Erwerbstätigen entspricht dem EU-Durchschnitt. Im Bereich Konnektivität erzielt Österreich gemischte Ergebnisse: Im Bereich 5G-Netzabdeckung liegt das Land über dem EU-Durchschnitt, bei der Abdeckung mit Festnetzen mit sehr hoher Kapazität und deren Nutzung dagegen weiterhin deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Die Versorgung mit höheren Geschwindigkeiten in ländlichen Gebieten ist nach wie vor die größte Hürde, die Österreich überwinden muß, um bis 2030 landesweit Gigabit-Konnektivität zu erreichen. Das Land will dieser Herausforderung mit seiner Breitbandstrategie 2030 sowie öffentlichen Investitionen in Glasfasernetze in ländlichen Regionen begegnen, für die auch EU-Mittel eingesetzt werden.

Bei der Integration der Digitaltechnik liegt Österreich in mehreren Bereichen über dem EU-Durchschnitt, z.B. bei den Indikatoren „Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit mindestens grundlegender digitaler Intensität“, „Elektronischer Informationsaustausch“ und „Soziale Medien“. Österreich muß seine laufenden Bemühungen fortsetzen, damit mindestens 90 Prozent der KMU ein grundlegendes Maß an digitaler Intensität erreichen und so dem Ziel der digitalen Dekade gerecht werden. Bei der Verwendung fortschrittlicher Technologien sind die Ergebnisse des Landes jedoch gemischt: Die Nutzung von KI liegt leicht über dem EU-Durchschnitt, während der Einsatz von Big Data und Cloud unterhalb des EU-Durchschnitts rangiert.

Bei den digitalen öffentlichen Diensten liegen die Ergebnisse Österreichs insgesamt über dem EU-Durchschnitt, hinsichtlich der Zahl der E-Government-Nutzer sogar deutlich darüber. Bezüglich der Bereitstellung von digitalen öffentlichen Diensten für BürgerInnen rangiert das Land leicht über dem EU-Durchschnitt, bei den digitalen öffentlichen Diensten für Unternehmen etwas darunter.

Nach Angaben der Bundesregierung legt die Initiative „Digital Austria“ eine Vision und Werte für eine verantwortungsbewußte Gesellschaft in Bezug auf die Digitalisierung fest. „Digital Austria“ bietet den Rahmen für die Digitalisierungsstrategie des Landes (Digitaler Aktionsplan Austria), basierend auf



strategischen Aktionsplänen, die auf ausgewählte Schwerpunktthemen wie Werte, Daten, Resilienz und Sicherheit ausgerichtet sind. Die Initiative fußt auf dem ursprünglichen Plan, der im Jahr 2020 entwickelt und seit 2021 um zusätzliche Themenbereiche erweitert wurde. Hierzu zählen derzeit die digitale Sicherheit, digitale Kompetenzen in der öffentlichen Verwaltung, E-Health sowie die Digitalisierung der Landwirtschaft. Die Erweiterung des Aktionsplans soll Österreich

reich krisenfester machen, seine Wettbewerbsfähigkeit ausbauen und das Land als führende digitale Innovationsregion positionieren.

Als Reaktion auf die russische Invasion der Ukraine haben die an der Koordination der österreichischen Cybersicherheit beteiligten Organisationen die Zusammenarbeit sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene intensiviert.

[https://ec.europa.eu/info/index\\_de](https://ec.europa.eu/info/index_de)

## Digitalisierung im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan

Im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan sind 52,8 Prozent der Mittel (1,8 Mrd. €\*) für die Digitalisierung vorgesehen. Der Plan wird in mehreren Bereichen zum digitalen Wandel in Österreich beitragen.

- Digitale Kompetenzen werden von Investitionen im Rahmen der Komponenten „Digitaler Aufbau“ und „Wissensbasierter Aufbau“ gefördert. Die Schwerpunkte liegen dabei auf der Digitalisierung des Bildungswesens sowie auf Umschulung und Weiterbildung. Beispielsweise sind im Plan 172 Mio. € für die Bereitstellung von IT-Geräten an alle SchülerInnen der Sekundarstufe vorgesehen.
- Die Konnektivität wird durch den flächendeckenden Aufbau umfassender Gigabit-fähiger Zugangnetze unterstützt. Der Plan zielt darauf ab, 50 %

der österreichischen Haushalte Zugang zu Internetgeschwindigkeiten von 100 Mbit/s zu verschaffen. Für die Umsetzung dieses Ziels sollen Finanzmittel in Höhe von 891 Mio. € bereitgestellt werden.

- Um die innovative Forschung, insbesondere im Bereich Quantencomputing, zu fördern, sind im Plan 107 Mio. € für die Unterstützung digitaler Infrastrukturen und grenzüberschreitender Kooperation bei der Forschung vorgesehen.
- Außerdem wird die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung vom Digitalisierungsfonds mit Mitteln in Höhe von 160 Mio. € gefördert. Dies wird dazu beitragen, die Digitalisierung der Bundesverwaltung durch die Finanzierung von Projekten mit ressortübergreifender Wirkung zu beschleunigen.

\* In jedem Aufbau- und Resilienzplan müssen mindestens 20 % des Gesamtbudgets der Umsetzung von Digitalisierungszielen zugewiesen werden. Zu diesem Zweck war in den Plänen nach Anhang VII der ARF-Verordnung anzugeben und zu erläutern, inwieweit die einzelnen Maßnahmen vollständig (100 %), teilweise (40 %) oder gar nicht (0 %) zu den Digitalisierungszielen beitragen würden. Durch die Kombination der Koeffizienten mit den Kostenschätzungen für jede Maßnahme kann ermittelt werden, in welchem Maße der Plan zu den Digitalisierungszielen beiträgt und ob das Ziel von 20 % erreicht wird.

# AIRPOWER22

Die Flugschau des Österreichischen Bundesheeres, der Red Bull GmbH und des Landes Steiermark am Fliegerhorst Hinterstoisser in Zeltweg begeisterte am 2. und 3. September 275.000 BesucherInnen.



Foto: Bundesheer / Daniel Trippolt

„Frece Tricolori“: Der Ursprung der aktuell größten Kunstflugstaffel der Welt geht bis in die 1920er Jahre zurück, als italienische Fliegeroffiziere in England erstmals die Faszination des Kunstflugs miterleben konnten.

Am 2. und 3. September fand die AIRPOWER22 unter dem Motto „Über den Wolken!“ bereits zum 10. Mal am Fliegerhorst Hinterstoisser in Zeltweg statt. Europas größte Airshow wird vom Österreichischen Bundesheer als Veranstalter gemeinsam mit den Partnern Red Bull und dem Land Steiermark veranstaltet und wurde an beiden Tagen von insgesamt 275.000 BesucherInnen sowie 25.000 ZuseherInnen im Angelände bei besten Wetterverhältnissen besucht.

### Tagesbefehl von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner

„Die AIRPOWER22 ist zu Ende: Europas größte Airshow, die vom Österreichischen Bundesheer als Veranstalter gemeinsam mit den Partnern Red Bull und dem Land Steiermark veranstaltet wird, wurde am 2. und 3. September von insgesamt 275.000 Besucherinnen und Besuchern bei besten Wetterverhältnissen besucht, weitere zehntausende Luftfahrtbegeisterte verfolgten die AIRPOWER22 auch außerhalb des Geländes und auf den Anhöhen rund um den Fliegerhorst

Hinterstoisser in Zeltweg. Alle beteiligten Verbände und Dienststellen der Land- und Luftstreitkräfte sowie der Zentralstelle schafften mit ihrer profunden Vorbereitung und Umsetzung die Voraussetzungen für eine

beispiellose Großveranstaltung mit einer Strahlkraft weit über unsere nationalen Grenzen hinaus“, so die Ressortchefin. „Ich selbst konnte mich am gesamten Veranstaltungswochenende vom besonderen Einsatz



Foto: Bundesheer / Jörg Mitter

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner mit Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer und Airchief Brigadier Gerfried Promberger, Kommandant der österreichischen Luftstreitkräfte.



# Österreich, Europa und die Welt

Foto: Bundesheer / Daniel Trippolt



aller beteiligten Kräfte überzeugen: Ich bin persönlich von ihrem Engagement, aber vor allem von ihrer absoluten Professionalität und Präzision, beeindruckt. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei allen Soldatinnen und Soldaten, auch bei den Soldatinnen und Soldaten der Miliz, sowie bei den zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Österreichischen Bundesheers für ihre profunde Vorbereitung, Planung und Durchführung, die auf allen Ebenen der Veranstaltung entscheidend zum Gelingen der AIRPOWER22 beigetragen haben.“

Die AIRPOWER22 sei für das Österreichische Bundesheer kein Selbstzweck: „Die Sicherheit der Bevölkerung, die Sicherheit von uns allen, steht für uns immer an oberster Stelle. Daher müssen wir auch das Zusammenwirken mit internationalen Kräften üben und festigen. Auch dafür war die AIRPOWER22 ein wichtiger Beitrag. Die flugbetriebliche und territoriale Einsatzführung sowie die Bewältigung der logistischen Herausforderungen, insbesondere im Bereich der Sanitätsversorgung bei der AP22, waren wiederum der Beweis für die Einsatzbereitschaft unseres Österreichischen Bundesheeres auf allen Ebenen.“ Dann bedankte sich Tanner bei allen SoldatInnen sowie zivilen MitarbeiterInnen „für ihren Einsatz für unser Land, für Österreich! Es lebe das Österreichische Bundesheer! Es lebe die Republik Österreich!“, schloß Tanner.

**Landeshauptmann Christopher Drexler**

„Das Grüne Herz Österreichs hat an diesem Wochenende bei der AIRPOWER22 einmal mehr bewiesen, daß es auch ein ausgezeichnete Standort für Großveranstaltungen ist. Die knapp 300.000 Besucherinnen und



Foto: Bundesheer / Arno Melicharek

Verteidigungsministerin Kludia Tanner

Besucher aus dem In- und Ausland haben zu einer enormen Wertschöpfung für die Region beigetragen. Die Steiermark konnte sich von ihrer besten und schönsten Seite zeigen. Mein Dank gilt neben dem Veranstalter, dem Österreichischen Bundesheer, und dem Partner Red Bull, allen Personen, die zum Gelingen dieser Veranstaltung beigetragen haben“, so Steiermarks Landeshauptmann Christopher Drexler.

**Promberger: Hoher Ausbildungswert erreicht!**

„Die AIRPOWER22 ist ja keineswegs eine Veranstaltung der österreichischen Luftstreitkräfte alleine, sondern nahezu aller Bereiche des Österreichischen Bundesheeres und der Zentralstelle. Alle beteiligten Verbände und Kräfte der Land- und Luftstreitkräfte schaffen mit ihrer profunden Vorberei-



Foto: Bundesheer / Daniel Trippolt

Hubschrauber Leonardo AW169M

## Österreich, Europa und die Welt

tung und Umsetzung die Voraussetzungen für eine beispiellose Großveranstaltung, nämlich Europas größter Airshow, mit 275.000 Besucherinnen und Besucher an beiden Veranstaltungstagen. Nur ein Vergleich dazu: Wir schaffen gemeinsam die logistische Basis des mengenmäßigen Einfließens der Bevölkerung von ganz Salzburg in eine Stadt mit knapp 7.000 Einwohnerinnen und Einwohnern – und dies auch in wichtigen Teilbereichen wie etwa der Sanitärversorgung, der Verpflegung, der Abfallwirtschaft oder auch der Sanitätsversorgung. Für die eingesetzte Miliz, die Sanität und die Logistik des Bundesheeres stellt die AIRPOWER22 einen hohen Ausbildungswert dar!“, sagte dazu Airchief Brigadier Gerfried Promberger, Kommandant der österreichischen Luftstreitkräfte.

Über ein Jahr lang wurde Europas größte Airshow bis ins kleinste Detail durchgeplant. Insgesamt waren über 6.500 MitarbeiterInnen bei der heurigen Airshow im Einsatz, davon 4.500 SoldatInnen, der Anteil der Miliz betrug 1.356 und der Frauenanteil 658. Im Bereich der Sanitätsversorgung waren 352 Personen beschäftigt. Insgesamt wurden 215 Container für Lager, Büros und Küchen aufgebaut. 1.500 Feldbetten wurden für die Unterbringung der SoldatInnen errichtet. Fünf Küchen sorgten für die Verpflegung und verkochten 7,5 Tonnen Fleisch, 0,5 Tonnen Fisch und gaben 3,6 Tonnen Salat, 4 Tonnen Obst oder gaben etwa 45.000 Liter Mineralwasser aus. 20 Kilometer an Absperungen wurden zur Sicherung des Geländes und der Lenkung der Besucherströme aufgebaut.

### Kapazitäten des Öffentlichen Verkehrs wurden voll ausgeschöpft

Nach ersten Erhebungen sind die Veranstalter auch mit dem Nachhaltigkeitskonzept zufrieden: Die Sonderzüge der ÖBB waren ausgebucht, die Ö-Ticket-Buchungsmöglichkeit bei den Parktickets wurde gut angenommen. Insgesamt wurden heuer alle Möglichkeiten des Öffentlichen Verkehrs voll ausgeschöpft.

### Prieler: Bin stolz auf unsere Teamleistung!

„Militärisch ist die AIRPOWER22 nicht nur die größte Übung des Bundesheeres im Jahr 2022, bei der die zivil-militärische Zusammenarbeit unter der Federführung des Militärkommandos Steiermark mit den Blaulichtorganisationen und den Bezirksverwaltungsbehörden wesentlich gefestigt wird,



Die Douglas DC-6 von Red Bull



Patrouille Suisse



Alpha Jet mit einem Eurofighter



## Österreich, Europa und die Welt

sondern eigentlich ein realer Einsatz. Was sofort und auf Anhieb klappen muß, ist das Zusammenwirken mit den internationalen Gästen der Militärluftfahrt – sei es das Einfliegen nach Zeltweg, die Versorgung der ausländischen Teilnehmer, das Vorüber der Displays, das Einhalten gemeinsamer Regeln der Flugsicherheit, eine perfekt funktionierende Flugsicherung, die Flughafenfeuerwehr, der Militärmeteorologische Dienst oder das Zusammenarbeiten an den beiden Veranstaltungstagen unter hohem Zeitdruck. Da gibt es keine Möglichkeit des Nochmal-Übens, das erlaubt einfach keine Fehler. Ich bedanke mich bei all meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und bin stolz auf unsere Teamleistung!“, sagt dazu der Projektleiter der AIRPOWER22, Brigadier Wolfgang Prieler.

Foto: Bundesheer / Wolfgang Grabien



Die kroatische Staffel bei ihrem Display

### Wesentlicher Impuls für das Murtal

Nach offiziellen Angaben der steiermärkischen Landesregierung bringt alleine das AIRPOWER-Wochenende aufgrund der zusätzlichen Nachfrage in den Bereichen Tourismus, Freizeitwirtschaft und Handel sowie Gastronomie eine Wertschöpfung von rund 9 Millionen Euro in der Region Murtal. „Das Murtal war de facto ausgebucht, alle Gastronomiebetriebe in der Region verzeichneten erhöhte Frequenz und Umsätze – und das schon Tage zuvor!“, sagt dazu Oberstleutnant Michael Hendel, Leiter des Projektbüros der AIRPOWER22.

### Huemer: Habe viele lachende, glückliche und staunende Gesichter gesehen!

Auch der Partner Red Bull zeigt sich zufrieden mit der Bilanz der Veranstaltung: „Die Idee hinter dem Engagement von Red Bull und den Flying Bulls bei der AIRPOWER22 läßt sich mit einem Satz zusammenfassen: Um den Menschen eine Freude zu machen. Und wenn man sich umschaute, dann ist heute meine Bilanz, daß man genau diese Emotionen und Begeisterung spürt – und die Faszination, die die Luftfahrt auf die vielen kleinen und großen Besucherinnen und Besucher ausübt. Ich habe viele lachende, glückliche und staunende Gesichter gesehen und das ist die schönste Belohnung für alle Mitwirkenden“, sagte dazu Hans Huemer, Aviation Projects Coordinator The Flying Bulls.

### Welturaufführung »Vibes in the sky«

Die AIRPOWER22 bot heuer ein Programm in noch nie dagewesener Fülle mit zahlreichen Highlights und Premieren. Ins-

Foto: Bundesheer / Werner Wukoschitz



„Vibes in the sky“

gesamt waren rund 35 Flying Displays mit acht Stunden Programm zu sehen. Im Static Display wurden rund 60 Luftfahrzeuge präsentiert. Eine echte, auch künstlerische Welturaufführung präsentierte das Österreichische Bundesheer mit einem zentralen Display von insgesamt neun Hubschraubern des Typs Alouette-III, drei PC-6, einem Eurofighter sowie einem Hubschrauber AW169. Alle Fluggeräte dieses Displays bewegten sich zu einer eigens komponierten Sinfonie, komponiert und arrangiert vom bekannten Arrangeur Tristan Schulze und eingespielt von einer Auswahl von rund 100 MilitärmusikerInnen. „Erstmals bewegen sich bei diesem Display Hubschrauber sowie langsam- und schnellfliegende Flugzeuge miteinander in einem gemeinsamen Display und spielen gleichzeitig mit ihren Motor- und Fluggeräuschen Partiturstimmen der Sinfonie ‚Vibes in

the sky‘“, erklärte dazu Oberstleutnant Thomas Ploder, Display Director der AIRPOWER22 (siehe Bild oben). Zu Beginn des Displays war ein Fahnenflug mit allen Flaggen der österreichischen Bundesländer zu sehen – womit unmittelbar nach der Eröffnung die Gäste aus allen Bundesländern begrüßt wurden.

Die Komposition des Werkes „Vibes in the sky“ stammt von Tristan Schulze. Der bekannte Komponist und Arrangeur wurde 1964 in Sachsen (Deutschland) geboren. Nach dem Cellostudium in Dresden lernte er im Orchester das klassische Opern- und Konzertrepertoire kennen. In Benares (Indien) studierte er klassische indische Musik, danach an der Wiener Musikhochschule Dirigieren und Komposition. Studienaufenthalte führten ihn nach Senegal, Argentinien und Mexiko. Durch den langjährigen Kontakt



## Österreich, Europa und die Welt

und die Zusammenarbeit mit dem Komponisten Hans Zimmer entstand zudem ein reichhaltiges filmmusikalisches Schaffen, einerseits als Solocellist für Hollywood Filme wie „Captain Phillips“, „Twelve Years A Slave“ und „Inferno“, andererseits als Komponist für zahlreiche ORF Fernsehproduktionen. Seit 2020 ist Tristan Schulze Chefdirigent der Wiener Konzertvereinigung.

### Partnerschaft zwischen dem Streitkräftekommando des Bundesheeres und PaN-Partner aller Nationen

Am 25. Oktober 2013 luden der Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften – „PaN“ (Partner aller Nationen) und das Streitkräfteführungskommando des Österreichischen Bundesheeres zu einem Festakt zur Partnerschaftsgründung in den Inneren Burghof.

PaN wurde 1959 gegründet und dient der Vernetzung der bilateralen Freundschaftsgesellschaften Österreichs.

Generalleutnant Franz Reißner, damaliger Kommandant der Streitkräfte, über den Dachverband: „Er setzt sich als stiller Diplomat für vorurteilsfreie Völkerfreundschaft und eine friedliche Koexistenz ein. Eine Hauptaufgabe der Streitkräfte ist die Teilnahme an multinationalen friedensunterstützenden Missionen. Da ergänzen sich PaN und das Streitkräfteführungskommando in einer Partnerschaft ideal.“

Der Dachverband PaN unterstützt die internationalen Beziehungen. Das Österreichische Bundesheer nimmt seit 1960 an internationalen friedensunterstützenden und humanitären Missionen teil. In fast allen diesen Ländern bestehen auch bilaterale Freundschaftsgesellschaften im Rahmen des Dachverbandes PaN. Reißner: „Durch PaN können wir die in unseren Auslandseinsätzen entstandenen internationalen Verbindungen stärken.“ Darüber hinaus hielt der Kommandant der Streitkräfte fest: „Friedensunterstützende Aufgaben werden in der heutigen internationalen Gemeinschaft immer wichtiger. Diese erfordern einen umfassenden Lösungsansatz unter Einbindung aller relevanten Partner, international als Comprehensive Approach bezeichnet. Daher brauchen die Streitkräfte Partner wie PaN.“

Der Dachverband PaN fördert nach Kräften die vielfältigen Interessen und Aktivitäten seiner Mitglieder und Partner, koordiniert und sorgt für den wechselseitigen Informationsaustausch.

<https://www.bundesheer.at/>

<https://www.dachverband-pan.org/>



Foto: PaN

PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz mit der Staffel von „Frecce Tricolori“ und Oberstleutnant Gerhard Christiner vom Streitkräftekommando des Österreichischen Bundesheeres



Foto: PaN

... und dem Pressekoordinator der AIRPOWER22 und PaN-Partner Oberstleutnant Kurt Rogan



Foto: Österreichisches Bundesheer

Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrags zwischen dem Streitkräfteführungskommando des Österreichischen Bundesheeres und PaN-Partner aller Nationen im Inneren Burghof am 25. Oktober 2013. Im Bild: Generalleutnant Franz Reißner und Oskar Wawra, PaN-Präsident und Bereichsdirektor für internationale Beziehungen der Stadt Wien



# Ansiedlung: Österreich international auf Platz 9

Österreich zählt laut einer neuen weltweiten Studie unter 185 Staaten zu den besten Ansiedlungsländern der Welt

In den letzten Jahren hat der Aufstieg der digitalen Nomaden den Globus erobert. Viele nutzen die Gelegenheit, nicht nur von zu Hause aus zu arbeiten, sondern von jedem Ort der Welt aus. Da sich die Welt wieder öffnet und das Reisen zunimmt, wollte UpCounsel herausfinden, in welche Länder man am liebsten umziehen würde – und hat einen Index erstellt, der auf Variablen wie der Stärke des Reisepasses, dem Index der menschlichen Entwicklung und der Migrantenbevölkerung basiert. Aus diesem Ergebnis zeigen wir die zehn besten Länder, in die man umziehen kann. Die wichtigsten Erkenntnisse aus den Daten:

**Singapur** ist mit einem Gesamtwert von 94,9/100 das weltweit beste Land, um dorthin umzuziehen. Mit seinem hohen Human Development Index\* (HDI) von 0,938, einem Anteil von 43,1 % EinwanderInnen und 192 visafreien Reisezielen, dem höchsten aller untersuchten Länder, ist Singapur ein Hotspot für internationale EinwohnerInnen.

**Deutschland** rangiert an zweiter Stelle mit einer endgültigen Relocation-Bewertung von 92,4/100. Es hat zwar eine kleinere MigrantInnenbevölkerung (18,8 %), aber mit einem HDI von 0,947 und einer hohen Zahl visumfreier Reiseziele ist Deutschland die erste Wahl für alle, die ein neues Land suchen.

Die **Schweiz** und **Luxemburg** liegen gleichauf an dritter Stelle (92,0/100). Mit einem außergewöhnlich hohen HDI von 0,955 in der Schweiz und einem Anteil der internationalen MigrantInnen an der Bevölkerung in Luxemburg von mehr als der Hälfte bietet jedes Land einzigartige Möglichkeiten für Neuankömmlinge und Nomaden gleichermaßen.

**Schweden** liegt mit einem Expat-Score von 91,3/100 und mit 19,8 % internationaler EinwohnerInnen an der Bevölkerung auf Platz 4. Mit 188 visafreien Reisezielen teilt sich das Land mit Österreich hier einen Platz ganz vorne.

**Irland** und **Norwegen** haben beide einen hohen HDI-Wert (0,955 bzw. 0,957) und lie-

## Die 10 besten Länder für eine Umsiedlung

Rang	Land	Anteil der Migranten an der Gesamtbevölkerung des Landes (in %)	Index der menschlichen Entwicklung* (HDI)	Gesamtzahl der visumfreien Reiseziele	Endgültige Standortverlagerung Punktzahl (/100)
1	Singapur	43,1	0,938	192	94,9
2	Deutschland	18,8	0,947	190	92,4
=3	Schweiz	28,8	0,955	186	92,0
=3	Luxemburg	47,6	0,916	189	92,0
4	Schweden	19,8	0,945	188	91,3
5	Irland	17,6	0,955	187	90,5
6	Australien	30,1	0,944	185	90,4
7	Neu Seeland	28,7	0,931	186	89,7
8	Norwegen	15,7	0,957	186	89,0
<b>9</b>	<b>Österreich</b>	<b>19,3</b>	<b>0,922</b>	<b>188</b>	<b>89,2</b>
10	Liechtenstein	67,9	0,919	178	88,1

\*) Der Index für menschliche Entwicklung ist ein Indexwert, der sich aus mehreren Indikatoren zusammensetzt, darunter Lebenserwartung, durchschnittliche Bildungsjahre, erwartete Bildungsjahre und Pro-Kopf-Einkommen zur Bestimmung des Lebensstandards. Quelle: [www.upcounsel.com](http://www.upcounsel.com)

gen auf dem fünften bzw. achten Platz der Rangliste, was bedeutet, daß ihr Bildungsangebot, ihre Lebenserwartung und ihr Pro-Kopf-Einkommen zu den besten der Welt gehören.

**Österreich** liegt mit einem Expat-Score von 89,2/100 und mit 19,3 % internationaler EinwohnerInnen an der Bevölkerung auf dem 9. Platz. Mit 188 visafreien Reisezielen teilt sich das Land mit Schweden hier einen Platz ganz vorne.

Liechtenstein folgt auf dem zehnten Platz mit einem Expat-Score von 88,1/100. Mit einem Anteil von 67,9 % internationaler Einwohner an der Bevölkerung fühlen sich Expatriates hier sicher wie zu Hause.

### UpCounsel und die Methodik

UpCounsel ist ein Online-Marktplatz für juristische Dienstleistungen, der es den Nutzern, in erster Linie Unternehmern und Unternehmen, ermöglichen soll, Anwälte zu finden und zu beauftragen. Das Unternehmen hat seinen Sitz in San Francisco, Kalifornien. Ursprünglich bot UpCounsel seinen Service für Nutzer in Kalifornien und New York an.

UpCounsel.com wollte herausfinden, in welche Länder man weltweit am besten und am schlechtesten umziehen kann. Dazu wurden Informationen aus dem Datensatz International Migrant Stock 2020 der Vereinten Nationen, dem Human Development Index Report 2020 des UNDP und dem Henley Passport Index zusammengetragen.

Die Länder wurden dann mit einer Liste der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen abgeglichen, und alle Nicht-Länder wurden aus der Liste entfernt.

Anschließend wurde aus den folgenden Faktoren ein Indexwert gebildet: Anteil der internationalen Migranten an der Gesamtbevölkerung, Human Development Index (HDI) und Paßstärke (Anzahl der visafreien Reiseziele). Die Kriterien wurden dann zu einem endgültigen Relocation-Score von 100 möglichen Punkten geordnet und von der höchsten zur niedrigsten Punktzahl aufgereiht. Gemeinsame Rangfolgen sind in der abschließenden Tabelle mit einem „=“-Zeichen gekennzeichnet. Alle Daten wurden am 28. Juni 2022 erhoben und sind zu diesem Zeitpunkt korrekt. ■

<https://www.upcounsel.com/>

# Leon Zelman Preis für Dialog und Verständigung 2022

Diese Auszeichnung geht heuer an die Historikerin Michaela Raggam-Blesch

Am Abend des 14. September wurde im Wiener Rathaus der Leon Zelman-Preis verliehen. Seit 2013 wird die Auszeichnung an Personen oder Initiativen vergeben, die sich im Sinne Leon Zelmans aktiv für die Erinnerung an die Shoah, deren Erforschung und den Dialog zwischen den heutigen Österreich und den Opfern der NS-Verfolgung und ihren Nachkommen einsetzen. Dies beinhaltet vor allem zivilgesellschaftliches Engagement; Eintreten gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit; Bildungs- und Jugendarbeit wie Projekte, die den interkulturellen Dialog fördern. Der Preis ist mit Euro 5.000 dotiert und wird von der Stadt Wien gestiftet.

Der Preis an die Historikerin Michaela Raggam-Blesch wurde von Peter Florianschütz, Abgeordneter zum Wiener Landtag und Gemeinderat, 1. Präsident der Österreich-Israelischen Gesellschaft, in Vertretung des Wiener Bürgermeisters Michael Ludwig im Stadtsenatssitzungssaal überreicht.

An der Verleihung teilgenommen haben u.a.: Caroline Shklarek-Zelman, Tochter von Leon Zelman, Maya Karmely Sommer, stellvertretende Missionschefin der Israelischen Botschaft in Vertretung von Botschafter Mordechai Rodgold, Claudia Prutscher, Vizepräsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde, Anita Dumfahrt, Generalsekretärin des Zukunftsfonds der Republik Österreich sowie zahlreiche WissenschaftskollegInnen der Preisträgerin.

Die Laudatorin, die Historikerin Heidemarie Uhl, erinnerte in ihren einleitenden Worten an den Namensgeber des Preises, Leon Zelman (1928-2007) und weist auf die Pionierfunktion des Jewish Welcome Service hin: „Mit der jährlichen Verleihung wird der Name eines großen Österreicherers, eines großen Wieners ins Gedächtnis gerufen, der wesentlich dazu beigetragen hat, daß Wien für die Überlebenden des Holocaust und ihre Nachkommen wieder zu einem Ort wurde, an dem sie sich willkommen fühlen konnten.“

Der Jewish Welcome Service wurde 1980 von Leon Zelman gemeinsam mit der Stadt Wien ins Leben gerufen – eine Pionierleistung zu einer Zeit, als es in Wien noch



Foto: Stadt Wien / Schaub-Walzer

v.l.: Jewish Welcome Service-Generalsekretärin Susanne Traunek, Preisträgerin Michaela Raggam-Blesch und Peter Florianschütz, Abgeordneter zum Wiener Landtag und Gemeinderat und 1. Präsident der Österreich-Israelischen Gesellschaft, in Vertretung des Wiener Bürgermeisters

keine Denkmäler für die Opfer des Holocaust gab.“

Sie würdigte die Preisträgerin Michaela Raggam-Blesch als namhafteste Holocaust-Forscherin ihrer Generation und zitierte aus der Jurybegründung: „Die Preisträgerin Michaela Raggam-Blesch trägt durch ihre langjährige umfangreiche Forschungs- und Vermittlungsarbeit wesentlich dazu bei, ein öffentliches Bewußtsein in bezug auf die Shoah

und deren Folgen für die jüdische Bevölkerung herzustellen. In ihren Publikationen wie im Rahmen ihrer kuratorischen Tätigkeit für Ausstellungen macht Raggam-Blesch deutlich sichtbar, daß Entrechtung, Beraubung, Vertreibung und Verfolgung der Wiener Jüdinnen und Juden mitten in der Stadt und unter den Augen der Wiener Bevölkerung stattgefunden haben. [...] Sie gibt durch ihre Oral History-Projekte [...] den Opfern der



# Österreich, Europa und die Welt

Shoah eine Stimme. Sie trägt damit wesentlich zum Dialog zwischen den Überlebenden der NS-Verfolgung, ihren Nachkommen und dem heutigen Österreich bei.“

„Mir geht es in meiner Arbeit immer darum, die Menschen hinter den Zahlen sichtbar zu machen und die Geschichten jener zu rekonstruieren, die bislang nur als Namen auf einer Deportationsliste aufgeschienen waren“, sagte Michaela Raggam-Blesch. „Die Zuerkennung des Leon Zelman Preises ist für mich eine große Auszeichnung und auch ein Auftrag, mich weiterhin in meiner Forschungs- und Publikationstätigkeit für die Erinnerung an die Shoah einzusetzen.“ Sie habe das Privileg gehabt, im Laufe ihrer Arbeit noch viele Zeitzeuginnen und Zeitzeugen persönlich kennen zu lernen und einigen von ihnen auch freundschaftlich verbunden zu bleiben. Ich verdanke diesen Preis nicht zuletzt den vielen Gesprächen mit diesen Menschen, die mir einen tieferen Einblick in die Ereignisse der Vergangenheit vermittelt haben. Diese dadurch gewonnenen Einsichten werden meine Arbeiten auch in Zukunft weiterhin prägen“, so die Preisträgerin in ihrer Dankesrede.

### Der Jewish Welcome Service Vienna

1980 wurde die Organisation auf Initiative des damaligen Bürgermeisters Leopold Gratz und des Stadtrates Heinz Nittel gemeinsam mit dem 2007 verstorbenen Leon



Foto: Stadt Wien / Schaub-Walzer

Peter Florianschütz und Michaela Raggam-Blesch bei der Überreichung des Preises

Zelman gegründet. Präsident ist der jeweilige Bürgermeister der Stadt Wien. Seit 2018 unterstützt auch die Wien Holding die Arbeit des Jewish Welcome Service.

Hauptaufgaben sind Besuchsprogramme für vertriebene Wiener Jüdinnen und Juden sowie deren Nachkommen und Studienreisen für die jüngere Generation, die Unterstützung von Gedenk- und Erinnerungsinitiativen sowie Information und Service für jüdische Wien-BesucherInnen. ■

<https://jewish-welcome.at/>  
<https://jewish-welcome.at/de/zelman-preis/>  
 Aus Anlaß des 40-Jahr-Jubiläums entstanden eine Filmdokumentation und eine Printdokumentation, beide sind auch online abrufbar. Ein Video über die Preisträgerin sehen sie auf den JWS-Social Media Kanälen  
<https://www.youtube.com/channel/UCImP0160trXfswE98WF0ybg>  
<https://www.facebook.com/JewishWelcomeVienna>  
[https://twitter.com/JWS\\_Vienna](https://twitter.com/JWS_Vienna)  
<https://www.instagram.com/jewishwelcomeservice.vienna/>

<p><b>Michaela Raggam-Blesch</b>                  ist Senior Research Fellow am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. Habilitationsprojekt zum Alltag und den Verfolgungserfahrungen von „Mischehfamilien“ in Wien während des NS-Regimes. Im kuratorischen Team der Ausstellungen „Das Wiener Modell der Radikalisierung. Österreich und die Shoah (Wien 2021)“, „Nur die Geigen sind geblieben. Alma und Arnold Rosé (Wien 2018) und „Letzte Orte vor der Deportation“ (Wien 2016). Mitarbeiterin am Leo Baeck Institute in New York (2001-2003). Zahlreiche Stipendien, darunter das Center for Jewish History Fellowship (New York), das Elise Richter Stipendium (FWF) und das Stipendium der Fondation pour la Mémoire de la Shoah (Paris). Gastlektorin an der Universität Wien, Klagenfurt und an der Universität Graz. Forschungsschwerpunkte: Jüdische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frauen und Geschlechtergeschichte, (Auto)Biographieforschung, Oral History, Mikrogeschichte, Nationalsozialismus, Holocaust und Genocide Studies.</p> <p><b>Ausbildung</b>                  2005 Promotion zur Doktorin der Philosophie, Karl-Franzens-Universität Graz                  1998- 2005 Doktoratsstudium Geschichte mit einer Dissertation über Identitätskonstruktionen jüdischer Frauen im Wien des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts anhand autobiographischer Literatur                  1998 Sponson zur Magistra der Philosophie mit einer Diplomarbeit über Jugendbewegung und Modernisierung im 20. Jahrhundert</p>	<p>1992- 1998 Studium der Erziehungswissenschaften und Geschichte an der Karl-Franzens- Universität Graz</p> <p><b>Stipendien und Fellowships</b>                  2021- 2022 Fellowship at the Fondation pour la Memoire de la Shoah (Paris), 9 Monate                  2020- 2021 Marie Jahoda Stipendium (Universität Wien)                  2020 Fellowship at the Fondation pour la Memoire de la Shoah (Paris), 3 Monate                  2017- 2020 Elise Richter Stipendium (FWF)                  2013 Fellowship am Institut für die Wissenschaft des Menschen (IWM)                  2012- 2015 APART Stipendium an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) in Wien                  2002- 2003 Center for Jewish History Fellowship, New York                  2000- 2002 DOC-Stipendium an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) in Wien                  1999 Fritz Halbers Fellowship am Leo Baeck Institute, New York                  1998- 1999 David Herzog Stipendium für einen Forschungsaufenthalt in Israel</p> <p><b>Berufliche Tätigkeiten</b>                  Seit 2018 Projektmitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien                  Seit 2007 Mitarbeiterin an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften im Rahmen verschiedener Forschungsprojekte                  2011 Gastlehrauftrag im Rahmen der Ringvorlesung „Nach Amerika nämlich! Migrationen in die Amerikas im</p>	<p>19. und 20. Jahrhundert“ am Centrum für Jüdische Studien der Universität Graz</p> <p>2009 Gastlehrauftrag am Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Klagenfurt</p> <p>2008- 2009 Mitarbeit am Wien Museum</p> <p>2002- 2007 Karenz (Töchter Sophia und Anna Leah)</p> <p>2001- 2003 Mitarbeiterin am Leo Baeck Institute, New York</p> <p>2001 Internship im Archiv des Leo Baeck Institutes, New York</p> <p><b>Auslandsaufenthalte</b>                  2017 Forschungsaufenthalt in Israel (Central Archives for the History of the Jewish People CAHJP, Yad Vashem Archives)                  2015 Forschungsaufenthalt in Israel (CAHJP, Yad Vashem Archives)                  2013 Forschungsaufenthalt in Israel (CAHJP, Yad Vashem Archives, Hebrew University Oral History Division)                  2012 Forschungsaufenthalt in New York, Syracuse und New Haven (Leo Baeck Institute, Visual History Archives of the USC Shoah Foundation Interviews, Fortunoff Archive)                  2002- 2003 Forschungsaufenthalt am Center for Jewish History, New York                  1999- 2000 Forschungsaufenthalt in New York (Leo Baeck Institute)                  1998- 1999 Forschungsaufenthalt in Israel (CAHJP, Central Zionist Archive)  <a href="http://www.univie.ac.at/zeitgeschichte/michaela-raggam-blesch/">http://www.univie.ac.at/zeitgeschichte/michaela-raggam-blesch/</a></p>
--	---	--

# Weltpremiere für Robotbar

Medienhype bei Restaurant Sausalitos – Fachwelt auf der Automatica in München

Die erste Robotbar Deutschlands stammt aus Österreich – und wurde im „Sausalitos“ in München eröffnet, mit bester Stimmung unter den Gästen und internationalem Presseecho mit millionenfacher Reichweite. „Es ist überwältigend, wie unsere Robotbar in der Gastronomie und bei den Medien angekommen ist. Wir freuen uns, daß ein österreichisches Start-Up so eine Premiere erleben konnte,“ erklärt Stefan Öttl, Geschäftsführer von T&T Solutions GmbH aus Steyr, dem Unternehmen, das my-robotbar.com produziert und vertreibt.

Kann man mit Robotic in der Gastronomie Personal entlasten und gleichzeitig coole Unterhaltung und erfrischende Cocktails für die Gäste bieten? Bei Sausalitos wurde bewiesen, daß dies möglich ist. Deutschlands größte Cocktail-Kette hat in ihrem Flagshipstore in München die Robotbar von T&T Solutions im Einsatz. Mit „Twist&Tender“ my-robotbar.com – so der Name der Robotbar aus Österreich – läuft alles digital: Über eine eigene App wird das Getränk bestellt und auch gleich bezahlt, die Robotbar setzt ihre beiden programmierten Arme in Aktion und die Bedienung serviert den Drink mit einem Lächeln.

## Unterstützung für das Personal, Spaß für die Gäste

Für Stefan Öttl und sein Team hat die Robotbar somit den ersten großen Test hervorragend bestanden. Die robotergesteuerte Unterstützung ist eine Punktlandung, sie bringt zur richtigen Zeit die notwendige Unterstützung für die Probleme der Gastronomie: Automatisierung entlastet das Personal, der Roboter-Kollege ist immer freundlich, mixt jeden Drink absolut präzise und macht seine Arbeit ohne müde zu werden, weiß Stefan Öttl aus Gesprächen mit den Barkeeperinnen und Barkeepern. My-robotbar.com ist eine innovative Lösung für die Zukunft, von der auch die Gäste begeistert sind.

Für die Gastronomie bietet die Robotbar somit gleich mehrere Vorteile: Eine neue Attraktion für die Gäste, Unterstützung für die Mitarbeitenden und eine Vision, wie Automatisierung in der Gastronomie in Zukunft funktionieren kann. Roboter werden nicht unter dem Tresen oder in der Küche versteckt, sie faszinieren mit ihrer Show vor den



Foto: my-robotbar.com, Sausalitos

Die österreichische „Twist & Tender“ my-robotbar.com bringt Unterstützung für die Gastronomie und beste Unterhaltung für die Gäste...



Foto: my-robotbar.com, Sausalitos

Stefan Öttl und Hans-Peter Schaffner von T&T Solutions

Augen des Gastes – und alles digital über App natürlich.

## Erfahrungen aus der Automotive Industrie

Auf Europas größter Automatisierungsmesse, der Automatica München, wurde „Twist&Tender“ my-robotbar.com der Fachwelt vorgestellt. Das Fazit: beeindruckt und fasziniert von der Präzision, mit der beide Roboterarme die Bar bedienen. Das System der „Twist&Tender“ my-robotbar.com wurde vom Technologie-Partner Inores bereits erfolgreich in der Automotive-Industrie angewandt, etwa bei BMW und VW. Nach dem gleichen Prinzip wie bei den Linien der deutschen Autokonzerne agieren die Robo-

terarme, wenn sie Limetten schneiden, Minze zerdrücken und Eiswürfel holen. Hochkomplexe Bewegungen, die exakt für die Anforderungen in einer Bar programmiert werden und Automatisierung in ihrer besten Art zeigen.

Entstanden ist die Idee einer Robotbar aus einer gemeinsamen Initiative von Unternehmen, die sich mit ihren unterschiedlichen Kompetenzen in dieses Startup einbringen. Aus Oberösterreich stammen das Design (trustsix gebäudeausstatter gmbh) und die maßgeschneiderte Konstruktion der Robotbar (Riegler Metallbau), für die Roboterarme zeichnet die Firma Inores verantwortlich.

trustsix ist ein erfahrener Gebäudeausstatter für Shop, Büro, Casino, Mehrzweckhalle, Hotel etc. Ein vielseitiger Spezialist für besonders schwierige und qualitativ hochwertige Projekte.

Das Familienunternehmen Riegler Metallbau mit Sitz in Steyr wurde 1993 gegründet und hat sich vom Einmannbetrieb zum international tätigen Spezialisten entwickelt – und bietet individuelle Lösungen aus einer Hand – von der Entwicklung und konstruktiven Planung bis hin zur Produktion und Montage.

Alle drei Unternehmen sind Gesellschafter der T&T Solutions GmbH mit Sitz in Steyr in Oberösterreich. ■

<https://www.my-robotbar.com>



# Zusammenarbeit mit Ungarn wird intensiviert

Von der Wasserzufuhr für den Neusiedler See bis zu Energie- und Klimazielen

Mit ihren Unterschriften fixierten Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und der ungarische Minister für auswärtige Angelegenheiten und Handel, Péter Szijjártó, am 22. Juli in Budapest eine Absichtserklärung über den weiteren Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Auf Basis dieses Abkommens sollen konkrete und nachhaltige Projekte und Initiativen in Bereichen der Infrastruktur, der Energie und Umwelt, des Klimas, des öffentlichen Verkehrs und der Mobilität sowie des Tourismus in Umsetzung gebracht werden. Konkret vereinbart wurden bilaterale Verhandlungen über den Ausbau des Moson-Donau-Bewässerungskanals von Jánossomorja bis zur Staatsgrenze, mit dem Ziel, den Wasserstand im Naturraum Seewinkel/Neusiedler See nachhaltig zu stabilisieren. Im Bereich Energie und Umwelt wird die Errichtung und Entwicklung von Windparks in der Grenzregion geprüft, weiters soll der grenzüberschreitende öffentliche Verkehr ausgebaut und Möglichkeiten einer umweltfreundlichen Mobilität eruiert werden. Das Memorandum schließt auch ein klares Bekenntnis ein, die Region Fertő-Neusiedler See weiterzuentwickeln und dabei die Zusammenarbeit im Tourismus zu verstärken. „Das Burgenland und Ungarn verbindet seit vielen Jahren eine partnerschaftliche und ergebnisorientierte Zusammenarbeit, die in vielen Regionen Europas Vorbildwirkung hat“, betonte Doskozil: „Es freut mich sehr, daß wir auf dieser Basis aufbauen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter intensivieren können. Ziel dieser Partnerschaft ist es, Herausforderungen der Zukunft gemeinsam zu meistern und neue Chancen gemeinsam zu nutzen.“

Die Absichtserklärung hat das Ziel, das Wohlstandsniveau der in den westlichen Grenzregionen Ungarns und des Burgenlandes lebenden Menschen zu verbessern, und hat insgesamt neun Punkte zum Inhalt. Für das Burgenland ist dabei die Verständigung bilateraler Verhandlungen über den Ausbau des Moson-Donau-Bewässerungskanals von besonderer Bedeutung. „Gemeinsames Ziel ist es, den Wasserstand im Naturraum See-



Foto: Bgld. Landesmedienservice / Hafner

LH Hans Peter Doskozil (l.) und Ungarns Außenminister Péter Szijjártó unterzeichnen die Absichtserklärung zur umfassenden Weiterentwicklung der nachbarschaftlichen Beziehungen.

winkel/Neusiedler See zu stabilisieren und das sensible Ökosystem der Region langfristig abzusichern. Seitens des Burgenlandes wurde bereits vor zwei Jahren eine Task Force installiert, die eine technische Lösung für eine Wasserzufuhr zum Neusiedler See entwickelt. Um die Bewirtschaftung des Schilfgürtels und die Entfernung des Schlammes aus den Seebuchten auf burgenländischer Seite einheitlich durchzuführen, wurde Anfang Juli die Seemanagement Burgenland GmbH gegründet, die ab Herbst operativ tätig sein wird. Parallel dazu verfolgen wir mehrere Optionen zur Stabilisierung des Wasserstands – der Moson-Donau-Kanal ist eine davon, die wir nun auch auf politischer Ebene vorantreiben“, betonte Doskozil. Ein erstes Pilotprojekt im Rahmen des Seemanagements wurde bereits von der Gemeinde Rust in der Hafenanlage bzw. im Bereich der Hafeneinfahrt der Ruster Bucht gestartet, von dem sich die Seemanagement GmbH wertvolle Erkenntnisse für ihre künftige umfassende Tätigkeit in den Seegemeinden erhofft.

Beide Länder verständigen sich in der Absichtserklärung auch darauf, die Zusammenarbeit im Bereich der Klimaneutralität zu vertiefen und gemeinsam definierte Energie- und Umweltziele zu erreichen. Etwa sollen Möglichkeiten und Bedingungen für

die Errichtung und Entwicklung von Windparks in der Grenzregion geprüft werden.

Gemeinsam werden dabei die Einzelheiten der grenzüberschreitenden Verfahren, die für die Errichtung und den Betrieb von Windparks erforderlich sind, erarbeitet. Beide Vertragsparteien sind auch bestrebt, die Region Fertő-Neusiedler See unter Wahrung ihres UNESCO-Weltkulturerbestatus weiterzuentwickeln und die länderüberschreitende Zusammenarbeit im Tourismus, insbesondere in den Bereichen Kulturerbe, Gesundheit, Wein und Kulinarik, zu verstärken. Auch in den Bereichen öffentlicher Verkehr, umweltfreundliche Mobilität, kleinräumige Straßenverbindungen und grenzüberschreitende Wasserversorgungssysteme soll die partnerschaftliche Zusammenarbeit weiter großgeschrieben werden.

Dazu Außenminister Péter Szijjártó: „Wir erleben außergewöhnliche Zeiten. Umso wichtiger ist es, diesen Herausforderungen in guter und ausgewogener, grenzüberschreitender Zusammenarbeit gemeinsam auf Augenhöhe zu begegnen und zu bewältigen.“ Das gelte auch für die Region Neusiedler See. Hier sei das gemeinsame Ziel und die gemeinsame Verantwortung eine Lösung zu finden. ■

<https://www.burgenland.at/>

# Europahaus verstärkt Bewußtseinsbildung für EU

Dialog verstärken, Fragen beantworten, geeintes Europa ins Bewußtsein rücken



Foto: LPD / Hannes Krainz

*Europa.Cafe Sommertour (v.l.) ESK Volontärin Zuehal Bozdogli, Europahaus Direktions-Assistentin Michelle Zollner, LH Peter Kaiser, Stadträtin Corinna Smrechnik, Europahaus Vize-Präsidentin Ana Blatnik und Europahaus Präsident Christof Zernatto*

Die Wichtigkeit des ständigen Dialoges, des Poliloges, des Beantwortens von Fragen und des Reagierens auf Ströme und Tendenzen strich Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser am 26. August im Rahmen einer Pressekonferenz des Europahauses Klagenfurt in Bezug auf die Europäische Union hervor.

„Das Europahaus erfüllt mit seinen Aktivitäten wie dem Europa Cafe die wichtige Funktion des permanenten Dialoges, Poliloges, der Bewusstseinsbildung für die Wichtigkeit eines geeinten friedlichen Europas. Ich freue mich, Christof Zernatto als ehemaligen Landeshauptmann von Kärnten nun in der Funktion des Präsidenten des Europahauses begrüßen zu können. Er war Landeshauptmann, als wir 1995 der EU beigetreten sind. Heute schließt sich der Kreis, Christoph Zernatto stellt sich in den Dienst der Sache, um die Bedeutung Europas weiter ins Bewußtsein zu rücken“, sagte Kaiser im Zuge der Pressekonferenz, die der Schlußakt der Europa-Cafe Sommertour heute in Klagenfurt war.

Kaiser verwies auf den Nutzen, den Kärnten durch die EU-Mitgliedschaft in vielen Bereichen erlebt. „Seit dem Beitritt sind drei Milliarden Euro EU-Gelder nach Kärnten geflossen, in Projekte, die unseren Wirtschaftsstandort stärken, das soziale Mitein-

ander forcieren, unseren Wohlstand heben, die Bildung erweitern und vieles mehr“, so der Landeshauptmann, denn Kärnten sei auch das Land, das die meisten Jugendlichen im Erasmusprogramm, einem Austauschprogramm, zählen kann. „Das Europahaus ist eine Plattform, die den kritischen Diskurs aufrechterhält und parallel die alternativlose Gemeinschaft der EU-Staaten hervorhebt. Die Zusammenarbeit des Landes mit dem Europahaus wird auch in Zukunft auf Grund des gleichen Ansinnens weiter gut funktionieren“, sagte Kaiser.

Zernatto betonte seine Einstellung zur EU als „glühender Europäer“: „Ich bin überzeugt von der EU als staatenverbindendes Konstrukt und übernehme daher die Präsidentschaft für das Europahaus gerne. Das Europahaus ist und bleibt eine Anlaufstelle, um Missverständnisse in Bezug auf die EU auszuräumen, um aufzuklären, um Ängste zu nehmen, um den direkten Kontakt zur Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Wir wollen das europäische Wir-Gefühl stärken und diesbezüglich auch die gute Kooperation mit dem Land weiterführen!“ Zernatto dankte auch dem Geschäftsführer des Europahauses, Marc Germeshausen, und bezeichnete ihn als die „operative Maschine des Europahauses“. Germeshausen bilanzierte nach der Europa-Cafe Sommertour: „Hunderte Bür-

gerinnen und Bürger konnten direkt angesprochen werden, konnte man Rede und Antwort zu sämtlichen EU-Fragen stehen. Das mobile EU-Cafe tourte zwischen 18. und 26. August durch Kärnten, um Informationsdefizite zu beseitigen, um Meinungen und Anliegen aufzunehmen, denn diese werden über das Europahaus auch an die Landes- und Bundespolitik weitergeleitet.“

Klagenfurts Vizebürgermeister Philipp Liesnig verwies auf ein Beispiel, wie Klagenfurt von der EU profitiert. So sei Klagenfurt die einzige Stadt, die von der EU ausgezeichnet wurde, das Ziel zu verfolgen, bis 2030 klimaneutral zu sein. 100 Mio. Euro kann die Stadt Klagenfurt im Zuge dieses Projektes laut Liesnig lukrieren, um beispielsweise die e-Mobilität oder die Begrünung der Stadt zu forcieren.

Auch die Stellvertreterinnen von Christof Zernatto als Vize-Präsidentinnen im Europahaus, die Landtagsabgeordnete Ana Blatnik und die ehemalige Klubobfrau der Grünen im Landtag, Barbara Lesjak, nahmen die Gelegenheit war, um in Klagenfurt direkt mit vielen Menschen über die Bedeutung und Wichtigkeit Europas und der EU zu sprechen.

Unter den Anwesenden war auch Klagenfurts Stadträtin Corinna Smrechnik. ■

<https://www.ktn.gv.at/>



# Die Solar-Revolution am Dach

Weltneuheit aus Niederösterreich: PREFA präsentiert die innovative Solardachplatte – die hochqualitative und elegante Art, eigenen Strom zu produzieren

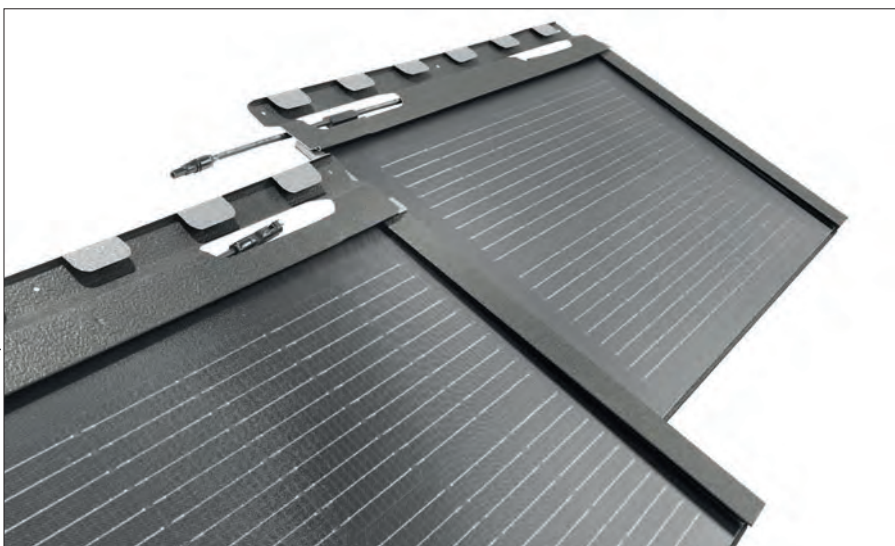
Vor zweieinhalb Jahren hat uns die Idee gefesselt und nicht mehr losgelassen. Und nun können wir mit Stolz und Freude endlich unsere innovative PREFA Solardachplatte präsentieren“, eröffnete PREFA Geschäftsführer Leopold Pasquali bei der Präsentation der Weltneuheit. „Strategisch kommt dieses nachhaltige Produkt genau zum richtigen Zeitpunkt. Wir befinden uns inmitten einer bedeutenden Energiewende. Das Umweltbewußtsein der und Kunden wächst, auch der Anspruch – gerade in Hinsicht auf steigende Energiekosten – unabhängig und autark zu sein.“ Das PREFA Solardach ist weltweit das erste Dach, das die Kraft der Sonne vollflächig nutzt. Es handelt sich um eine Aluminium-Dachplatte in PREFA Qualität mit einer integrierten Photovoltaikanlage, die fest mit der Grundplatte aus beschichtetem Aluminium verbunden ist.

„Interne und externe Experten haben über zwei Jahre lang fachübergreifend an dieser einzigartigen Innovation gefeilt“, erläutert Pasquali. „Das Ergebnis ist ein hochtechnologisches wie auch hochästhetisches Produkt.“ Denn die neue Solardachplatte integriert sich am Dach unscheinbar in die Gebäudehülle und sorgt für eine homogene, elegante Optik. Gleichzeitig ist das widerstandsfähige Aluminiumdach mit zukunftsweisender Technologie sehr verlegefreundlich. Das ist für Leo Höld, Spenglermeister und Leiter der PREFA Academy, besonders wichtig: „Das einfache Handling für unsere Verlegepartner war unser großer Anspruch, darum haben wir dafür gesorgt, daß das neue Solardach hundertprozentig kompatibel mit der beliebten PREFA Dachplatte R.16 und dem PREFA Dachpaneel FX.12 ist.“

Jede einzelne Solardachplatte ist somit ein kleines Kraftwerk, die eigenen Strom produziert – autark und nachhaltig. Je nach gewünschter Lösung kann der Strom dann direkt verwendet, gespeichert oder ins Stromnetz eingespeist werden. „Ein weiterer wichtiger Anspruch war die Entwicklung und Fertigung der Solardachplatten bei uns in Österreich. Beziehungsweise wollten wir bei der eingesetzten Technologie auf einen Hersteller im nahen Umfeld zurückgreifen“, freut sich der Geschäftsführer auch über die gute lokale Zusammenarbeit. „Somit kann



*Durch die Integration der Photovoltaikmodule in der Dachplatte ist kein zusätzlicher Aufbau bzw. keine Unterkonstruktion auf dem Dach sowie keine Durchdringung der Dachhaut durch Schrauben, Leitungskanäle oder Ähnliches erforderlich.*



*Fotos: PREFA Aluminiumprodukte GmbH*

sichergestellt werden, daß in kürzester Zeit auf technische Fragen reagiert werden kann.“ Die PV-Zellen verfügen über eine hochmoderne Halbzellentechnologie für maximal optimierte Leistung. Die eigens entwickelten Anschlußdosen sind direkt im PV-Modul integriert.

„Die PREFA Solardachplatte gibt es in zwei verschiedenen Ausführungen“, faßt Fabian Klaus aus der PREFA Anwendungstechnik die technischen Details zusammen. „Die kleine Solardachplatte hat die Maße 700 x 420 mm in verlegter Fläche und bringt eine Leistung von 43 Wp pro Stück. Die

große Solardachplatte mißt 1.400 x 420 mm in verlegter Fläche und bringt eine Leistung von 100 Wp pro Stück.“ Sogar mit integrierter Technologie wiegen beide nur 12,6 kg/m<sup>2</sup> und werden in den P.10 Farben Anthrazit, Schwarz sowie Dunkelgrau angeboten, fügt der Experte weiter hinzu. „Das hochwiderstandsfähige, prisierte Solarglas sorgt nicht nur für eine schöne matte Optik, sondern hält in Kombination mit der PREFA Dachplatte aus Aluminium extremen Wetterereignissen stand. Das PREFA Solardach ist hagel- und bruchfest, sturm- und roststabil.“

■ <https://www.prefa.at/>

# Oberösterreich ist international bestens vernetzt

Mehr als 100 Auslandsöberösterreicherinnen und Auslandsöberösterreicher beim Sommerfest über den Dächern von Linz



Foto: Land OÖ / Peter Mayr

Landeshauptmann Thomas Stelzer im Kreise der mehr als 100 Auslandsöberösterreicherinnen und Auslandsöberösterreicher im Linzer Schloß

Internationale Beziehungen werden von Menschen getragen und müssen über die institutionelle Ebene hinausgehen. Gerade am Netzwerk von OÖ International wird dies deutlich. Unsere Mitglieder stehen für ein weltoffenes Oberösterreich und sind wertvolle Botschafterinnen und Botschafter unseres Landes – unserer Traditionen und Werte in der Welt“, betonte Landeshauptmann Thomas Stelzer am Abend des 19. August beim Sommerfest der Auslandsöberösterreicherinnen und Auslandsöberösterreicher am Linzer Schloß.

Mit nahezu 900 Mitgliedern in mehr als 100 Ländern ist Oberösterreich international bestens vernetzt. Die Palette reicht vom Bereich Entwicklungshilfe über Sport, von Wirtschaft über Kultur bis hin zur Wissenschaft.

Das 2007 gegründete Netzwerk „Oberösterreich International – Upper Austrians Abroad“ konnte seit dem letzten Sommerfest 2019 mehr als 100 Neuzugänge im Netzwerk begrüßen. Wer im Ausland lebt, fühlt sich oftmals noch viel enger mit seiner Heimat verbunden. „Über unser Netzwerk OÖ International bleiben wir mit unseren Landsleuten im Ausland bestens vernetzt. Denn unsere internationale Vernetzung ist ein entscheidender Erfolgsfaktor in der globalisierter Welt“, so Stelzer.



Foto: Land OÖ / Peter Mayr

LH Stelzer mit Schwester Bernadette Schwarz, ehemalige Vizerektorin des Österreichischen Hospizes in Jerusalem. Schwarz arbeitete seit 2008 in Jerusalem und ist mittlerweile wieder in ihre Heimat Oberösterreich zurückgekehrt.

Landsleute aus 24 Ländern waren zu Gast: Deutschland, Belgien, Schweiz, Frankreich, Niederlande, Portugal, Ukraine, Vereinigtes Königreich, Israel, Dänemark, Spanien, Ungarn, Rußland, USA, Kanada, Brasilien, Chile, Südafrika, China, Philippinen, Panama, Namibia, Elfenbeinküste und Ghana. Für den besonderen Heimaturlaub war als

Vorprogramm ein Besuch in der Ausstellung „Natur“ im Linzer Schloßmuseum vorbereitet worden. Es gibt auf über 10.000 m<sup>2</sup> einen umfangreichen Einblick in die Natur-, Kultur- und Kunstgeschichte Oberösterreichs ■ <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/> <https://www.ooe-international.at/> <https://www.ooekultur.at/>



# Internationalität stärkt Standort Oberösterreich

Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner: »Internationale House von Welcome2UpperAustria bietet individuelle Begleitung für internationale Talente.«

Mit dem Sommerfest wollen wir die internationalen Talente, die zum Arbeiten und Leben nach Oberösterreich gekommen sind, willkommen heißen und ihnen vor allem auch zeigen: Sie sind eine Bereicherung für unseren Standort“, sagte Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner am 11. Juli beim Sommerfest des International House von Welcome2Upper Austria.

„Oberösterreich hat eine Menge zu bieten: eine starke Wirtschaft mit trendsetzenden Unternehmen, innovativen Bildungseinrichtungen, eine beeindruckende Landschaft und eine intakte Natur. Um diesen Status Quo zu erhalten, brauchen wir internationale Talente – von den Studierenden bis zu den Fachkräften“, ergänzte der oberösterreichische Wirtschafts-Landesrat.

Mit dem International House des Welcome2Upper Austria Service Centers in der Tabakfabrik Linz hat die oberösterreichische Standortagentur Business Upper Austria eine einzigartige Einrichtung geschaffen: Internationale Fachkräfte werden hier individuell betreut und begleitet, auch Unternehmen können die kostenlosen Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Das International House ist seit seiner Eröffnung im Vorjahr auch Treffpunkt für internationale Fachkräfte und Veranstaltungsort geworden. „Mit diesem Zentrum des Welcome2Upper Austria Service Centers sind wir Vorreiter, es macht den Standort Oberösterreich noch attraktiver für internationale Talente und Fachkräfte, weil sie nicht nur beim Ankommen Unterstützung erhalten, sondern auch eine Gemeinschaft vorfinden“, so Achleitner.

## Harter Wettbewerb um internationale Talente

Eine Willkommenskultur und die Integration internationaler Talente sind unabdingbare Voraussetzungen dafür, daß sich die Menschen zum Bleiben in Oberösterreich entscheiden. Qualifizierte Fachkräfte sind der Schlüsselfaktor, um den erfolgreichen und innovativen Wirtschaftsstandort Oberösterreich auch in der Zukunft zu stärken. „Den Bedarf können wir selbst nicht mehr decken,



Foto: Cityfoto / Roland Pelzl

v.l.: Univ.-Prof. Bruno Buchberger, Initiator des International Graduates Clubs Linz; Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner; FH-Prof. Margarethe Überwimmer, Global Business Management, FH OÖ; Univ.-Prof. Stefan Koch, Vizerektor für Lehre und Studierende, Johannes Kepler Universität Linz; Moderatorin Karin Schmid

daher sind wir auf die Zuwanderung internationaler Talente angewiesen. Doch der Wettbewerb um die internationalen Talente ist groß. Wir müssen daher auf uns aufmerksam machen und uns um jene, die zu uns kommen, kümmern, damit sie sich hier willkommen und zuhause fühlen und letztendlich auch bleiben“, betonte der Landesrat.

## Bedeutende Rolle der Hochschulen

Eine besondere Rolle bei der qualifizierten Zuwanderung kommt den oberösterreichischen Hochschulen zu. Das betonte auch Stefan Koch, Vizerektor für Lehre und Studierende der Johannes Kepler Universität Linz: „Die großen Krisen unserer Zeit sind globale Krisen. Unsere einzige Möglichkeit, die Herausforderungen zu bewältigen, besteht in internationaler Zusammenarbeit. Die Johannes Kepler Universität Linz ist daher zwar regional verwurzelt, zugleich aber stark international ausgerichtet. Sie bietet bereits 25 Studiengänge an, die ausschließlich oder teilweise auf Englisch abgehalten werden. Diese Vielfalt stärkt uns und zeigt, daß internationale Vernetzung und Offenheit maßgebliche Voraussetzungen für die erfolgreiche Gestaltung der Zukunft sind.“

## Exportorientierte Wirtschaft braucht die Internationalität am Standort

Margarethe Überwimmer, Global Business Manager der FH Oberösterreich, ergänzte: „Oberösterreichs Wirtschaft ist exportorientiert. Wir brauchen die globalen Märkte, umso wichtiger ist deshalb Internationalität für uns.“

Bruno Buchberger, Gründer des Softwareparks Hagenberg und Initiator des International Graduates Clubs Linz, der eng mit dem International House zusammenarbeitet, wiederholte seinen Appell, den er – wie er selbst sagte – seit 20 Jahren „predigt“: „Junge Menschen interessieren sich für die Themen der Zukunft, für die Aussicht auf gute Bildung und gute Jobs. Es ist zwar schon viel passiert, um Oberösterreich hier gut aufzustellen. Aber wir müssen uns auf allen Ebenen weiter anstrengen.“

## Unterstützung beim Ankommen und Integrieren

„Das Welcome2Upper Austria Servicecenter erleichtert Arbeitskräften aus dem Ausland den Start in Oberösterreich und entlastet HR-Abteilungen in Unternehmen“, erklärte Business Upper Austria Geschäftsfüh-

## Österreich, Europa und die Welt / Oberösterreich

rer Werner Pamminger. Gleichzeitig hat die Standortagentur ihre Recruiting-Aktivitäten im Ausland intensiviert. Der Fokus liegt dabei auf den Fachbereichen IT, Mechatronik, Elektrotechnik und Automatisierung.“

Im Rahmen der Veranstaltung diskutierten bei der Podiumsdiskussion „Internationales Employer Branding: Wie heimische Firmen globale Talente gewinnen“ folgende Vertreter heimischer Unternehmen über ihre Erfahrungen bei der internationalen Suche nach MitarbeiterInnen: Michel Coolman (BRP-Rotax), Sok-Kheng Taing (Dynatrace), DI (FH) Gernot Salcher (Lenzing AG) und Christian Heinzlreiter (Netural GmbH).

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>  
<https://www.biz-up.at/>



Foto: Cityfoto / Roland Pelzl

v.l.: Werner Pamminger, Geschäftsführer Business Upper Austria; Univ.-Prof. Bruno Buchberger, Initiator des International Graduates Clubs Linz; Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner; Univ.-Prof. Stefan Koch, Vizerektor für Lehre und Studierende, Johannes Kepler Universität Linz

## UNESCO Urkunden für oberösterreichische Donaulimes-Gemeinden

Am 30. Juli 2021 hat das Welterbekomitee der UNESCO den ehemaligen römischen Donaulimes in die Welterbeliste der UNESCO eingeschrieben. Am 13. Juli 2022 hat Landeshauptmann Thomas Stelzer im Rahmen eines Festaktes in Enns den oberösterreichischen Donaulimes-Gemeinden die UNESCO-Urkunden offiziell überreicht.

Oberösterreich ist mit Donaulimes-Welterbestätten in folgenden Orten vertreten: Engelhartzell (Oberranna), St. Agatha (Schlögen), Haibach (Schlögen), Wilhering (Hirschleingraben), Linz und Enns.

„Oberösterreich hat sich vehement dafür eingesetzt, daß der Donaulimes Teil der Welterbeliste der UNESCO wird. Mit dem Donaulimes, der Region Hallstatt-Dachstein/Salzkammergut, den prähistorischen Pfahlbauten am Attersee und am Mondsee und den alten Buchenwäldern im Nationalpark Kalkalpen ist unser Land nunmehr vierfach auf der UNESCO-Welterbeliste vertreten. Für uns ist das ein Auftrag, dieses bedeutsame Erbe nicht nur zu sichern, sondern im Bewußtsein der Menschen zu verankern, und so auch künftigen Generationen zugänglich

zu machen“, so der Landeshauptmann bei der Urkundenverleihung.

Oberösterreich arbeitet gemeinsam mit Niederösterreich, Wien und den verantwortlichen Stellen im Bund derzeit an der Gründung eines Vereins, der künftig für das Welterbe Donaulimes verantwortlich sein und seinen Sitz in Enns im Museum Lauriacum haben wird. Ein entsprechender Managementplan wurde bereits mit der Bewerbung zum Welterbe ausgearbeitet, die Ausschreibung des Managements wird zeitnah erfolgen. ■

<https://www.donau-limes.at/>



Foto: Land Oberösterreich / Max Mayrhofer

Bei der Verleihung (v.l.): Stefan Traxler (OÖ Landes-Kultur GmbH), Bürgermeister Mario Mühlböck (Wilhering), Vizebürgermeister Hermann Stockinger (St. Agatha), Bürgermeister Andreas Hinterberger (Haibach), Gottfried Kneifel (Museumverein Lauriacum) Landeshauptmann Thomas Stelzer, Bürgermeister Christian Deleja-Hotko (Enns), Isolde Perndl (OÖ Landes-Kultur GmbH), Bürgermeister Roland Pichler (Engelhartzell), Friedrich Bernhofer (Forum Stanacum), Julius Stieber (Linz) und Ernst Peter Brezovszky (BMEIA)



# Salzburg und Bayern gedachten und feierten gemeinsam



Foto: Land Salzburg / Franz Neumayr

Rund 3.500 Schützen und Musikanten aus Salzburg – im Bild aus Pongau – gedachten der gemeinsamen Geschichte Salzburgs und Bayerns.

In Mühldorf am Inn konnte man am 4. September Salzburg weder übersehen noch überhören. „Das wäre unmöglich“, so Landeshauptmann Wilfried Haslauer. Er ist Schirmherr der Schützen und führte die heimische Delegation mit mehr als 86 Kompanien an, 22 Musikkapellen begleiteten sie. Insgesamt nahmen auf dem Stadtplatz der oberbayerischen Kreisstadt rund 3.500 Vereinsmitglieder Aufstellung und gedachten nachbarschaftlich der Schlacht bei Mühldorf am Inn vor 700 Jahren.

Bereits um 9 Uhr zelebrierte Erzbischof Franz Lackner mit Weihbischof Wolfgang Bischof aus dem Erzbistum München und Freising den Gottesdienst in der Stadtpfarrkirche St. Nikolaus. Das ehemalige Kollegiatstift der Kirche wurde 1610 vom Salzburger Erzbischof Wolf Dietrich von Raitenau gegründet.

Anschließend trugen sich die Mitglieder der der Salzburger Delegation in das Golde-ne Buch von Mühldorf am Inn ein.

Der Landeshauptmann, die Schützen und Musikanten wurden von vielen SalzburgerInnen begleitet. Ebenfalls vor Ort waren Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf, Bezirkshauptleute sowie zahlreiche Bürgermeister, die ihre Delegationen aus den Gemeinden begleiteten. Der Vorsitzende des Forums Salzburger Volkskultur, Landtagspräsident a.D. Simon Illmer, war ebenfalls Teil der Delegation.



Foto: Land Salzburg / Franz Neumayr

v.l.: Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Stv. Ministerpräsident Hubert Aiwanger, Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf, Bürgermeister Michael Hetzl und Staatsminister Florian Herrmann

Das Kommando an diesem Tag hatte Salzburgs Schützenobrist Josef Braunwieser. Um 10.45 Uhr folgte der Auftakt des Festaktes, den die Prangerschützen Ebenau mit einem Lauffeuer vom Münchner Tor einläuteten. Danach folgte das Kommando von Braunwieser zum Einmarsch der Landesfahne und das Abschreiten der Ehrenformation durch Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Erzbischof Franz Lackner, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Bayerns Hubert Aiwanger, Staatsminister Florian Herrmann und

dem Ersten Bürgermeister von Mühldorf, Michael Hetzl.

In Mühldorf am Inn herrschte schon Tage zuvor Feststimmung, denn das große Volksfest und der Trachtenzug haben Tradition. Heuer bekam die Veranstaltung sozusagen einen Salzburger Höhepunkt, als die 3.500 Schützen und Musikanten gemeinsam mit den Bayern feierten. ■

<https://www.salzburg.gv.at/>

<https://www.salzburgerschuetzen.at/>

<https://www.muehldorf.de/>



# EU-Katastrophenschutzübung – viel Lob für steirische Gastgeber

Internationale Teams probten in Eisenerz Erdbeben-Ernstfall



Foto: Land Steiermark / Binder

Das Szenario einer Katastrophe war ziemlich realistisch dargestellt, der Boden zur Großübung perfekt aufbereitet.

Nach monatelangen Vorbereitungsarbeiten war die Region Eisenerz zum zweiten Mal nach 2018 Schauplatz der EU-Katastrophenschutzübung „ModEX“. Nach einem fiktiven Erdbeben in der Obersteiermark wurde über den Europäischen Katastrophenschutzmechanismus am 8. September um Unterstützung für Such- und Rettungseinsätze angesucht. Die von den Mitgliedsländern entsandten Teams aus ganz Europa rückten im Raum Eisenerz aus, um Verschüttete in Gebäuden und einem Parkhaus sowie Vermißte in einer Höhle zu suchen. Einsatzzentrale mit Führungsstab in der Stadt, Rollendarsteller, die mit Suchhunden und schwerstem Gerät binnen 62 Stunden aus den Trümmern zu bergen sind – das Szenario einer Katastrophe war ziemlich realistisch dargestellt, der Boden zur Großübung perfekt aufbereitet.

Am 10. September konnte gegen Ende der Übung, an der rund 300 Personen aus dem In- und Ausland beteiligt waren, positive Bilanz gezogen werden.

Felix Bloch, Leiter EU-Katastrophenschutzübungen: „Wir haben in Eisenerz perfekte Bedingungen zum Trainieren. Speziell für Höhlen- und Bergrettungsszenarien gibt es europaweit keine vergleichbaren Anlagen.

Wir haben dieses Gelände ja schon in der Vergangenheit genutzt – und werden wohl auch in Zukunft wieder in die Steiermark kommen. Wir sind auf professionelle Gastgeber angewiesen – und können uns nur bedanken!“ Anders als andere Themen stehe die Notwendigkeit der Zusammenarbeit in Sachen Katastrophenschutz innerhalb der EU außer Frage: „Aktuell sind es Waldbrände, wo verschiedenste Teams im Einsatz stehen. Damit dort professionelle Hilfe geleistet werden kann, muß in Übungen die Zusammenarbeit perfektioniert werden.“

Steiermarks Landeshauptmann Christopher Drexler, Katastrophenschutzreferent in der Landesregierung: „Naturereignisse können sich jederzeit ereignen. Darauf gilt es vorbereitet zu sein. Um im Ernstfalls schnellstmöglich handeln zu können, ist die reibungslose Zusammenarbeit zwischen den Einsatzorganisationen unerlässlich. Deswegen sind Katastrophenschutzübung wie ‚ModeEX‘ und der damit verbundene Wissenstransfer wichtig, um noch professioneller Hilfe leisten zu können. Wir sind stolz darauf, daß sich die Region rund um den Erzberg als Top-Ausbildungsstätte für Katastrophenschutzteams aus ganz Europa präsentiert.“

Seit Monaten war die Fachabteilung Ka-

tastrophenschutz und Landesverteidigung (FAKS) des Landes Steiermark in die Übungsvorbereitung und Übungsleitung involviert. Katastrophenschutz-Referatsleiter Helmut Kreuzwirth: „Wir können zufrieden sein, die Rückmeldungen sind durchwegs positiv. Dank der Unterstützung durch unsere Partnerinnen und Partner, speziell aus den Einsatzorganisationen, der Stadtgemeinde Eisenerz und der VA Erzberg GmbH, ist alles nach Plan gelaufen.“

Such- und Rettungsteams aus Vorarlberg (16 Personen) und Polen (40 Personen), Höhlenrettungsteams aus Slowenien (30 Personen) und Spanien (30 Personen) waren ebenso beteiligt wie ein Drohnenaufklärungsteam aus Frankreich (4 Personen) und ein Team der TU-Graz. Insgesamt 90 Rollendarsteller, die unter anderem unter den Trümmern von Suchhunden aufgespürt werden mußten, komplettierten mit der internationalen Übungsleitung (50 Personen), dem Übungsbeobachtungsteam der Europäischen Kommission (3 Personen) sowie dem Übungsbeobachtungsteam des Schweizer Amtes für Bevölkerungsschutz das Feld der TeilnehmerInnen. ■

<https://www.verwaltung.steiermark.at/>

<https://www.eu-modex.eu/>



# Tirol-Tag beim Europäischen Forum Alpbach

Platter: Euregio gemeinsam zum Gesundheits- und Wissenschaftsstandort ausbauen



Foto: Land Tirol / Sedlak

Beim Landesüblichen Empfang (v.l.). Euregio-Präsident LH Maurizio Fugatti (Trentino), LHStvin Waltraud Deeg (Südtirol), Weihbischof Hansjörg Hofer, LH Günther Platter; dahinter (v.l.): Präsident des Europäischen Forums Alpbach Andreas Treichl und Staatssekretär Florian Tursky

Seit mittlerweile zehn Jahren richtet die Euregio Tirol-Südtirol-Trentino im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach den „Tirol-Tag“ aus, der sich als Treffpunkt und Schaufenster der Forschungslandschaft in der Europaregion versteht. Die Räumlichkeit im Kongresszentrum – der Herz-Kremenak-Saal, benannt nach der österreichischen Ärztin, Visionärin und Pionierin Elisabeth Herz-Kremenak – ist dabei dieses Jahr passender denn je: Das programmgebende Thema ist „Gesundheit und Regionalität: Life Sciences in der Euregio“. Euregio-Präsident Landeshauptmann Maurizio Fugatti (Trentino), LH Günther Platter und LHStvinWaltraud Deeg (Südtirol) berichteten in diesem Zusammenhang über die Gesundheit als Schlüsselfaktor für eine zukunftsfähige Euregio. Der Tirol-Tag stellt damit auch den Start für die Auseinandersetzung mit dem Thema Gesundheit des EuregioLab dar. Wichtige Impulse hierfür lieferten ausgewählte ExpertInnenvorträge zu diversen Gesundheitsaspekten. Der Think Tank, bestehend aus GesundheitsexpertInnen der Euregio, wird nun prüfen, in welchen Bereichen grenzüberschreitende Maßnahmen gebraucht werden.

Im Rahmen der Veranstaltung wurden außerdem der Euregio-JungforscherInnenpreis sowie der Euregio-Innovationspreis verliehen, bei welchem Alan Ianeselli (Freie Universität Bozen, Projekt „Forschungsarbeit zur Denaturierung von DNA und RNA durch Tau“) sowie Gregor Holfeld (Unternehmen Heart Regeneration Technologies in Innsbruck, Projekt „Heart Regeneration Technologies“) als jeweils Erstplatzierte überzeugten.

## Euregio-Schnittstelle Gesundheit – Standort für Life Sciences

Die Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich ist für den Euregio-Vorstand eine der wichtigsten Aufgaben und gleichzeitig auch eine der größten Herausforderungen der Zukunft. „Die Gesundheit ist unser höchstes Gut – das hat gerade die Corona-Pandemie mit Nachdruck in unser aller Bewußtsein gerückt. Der diesjährige Tirol-Tag steht daher völlig zu Recht im Zeichen Gesundheit. Es geht darum, daß wir uns künftig nicht nur mit dem Thema Pandemie gemeinschaftlich befassen, sondern den Gesundheitsbegriff in all seinen Facetten betrachten: dazu gehören

Vorsorgemaßnahmen, Behandlungen sowie Nachsorge. In den drei Ländern Tirol, Südtirol und Trentino gibt es hierbei viele Überschneidungen und wir können alle von einer gebündelten Expertise profitieren“, betont Platter. In seiner Rede unterstrich er die tragende Rolle des Personals in den Tiroler Einrichtungen und die Notwendigkeit, die Euregio als Ausbildungs- und Wirkungsstätte zu stärken. Von der Spitzenmedizin bis zur Erstversorgung im ländlichen Raum, von den Rettungsdiensten bis zu den PflegerInnen in den Einrichtungen ist der Faktor Mensch maßgeblich für ein gut funktionierendes Gesundheitssystem.

Gleichzeitig gilt es aber auch Tirol als Life Sciences-Standort zu profilieren. Im Bereich Beschäftigungsstand bei Pharma- und Medizintechnik sowie beim Wachstum der Wertschöpfung, Patente und Beschäftigung ist Tirol im europäischen Spitzenfeld zu finden. Es gibt jedoch auch Bereiche, in denen der Life Sciences-Standort einen entsprechenden Aufholbedarf hat, etwa was die Produktivität im Bereich Pharma und Biotech, Patentoutput, Anzahl der F&E Biotech-Unternehmen betrifft. „Wir wollen deshalb ge-

## Österreich, Europa und die Welt / Tirol

meinsam mit den Tiroler Universitäten und Schlüsselunternehmen ein Exzellenzforschungszentrum in starker Verbindung mit der klinischen Forschung entwickeln und den Wissens- und Technologietransfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft durch gezielte Betriebsansiedelungen sowie die Unterstützung von Spinn-offs und Start-ups verbessern“, unterstrich Platter.

Der derzeitige Euregio-Präsident Fugatti aus dem Trentino hob hervor: „Nach zwei Jahren großen Notstands und an der Schwelle zur Umsetzung der NextGeneration EU-Projekte scheint es immer wichtiger sich die Frage zu stellen, welche Rolle die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitssektor spielen kann. Wir haben gesehen, wie wichtig die Zusammenarbeit während der Pandemie war. Deshalb freue ich mich besonders über die Wahl des Themas für das EuregioLab 2022 und den Fokus auf Kinder und Jugendliche – sicherlich die am stärksten von der Pandemie betroffene Altersgruppe.“

Das Thema Gesundheit wurde auch im Rahmen der letzten beiden Euregio-Vorstandssitzungen behandelt. Es ist von grundlegender Bedeutung, ein Gesundheitssystem zu schaffen, das die Exzellenz der drei Gebiete in struktureller, technologischer und organisatorischer Hinsicht zusammenführt, um diese noch weiter zu verbessern, aber auch um die Kompetenzen und Dienstleistungen zu konsolidieren und zu verbessern. Ich bin davon überzeugt, daß das Euregio-Lab ein wichtiger Baustein für eine koordinierte und sektorübergreifende Anstrengung aller beteiligten Akteure sein kann.“

Auch in Südtirol sei das Thema der Absicherung der Gesundheitsleistungen ein wichtiges, besonders durch, aber nicht erst seit der Pandemie: „Die Herausforderungen der vergangenen beiden Jahre haben allerdings auch gezeigt, daß es gelingen kann, auch die größten Krisen zu überwinden. Dafür braucht es ein gutes soziales Netz und die Solidarität untereinander, auch jene über die Grenzen hinaus“, sagte die Südtiroler Soziallandesrätin und LHStvin Deeg. Besonders für Kinder und Jugendliche sowie für ältere Menschen waren die Pandemiejahre mit besonderen Einschränkungen verbunden – darum gelte es nun aufmerksam hinzuschauen und dort nachzubessern, wo noch Verbesserungsbedarf besteht. „Auch hier können wir gegenseitig und voneinander lernen, unter anderem indem wir uns über Erfahrungen austauschen, Synergien nutzen, Studien des einen Partners in lokale Lösungsansätze



Foto: Land Tirol / Sedlak

vorne (v.l.): LH Günther Platter, LHStvin Waltraud Deeg (Südtirol), LH Maurizio Fugatti (Trentino); dahinter (v.l.) LHStv Josef Geisler, LR Anton Mattle und LTPin Sonja Ledl-Rossmann.

integrieren und somit gemeinsam neue Strategien entwickeln: dies gilt für den Gesundheitsbereich, ebenso wie für andere gesellschaftlich relevante Themen“, betonte Deeg.

### Grenzüberschreitende Zusammenarbeit vorantreiben

Wenngleich das vergangene Jahr kein einfaches gewesen sei und Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg und Teuerung auch die Euregio noch immer prägen, habe man einiges auf die Beine stellen und mit der gegenseitigen Unterstützung der drei Länder zeigen können, daß man gerade in schwierigen Zeiten noch enger zusammenstehe und füreinander da sei, berichteten die Landeshauptleute. So starteten, im Zuge der im vergangenen Jahr unterzeichneten Euregio-Reform, der Euregio-Rat der Gemeinden und der Euregio-BürgerInnenrat – beides Projekte, die unter Tiroler Euregio-Vorsitz angestoßen wurden.

Der Euregio-Rat der Gemeinden konstituierte sich im Herbst 2021 und hatte im Juni dieses Jahres seine erste Tagung in Trient. Er stärkt die Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern, indem die Gemeinden noch enger und vor allem auch langfristig miteinander kooperieren, etwa in Form zunehmender Gemeindepartnerschaften. Während sich der Euregio-Rat der Gemeinden aus gewählten VertreterInnen der Gemeinden zusammensetzt, welche die drei Landeshauptleute in Gemeinde-Angelegenheiten beraten, sind es beim Euregio-BürgerInnen-Rat die BürgerInnen selbst, die Vorschläge und Handlungsempfehlungen für die Politik in der Euregio erarbeiten. Die insgesamt 30 für das Gremium ausgewählten BürgerInnen aus

den Gemeinden Hall in Tirol, Brixen in Südtirol und Arco im Trentino werden am ersten Oktoberwochenende 2022 in Arco zu ihrem ersten Treffen zusammenkommen.

Einen weiteren Meilenstein auf dem Weg hin zu einer vertieften grenzüberschreitenden Zusammenarbeit setzte die Euregio mit der Eröffnung des Euregio-Informationsbüros in Trient im Juni. Damit befinden sich nun in allen drei Landeshauptstädten Informations- und Koordinierungsstellen der Euroregion.

### Vergabe der Euregio-Förderpreise für junge ForscherInnen und für Innovation

Mit dem Euregio-JungforscherInnenpreis und dem Euregio-Innovationspreis wurden auch heuer im Rahmen des Tirol-Tages wieder zwei wesentliche Förderpreise der Euregio übergeben. Die Preise stiftet das Land Tirol gemeinsam mit den Wirtschafts- und Handelskammern der drei Länder. Den Euregio-JungforscherInnenpreis verlieh Juryvorsitzende Ulrike Tappeiner, Präsidentin der Freien Universität Bozen, Alan Ianeselli von der Freien Universität Bozen für das Projekt „Forschungsarbeit zur Denaturierung von DNA und RNA durch Tau“. Über den Euregio-Innovationspreis freute sich das Unternehmen Heart Regeneration Technologies aus Innsbruck mit dem Projekt „Heart Regeneration Technologies“, der den Preis von Juryvorsitzendem Josef Margreiter, Geschäftsführer der Lebensraum Tirol Holding, entgegennahm. ■

<https://www.tirol.gv.at/>

<https://www.provinz.bz.it/>

<https://www.governo.it/>

<https://www.alpbach.org/de/>



# Vorrang für grenzüberschreitende Öffis

Regierungsrat Beat Tinner und Landesrat Daniel Zadra: Kanton St. Gallen und Land Vorarlberg sehen Aufholbedarf im Tarif- und Fahrscheinsystem

Der Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur geht voran, doch auf der Ebene der Tarife und der Fahrscheinsysteme bei Bus und Bahn gibt es noch eine Menge zu tun. So läßt sich die Situation kurz zusammenfassen, die der Vorarlberger Mobilitätslandesrat Daniel Zadra und sein Amtskollege Beat Tinner, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements des Kantons St. Gallen, am 31. August im Rahmen der Sommerveranstaltung der Interessengemeinschaft öffentlicher Verkehr Ostschweiz (IGöV) in Rorschach ausführlich geschildert haben.

„Weit über 25.000 Personen in unserer Region pendeln Tag für Tag in ein anderes Land, um dort zu arbeiten“, erklärte Regierungsrat Tinner. „Diese Menschen benötigen attraktive Angebote, damit sie vom Auto auf die Bahn oder den Bus umsteigen.“ Aus diesem Grund haben das Land Vorarlberg und der Kanton St. Gallen in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um das ÖV-Angebot auszuweiten. Seit Dezember 2021 fährt die Schnellbahnlinie S7 an Wochenenden zwischen Romanshorn und Lindau, ab September 2022 verbinden zunächst drei, ab Dezember vier zusätzliche Züge an Tagesrandzeiten die Städte Feldkirch und Buchs, ebenfalls ab Dezember 2022 verkehrt die S5 an Wochentagen zwischen Dornbirn und St. Margrethen, und darüber hinaus ist es gelungen, die EuroCity-Verbindung zwischen Zürich und München via Bregenz und Lindau zu beschleunigen und die Zuganzahl zu erhöhen. Zusätzlich haben sich die Buslinien 303 und 351 zwischen Heerbrugg und Hohenems bzw. Dornbirn als große Erfolge erwiesen.

## Herausforderung Tarifstruktur und Ticketing

„Dennoch nutzen gerade einmal zehn Prozent der täglichen grenzüberschreitenden BerufspendlerInnen öffentliche Verkehrsmittel“, bedauert Landesrat Zadra. Schwierigkeiten sehen Tinner und Zadra insbesondere in den Bereichen Tarife und Ticketing. „Wer täglich von Schruns nach Bregenz pendelt, kann dies mit dem regionalen Klima-



Foto: Isabel Schorer

Mobilitätslandesrat Daniel Zadra (l.) und sein St. Galler Amtskollege Beat Tinner

Ticket um 363 Euro pro Jahr tun. Wer hingegen täglich die sechs Kilometer zwischen Lustenau und Heerbrugg mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegen will, hat für eine entsprechende Jahreskarte nicht weniger als 673 Euro zu berappen. Es leuchtet ein, daß viele Menschen diese Diskrepanz nicht nachvollziehen können.“

Zwar existieren bereits seit 2014 Kooperationsvereinbarungen und Kombitarife zwischen dem Vorarlberger Verkehrsverbund und dem Tarifverbund Ostwind, allerdings leiden diese Angebote unter hohem Komplexitätsgrad, fehlender Bekanntheit und dem Preisgefälle zwischen der Schweiz und Österreich. „Hier haben wir einiges aufzuholen“, betonen Tinner und Zadra übereinstimmend, „aber immerhin kennen wir nun Best-practice-Beispiele, von denen wir lernen können – etwa den Léman Pass in der Region um den Genfer See.“

Die Roaming-Gebühren, die bei der Handynutzung im Nicht-EU-Ausland anfallen – also zum Beispiel beim elektronischen Ticketkauf –, stellen einen weiteren Hemmschuh für die Entwicklung grenzüberschreitender ÖPNV-Angebote dar. „Aber keine dieser Hürden ist unüberwindlich“, zeigen sich Tinner und Zadra zuversichtlich. Die Inter-

nationale Bodenseekonferenz IBK hat bereits die Gründung einer Geschäftsstelle angeregt, die sich künftig um grenzüberschreitendes Ticketing und Marketing im ÖPNV kümmern könnte.

## Die nächsten Schritte

Die IBK hat im Rahmen des Projektes „Bodanrail 2045“ ein gemeinsames Zielbild für den Schienenpersonenverkehr erarbeitet, das 2022 politisch beschlossen wurde. „Diesem Zielbild sehen wir uns verpflichtet. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, die bilaterale Absichtserklärung zur Verbesserung des grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehrs, die Vorarlberg und der Kanton St. Gallen unterzeichnet haben, mit Leben zu erfüllen und deren Wirksamkeit idealerweise auch auf das Fürstentum Liechtenstein auszudehnen“, erklären Tinner und Zadra. „Die mittel- und langfristigen Planungen für den ÖPNV dürfen nicht länger an den nationalen Grenzen enden; wir brauchen eine bilaterale Abstimmung und Koordination der Infrastrukturvorhaben – beginnen könnten wir etwa damit, eine funktionierende länderübergreifende ÖV-Auskunft zu etablieren.“ ■

<https://vorarlberg.at/>

<https://www.sg.ch/>

# »Lee Kuan Yew World City Prize 2020« an Wien verliehen

Wiens Bürgermeister Michael Ludwig nahm in Singapur den Preis für nachhaltige und smarte Stadtentwicklung entgegen



Foto: PID / C. Jobst

Singapurs Präsidentin Halimah Yacob (r.) überreichte den „Lee Kuan Yew World City Prize 2020“ an Bürgermeister Michael Ludwig

Die Republik Singapur hat der Stadt Wien im März 2022 den „Lee Kuan Yew World City Prize 2020“ verliehen. Bürgermeister Michael Ludwig nahm die international renommierte Auszeichnung am Abend des 1. August im Rahmen der „World Cities Summit 2022“ in Singapur entgegen. Der vom südostasiatischen Stadtstaat alle zwei Jahre ausgelobte Preis würdigt herausragende Leistungen und Beiträge zur Schaffung lebenswerter, lebendiger und nachhaltiger urbaner Gemeinschaften auf der ganzen Welt.

„Durch die Preisverleihung fühle ich mich darin bestätigt, daß unser Wiener Weg der Stadt- und Zukunftsplanung in die richtige Richtung führt. Etwa im Bereich des Wohnens: 62 Prozent der Wiener Bevölkerung leben in geförderten Wohnungen oder Gemeindewohnungen“, sagte Stadtchef Ludwig bei der Preisüberreichung vor zahlreichen AmtskollegInnen aus der ganzen Welt. Ludwig betonte in seiner Rede, daß „auf drängende Probleme und fordernde Fragen, gültige Antworten gesucht und gefunden“ würden. Denn – wie bereits vor 100 Jahren in der Epoche des „Roten Wien“ – gebe es nur ein Credo, an dem sich alle kommunalen Maßnahmen zu orientieren hätten: „Im Mittelpunkt steht der Mensch.“

Wien sei aber auch eine Stadt der „sozialen Inklusion“, es werde „niemand ausgeschlossen oder zurückgelassen“, sagte Ludwig, der als Beispiel dafür das Modell der

„Grätzln“ anführte, mit dem die Wienerinnen und Wiener aller Generationen und Kulturen in Einklang miteinander leben und auch selbst über neue Maßnahmen zur Optimierung des guten Zusammenhalts mitbestimmen können.

„Neben schon bestehenden werden neue lokale Zentren geschaffen – mit allem, was man im täglichen Leben so braucht. Erfreulicher Nebeneffekt: Das macht auch mehr Lust aufs Zufußgehen und Radfahren“, sagte Ludwig. Künftig solle auch jede oder jeder in maximal 250 Metern Entfernung von seiner Wohnadresse Zugang zu ausreichend Grünraum haben – was in einer Stadt mit 53 Prozent der Stadtfläche als Grünraum oder Gewässer „durchaus plausibel erscheint“, merkte er an.

Aktuellen Problemfeldern wie dem Klimawandel und der seit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine besonders drängenden Problematik der drohenden Energieverknappung werde mit der „Smart Klima City Strategie“ begegnet. Um das Ziel dieses Programms zu erreichen – Wien bis 2040 CO<sub>2</sub>-neutral zu machen – sei ein ganzes Maßnahmenbündel geschnürt worden: „Allein in den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen – auf Wiesen, aber auch auf Dächern und Fassaden – werden 1,2 Milliarden Euro investiert. Zudem haben wir spektakuläre Projekte zur Nutzung von Geothermie – in 3.000 Metern Tiefe unter der Seestadt Aspern – sowie den Aufbau

einer lokalen Wasserstoff-Wertschöpfungskette am Laufen“, so der Bürgermeister und abschließend: „Sollten Sie mich nun nach einem typischen ‚Wiener Erfolgsrezept‘ fragen: Wir blicken auf eine gemeinsame intelligente, humane, nachhaltige und friedliche urbane Zukunft und gleichzeitig besinnen wir uns auf unsere Geschichte, auf unsere traditionellen Werte, auf unsere Kultur.“

Überzeugt hat die Preis-Jury vor allem Wiens Kombination aus Geschichte und Moderne. Die Stadt baut auf ihr starkes kulturelles und historisches Fundament, gleichzeitig ist sie durch moderne Innovationen eine nachhaltige und lebenswerte Metropole. Auch, daß WienerInnen sich aktiv an der Entwicklung ihrer Stadt beteiligen können, wurde ebenso positiv hervorgehoben wie die die lange Tradition der Stadt in der öffentlichen Daseinsvorsorge und der hohen Qualität der Dienstleistungen für alle BürgerInnen.

Bisherige Preisträger-Städte waren Seoul, Medellín, Suzhou, New York City und Bilbao. Benannt ist der Preis nach Singapurs erstem Premierminister Lee Kuan Yew, der maßgeblichen an Singapurs Entwicklung zu der grünen Gartenstadt beteiligt war, für die es heute bekannt ist.

Das „World Cities Forum 2025“, ein internationales Gipfeltreffen mit mehr als 150 BürgermeisterInnen und anderen Top-Level-Teilnehmenden, wird in Wien stattfinden. ■

<https://www.wien.gv.at/>



# Rosthorn-Medaille 2022

Österreichisch-chinesische Beziehungen und Gedenken an den verstorbenen Univ. Professor Gerd Kaminski im Vordergrund

Zu einem Festakt zur Überreichung der Rosthorn-Medaille 2022 für Verdienste um die österreichisch-chinesischen Beziehungen mit gleichzeitigem Gedenken an Univ. Prof. Gerd Kaminski lud Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 12. September in das Palais Epstein zahlreiche Ehrengäste ein. (Lesen Sie dazu auch den Beitrag auf der Seite 16).

Parlaments Direktor Harald Dossi hielt einleitend fest, daß dieses an sich freudige Zusammentreffen leider durch das plötzliche Ableben von Univ.-Prof. Gerd Kaminski überschattet wird. Wie auch die nachfolgenden Festredner, Bundespräsident a.D. Heinz Fischer, Vizekanzler a.D. Michael Spindelegger und der Botschafter der Republik China, S.E. Li Xiaosi, wurden der unermüdliche Einsatz und die Verdienste von Kaminski zur Förderung der Beziehungen zwischen Österreich und China gewürdigt. Seine Verdienste können, so der Parlamentsdirektor, „gar nicht hoch genug geschätzt werden!“

„Seit 2018 verbindet Österreich und China auch eine ‚Freundschaftliche Strategische Partnerschaft‘, mit dem Ziel, nicht nur die Zusammenarbeit auf bilateraler Ebene, sondern auch auf multilateraler Ebene zu stärken“, so Dossi weiter. „Daß dieser Zusammenarbeit auf allen Ebenen große Bedeutung zukommt, zeigt sich ganz besonders bei den aktuellen Herausforderungen, wie beispielsweise Gesundheits- und Umweltfragen sowie dem Angriffskrieg gegen die Ukraine. Ich bin zuversichtlich, daß die Beziehungen zwischen Österreich und China, auch und gerade unter den aktuell herausfordernden Rahmenbedingungen, weiter intensiviert werden können.“ Die Vernetzung zwischen Europa und Asien, zwischen Österreich und China sei in den letzten Jahren enorm vorangeschritten. Dazu hätten nicht nur Politik, Wirtschaft und Tourismus beigetragen, sondern auch zahlreiche Initiativen zur Stärkung des kulturellen, wissenschaftlichen und persönlichen Austausches und zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses.

„Trotz der unterschiedlichen Größe der beiden Länder und der unterschiedlichen politischen Systeme sind sich beide Staaten stets mit Respekt und auf Augenhöhe begegnet. Ich gehe davon aus, daß sich die Bezie-



Foto: PaN / Florian Wieser

Die beiden PaN-Vorstände Vizepräsident Oskar Wawra und Generalsekretär Walter J. Gerbautz gratulierten Bundesminister a.D. Werner Fasslabend zur Verleihung der Rosthornmedaille...



Foto: PaN / Florian Wieser

... die auch Chinaexpertin Obersenatsrätin Margareta Griebler-Hermann beglückwünschten.

hungen und die österreichisch-chinesische Freundschaft auch in den kommenden Jahren weiter vertieft werden“, so Dossi.

Professor Kaminski leitete seit 1971 die von ihm initiierte „Österreichische Gesellschaft für China- Forschung“, deren Ziel es ist, den gegenseitigen Austausch in allen Bereichen zu fördern. Nach seiner Habilitation 1978 leitete Kaminski außerdem das Boltzmann-Institut für China- und Südostasienforschung in Wien. In all diesen Jahren trug er unermüdlich dazu bei, die Beziehungen zwischen Österreich und China zu vertiefen.

Die anschließenden Verleihungen und Laudationes erfolgten durch Heinz Fischer an S.E Botschafter Li Xiaosi und Michael Spindelegger an Bundesminister a.D. Werner Fasslabend, Obersenatsrätin Margareta Griebler-Hermann und Gottfried Sodeck, Eigentümer und Vorstandsvorsitzender der Vogelbusch GmbH.

Zum Ehrenmitglied der österreichisch-chinesischen Gesellschaft-PaN wurde der langjährige Mitarbeiter und Dolmetsch Magister Su Binglie von Präsident Heinz Fischer mit einer Urkunde ausgezeichnet. ■

Teil der Quelle: Parlamentskorrespondenz



# PaN-Sommerkonzert 2022

Foto: Dachverband-PaN / Pobaschnig



Bereits zum dritten Mal in Folge lud der Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften-PaN seine Mitglieder, Freunde und Unterstützer zu einem fantastischen Konzert mit der Camerata Wien Prima Wien unter philharmonischer Leitung in das Palais Hansen Kempinski ein.

Das Konzert stand unter dem Motto „Romantik in der Klassik, Klassik in der Romantik“ und umfaßte Werke von Wolfgang Amadeus Mozart, Divertimento in F-Dur KV 138, Joseph Haydn, Konzert für Violoncello und Orchester C-Dur Hob. VIIb:1, Alexander Glasunow und Edvard Grieg unter dem Dirigenten und Philharmoniker Harald Krumböck.

Die Camerata Prima Wien wurde 2020 von Angelika Persterer-Ornig und Harald Krumpöck zur Förderung junger österreichischer MusikerInnen gegründet und repräsentiert eine Auswahl der begabtesten jungen NachwuchsstreicherInnen Österreichs.



Foto: Dachverband-PaN / Pobaschnig

v.l.: PaN-Präsident Hermann Mückler, Geschäftsführerin der Camerata Prima Wien Angelika Persterer-Ornig, PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz und Florian Wille, General Manager des Fünf-Sterne-Hotels Palais Hansen Kempinski in Wien

Im Anschluß an das phantastische Konzert lud der Dachverband-PaN gemeinsam

mit der Stadt Wien zu einem Get-together mit einem kleinen Umtrunk ein. ■

Foto: Dachverband-PaN / Pobaschnig





# PaN Sommerfest 2022



Foto: PaN / Florian Wieser

v.l.: PaN-Vorstandsmitglied Lukas Marcel Vositzky, PaN-Vizepräsident Oskar Wawra, PaN-Präsident Hermann Mückler, Regina Wiala-Zimm (Wiener Rathaus), ÖVAEG- Vorstände Vizepräsident Omar Al Rawi und Moudar Kouhja, PaN-Vorstandsmitglied Marguerite Machek-Vos und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz

Bereits zum vierten Mal lud der Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften-PaN seine mehr als 120 bilateralen Freundschaftsgesellschaften zum begehrten Sommergartenfest in die Blumengärten Hirschstetten in Wien Donaustadt ein.

So waren am 26. August bei herrlichem Sommerwetter mehr als 100 Vorstandsmitglieder, PartnerInnen und UnterstützerInnen aus dem Kreis der großen PaN-Familie im Garten des Bauernhofes erschienen und genossen im stimmungsvollen Ambiente die

ausgezeichneten Köstlichkeiten von Michael Kandler und seinem sympathischen Team von „Palmenhaus Kulinarik“.

PaN-Präsident Hermann Mückler dankte den erschienenen PaN-Vorstandsmitgliedern der bilateralen Freundschaftsgesellschaften für ihren unermüdlichen Einsatz auch während der schwierigen Covid-Periode. Auch dem Dachverband-PaN gelang es in den Nischenzeiten den PaN-Weltfrauentag 2022 im Wiener Stephansdom nach der coronabedingten Absage 2021 wieder durchzuführen.

Weiters konnte im Frühjahr 2021 der Besuch auf der Schallburg im Rahmen einer Spezialführung stattfinden, die grandiosen Konzerte von der Camerata Prima La Musica Wien konnten 2022 bereits zum dritten Mal nach den Covidjahren 2020 und 2021 im Palais Hansen Kempinski abgehalten werden und auch die beliebten PaN-Gartenfeste begeisterten sowohl 2021 wie auch 2022 die zahlreichen BesucherInnen.

Abschließend richtete PaN-Präsident Hermann Mückler einen Blick in die Zu-



Foto: PaN / Florian Wieser



Österreich, Europa und die Welt / PaN

kunft und avisierte die PaN-Preisverleihungen 2022 des BMEIA an die österreichisch-ukrainische Gesellschaft-PaN im Oktober dieses Jahres sowie die erstmalige Verleihung des PaN-Preises des Landes Niederösterreich an die Österreichisch-Slowakische Gesellschaft-PaN im Rahmen des „Salon Europa-Forum Wachau“ im Congress Center Baden.

Die Würdigung der PaN-Projektteilnehmer soll im Rahmen eines Festaktes am 3. November des Jahres im Wappensaal des Wiener Rathauses erfolgen, „sofern die Covidsanktionen nicht wieder aufleben“, schloß Präsident Mückler seine Ankündigungen der geplanten Dachverbandsaktivitäten. Bis in die späten Abendstunden nutzte die PaN-Familie das lang ersehnte Wiedersehen zu einem intensiven Gedanken- und Erfahrungsaustausch für ihre zukünftigen Aktivitäten und allenfalls gemeinsame Aktionen für ein gedeihliches und friedliches Zusammenleben der verschiedenen Länder und Kulturen. ■



PaN-Präsident Hermann Mückler begrüßt Regina Wiala-Zimm vom Wiener Rathaus, Abteilung Europa und Internationales



v.l.: Ö.-Sri Lanka-Vorstand Manfred Anreitter, Präsident Herman Mückler, Präsident Wittigo Keller und Gattin und GS Walter J Gerbautz



v.l.: GS Walter J Gerbautz, Servicechef Michael Kandler (Palmenhaus Kulinarik) und PaN-Vorstandsmitglied Lukas Marcel Vositzky



PaN-Vizepräsident Oskar Wawra mit Gattin Gerlinde



Gerd Hochsam, Vorstandsmitglied der Malta-Österreich Freundschaftsgesellschaft, mit Gattin



Roswita Karam und Schatzmeisterin Rutha Fischer von der Ö.-Litauischen Gesellschaft mit Präsident Gerhard Berka Ö.-Malaysia



Christa Kattirs, Ö.-Argentinien, Präsident Hermann Kroier, Vorstand Richard Trappl, Ö.-Island und Präsident Olivier Boulenguez, IPA-Paris

Alle Fotos: PaN / Florian Wieser



# Schweizer Bundesfeiertag

Seit 1891 wird der Nationalfeiertag der Schweizerischen Eidgenossenschaft gefeiert – die Schweizer Gesellschaft Wien feierte am 1. August mit.

Die Schweizer Gesellschaft Wien gehört – mit dem Gründungsjahr 1868 – zu den ältesten ausländischen Vereinen in Wien: sie war immer aktiv, sogar in der schwierigen Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs.

## Zahlreiche Aktivitäten

Zu den zahlreichen Aktivitäten des Vereins gehören traditionelle Veranstaltungen, wie Fondue-Essen, Weihnachtsfeiern oder auch Ausflüge und Wanderungen, aber auch Lesungen, Konzerte und Vortragsveranstaltungen, die zum Teil in den eigenen Clubräumen in der Schwindgasse im 4. Bezirk stattfinden.

Die Schweizer Gesellschaft will das Zusammengehörigkeitsgefühl ihrer Mitglieder stärken, gleichzeitig aber auch einen Austausch zwischen schweizerischer und österreichischer Kultur fördern.

Personen jeglicher Nationalität können – auch juristische Personen haben die Möglichkeit, sich für die Schweizer Gesellschaft zu engagieren.

Einer der Höhepunkte im Jahr ist die „Bundesfeier“ am 1. August, dem schweizerischen Nationalfeiertag. Aufgrund der größeren Teilnehmerzahlen zwischen 80 und 120 Gästen findet diese jeweils außer Haus statt.

ses Mal bewußt reduziert, die Botschaft des Schweizer Bundespräsidenten Ignacio Cassis vom Präsidenten verlesen, gefolgt von den Grußworten des PaN-Generalsekretärs Walter J. Gerbautz. Damit blieb den Mitgliedern viel Zeit, um sich dem ausgezeichneten Buffet und der Unterhaltung mit den anderen Gästen zu widmen, was der guten Stimmung sichtlich zuträglich war. Mit Einbruch der Dunkelheit wurde der „Schweizerpsalm“

(die schweizerische Nationalhymne) intoniert, als Höhepunkt und (langsamen) Abschluß der diesjährigen Bundesfeier, für die der Verein auch diesmal viel positive Resonanz bekam.

„Ein herzlicher Dank an dieser Stelle an alle unsere Gäste und Mitglieder und PAN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz für die aktive Teilnahme!“, so Präsident Ivo Dürr. ■

<https://www.schweizergesellschaft.at/>



Foto: Schweizer Gesellschaft

Ivo Dürr, Präsident der Schweizer Gesellschaft Wien, bei der Begrüßung beim Schübel-Auer

## 1. Augustfeier

Die 1. Augustfeier 2022 wurde, wie schon 2021, beim Heurigen Schübel-Auer in Nußdorf abgehalten. Diesmal hatte man allerdings mehr Glück mit dem Wetter und die ungefähr 80 Mitglieder und Gäste konnten bei Sonnenschein im romantischen, baumbestandenen Innenhof des Heurigen feiern. Als Ehrengast konnte die Gesellschaft Senator Walter J. Gerbautz, Generalsekretär der PAN-Organisation (der Dachverband der ausländischen Vereine in Österreich) willkommen heißen.

In seiner Begrüßung dankte Ivo Dürr, der Präsident der Schweizer Gesellschaft Wien, der Botschaft für die Spende des „Apéro und zeigte sich erfreut, daß unter den Anwesenden zahlreiche neue Mitglieder und auch jugendliche Gesichter zu sehen waren. Der „offizielle Teil“ der Bundesfeier wurde die-

Foto: Schweizer Gesellschaft



PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz überbrachte Grüße vom Dachverband PaN



# Bundespräsidentenwahl 2022

Sieben Wahlwerber haben ausreichend Unterstützungserklärungen für die Wahl am 9. Oktober abgegeben. Michael Brunner, Gerald Grosz, Walter Rosenkranz, Heinrich Staudinger, Alexander Van der Bellen, Tassilo Wallentin und Dominik Wlazny haben die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Bewerbung erfüllt.

Die Bundeswahlbehörde hat in ihrer Sitzung vom 7. September festgestellt, daß bei den auf die nachstehenden Wahlwerber lautenden Wahlvorschlägen die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Bewerbung bei der Bundespräsidentenwahl 2022 erfüllt sind und daß diesen Wahlvorschlägen insbesondere auch jeweils mehr als 6.000, und somit ausreichend Unterstützungserklärungen beigegeben waren. In alphabetischer Reihenfolge handelt es sich um:

- Dr. Michael Brunner
- Gerald Grosz
- Dr. Walter Rosenkranz
- Heinrich Staudinger
- Dr. Alexander Van der Bellen
- Dr. Tassilo Wallentin
- Dr. Dominik Wlazny

Die Bundeswahlbehörde hat die Wahlvorschläge, wie gesetzlich vorgegeben, am 7. September auf der Amtstafel des Bundesministeriums für Inneres und im Internet auf



Foto: Bwag / CC-BY-SA-4.0

Westansicht des Leopoldinischen Trakts der Hofburg, dem Amtssitz des Bundespräsidenten

<https://www.bmi.gv.at/news.aspx?id=31722B61552F30464649633D> veröffentlicht.

Die auf „Mag. Robert Marschall“, „Wolfgang Ottowitz“ und „Johann Peter Schutte“ lautenden Wahlvorschläge wurden mangels

ausreichender Unterstützungserklärungen nicht veröffentlicht. Auch der auf „David Packer, BSc“ lautende Wahlvorschlag gilt als nicht eingebracht, weil der zustellungsbevollmächtigte Vertreter dieses Wahlvorschlags den

## Michael Brunner

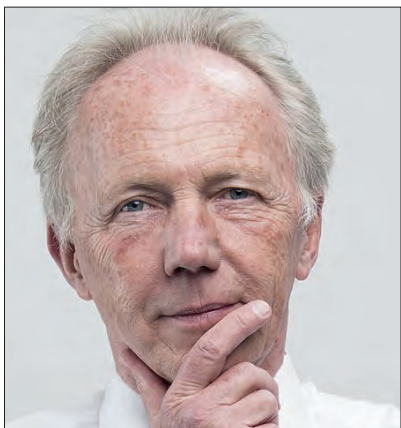


Foto: Bwag / CC-BY-SA-4.0

\* 12. November 1960 in Wien, ist ein österreichischer Rechtsanwalt sowie Bundesparteiobmann der MFG. Brunner absolvierte ein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien, das er 1990 mit der Promotion zum Doktor juris abschloß. Primär fokussierte er sich auf die Bereiche Verfassungs- und Verwaltungsrecht.  
<https://www.mfg-oe.at/>

## Gerald Grosz



Foto: Fotostudio Franz Pfluegl / CC-BY-SA-4.0

\* 15. Februar 1977 in Graz, ist ein österreichischer Kolumnist, Autor und ehemaliger Politiker der FPÖ und des BZÖ. Von Oktober 2008 bis Oktober 2013 war er Abgeordneter zum Nationalrat. Danach war er von Oktober 2013 bis März 2015 Bundesobmann des BZÖ sowie Landesobmann des BZÖ Steiermark von Juni 2005 bis März 2015.  
<https://www.geraldgrosz.at/>

## Walter Rosenkranz



Foto: FPÖ Niederösterreich / CC-BY-SA-4.0

\* 29. Juli 1962 in Krems an der Donau ist ein österreichischer Jurist und Politiker (FPÖ). Er war von Oktober 2008 bis Juni 2019 Abgeordneter zum Nationalrat und dort von 2017 bis Mai 2019 Klubobmann der FPÖ. Zudem war er von 2013 bis 2019 Landesparteiobmann der FPÖ Niederösterreich. Am 1. Juli 2019 wurde er als Volksanwalt angelobt.  
<https://walter-rosenkranz.at/>



**Heinrich Staudinger**



\* 5. April 1953 in Vöcklabruck, ist ein österreichischer Unternehmer. 1984 wurde in Schrems im Waldviertel die selbstverwaltete „Waldviertler Schuhwerkstatt“ gegründet, die auch andere Produkte produziert und entwickelt. Der ehemalige Vertriebskunde war ab 1991 Miteigentümer war ist mittlerweile Mehrheitseigentümer.  
<https://heini-praesident.at/>

Foto: Anton-kurt / CC-BY-SA-4.0

**Alexander Van der Bellen**



\* 18. Jänner 1944 in Wien, ist ein österreichischer Wirtschaftswissenschaftler, Politiker. Von 1976 bis in die 1990er Jahre lehrte er an der Uni Innsbruck und der Uni Wien. Bis 2008 war er Bundessprecher der Grünen und von 1999 bis 2008 deren Klubobmann. Seit dem 26. Jänner 2017 ist er Bundespräsident der Republik Österreich.  
<https://www.vanderbellen.at/>

Foto: Press Photographer Peter Lechner / CC-BY-SA-4.0

**Tassilo Wallentin**



\* 25. Dezember 1973, ist ein österreichischer Autor, Kolumnist und Rechtsanwalt. Ab 1994 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Salzburg, beendet im Frühjahr 1998 mit ausgezeichnetem Erfolg, Master of Laws degree in den USA, 2004 Gründung der eigenen Rechtsanwaltskanzlei. Bis 2022 ganzseitige „Offen gesagt“-Kolumne in der „Krone“.  
<https://www.tassilowallentin.at/>

Foto: Tassilo Wallentin / CC-BY-SA-4.0

gesetzlich vorgesehenen Kostenbeitrag in der Höhe von 3.600 € nicht bezahlt hat.

**Hotline für die Bundespräsidentenwahl 2022**

Bis 8. Oktober wurde im Bundesministerium für Inneres – wie schon bei Wahlereignissen in den vergangenen Jahren – wieder eine Hotline eingerichtet. Speziell geschulte Bedienstete stehen für Fragen rund um die Bundespräsidentenwahl zur Verfügung. Das Callcenter ist von Montag bis Freitag, jeweils von 8.00 bis 17.00 Uhr, sowie am Samstag, dem 8. Oktober 2022, von 8.00 bis 15.00 Uhr, erreichbar. Außerhalb der Betriebszeiten wird ein Tonbanddienst angeboten. Vom Inland aus ist die Hotline über die Nummer 0800 20 22 20 (gebührenfrei) zu erreichen, vom Ausland aus unter der Nummer +43 1 53126 2700.

**Digital die Wahlkarte für die Bundespräsidentenwahl 2022 beantragen**

Seit 24. August 2022 ist der Online-Antrag zur Ausstellung einer Wahlkarte für die Bundespräsidentenwahl am 9. Oktober 2022 über die App „Digitales Amt“ <https://play.google.com/store/search?q=App%20Digitales%20Amt&c=apps&gl=AT> beziehungsweise die Website <https://www.oesterreich.gv.at/> verfügbar.

„Das Vertrauen in digitale Lösungen ist durch Corona gestiegen. Das belegen die ak-

**Dominik Wlazny**



\* 27. Dezember 1986 in Wien, ist ein österreichischer Musiker, Mediziner, Kabarettist und Vorsitzender der Bierpartei Österreich die er 2015 anlässlich des Songs „Die Bierpartei“ auf dem Debütalbum von Turbobier gründete. Nach einiger Zeit der Inaktivität begann er, mit der ursprünglich als reine Spaßpartei gegründeten Partei, tatsächlich Politik zu machen.  
<https://www.bierpartei.eu/>

Foto: Gripweed / CC-BY-SA-4.0

tuell über 12.000 bereits erfolgten digitalen Beantragungen. Mein Anspruch ist es, die Verwaltung zu den Menschen zu bringen. Die schnelle und unkomplizierte Beantragung einer Wahlkarte ermöglicht Wählerin-

nen und Wählern größtmögliche Flexibilität bei der Stimmabgabe. Einfach digital beantragen und die Stimme entweder im Wahllokal oder per Briefwahl abgeben. So bleiben Sie flexibel und können das so wichtige Stimmrecht ausüben“, so der Staatssekretär für Digitalisierung, Florian Tursky. (Anm.: Stand 8. September 2022)

Die digitale Beantragung einer Wahlkarte bei einer Gemeinde für eine Bundespräsidentenwahl via App ist heuer zum ersten Mal möglich. Digital beantragte Wahlkarten werden an die zuständigen Gemeinden weitergeleitet. Darüber hinaus ist auch der Antrag zur Ausstellung der Wahlkarte für eine eventuell stattfindende Stichwahl bereits integriert.

„Wer wählt, leistet einen wichtigen Beitrag zu einer starken und funktionierenden Demokratie. Ich ersuche daher jeden von diesem grundlegenden Recht Gebrauch zu machen – per Wahlkarte oder durch persönliche Stimmabgabe im Wahllokal“, so Innenminister Gerhard Karner.

Der Online-Antrag ist grundsätzlich bis spätestens am vierten Tag vor der Wahl möglich. In der Nacht vom 4. auf den 5. Oktober (00:00 Uhr) wird der Antrag in der App und auf der Website wieder deaktiviert. Das soll sicherstellen, daß die Wahlkarten rechtzeitig zugestellt werden können. ■

Quellen: <https://bmi.gv.at/> und <https://de.wikipedia.org/>

Wirtschaft

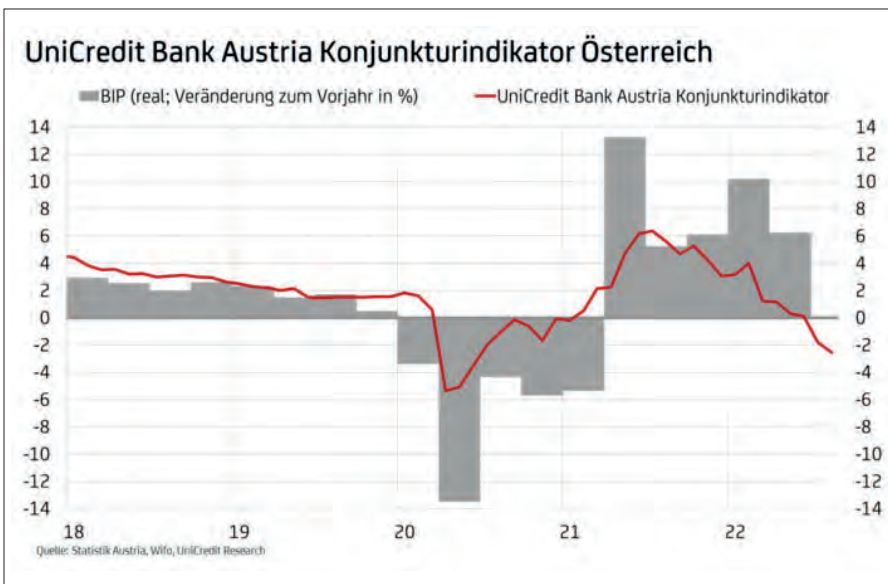
# Österreichs Wirtschaft auf dem Weg in eine milde Rezession

Kräftiges Wachstum erster Jahreshälfte führt trotz starker Abkühlung der Konjunktur in den kommenden Monaten zu einer Anhebung der BIP-Prognose für 2022

Mit Beginn des Herbsts hat sich die Abkühlung des Konjunkturklimas in Österreich fortgesetzt. Während die Probleme in den Lieferketten nur langsam nachlassen, stellen die Auswirkungen der hohen Energiepreise als Folge des Kriegs in der Ukraine eine immer stärkere Belastung für die österreichische Wirtschaft dar. „Der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator ist im September auf minus 2,5 Punkte gesunken und liegt damit den zweiten Monat in Folge im negativen Bereich. Der erneute Rückgang senkt den Indikator auf den niedrigsten Wert seit dem Frühjahr 2020, als infolge des Ausbruchs der Covid-19-Pandemie die österreichische Wirtschaft in eine Rezession schlitterte“, meint UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer und ergänzt: „Mittlerweile ist die Eintrübung der Konjunktur in allen Wirtschaftsbereichen spürbar. Nach der Abkühlung der Stimmung am Bau und in der heimischen Industrie seit Beginn des Kriegs in der Ukraine erhielt Ende des Sommers erstmals der Optimismus im Dienstleistungssektor einen deutlichen Dämpfer.“

### Dienstleistungssektor schließt sich Abschwung der Produktionsbereiche an

Der Rückgang des UniCredit Bank Austria Konjunkturindikators im August wurde stark durch die Stimmungsverschlechterung im



Dienstleistungssektor verursacht. In den vergangenen Monaten sind in den meisten Servicebereichen die Geschäfte sehr gut gelaufen. Die Nachfrage profitierte durch Nachholeffekte nach der vollständigen Aufhebung von Pandemiemaßnahmen sowie die hohe Liquidität der Kunden nach beschränkten Konsummöglichkeiten während der Pandemie.

„Die Sorgen über die stark steigende Inflation und die zunehmende Überwälzung der gestiegenen Kosten auf die Verkaufspreise bremsen nun auch in Dienstleistungsbe-

reichen die Nachfrage, das hat im August die Geschäftsstimmung erstmals seit dem Lockdown zu Beginn des vorigen Winters unter den langjährigen Durchschnitt gedrückt. Die steigenden Lebenshaltungskosten werden in den kommenden Monaten die Konsumnachfrage der ÖsterreicherInnen weiter dämpfen“, erwartet Bruckbauer. Die Verbraucherstimmung, die diese Entwicklung durch den starken Einbruch in den vergangenen Monaten vorzeichnet, hat sich aktuell zwar etwas verbessert, liegt jedoch nur ganz knapp über dem Allzeittief des Sommers.

Österreich Konjunkturprognose	Prognose								
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Wirtschaftswachstum (real, Vdg. z. Vorjahr)	1,0	2,0	2,3	2,5	1,5	-6,7	4,6	5,3	0,4
Industrieproduktion (real, Vdg. z. Vorjahr)	2,4	2,5	4,2	4,2	0,0	-7,1	10,8	3,5	2,0
Privater Konsum (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	0,5	1,5	2,0	1,1	0,7	-8,5	3,7	4,6	0,2
Investitionen (real, Vdg. z. Vorjahr in %) <sup>*)</sup>	2,3	4,3	4,2	4,4	4,8	-5,2	8,9	-1,2	0,0
Inflationsrate (Vdg. zum Vorjahr in %)	0,9	0,9	2,1	2,0	1,5	1,4	2,8	8,3	5,5
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	9,1	9,1	8,5	7,7	7,4	9,9	8,0	6,3	6,3
Beschäftigung (Vdg. zum Vorjahr in %) <sup>**)</sup>	1,0	1,6	2,0	2,5	1,6	-2,0	2,5	2,9	1,1
Öff. Haushaltssaldo (in % des BIP)	-1,0	-1,5	-0,8	0,2	0,6	-8,0	-5,9	-2,9	-2,5
Öff. Verschuldung (in % des BIP)	84,9	82,8	78,5	74,1	70,6	83,3	82,9	75,6	73,9

<sup>\*)</sup> Bruttoanlageinvestitionen <sup>\*\*) ohne Karentgeldbezieher, Präsenzdiener und Schulungen</sup>

Quelle: UniCredit Research



# Wirtschaft

Während der Stimmungsrückgang am Bau im August angesichts der noch guten Auftragslage und nachlassender Lieferprobleme vorerst noch relativ gering war, trübte sich das Konjunkturklima in der heimischen Industrie deutlich ein. Die Verschlechterung des Exportumfelds schlägt sich in einem rückläufigen Neugeschäft nieder. Zudem kam es nur zu einer geringfügigen Entspannung der Lieferverzögerungen, während die Kosten für Vormaterialien und vor allem für Energie, wie Gas und Strom, erneut stark gestiegen sind und mittlerweile die Rentabilität der Produktion gefährden.

### Rezession im Winter erwartet

Nach einem starken Jahresbeginn und der Wachstumsverlangsamung im Frühjahr signalisieren die aktuell negativen Werte des UniCredit Bank Austria Konjunkturindikators, daß eine moderat rückläufige Wirtschaftsentwicklung in den kommenden Monaten bevorstehen dürfte. Das kräftige Wachstum der ersten Jahreshälfte ist bereits über den Sommer weitgehend zum Erliegen gekommen, da die Industrie und die Bauwirtschaft nicht mehr zulegen konnten. Der Dienstleistungssektor hielt, gestützt auf den Tourismus, zwar entgegen, mehr als eine Stagnation im dritten Quartal dürfte jedoch nicht erreicht worden sein. Mit dem Ausfall des Dienstleistungssektors als Wachstumsträger dürfte gegen Ende 2022 die österreichische Wirtschaft in eine – voraussichtlich milde – Rezession abgleiten.

„Nachdem das Wirtschaftswachstum in der ersten Jahreshälfte nach den neuesten Daten sogar 8 Prozent im Jahresvergleich erreicht hat, haben wir unsere Wachstumsprognose für das Gesamtjahr erhöht. Trotz der nun weniger günstigen Aussichten für die kommenden Monate erwarten wir für 2022 einen Anstieg des BIP um 5,3 Prozent, statt bisher 4,4 Prozent“, meint UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl. Damit wird die österreichische Wirtschaftsleistung nach dem starken Einbruch zu Beginn der Pandemie Ende 2022 immerhin bereits mehr als 3 Prozent über dem Vorkrisenniveau liegen.

Die österreichische Wirtschaft wird einen sehr schwierigen Start ins Jahr 2023 haben. Durch die hohen Energiepreise, die sich zunehmend in den allgemeinen Verbraucherpreisen niederschlagen werden, drohen trotz staatlicher Kompensationsmaßnahmen vielen Haushalten reale Einkommensverluste. Die Konsumnachfrage wird in den ersten Monaten des Jahres 2023 voraussichtlich zu-

rückgehen. Auch die Investitionen der Unternehmen werden angesichts der hohen Kostenanstiege sowie der bestehenden Unsicherheiten und fehlender Perspektiven die Konjunkturentwicklung dämpfen.

„Nach der milden Rezession über den Winter erwarten wir mit einer beginnenden Entspannung der Inflation im weiteren Jahresverlauf 2023 eine langsame Erholung der Nachfrage und die Rückkehr der österreichischen Wirtschaft auf einen moderaten Wachstumspfad. Für das Gesamtjahr 2023 haben wir unsere BIP-Prognose von 1,5 auf nur noch 0,4 Prozent zurückgenommen“, meint Pudschedl. Der Prognose unterliegt die Annahme, daß es zu keinen Produktionsausfällen aufgrund mangelnder Energieversorgung kommen wird, jedoch die Preisentwicklung zu Produktionseinschränkungen aus Rentabilitätsgründen bei einzelnen Unternehmen führen kann.

### Konjunkturabkühlung schlägt sich auf den Arbeitsmarkt nieder

Der Verbesserungstrend am Arbeitsmarkt hat sich seit Jahresbeginn klar verlangsamt und ist seit Mitte des Jahres unterbrochen. Grund ist das Auslaufen von Aufholeffekten nach der Pandemie sowie die beginnende konjunkturelle Abkühlung infolge der Belastungen durch anhaltende Lieferstörungen und den Krieg in der Ukraine. Seit Juni steigt die saisonbereinigte Arbeitslosenquote gegenüber dem Vormonat erstmals seit dem Höhepunkt während des ersten Corona-Lockdowns im April 2020 wieder an und lag im August bei 6,4 Prozent.

Infolge der sich verstärkenden Konjunkturabschwächung erwarten wir in den kommenden Monaten einen Anstieg der Arbeitslosenquote in Österreich, der jedoch überschaubar ausfallen sollte, da die Beschäftigung angesichts des bestehenden Arbeitskräftemangels in vielen Branchen voraussichtlich kaum reduziert werden wird. Im Jahresdurchschnitt 2022 dürfte die Arbeitslosenquote auf 6,3 Prozent sinken, der niedrigste Wert seit 2007.

Trotz der Abkühlung der Wachstumsdynamik im kommenden Jahr wird die Beschäftigung voraussichtlich weiter zunehmen und das leicht steigende Arbeitskräfteangebot damit weitgehend auffangen können. „Aufgrund der Verschlechterung der Konjunkturlage, die aus unserer Sicht zu einer leichten Rezession zu Jahresbeginn führen wird, haben wir unsere Prognose geringfügig erhöht und erwarten mittlerweile nur noch eine Stabilisierung der Arbeitslosen-

quote im Jahresdurchschnitt 2023 bei 6,3 Prozent“, meint Pudschedl.

### Aufwärtstrend der Inflation dürfte sich noch bis in den Winter fortsetzen

Die hohe Unsicherheit bezüglich der Versorgungssicherheit sorgt weiterhin für Rückenwind für die Energiepreise, speziell für Gas- und Strompreis, und führt zu einer Fortsetzung des Aufwärtstrends der Inflation in Österreich. Darüber hinaus schlagen sich die höheren Energiekosten in vielen Branchen zunehmend in höheren Verkaufspreisen nieder.

„Nach einer durchschnittlichen Teuerung in den ersten acht Monaten von 7,5 Prozent

	BIP real	UniCredit Bank Austria Konjunktur-Indikator
	Veränderung zum Vorjahr	
Dez.98	3,0	3,1
Dez.99	4,3	4,0
Dez.00	3,3	3,5
Dez.01	0,0	1,0
Dez.02	1,1	2,0
Dez.03	1,4	2,5
Dez.04	3,4	2,5
Dez.05	2,8	2,6
Dez.06	3,7	3,6
Dez.07	3,5	2,9
Dez.08	-1,5	-1,4
Dez.09	-1,3	0,9
Dez.10	2,6	2,3
Dez.11	1,4	0,5
Dez.12	0,2	0,5
Dez.13	0,2	1,4
Dez.14	0,4	0,8
Dez.15	1,3	1,5
Dez.16	2,5	2,8
Dez.17	2,6	4,5
Mär.18	2,9	3,5
Jun.18	2,5	3,2
Sep.18	2,0	3,1
Dez.18	2,6	2,6
Mär.19	2,3	2,2
Jun.19	1,5	1,5
Sep.19	1,7	1,5
Dez.19	0,5	1,5
Mär.20	-3,4	0,6
Jun.20	-13,5	-3,5
Sep.20	-4,4	-0,2
Dez.20	-5,7	-0,1
Mär.21	-5,4	2,1
Jun.21	13,3	6,1
Sep.21	5,2	4,7
Dez.21	6,1	3,0
Mär.22	10,2	1,2
Jun.22	6,2	0,1
Jul.22		-1,8
Aug.22		-2,5

Bank Austria

© UniCredit Research

## Wirtschaft

und sogar über 9 Prozent im Juli und August sind in den kommenden Monaten sogar zweistellige Inflationswerte in Österreich nicht mehr auszuschließen. Im Jahresdurchschnitt 2022 gehen wir mittlerweile von einer Teuerung von 8,3 Prozent aus“, so Pudschedl. Erst über den Winter sollte sich der Inflationsauftrieb verlangsamen.

Bedingt durch automatische Indexanpassungen wird die Inflation trotz des voraussichtlich dämpfenden Einflusses der Preise für (Energie-)Rohstoffe 2023 vorerst aber nur langsam sinken. Dennoch dürfte die Teuerung im letzten Jahresdrittel 2023 auf rund 3 Prozent im Jahresvergleich zurückkehren, gedämpft durch die spürbare Abschwächung der Konjunktur. Die Ökonomen der UniCre-

dit Bank Austria haben die Inflationsprognose für 2023 auf durchschnittlich 5,5 Prozent angehoben. Angesichts der volatilen Einflüsse sowie möglicher staatlicher Preisregulierungen ist die Inflationsprognose jedoch mit hoher Unsicherheit gekennzeichnet.

### EZB zieht die Zügel fester

Der gestiegenen Inflation begegnet die Europäische Zentralbank mit einer beschleunigten Verschärfung des geldpolitischen Kurses. Um sicherzustellen, daß sich die Inflation nicht in den Erwartungen und Lohnabschlüssen verfestigt, erfolgt eine deutlichere Anhebung der Zinsen auch zum Preis einer Beeinträchtigung der Wirtschaftsdynamik mit ungünstigen Auswir-

kungen auf den Arbeitsmarkt. Nach der Anhebung der Leitzinsen um 50 Basispunkte im Juli erfolgte im September ein weiterer Zinsschritt um sogar 75 Basispunkte nach oben. „In Anbetracht unserer höheren Inflationserwartung gehen wir nun davon aus, daß der Einlagensatz voraussichtlich noch im ersten Quartal 2023 seinen Höchststand bei 2 Prozent erreichen wird und der Refinanzierungssatz bei 2,5 Prozent, statt wie bisher bei 1,25 bzw. 1,75 Prozent. Wir gehen dabei bis zum Jahresende 2022 noch von zwei weiteren Schritten um 50 Basispunkte und erst im ersten Quartal 2023 von einer Verlangsamung des Tempos der Zinsanhebungen auf 25 Basispunkte aus“, so Bruckbauer abschließend. ■

# WIFO-Konjunkturbericht August

## Die Konjunkturindikatoren gehen zurück

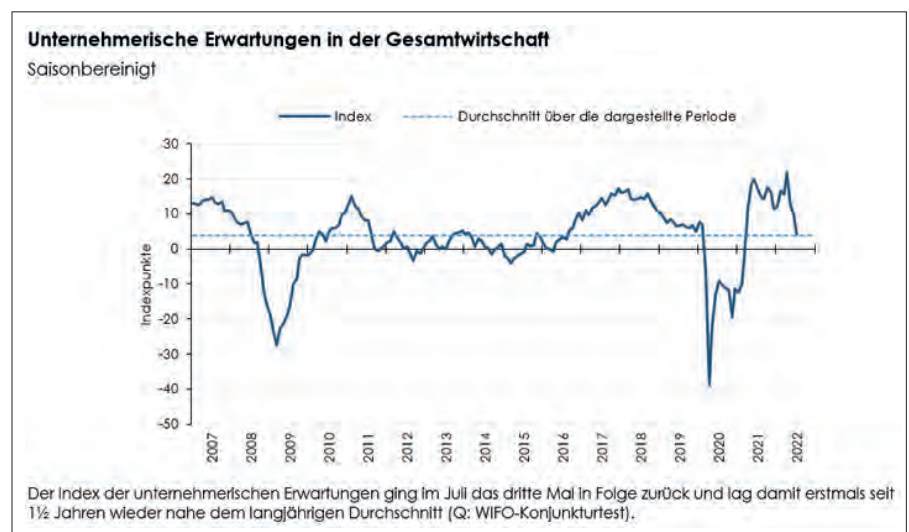
Im II. Quartal wuchs Österreichs Wirtschaft noch solide, Stimmungsindikatoren deuten jedoch auf eine Verlangsamung der Konjunktur hin. Die Konjunkturerwartungen der heimischen Unternehmen trübten sich im Juli auf breiter Basis ein. Auch gemäß Wöchentlichem WIFO-Wirtschaftsindex dürfte das BIP-Wachstum im Juli schwächer ausgefallen sein als in den Vormonaten.

„Im Juli trübten sich die Konjunkturerwartungen der heimischen Unternehmen auf breiter Basis ein“, so die Autorin des aktuellen Konjunkturberichtes Sandra Bilek-Steindl.

Der Welthandel hat zwar zuletzt wieder etwas Fahrt aufgenommen, die Entwicklung der Weltwirtschaft ist jedoch weiterhin durch Angebotsengpässe beeinträchtigt. Trotz leichter Rückgänge liegen auch die Rohstoffpreise nach wie vor auf hohem Niveau.

Vor diesem Hintergrund verschlechterten sich Vorlaufindikatoren im In- und Ausland zuletzt weiter. Der von der Europäischen Kommission veröffentlichte Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI) für den Euro-Raum ging im Juli auf breiter Basis zurück. Der Ifo-Geschäftsklimaindex für Deutschland sank im Juli auf den niedrigsten Wert seit Juni 2020.

Aktuelle Stimmungsindikatoren lassen auch für Österreich eine Konjunkturabschwächung erwarten. Der WIFO-Konjunkturklimaindex notierte im Juli unter dem Wert des Vormonats, blieb jedoch im posi-



ven Bereich und über dem langjährigen Durchschnitt. Während die Einschätzungen der Unternehmen zur aktuellen Lage nach wie vor ein positives Bild zeichnen, signalisieren ihre Erwartungen eine Eintrübung der Konjunkturaussichten. Die unternehmerische Unsicherheit nahm vor dem Hintergrund der Unwägbarkeiten der Erdgasversorgung weiter zu.

Im II. Quartal wuchs Österreichs Wirtschaft noch solide. Aktuelle Berechnungen des Wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) zeigen allerdings eine Wachstumsabschwächung an. Demzufolge wird das BIP-Wachstum im Juli auf +2,2 % gegenüber dem Vorjahr geschätzt (Mai +5,1 %, Juni +2,7 %).

Der Preisaufrtrieb hat sich zuletzt weiter verstärkt. Infolge der hohen Lebensmittel- und Energiepreise stieg der Verbraucherpreisindex im Juni (8,7 %) und Juli (9,2 %; gemäß Schnellschätzung von Statistik Austria) erneut an. Parallel dazu sank das heimische Konsumentenvertrauen (laut Europäischer Kommission) im Juli auf den tiefsten Wert seit Beginn der Erhebung im Jahr 1995. Getrieben wurde diese Entwicklung von einer drastischen Verschlechterung der Erwartungen zur allgemeinen Wirtschaftslage.

Auf dem Arbeitsmarkt hält der positive Trend hingegen an. Die Beschäftigung wurde abermals ausgeweitet, die Arbeitslosenquote verharrte im Juli saisonbereinigt bei voraussichtlich 6,3 % (nationale Definition). ■



# Vorkrisenniveau fast erreicht

Mehr als 37 Mio. Nächtigungen in der ersten Hälfte der Sommersaison 2022

Nach zwei schwierigen Sommern für den Tourismus war die erste Hälfte der Sommer-Hauptsaison 2022 wieder besonders nächtigungstark: Mit 17,83 Mio. Übernachtungen in österreichischen Beherbergungsbetrieben im Juli wurde selbst der Vorkrisenwert des Juli 2019 mit -4,9 % nur leicht unterschritten“, so Tobias Thomas, Generaldirektor von Statistik Austria.

### Verteilung der Nächtigungen in- und ausländischer Gäste nähert sich Vorkrisenniveau an

Mit 37,04 Mio. Nächtigungen verzeichnete die erste Hälfte der Sommersaison 2022 (Mai bis Juli) um 4,6 % weniger Nächtigungen als der Vergleichszeitraum im Jahr 2019 (38,83 Mio.). 33,0 % der Nächtigungen waren auf inländische Gäste zurückzuführen (2019: 29,9 %): Mit 12,21 Mio. lag die Zahl der Übernachtungen inländischer Gäste um 5,2 % über dem Wert von Mai bis Juli 2019 (11,61 Mio.). Die Übernachtungen ausländischer Gäste verzeichneten mit 24,83 Mio. im Vergleich zum Vorjahr ein starkes Plus von 63,4 %, lagen aber dennoch um 8,8 % unter den Vergleichszahlen von 2019.

### Ausländische Gäste zum Großteil aus EU-Ländern

Eine Analyse der Herkunftsländer von Gästen aus dem Ausland in der bisherigen Sommersaison zeigt, daß 84,8 % aller Nächtigungen ausländischer Gäste auf Gäste aus der EU zurückgehen. Im gleichen Zeitraum 2019 waren Gäste aus der EU für 78,1 % der Nächtigungen von Gästen aus dem Ausland verantwortlich. Die Nächtigungen von Gästen aus Asien stiegen zwar im Vergleich zu 2020 und 2021 wieder an, liegen aber gemessen an allen Nächtigungen von Gästen aus dem Ausland noch um 3,7 Prozentpunkte unter dem Vorkrisenniveau 2019.

### Nächtigungen im bisherigen Kalenderjahr um 15,5 % unter Vorkrisenniveau

Das bisherige Kalenderjahr 2022 (Jänner bis Juli) lag mit 80,39 Mio. Nächtigungen um 15,5 % unter dem Vorkrisenniveau 2019 (95,10 Mio. Nächtigungen). Die Vergleichszeiträume 2021 (29,67 Mio. Nächtigungen) und 2020 (63,82 Mio.) wurden damit aber deutlich übertroffen.

Die monatlichen Ankünfte und Nächtigungen der Gäste aus dem In- und Ausland

werden im Rahmen der Beherbergungsstatistik und auf Basis der Tourismus-Statistik-Verordnung von den gewerblichen und privaten Beherbergungsbetrieben an die jeweilige Gemeinde gemeldet. Die Berichtsgemeinden melden die Ankünfte und Nächtigungen nach Unterkunftsart und Herkunftsländern an Statistik Austria.

*Informationen zur Methodik, Definitionen:* Im Rahmen der monatlichen Nächtigungsstatistik werden die Ankünfte und Nächtigungen in entgeltlichen Beherbergungsbetrieben für alle Gemeinden erhoben, die mehr als 1 000 Nächtigungen im Jahr aufweisen. Von den insgesamt 2 093 österreichischen Gemeinden übermitteln somit 1 569 Berichtsgemeinden monatlich Daten an Statistik Austria. Die Erhebungseinheiten sind gewerbliche und private Beherbergungsbetriebe, die ihre Daten per statistischem Meldeblatt oder Betriebsbogen an die jeweilige Berichtsgemeinde übermitteln. Für Vorjahresvergleiche werden die aktuellen Monatsdaten mit den Werten der entsprechenden Berichtsgemeinden des Vorjahresmonats herangezogen. ■

<https://www.statistik.at/>

Vorläufige Ankunftsergebnisse der Beherbergungsstatistik im Juli 2022

Gliederungsmerkmale	Ausländische Gäste			Inländische Gäste			Insgesamt		
	Absolut in 1 000	Veränderung in Prozent	Veränderung in 1 000	Absolut in 1 000	Veränderung in Prozent	Veränderung in 1 000	Absolut in 1 000	Veränderung in Prozent	Veränderung in 1 000
<b>Bundesland</b>									
Burgenland	32,6	25,6	6,6	104,6	-18,8	-24,2	137,2	-11,4	-17,6
Kärnten	346,5	33,1	86,2	254,3	-14,2	-42,1	600,8	7,9	44,1
Niederösterreich	133,4	43,0	40,1	189,0	-1,5	-2,9	322,4	13,1	37,2
Oberösterreich	209,9	52,4	72,2	201,3	1,8	3,6	411,2	22,6	75,7
Salzburg	713,0	42,7	213,4	227,3	-4,7	-11,2	940,3	27,4	202,1
Steiermark	245,0	30,4	57,1	283,1	-13,5	-44,2	528,1	2,5	12,9
Tirol	1 268,5	27,8	275,9	181,5	-2,3	-4,3	1 450,0	23,1	271,7
Vorarlberg	232,5	20,9	40,2	49,5	9,3	4,2	282,0	18,7	44,4
Wien	462,1	150,9	277,9	129,6	63,2	50,2	591,7	124,5	328,1
<b>In Österreich insgesamt</b>	<b>3 643,5</b>	<b>41,7</b>	<b>1 072,2</b>	<b>1 620,2</b>	<b>-4,2</b>	<b>-71,0</b>	<b>5 263,7</b>	<b>23,5</b>	<b>1 001,2</b>
<b>Ausgewählte Beherbergungsbetriebe</b>									
5/4-Stern	1 160,8	44,3	356,4	586,6	-4,5	-27,6	1 747,4	23,2	328,7
3-Stern	767,6	43,9	234,2	428,7	-1,8	-7,9	1 196,3	23,3	226,3
2/1-Stern	313,6	47,9	101,6	119,6	-0,9	-1,1	433,2	30,2	100,5
Gewerbl. Ferienwohnungen	312,6	46,5	99,2	75,4	-11,4	-9,7	388,0	30,0	89,5
Privatquartiere auf und nicht auf Bauernhöfen	101,3	19,9	16,8	60,0	-18,5	-13,6	161,3	2,0	3,2
Private Ferienhäusern/-wohnungen	337,1	22,4	61,7	68,8	-26,0	-24,2	405,9	10,2	37,5

Q: STATISTIK AUSTRIA, Beherbergungsstatistik. Erstellt am 26.08.2022.

# Flughafengeschäft brummt wieder ordentlich

**Flughafen-Wien-Gruppe: Deutlich verbesserte Geschäftszahlen fürs erste Halbjahr 2022: Umsatzverdoppelung auf € 294,7 Mio. und Ergebnisanstieg auf € 52,3 Mio.**

Nach schwierigen zwei Jahren läßt die stark gestiegene Urlauber-Reiselust das Geschäft der Flughafen-Wien-Gruppe wieder ordentlich brummen. Die Reisewilligkeit der Österreicher ist fast wieder auf Vorkrisenniveau“, stellt Günther Ofner, Vorstand der Flughafen Wien AG, fest. „Das Resultat zum 30. Juni im Vorjahresvergleich: deutlich gestiegene Passagierzahlen, eine Verdoppelung beim Umsatz und massive Verbesserungen bei EBITDA, EBIT und Nettoergebnis. Auch der Ausblick auf den Rest des Jahres bleibt positiv. Da die Flughafen Wien AG praktisch schuldenfrei ist, haben wir auch die notwendige wirtschaftliche Kraft, coronabedingt aufgeschobene Investitionen jetzt wieder anzugehen. So wird der Flughafen Wien 2023 als ein Vorreiter zum Green Airport und wird seinen Betrieb künftig CO<sub>2</sub>-neutral führen. Unsere große PV-Anlage liefert dabei auch einen Beitrag zur Versorgungssicherheit, an sonnigen Tagen erzeugen wir so den gesamten Stromverbrauch selbst“, so Ofner

### Restart erfolgreich geschafft

„Nach den Krisenjahren 2020 und 2021 legen die Passagierzahlen heuer deutlich zu. Im Juli erreichten wir mit 2,8 Mio. Fluggästen bereits 87,7% des Vorkrisenniveaus, in den Spitzenzeiten sogar fast 90 %“, so Julian Jäger, Vorstand der Flughafen Wien AG. „Für 2022 erwarten wir rund 22 Mio. Reisende am Standort Wien, das entspricht etwa 69 % des Jahres 2019. Gerade im internationalen Vergleich hat der Flughafen Wien nicht nur die Krise, sondern auch den Restart mit den starken Passagierzuwächsen vor allem in der Hauptreisezeit sehr gut und ohne nennenswerte Unregelmäßigkeiten gemeistert. Das ist vor allem allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Flughafen Wien, vor allem in der Passagier- und Gepäckabfertigung, der Sicherheitskontrolle, dem Terminalbetrieb sowie unseren Systempartnern zu verdanken, die hier täglich größten Einsatz bringen. Das wird auch anerkannt: Der weltweite Flughafenverband ACI hat den Flughafen Wien zum „Best Airport in Europe 2022“ ge-

wählt“, ist Jäger stolz auf das gesamte Flughafensteam.

### Jänner bis Juni 2022: 9,2 Mio. Passagiere am Standort Wien

Gegenüber dem aufgrund der Pandemie von einem niedrigen Verkehrsniveau geprägten ersten Halbjahr 2021 legten die Verkehrszahlen am Flughafen Wien im ersten Halbjahr 2022 deutlich zu: Von Jänner bis Juni 2022 stieg das Passagieraufkommen in der Flughafen-Wien-Gruppe inklusive der Auslandsbeteiligungen Malta Airport und Flughafen Kosice auf insgesamt 11.772.582

Passagiere (+391,8 %). Am Standort Wien stieg die Zahl der Passagiere auf 9.237.544 (+369,7 %). Die Zahl der Flugbewegungen stieg von Jänner bis Juni 2022 auf 81.017 Starts und Landungen. Die durchschnittliche Auslastung (Sitzladefaktor) erhöhte sich im Vorjahresvergleich von 52,8 % auf 71,6 % (Vgl. H1/2019: 75,1 %). Das Frachtaufkommen sank im Vergleich zum Vorjahr leicht auf 123.900 Tonnen (Luftfracht und Trukking) (-0,7 %).

Der Flughafen Malta verzeichnete im ersten HJ/2022 einen Passagieranstieg auf 2.345.296 Reisende (+480,8 %) Der Flughafen

Flughafen Wien (VIE)						
	07/2022	07/2021	07/2019	01-07/2022	Diff. % 2021	Diff. % 2019
Passagiere an+ab+transit	2.773.629	1.474.634	3.161.400	12.011.173	+249,0	-32,6
Lokalpassagiere an+ab	2.020.645	1.101.619	2.356.272	9.122.588	+266,1	-33,6
Transferpassagiere an+ab	745.074	367.226	789.696	2.843.636	+206,2	-28,5
Bewegungen an+ab	19.319	13.578	25.169	100.336	+133,2	-34,4
Cargo an+ab (in to)	21.372	21.691	23.348	145.339	-0,8	-8,8
MTOW (in to)	809.140	553.724	1.025.011	4.208.231	+121,5	-32,6

Malta Airport (MLA, vollkonsolidiert)						
	07/2022	07/2021	07/2019	01-07/2022	Diff. % 2021	Diff. % 2019
Passagiere an+ab+transit	689.145	311.691	798.453	3.034.441	+324,1	-25,1
Lokalpassagiere an+ab	688.125	311.278	792.947	3.029.792	+324,0	-24,8
Transferpassagiere an+ab	1.018	402	5.506	4.632	+462,1	-80,2
Bewegungen an+ab	4.398	3.402	5.306	22.027	+160,2	-24,6
Cargo an+ab (in to)	1.550	1.173	1.247	8.902	+4,4	-2,4
MTOW (in to)	170.123	128.507	201.256	847.390	+173,4	-23,4

Flughafen Kosice (KSC, at-Equity-Konsolidiert)						
	07/2022	07/2021	07/2019	01-07/2022	Diff. % 2021	Diff. % 2019
Passagiere an+ab+transit	95.614	30.876	96.156	285.563	+427,8	-9,1
Lokalpassagiere an+ab	95.614	30.876	96.156	285.563	+427,8	-9,0
Transferpassagiere an+ab	0	0	0	0	n.a.	n.a.
Bewegungen an+ab	666	232	807	2.396	+383,1	-30,7
Cargo an+ab (in to)	0	0	2	0	n.a.	-98,6
MTOW (in to)	23.052	8.093	23.743	78.757	+361,8	-9,0

Flughafen Wien und Beteiligungen (VIE, MLA, KSC)						
	07/2022	07/2021	07/2019	01-07/2022	Diff. % 2021	Diff. % 2019
Passagiere an+ab+transit	3.558.388	1.817.201	4.056.009	15.331.177	+264,1	-30,9
Lokalpassagiere an+ab	2.804.384	1.443.773	3.245.375	12.437.943	+281,4	-31,2
Transferpassagiere an+ab	746.092	367.628	795.202	2.848.268	+206,5	-28,8
Bewegungen an+ab	24.383	17.212	31.282	124.759	+140,0	-32,8
Cargo an+ab (in to)	22.921	22.864	24.597	154.241	-0,5	-8,5
MTOW (in to)	1.002.315	690.324	1.250.010	5.134.378	+130,6	-30,9

Hinweis: Gesamtzahl der Passagiere enthält Lokal-, Transfer- und Transitpassagiere

© Flughafen Wien AG



Wirtschaft

**Bilanzkennzahlen**

in Mio. €	30.6.2022	31.12.2021
<b>AKTIVA:</b>		
Langfristiges Vermögen	1.730,5	1.761,3
Kurzfristiges Vermögen	338,9	312,5
<b>PASSIVA:</b>		
Eigenkapital	1.370,4	1.314,5
Langfristige Schulden	464,5	501,4
Kurzfristige Schulden	234,5	257,9
<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.069,4</b>	<b>2.073,8</b>
Nettoverschuldung	55,8	150,4
Gearing (in%)	4,1	11,4

**Cashflow Rechnung**

in Mio. €	H1/2022	H1/2021
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	96,6	9,4
aus Investitionstätigkeit	-120,6	-11,6
aus Finanzierungstätigkeit	-51,1	47,2
<b>Free-Cashflow</b>	<b>-24,0</b>	<b>-2,2</b>
<b>CAPEX<sup>1</sup></b>	<b>25,9</b>	<b>17,3</b>

1) ohne Finanzanlagen

gen im H1/2022 auf € 37,3 Mio., das Segment-EBIT belief sich auf € 16,6 Mio. Die Umsätze des Segments Sonstige Segmente lagen im H1/2022 bei € 9,1 Mio. Das Segment-EBIT betrug € 11,8 Mio.

**Investitionen**

In den ersten sechs Monaten 2022 wurden in Summe € 25,9 Mio. (H1/2021: € 17,3 Mio.) in immaterielles Vermögen, Sachanlagen sowie in als Finanzinvestition gehaltene Immobilien investiert bzw. als Anzahlung geleistet. Die größten Investitionsprojekte am Standort Wien betreffen Photovoltaikanlagen mit € 4,3 Mio., Adaptierungen für das Exit-Entry-System mit € 3,6 Mio. und Investitionen für den Sorter im Terminal 3 mit € 2,1 Mio. Am Flughafen Malta wurden in den ersten sechs Monaten insgesamt € 6,5 Mio. investiert.

**Verbesserung der Passagierprognose 2022**

Aufgrund der guten Verkehrsentwicklung erwartet der Flughafen Wien rund 22 Mio. Reisende im Gesamtjahr 2022 und 28 Mio. Reisende in der Flughafen-Wien-Gruppe (inkl. Beteiligungen). Die Flughafen-Wien-Gruppe erwartet für 2022 einen Umsatz von rund € 670 Mio., ein positives EBITDA von zumindest € 290 Mio. und ein positives Jahresergebnis von zumindest € 100 Mio. Die Nettoverschuldung des Unternehmens wird voraussichtlich auf unter € 50 Mio. sinken. Die Investitionen werden bei rund € 84 Mio. liegen. Die vorliegenden Werte erfolgen unter der Annahme, daß es im Herbst und Winter zu keinen pandemiebedingten Lock Downs oder massiven Verkehrsbeschränkungen kommt. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor bleibt der heute nicht abschätzbare weitere Verlauf des Krieges in der Ukraine und dessen Folgen für den Luftverkehr. ■

<https://www.viennaairport.com/>

© Flughafen Wien AG

fen Kosice verzeichnete ein Passagierwachstum auf 189.742 Reisende (+>500 %).

**H1/2022: Umsatz mehr als verdoppelt auf € 294,7 Mio. und Anstieg bei Nettoergebnis auf € 52,3 Mio.**

Im H1/2022 erzielte die Flughafen-Wien-Gruppe einen Umsatz von € 294,7 Mio., was einem Anstieg um 129,2 % entspricht. Das EBITDA erhöhte sich im Vorjahresvergleich auf € 143,1 Mio. und das EBIT stieg auf € 75,8 Mio. Das Nettoergebnis vor Minderheiten ist auf € 52,3 Mio. gestiegen. Die Nettoverschuldung verringerte sich auf € 55,8 Mio. (31.12.2021: € 150,4 Mio.). Der Free-Cashflow beläuft sich auf minus € 24,0 Mio. (H1/2021: minus € 2,2 Mio.).

**Umsatz und Ergebnisentwicklung in den Segmenten**

Die Umsätze des Segments Airport stiegen im H1/2022 im Vergleich zum Vorjahr auf € 134,2 Mio., das Segment-EBIT verbesserte sich auf € 16,4 Mio. Das Segment Handling & Sicherheitsdienstleistungen verzeichnete bei den Umsatzerlösen einen Anstieg

auf € 56,9 Mio., das Segment-EBIT verbesserte sich auf € 0,2 Mio. Darin sind auch die Sicherheitsdienstleistungen der VIAS sowie die Abfertigungsdienstleistungen der Vienna Aircraft Handling (VAH) und Vienna Passenger Handling Services (VPHS) enthalten. Im Segment Retail & Properties stieg der Umsatz im H1/2022 auf € 57,3 Mio. und liegt damit 77,9 % über dem Vorjahresniveau. Das Segment-EBIT verbesserte sich auf € 30,8 Mio. Die Umsätze des Segments Malta stie-



Foto: Flughafen Wien AG

# Luxusimmobilienmarkt ist 4,15 Mrd. Euro groß

RE/MAX: Luxusimmobilien 2021 im Preis massiv gestiegen

Urige Chalets, geschichtsträchtige Landsitze, stilvolle Penthouses, dazu einmalige Naturkulissen, Ausblicke, ein vielfältiges Kulturangebot und eine erstklassige Infrastruktur. Luxus ist exklusiv wie abwechslungsreich. Doch nicht nur am Land, auch in den Landeshauptstädten finden sich die begehrtesten teuersten Plätze. Preisbedingten es 2021 Wien und Tirol am häufigsten in die Luxusklasse – sowohl bei den Einfamilienhäusern (104 in Wien, 155 in Tirol) als auch bei den Wohnungen (1.250 in Wien, 502 in Tirol) und Dachgeschoßwohnungen (113 in Wien und 32 in Tirol).

## Was ist Luxus: Die Top-Fünf-Prozent

Während der Duden „Luxus“ als „kostspieliger, verschwenderischer, den normalen Rahmen (der Lebenshaltung oder Ähnliches) übersteigender, nicht notwendiger, nur zum Vergnügen betriebener Aufwand; Pracht, verschwenderische Fülle“ definiert, grenzt Brockhaus weiter ein: „Was unter Luxus verstanden wird, hängt von kulturellen Standards, von Einkommenshöhe und Konsumgewohnheiten, aber auch von den sozialetischen Vorstellungen einer Gesellschaft oder Epoche ab.“

In der Praxis der Immobilienbetrachtung heißt das, „Luxus“ definiert sich regional unterschiedlich und verändert sich im Laufe der Zeit, wie sich an Raumgrößen und sanitären Einrichtungen leicht nachvollziehen läßt.

Über alle Bereiche und Zeiten hinweg sind jedoch die Top-Fünf-Prozent jedes Marktsegmentes etwas Besonderes und garantieren einen gravierenden Unterschied zu den anderen 95 %. Und der Gipfel dieses Eisbergs sind dann die Top-Ten.

Daher haben die RE/MAX-Experten die Top-Fünf-Prozent der Immobilienverkäufe wieder qualitativ und quantitativ untersucht und darüber hinaus die jeweils zehn teuersten Verbücherungen pro Segment feststellt.

## Wieviel ist Luxus?

Zum Luxus-Immobiliensegment zählen demnach definitionsgemäß:



Foto: RE/MAX Austria

Bernhard Reikersdorfer,  
Geschäftsführer von RE/MAX Austria

- die 537 teuersten Einfamilienhäuser (2020: 542),
  - die 2.808 teuersten Wohnungen (2020: 2.519) und
  - die 172 Top-Dachgeschoßwohnungen (2020: 145) plus
  - die 118 Seegrundstücke (2020: 69) und
  - die 189 Seeliegenschaften (2020: 101).
- Insgesamt ist dieser Markt in Österreich 4,15 Mrd. Euro schwer und im Vergleich zu 2021 um +31,5 % gewachsen.

## Wie teuer ist Luxus?

Es läßt sich klar erkennen, daß der Preis für ein Einfamilienhaus in der Luxusklasse von mindestens 800.000 Euro (2020) auf 995.000 Euro gestiegen ist. Die Preisdynamik lag von 2020 auf 2021 bei + 24 %, nach + 18 % im Jahr davor.

Luxuswohnungen kosteten 2020 mindestens 510.000 Euro, 2021 dagegen mindestens 562.500 Euro. Die Preise stiegen von + 2,0 % (2020/2019) auf +10,3 % (2021/2020).

Luxusdachgeschoßwohnungen wurden 2020 um mindestens 1,00 Mio. Euro gehandelt, 2021 um mindestens 1,18 Mio. Euro (+ 18 % nach + 12,0 % ein Jahr zuvor).

## Der RE/MAX Luxury-Preisindex

Um den Preistrend valide sowohl über das ganze Luxussegment wie auch an der Spitze beurteilen zu können, wurde der kombinierte RE/MAX-Luxury-Preisindex entwickelt.

Durch die Kombination von vier Teilindizes bildet er das Luxus-Marktgeschehen für eine Immobilientype im gesamten Segment mit Betonung der Spitze ab. Eingebunden werden die vier Veränderungen gegenüber den Vorjahreswerten: jene der Mindestpreise und der Durchschnittspreise sowohl für das gesamte Luxussegment als auch für die Top-Ten.

Aus den drei statistisch erfaßten Marktsegmenten (Einfamilienhäuser, Wohnungen, Dachgeschoßwohnungen) ergibt sich der kombinierte RE/MAX Luxury Real Estate Price Index für 2020 zu 2021 von + 22,5 %. 2019/20 lag er noch bei - 0,7 %.

## Luxus ist unverändert regional

„Der Luxusimmobilienmarkt in Österreich ist regional unterschiedlich strukturiert und auf jeden Fall überschaubar. Unverändert ziehen vor allem die Top-Wintersport-Destinationen, wie die Gebiete um Kitzbühel, am Arlberg und Salzburger Pongau und die Gebiete mit malerischer Seekulisse – allen voran der Wörthersee, dazu der Bodensee und einige Seen im Salzkammergut – Menschen mit Geld und Geschmack an. Sie suchen Natur und Naturschönheit, aber auch eine Infrastruktur, in der sich mit entsprechendem Geld auch besonders gut leben läßt. Erstklassige Gastronomie und Gesundheitsversorgung sowie hochqualitative Kultur- und Einkaufsmöglichkeiten stehen auf der Wunschliste ganz oben. Daher sind auch im städtischen Bereich einzelne Bezirke in und um Wien und die Städte Innsbruck, Salzburg und Bregenz höchst begehrt und entsprechend teuer“, erklärt Bernhard Reikersdorfer, Geschäftsführer von RE/MAX Austria.

<https://www.remax.at/>



# Unterhaltungs- und Medienbranche wieder im Aufschwung

Nach Krisenjahr 2020 wuchs die Unterhaltungs- und Medienbranche 2021 um 8 % auf 11,23 Mrd. Euro – Prognose bis 2026 zeigt kontinuierliches Wachstum

Nach einem pandemiebedingten Rückschlag 2020 verzeichnete die heimische Unterhaltungs- und Medienbranche (Entertainment & Media) im letzten Jahr einen beachtlichen Aufschwung. Während 2020 die E&M-Umsätze in Österreich um 5 Prozent zurückgegangen sind, stiegen sie 2021 um 8 Prozent: Mit rund 11,23 Mrd. Euro überschreiten diese Umsatzzahlen sogar das Vorkrisenniveau.

Auch die weiteren Prognosen bis 2026 zeigen ein kontinuierliches Branchenwachstum auf bis zu 12,6 Mrd. Euro. Aktuelle starke Wachstumstreiber und Umsatzgewinner sind dabei vor allem Streaming-Plattformen (Video und Musik), Kinos, der Online-Werbemarkt sowie die Gaming-Branche.

Diese positive Entwicklung deckt sich mit dem weltweiten Trend: Auch global steigen die Gesamtausgaben im E&M-Bereich um 10 Prozent von 2,12 Bio. USD im Jahr 2020 auf 2,34 Bio. USD im Jahr 2021. Das zeigen die Ergebnisse des „Global Entertainment & Media Outlook 2022-2026“ von PwC. Zum 23. Mal liefert die Studie eine Analyse und Prognose der E&M-Ausgaben von KonsumentInnen und Werbetreibenden in 52 Ländern der Welt – darunter auch Österreich.

„Neue Wachstumfelder treiben den Branchenumsatz in Österreich und weltweit voran. Klassische Medien spielen zwar immer noch eine gewichtige Rolle, allerdings sehen wir in den Ergebnissen, daß neue Technologien immer gefragter werden und viel stärker in den Markt drängen“, erklärt Andreas Hladky, Partner und Digital Consulting Leader bei PwC Österreich. „Letztendlich sind es die KonsumentInnen, die mit ihren Entscheidungen wohin sie Zeit, Aufmerksamkeit und Geld investieren, den Wandel der Medien- und Unterhaltungsbranche bestimmen. Sie werden weltweit in den kommenden Jahren immer jünger, fühlen sich von digitalen Angeboten angesprochen und bevorzugen beispielsweise mehr Streaming und Gaming als derzeitige KonsumentInnen.“

### Ausgewählte Segmente im Überblick:

(Millionen EUR)	Umsatz 2020	Umsatz 2021	Wachstumsrate 2019/2020	Umsatzprognose 2026
OTT Video	322	407	+26 %	550
Traditionelles Fernsehen	1.214	1.222	+1 %	1.235
Musik-, Radio-, Podcasts	614	705	+15 %	933
Videospiele und E-Sports	700	752	+8 %	977
Kino	40	50	+26 %	154
Consumer Books	541	538	-1 %	529
Online-Werbung	825	1.066	+29%	1.371
TV-Werbung	619	733	+18%	763
Out-of-Home-Werbung	253	278	+10%	350

Die wichtigsten Entwicklungen der österreichischen E&M-Branche im Überblick:

### Video-Streaming-Anbieter profitierten von der Pandemie und dem anhaltenden Trend

On-Demand-Video-Streaming in den eigenen vier Wänden, im Fachjargon „Over-the-top content“ (OTT), erzielte bereits von 2019 auf 2020 ein starkes Plus von 43 Prozent. Dieses Wachstum setzte sich mit einer Steigerung des AbonnentInnen-Modells auch 2021 um weitere 26 Prozent fort und belief sich auf 407 Mio. Euro in Österreich. Bis 2026 wird erwartet, daß dieses Segment auf 550 Mio. Euro ansteigt. Das traditionelle Fernsehen, bedrängt durch die Konkurrenz von OTT-Streamingdiensten, generiert zwar nach wie vor erhebliche Einnahmen (2021: 1,22 Mrd. Euro), wird aber laut Prognosen bis 2026 kein weiteres Wachstum verzeichnen.

### Österreichischer Audio-Markt: Musik-Streaming und Podcasts boomen

Nachdem das Segment „Musik, Radio und Podcasts“ 2020 mit 614 Mio. Euro (-27 %) einen ziemlichen Dämpfer hinnehmen mußte, stieg der Umsatz 2021 wieder auf 705 Mio. Euro (+15 %) an. Im Prognosezeitraum bis 2026 sollen die Gesamteinnahmen sogar auf 933 Mio. Euro wachsen. Dieser positive Trend wird insbesondere vom digitalen Musik- und Podcast-Streaming forciert.

### Gaming mit starken Wachstumsprognosen in Österreich

Der rasante Schub mit 22 Prozent im Bereich Videospiele und E-Sports von 2019 auf 2020 war im letzten Jahr nicht einzuholen. Mit einem Wachstum von 8 Prozent auf 752 Mio. Euro zeigen sich die Ergebnisse 2021 etwas bescheidener. Nichts destotrotz läßt dieses Segment – u.a. durch vielversprechende Entwicklungen im VR Gaming-Bereich – auch in Zukunft weiteres starkes Wachstum erwarten, mit bis zu 977 Mio. Euro Umsatz in Österreich im Jahr 2026.

### Die heimischen Kinokassen klingeln wieder

Nach den starken Verlusten 2020 (-73 %) haben sich die österreichischen Kinos mit 50 Mio. Euro (+26 %) im Jahr 2021 weitestgehend erholt. Mehr Freiheit und Sicherheit an öffentlichen Orten lassen zudem prognostizieren, daß im Jahr 2022 zwar noch nicht das Vorkrisenniveau von 2019 mit 146 Mio. Euro erreicht wird, jedoch ein Wachstum von 120 % im Vergleich zu 2021 gelingen kann. Auch der Blick in die weitere Zukunft sieht positiv aus: Bis 2026 wird mit einem kontinuierlichen Anstieg auf 154 Mio. Euro gerechnet.

### Physische Bücher verlieren kontinuierlich an Bedeutung

Der österreichische Buchmarkt erwirtschaftete 2021 einen Jahresumsatz von 538 Mio. Euro, der aber laut Prognose bis 2026

## Wirtschaft

kontinuierlich auf 529 Mio. Euro sinken wird. Diese Entwicklung wird insbesondere auf Umsatzeinbrüche im Print-Bereich zurückgeführt: Während 2021 418 Mio. Euro Umsatz mit gedruckten Büchern erzielt wurden, geht der Outlook für 2026 nur mehr von 368 Mio. Euro aus. Der österreichische E-Book-Markt erfuhr während der Pandemie hingegen einen deutlichen Schub: 120 Mio. Euro Umsatz konnten 2021 erzielt werden. Laut Prognose werden die Umsätze 2026 durch E-Books auf 161 Mio. Euro steigen.

### Online-Werbung auf der Überholspur

Der Online-Werbemarkt erwirtschaftete 2021 in Österreich einen Jahresumsatz von rund 1,07 Mrd. Euro und damit eine Steigerung von 29 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dieses Segment könnte bis 2026 weiter auf bis zu 1,4 Mrd. Euro wachsen. Auch TV-Werbung verzeichnet mit einer Steigerung von 18 Prozent auf 733 Mio. Euro ein beachtliches Wachstum; Out-of-Home-Werbung (Plakate, Citylights etc.) ist nach pandemiebedingten Einbrüchen wieder stark gefragt und verzeichnet 2021 ein Wachstum von 10 Prozent auf 278 Mio. Euro in Österreich.

Experte Andreas Hladky erklärt zusammenfassend: „Die Daten zeigen, daß der Umsatz- und Ausgabenmix sich schnell verändern kann. Die Trends der Medien- und Unterhaltungsbranche breiten sich schnell aus, werden aber oftmals auch ebenso schnell wieder verdrängt. Das stellt jedes Unternehmen der Branche vor disruptive Veränderungen. Die Herausforderung und das Ziel müssen sein, die eigenen KonsumentInnen zu verstehen, um so die Entwicklungen rechtzeitig erkennen und sich daran anpassen zu können.“

### Definition der Kategorien:

*Over-the-top-Video:* Private Konsumausgaben für nicht-lineare Bewegtbildinhalte aus Subscriptions und On-Demand-Streaming, die den KundInnen kostenpflichtig auf Abruf im Netz zur Verfügung stehen und über Smart-TV- oder andere internetfähige Endgeräte konsumiert werden können.

*Traditionelles Fernsehen:* Umsätze des klassischen Fernsehens, das über Satellitenempfang, Internet Protocol Television (IPTV), Terrestrik oder Kabelanschluss übertragen wird.

*Musik, Radio und Podcasts:* Einnahmen der Bereiche Livemusik und aufgenommene Musik; Vom Livemusikmarkt werden explizit nur Erlöse erfaßt, die bei Konzertveranstaltungen (ausgenommen Musicals und private

Konzerte) aus Ticketverkäufen und Sponsoringeinnahmen entstehen. Einnahmen aus Merchandising und Gastronomie werden in diesem Zusammenhang nicht berücksichtigt. Die Kategorie Radio umfaßt Werbeausgaben für Radiosender sowie Rundfunkbeiträge.

*Videospiele und E-Sports:* Umsätze aus dem klassischen Verkauf von Videospielen für PCs, stationäre und tragbare Konsolen sowie für Smartphones und Tablets. Erlöse aus Onlineabonnements und kostenpflichtigen digitalen Gütern sowie Werbeeinnahmen werden berücksichtigt. Erlöse aus dem Vertrieb von Hardware werden nicht berücksichtigt.

*Kino:* Zusammensetzung aus den Einnahmen an den Kinokassen und den Erlösen aus der Kinowerbung. Einnahmen aus Merchandising und Verzehr wurden nicht berücksichtigt.

*Consumer Books:* Verkauf von gedruckten Büchern, digitalen Büchern (E-Books) und Hörbüchern an Privatpersonen zum persönlichen Gebrauch.

*Online-Werbung:* Umsätze aus den Einnahmen von Mobile-Online-Werbung und Desktop-Online-Werbung. Dazu zählen unter anderem Displaywerbung, Paid Search und Online-Kleinanzeigen.

*TV-Werbung:* Umsatzerlöse aus linearer Fernsehwerbung sowie Pay-TV-, Broadcast-TV- und Online-TV-Werbung.

*Out-of-Home-Werbung (OOH):* Umsätze aus digitaler und physischer Außenwerbung.

### Über den Global Entertainment & Media Outlook

Die 23. Jahresausgabe des Global Entertainment & Media Outlook von PwC ist eine umfassende Onlinequelle globaler Analysen von Konsum- und Werbeausgaben. Mit vergleichenden historischen Daten zur Fünfjahresentwicklung sowie Kommentaren zu 14 definierten Branchensegmenten in 52 Regionen ermöglicht es der Outlook, Konsum- und Werbeausgaben segment- und länderübergreifend zu vergleichen. ■

<https://www.pwc.at/>

## OMV und Lufthansa Group bauen Partnerschaft zu nachhaltigen Flugkraftstoffen aus

Die OMV, das internationale integrierte Öl-, Gas- und Chemieunternehmen mit Hauptsitz in Wien, und Lufthansa Group haben eine Absichtserklärung (MoU) über die Lieferung von mehr als 800.000 Tonnen nachhaltigem Flugkraftstoff für die Jahre 2023 bis 2030 unterzeichnet. Die Unternehmen beabsichtigen, ihre bestehende Partnerschaft auszubauen und diese um neue Standorte für die SAF-Produktion und Abnahme sowie neue SAF-Produktionstechnologien zu erweitern.

Bereits seit März 2022 liefert OMV am Flughafen Wien erste Mengen SAF an die Lufthansa Group Fluggesellschaft Austrian Airlines.

Mit dem Ausbau der Kooperation treibt die Lufthansa Group Verfügbarkeit, Hochfahren des Marktes und Einsatz von SAF als wesentliche Elemente für eine CO<sub>2</sub>-neutrale Zukunft der Luftfahrt voran. Die Lufthansa Group prüft fortlaufend Optionen für langfristige Abnahmeverträge und ist bereits heute größte Abnehmerin von SAF in Europa. Für die OMV ist die geplante SAF-Lieferpartnerschaft mit der Lufthansa Group ein weiterer Schritt zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Intensität des Produktportfolios und zur Bereitstellung von Lösungen für die nachhaltige Entwicklung der Luftfahrtindustrie.

Die OMV ist bestrebt, die Luftfahrtindustrie bei ihren Zielen, den Kerosinverbrauch und die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren, zu unterstützen und betrachtet nachhaltigen Flugzeugtreibstoff als eine wichtige Ergänzung ihres Angebots an Flugzeugtreibstoff. Innovation und zukunftsweisende Technologien sind unerlässlich, um die Klima- und Treibhausgasreduktionsziele zu erreichen. Die OMV setzt zahlreiche Maßnahmen, um ihre ehrgeizigen strategischen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, und SAF leistet einen wesentlichen Beitrag zu diesem Wandel. Die OMV hat sich zum Ziel gesetzt, bis spätestens 2050 ein Net-Zero-Unternehmen zu werden. Hierzu wurden im Rahmen der OMV Strategie 2030 klare mittel- und langfristige Ziele zur Emissionsreduktion definiert. Die geplante Steigerung der SAF-Produktion auf 700.000 Tonnen im Jahr 2030 wird dabei eine wichtige Rolle spielen.

Nachhaltiger Flugzeugtreibstoff wird von der OMV durch die Mitverarbeitung nachhaltiger und regionaler Rohstoffe, konkret Altspeiseöl, hergestellt. Im Vergleich zu herkömmlichem Kerosin trägt nachhaltiger Flugtreibstoff zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen von mehr als 80 Prozent über den gesamten Lebenszyklus bei. ■

<https://www.omv.com/>



# 100 Jahre Niederösterreich

LH Mikl-Leitner: »Niederösterreich ist heute eine Heimat, mit der sich die Menschen identifizieren und in der sich die Menschen engagieren«



Foto: NLK / Filzwieser

Die Ehrengäste der Jubiläumsmatinee mit den Mitgliedern des Jugendsinfonieorchesters Niederösterreich.

Mit dem 1. Jänner 1922 trat das so genannte „Trennungsgesetz“ in Kraft, das die Trennung von Wien und Niederösterreich besiegelte und den Grundstein für das heutige Niederösterreich legte. Im Rahmen einer großen Jubiläumsmatinee im Palais Niederösterreich in der Wiener Herrngasse wurde am 15. September die nunmehr hundertjährige Geschichte Niederösterreichs als eigenständiges Bundesland festlich gewürdigt. Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner hielt dabei die Eröffnungsrede, nach einem Gastbeitrag des Autors und Historikers Philipp Blom erfolgte die Festrede durch Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

Die Landeshauptfrau ging zunächst auf den Ort der Feierstunde, das ehemalige niederösterreichische Landhaus in Wien, näher ein: „Dieser Ort ist ein Kristallisationspunkt unserer Geschichte, kaum ein anderer Ort steht so für die gemeinsame, aber auch eigenständige Geschichte von Nieder-



Foto: NLK / Filzwieser

Beim Anschneiden der Jubiläumstorte (v.l.): Bundespräsident Alexander Van der Bellen, seine Gattin Doris Schmidauer, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Wiens Bürgermeister Michael Ludwig und Landeshauptmann a. D. Erwin Pröll.

## Chronik



Foto: NLK / Filzwieser

v.l.: Zweiter Landtagspräsident Karl Moser, Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister, Dritte Landtagspräsidentin Karin Renner, Landesrat Martin Eichinger, LH-Stv. Franz Schnabl, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Landesrat Gottfried Waldhäusl, LHStv. Stephan Pernkopf, Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig, Landtagspräsident Karl Wilfing, Landesrat Ludwig Schleritzko und Landesrat Jochen Danningner

österreich und Wien.“ Am heutigen Tage gehe es „nicht nur um das Jetzt, sondern auch um den Weg hierher, bis ins Heute“, so Mikl-Leitner. Die vergangenen 100 Jahre seien auch „mit vielen Prüfungen“ verbunden gewesen, erinnerte sie an den Weltkrieg, an die Armut und die Aufbauarbeit danach, an die Lage Niederösterreichs am Eisernen Vorhang oder auch den Weg zu einer eigenen Landeshauptstadt: „Wir haben es geschafft, all diese Umbrüche für eine dynamische Entwicklung unseres Landes zu nutzen. Niederösterreich wurde von einer Region, die lange Zeit am Rand stand, zu einer Region, die vorangeht. Früher ein reines Agrarland, ist Niederösterreich heute nicht nur Agrarland Nummer eins, sondern auch erfolgreiches Wirtschaftsland, Tourismusland, Kulturland und Wissenschaftsland.“

Diese Erfolge seien aber „nicht über Nacht passiert, sondern das Resultat der harten Arbeit unserer Landsleute“, betonte die Landeshauptfrau weiter: „Möglich wurde dies durch unsere tüchtigen Bäuerinnen und Bauern, unsere innovativen Unternehmerinnen und Unternehmer, unsere fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, unsere kreativen Forscherinnen und Forscher, unsere zigttausenden Vereine und Ehrenamtlichen und unsere Einsatzorganisationen, auf die wir uns immer verlassen können. Sie alle haben Niederösterreich zu dem gemacht, was es heute ist: Wir sind von einer Verwaltungseinheit zu einem Herzensland geworden und damit zu einer Heimat, mit der sich die Menschen identifizieren und in der sich die Menschen engagieren.“

„Wir müssen die Geschichte wachhalten, denn Friede, Freiheit und Demokratie sind keine Selbstverständlichkeit“, formulierte

Mikl-Leitner als eine der Botschaften des Tages. Gleichzeitig müsse man „die Herausforderungen der Gegenwart entschlossen annehmen“ und „tun, was ein Land tun kann“, etwa wenn es darum geht, bei der Teuerung rasch zu helfen. Eine dritte Botschaft sei, „daß wir weiter auf das Gemeinsame setzen müssen“, so die Landeshauptfrau: „Das Miteinander ist stärker als das Gegeneinander. Zusammenarbeit ist nicht immer der einfachste Weg, aber der beste Weg für das Land und die Landsleute“.

#### Ganz besonderes Jubiläum

Von einem „ganz besonderen Jubiläum“ sprach Bundespräsident Van der Bellen in seiner Festrede. „Die Geschichte hilft uns dabei, das Hier und Jetzt besser zu verstehen und auch neue Perspektiven zu entwickeln auf das, was im Moment geschieht“, zeigte er sich überzeugt. Auch er sprach sich dafür aus, „das Gemeinsame zu stärken“. Niederösterreich sei „ein Land mit vielen Facetten“, betonte er: „Es ist ähnlich wie beim Schliff eines Edelsteines: Es sind die vielen Facetten, die einzelnen Ecken und Kanten, die Niederösterreich so kostbar machen.“ Abschließend wünschte er „den Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern alles Gute zum Geburtstag: Ihre Heimat ist etwas ganz Besonderes.“

Als prominenter Gastredner sprach der Journalist, Buchautor und Historiker Philipp Blom über seine Gedanken zu Niederösterreich und der Entwicklung, die dieses Land genommen hat. Künstlerische Beiträge lieferten die Liedermacherin Sigrjd Horn sowie die Schriftstellerin Cornelia Travnicek. Das Jugendsymphonieorchester Niederösterreich sorgte für die musikalische Begleitung des

Festaktes, der mit der Befüllung einer Zeitkapsel seinen krönenden Abschluß fand. In die Zeitkapsel wurden neben Zeichnungen der Volksschulkinder Carolina Flegaritsch, Klemens Kasser und Moritz Fellner auch Briefe von Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Landeshauptmann a. D. Erwin Pröll und dem Wiener Bürgermeister Michael Ludwig gelegt. Die Zeitkapsel wird nun im „Haus der Geschichte“ im Museum Niederösterreich in St. Pölten einen Platz bekommen und soll erst in 100 Jahren wieder geöffnet werden.

Der Festakt im Palais Niederösterreich ist einer der Höhepunkte im niederösterreichischen Jubiläumsjahr 2022, das bereits mit zahlreichen Ausstellungen, Konzerten und Symposien sowie den Jubiläumstagen in 22 Städten des Landes gefeiert wurde. Unter den zahlreichen Ehren- und Festgästen waren u.a. auch Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, die Bundesminister Klaudia Tanner und Gerhard Karner, Landtagspräsident Karl Wilfing und sämtliche Mitglieder der niederösterreichischen Landesregierung.

Die Trennung von Niederösterreich und Wien war am 29. Dezember 1921 beschlossen worden, in Kraft trat sie am 1. Jänner 1922. Bis 1997 hatte der Niederösterreichische Landtag seinen Sitz im heutigen Palais Niederösterreich in Wien, dann erfolgte die Übersiedlung nach St. Pölten, das 1986 zur Landeshauptstadt geworden war.

Heute zählt das flächenmäßig größte Bundesland Österreichs 1,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner, 573 Gemeinden und 20 Bezirke. ■

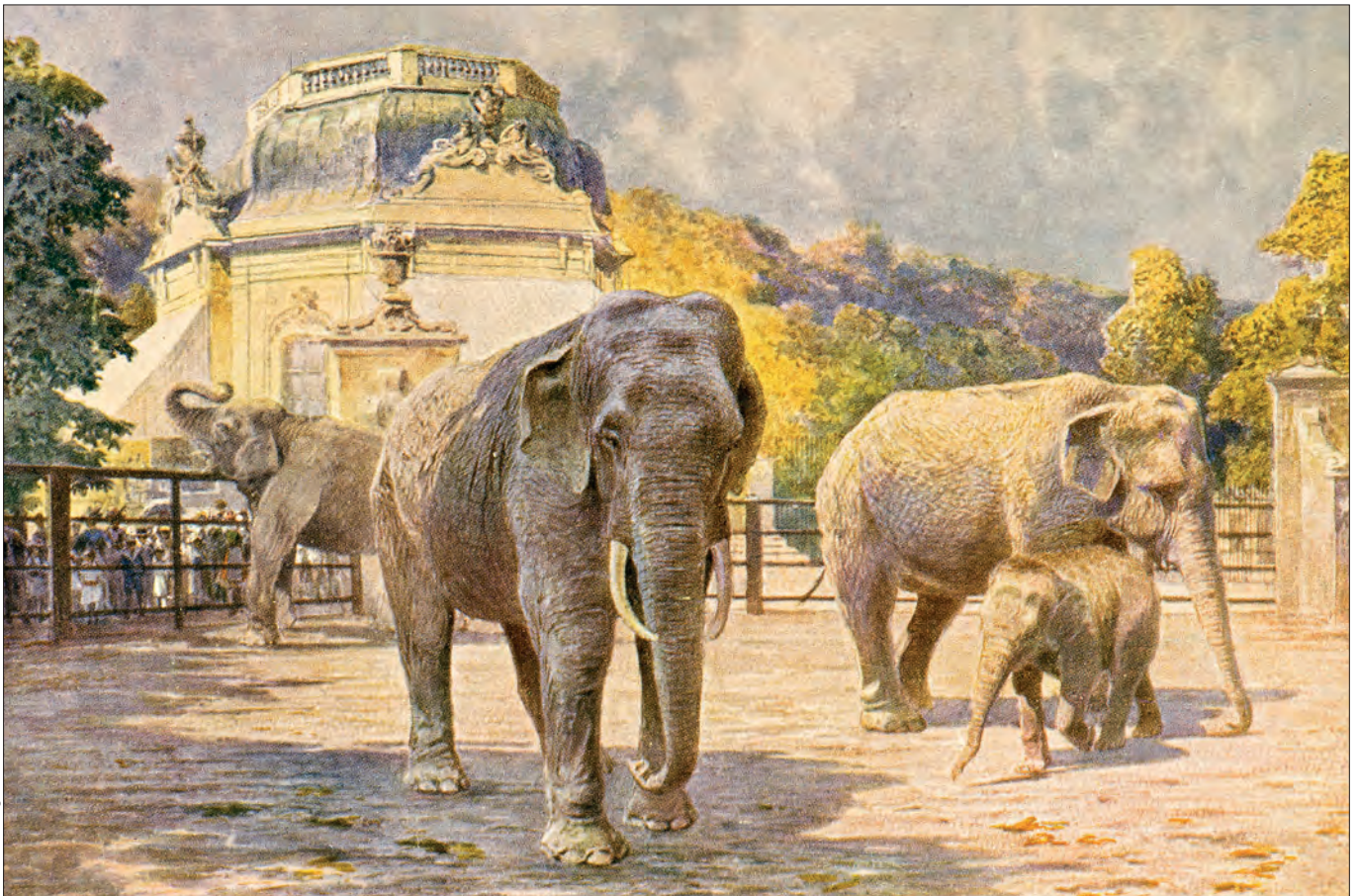
<https://www.100jahreneo.at/>

<https://www.noel.gv.at>



# Tiergarten Schönbrunn wurde 270 Jahre alt

Viele Jungtiere, neue Anlagen und Tierische Sommerabende:  
Der älteste Zoo der Welt feiert den runden Geburtstag.



© Archiv Tiergarten Schönbrunn

Historisches Bild vom Tiergarten Schönbrunn

Der älteste Tiergarten der Welt feierte am 31. Juli sein 270jähriges Jubiläum. Eingeleitet wurden die Geburtstagsfeierlichkeiten bereits in den Wochen zuvor mit der Eröffnung des neuen Streichelzoos und der neuen Veranstaltungsreihe „Tierische Sommerabende“, bei der man den Zoo und seine Bewohner nach der regulären Schließzeit von einer besonders stimmungsvollen Seite kennenlernen konnte. Als Geburtstagsgeschenk durfte sich der Tiergarten Schönbrunn über Zuchterfolge wie die Geburt eines Giraffenjungtiers Anfang des Jahres und den ersten Orang-Utan-Nachwuchs seit 20 Jahren im Juni freuen. Den Abschluß der Feierlichkeiten bildeten die Artenschutztage am ersten September-Wochenende.

„Als wissenschaftlich geführter Zoo haben wir die Aufgabe, unsere Besucherinnen

und Besucher für die Welt der Tiere zu begeistern und ihr Bewußtsein für Natur- und Artenschutz zu fördern. Die Zootiere sind Botschafter für ihre bedrohten Verwandten in der Wildbahn. Der Zoo ist somit ein Fenster zur faszinierenden Artenvielfalt auf unserem Planeten“, so Tiergartendirektor Stephan Hering-Hagenbeck.

„Es freut mich wirklich sehr, als zuständiger Minister für den Tiergarten Schönbrunn das 270jährige Bestehen mitfeiern zu dürfen“, betonte auch Bundesminister und Eigentümervertreter Martin Kocher. „Der Tiergarten Schönbrunn ist nicht nur der älteste Zoo der Welt, sondern wurde bereits mehrfach zum besten Tiergarten Europas gekürt. Er schafft es, seine Gäste für die Artenvielfalt unserer Erde zu begeistern. Egal ob jung oder alt, Familienausflug oder leidenschaftli-

che Hobbyzoologen – der Tiergarten Schönbrunn bietet seinen Besucherinnen und Besuchern tierisch gute Erlebnisse.“

## Im Wandel der Zeit

Ein besonderes Highlight des Sommers ist die Modernisierung der Löwenanlage, die gerade mit einer neuen und großzügig angelegten Felsenlandschaft ausgestattet wurde. Die Felsen bieten den Tieren Beschäftigung, Schutz vor Sonne und Regen und sind vor allem eine gute Aussichtsplattform. Darauf folgend werden darüber hinaus die neu adaptierte Gepardenanlage und der Teich im Nashornpark fertiggestellt.

„An den Tieranlagen läßt sich besonders gut erkennen, wie sich der Tiergarten über die Jahre verändert und weiterentwickelt hat. Schritt für Schritt wurden die Anlagen



## Chronik



© Archiv Tiergarten Schönbrunn

Erst nach Ende der Monarchie konnte die zuvor im Privatbesitz der kaiserlichen Familie befindliche Anlage von der Bevölkerung besucht werden.

modernisiert und ausgebaut, um sie im Einklang mit dem UNESCO-Weltkulturerbe noch tiergerechter zu gestalten und unseren Besucherinnen und Besuchern noch spannendere Einblicke zu bieten“, betont Hering-Hagenbeck.

Die letzten beiden von Corona geprägten Jahre inklusive Lockdowns und strengen Auflagen gingen auch am Tiergarten Schönbrunn nicht spurlos vorüber. Aufgrund der langen Schließzeiten entgingen dem Tiergarten Einnahmen von mehr als 10 Millionen Euro pro Jahr. Dank großzügiger Spenden und finanzieller Unterstützung durch die Bundesregierung konnten trotz aller Schwierigkeiten der laufende Betrieb aufrechterhalten und auch Ausbauprojekte weiter durchgeführt werden.



Foto: Tiergarten Schönbrunn / Daniel Zupanc

Zuchterfolg des Tiergartens Schönbrunn: erstmals in einem Zoo wurden die Zwillinge (Fu Feng und Fu Ban) von der Mutter alleine aufgezogen.

### Tiere sehen und Arten schützen

Der Tiergarten bietet auf einer Fläche von 17 Hektar Lebensraum für rund 8.000 Tiere aus etwa 700 Arten. Er beteiligt sich an zahlreichen internationalen Erhaltungszuchtprogrammen und leitet selbst die Zuchtprogramme der Fidschi-Leguane und der Nördlichen Felsenpinguine. Besondere Zuchterfolge der letzten Jahre waren neben Orang-Utan und Giraffe beispielsweise das erste in Wien geborene Koala-Jungtier, ein Eisbärjunges und insgesamt fünf Jungtiere bei den Großen Pandas, bei denen erstmals in einem Zoo Zwillinge von der Mutter alleine aufgezogen wurden. Dazu gab es zahlreiche Weltenerstnachzuchten unter anderem beim Winkfrosch, der Riesenqualle und der Grünen Baumeidechse. Auch neue Tierarten wurden im Laufe der Zeit im Tiergarten Schönbrunn entdeckt: 2010 die Schneckenart *Schwammia rumbangensis* sowie 2021 die Schwebegarnele *Heteromysis schoenbrunnensis*. „Das Engagement von Zoologischen Gärten für den Schutz bedrohter Arten endet aber

nicht vor den Tiergartentoren – der Tiergarten Schönbrunn beteiligt sich auf unterschiedliche Art und Weise an zahlreichen nationalen und internationalen Forschungs- und Wiederansiedlungsprojekten, wie beispielsweise beim Waldrapp, bei der Batagur-Flussschildkröte, dem Habichtskauz oder dem Bartgeier“, so Hering-Hagenbeck.

### Tiergarten als Wirtschaftsfaktor

Im Jahr 1752 von Kaiser Franz I. Stephan und seiner Gemahlin Maria Theresia als Menagerie mit zwölf kreisförmig um den Kaiserpavillon angelegten Tierlogen gegründet, feiert der älteste Tiergarten der Welt 2022 sein 270jähriges Bestehen. Nachdem er in beiden Weltkriegen schwer beschädigt wurde, erstrahlt er heute, nach der Ausgliederung aus der Bundesverwaltung im Jahr 1991, dank dem unermüdlichen Einsatz der vorherigen Tiergardendirektoren Helmut Pechlaner und Dagmar Schratzer in neuem

Glanz. Seit 1996 ist der Tiergarten Teil des UNESCO-Weltkulturerbes Schönbrunn, seit 2020 wird er unter der Leitung von Stephan Hering-Hagenbeck geführt. Der Tiergarten Schönbrunn ist nach dem Schloß Schönbrunn die zweitmeistbesuchte Sehenswürdigkeit des Landes. Jährlich darf sich der Zoo durchschnittlich über rund zwei Millionen BesucherInnen freuen, jedes Jahr werden über 100.000 Jahreskarten verkauft. Über 270 MitarbeiterInnen arbeiten im Tiergarten Schönbrunn, darunter knapp 100 TierpflegerInnen. Laut Standortanalyse der Wirtschaftskammer Wien trägt der Tiergarten jährlich rund 300 Millionen Euro zum Bruttoinlandsprodukt bei. „Als eine der Hauptattraktionen in der österreichischen Tourismuslandschaft ist er ein wichtiger Faktor für den Wirtschaftsstandort und schafft über 2.300 Arbeitsplätze in ganz Österreich“, so Bundesminister Kocher abschließend. ■

<https://www.zoovienna.at/>



# Die Mittersiller Amtshandlung

... als »Geburtsstunde« der Großglockner Hochalpenstraße fand vor 100 Jahren statt

Die unter dem Begriff „Mittersiller Amtshandlung“ bekannte Zusammenkunft fand vom 30. August bis 4. September 1922, also vor genau 100 Jahren im Gemeindeamt Mittersill statt. Dabei wurde unter dem Vorsitz und auf Einladung des Leiters des Büros zur Förderung des Fremdenverkehrs, Adolf Jahn aus dem Bundesministerium für Verkehrswesen (eine „Vorgängerorganisation“ der Österreich Werbung) gemeinsam mit weiteren Vertretern des Bundes sowie der Länder Kärnten, Salzburg und Tirol, die technische Machbarkeit einer befahrbaren Straßenverbindung von Fusch nach Heiligenblut und von Mittersill über den Felbertauern nach Windisch-Matrei anhand von intensiven Diskussionen und Begehungen in den Hohen Tauern geprüft und maßgeblich der eindeutigen Ergebnisse auch die Grundlage für die Errichtung der Großglockner Hochalpenstraße geschaffen.

Im Schreiben des Bundesministeriums für Bauten an den damaligen Landeshauptmann Franz Rehr in Salzburg vom 25. August 1922 wird die Motivation für die „Mittersiller Amtshandlung“ dargelegt wie folgt: „Zweck der Begehung ist die Feststellung der Ausbauwürdigkeit dieses Weges zu einer fahrbaren Straße behufs Förderung des Fremdenverkehrs, sowie der Herstellung einer kürzeren Verbindung nach Osttirol. Aus diesem Grunde findet die Begehung ihre Fortsetzung in der Besichtigung der Straßenverbindung von Windisch-Matrei über die Felber Tauern nach Mittersill.“

Bekanntermaßen hat man sich zur Weiterverfolgung einer Variante über die Paßhöhe am Hochtör (2.504 m) entschlossen, da diese zur touristischen Erschließung besonders geeignet und vor allem auch kürzer als über den Felbertauern war, obwohl dort mit mehr Schneeverwehungen und mehr Hochgebirgs- und auch ungünstigen Wetterlagen zu rechnen war. Die Ergebnisse der Mittersiller Amtshandlung sind somit – im Gegensatz zur „Mittersiller Amtshandlung“ selber – weitgehend bekannt und beschloß die Salzburger Landesregierung am 23. Jänner 1924, in Absprache mit den Bundesländern Kärnten und Tirol, dem Ausbau einer „Glocknerstraße“ den Vorzug zu geben. Wie die entsprechende Amtshandlung in Mittersill, welche über fünf Tage mehrere Varianten und

Begehungen beinhaltete, abgelaufen ist, welche Meinungsfindungen dabei und zukünftig stattgefunden haben und wie es zu den Beschlüßfassungen in den Landtagen und im Nationalrat für den Bau und die Finanzierung der heutigen Großglockner Hochalpenstraße – errichtet im Zeitraum von 1930-1935 – kam, wird im Rahmen einer Publikation im Auftrag der Großglockner Hochalpenstraßen AG (GROHAG) durch die Historikerin Jutta Baumgartner, Archiv der Erzdiözese und Lehrbeauftragte der Universität Salzburg, er-



Foto: grossglockner.at

Aufnahme von der alten Glockner-Straße

forscht. Interessant ist beispielsweise, daß sich die Hauptstelle der Landesverbände für Fremdenverkehr in Österreich mit Unterstützung aller Bundesländer für die Variante „Glocknerstraße“ ausgesprochen hat und nicht nur LH Franz Rehr, sondern auch der damalige Salzburger Nationalrat und Bundeskanzler Rudolf Ramek sich immer wieder für die Errichtung der durch die „Mittersiller Amtshandlung“ erarbeiteten Variante einer Großglocknerstraße stark machten.

„Die Großglockner Hochalpenstraße als eines der bekanntesten Denkmäler der Republik wurde schon vor 100 Jahren – noch vor ihrer Eröffnung im Jahre 1935 – minutiös vorbereitet, mit den Ländern der Hohen Tauern sowie mit den zuständigen Ministerien abgestimmt. Sie wurde auch als absolutes Leuchtturm-Projekt von Seiten des österreichischen Fremdenverkehrs umfassend getragen. In der Publikation, die wir von Seiten des Landesarchives gerne unterstützen, wird erstmalig auch die Bedeutung der ‚Mittersiller Amtshandlung‘ aus dem Jahr 1922 als ‚Geburtsstunde der bedeutenden Großglockner Hochalpenstraße‘ wissenschaftlich beleuchtet“, so Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer.

Johannes Hörl, Vorstand der Großglockner Hochalpenstraßen AG: „Da es kaum Publikationen zu dieser ‚Geburtsstunde der Glocknerstraße‘ gibt, jedoch die Protokolle, Schriftverkehre und entsprechende Aussagen von maßgeblichen Politikern aus dieser Zeit aus dem Staatsarchiv und im Landesarchiv vorliegen, freuen wir uns mit Frau Mag.a Jutta Baumgartner eine renommierte Wissenschaftlerin für dieses Projekt gewonnen zu haben. In Absprache mit Bürgermeister Dr. Wolfgang Viertler (Mittersill), Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer, dem Landesarchiv Salzburg sowie mit GF Mag. Roland Rauch (Hohe Tauern Region) werden wir diese Publikation noch heuer im Nationalparkzentrum Mittersill, damit am Ort des Geschehens in den Hohen Tauern, vorstellen können!“

Die entsprechende Publikumsveranstaltung soll Ende November 2022 stattfinden und es werden dazu Vertreter der Bundesländer Salzburg, Kärnten und Tirol sowie auch die Bevölkerung eingeladen sein. ■

<https://www.grossglockner.at/>

# U2-Station Volkstheater

Erste Bahnsteigtüren für vollautomatischen Betrieb eingebaut



Foto: Wiener Linien / YF + Franz&Sue

Rendering der U-Bahn-Station U2 Volkstheater mit Bahnsteigtüren

Im Jahr 2026 starten die Wiener Linien mit der vollautomatischen Linie U5 in ein neues U-Bahn-Zeitalter in Wien. Aktuell läuft mit dem großen U2-Update die Modernisierung des bisherigen U2-Streckenabschnitts zwischen Karlsplatz und Schottentor zur Vorbereitung auf den vollautomatischen Betrieb der U5. Als Voraussetzung dafür werden in den Stationen Karlsplatz, Museumsquartier, Volkstheater und Rathaus insgesamt 144 Bahnsteigtüren und 16.000 Quadratmeter Glasflächen eingebaut. In der Station Volkstheater wurden nun die ersten zwei von 36 Bahnsteigtüren der Station errichtet.

„Mit dem Einbau der ersten Bahnsteigtüren kommen wir der Wiener U-Bahn-Zukunft Schritt für Schritt näher. Der vollautomatische Betrieb der Öffis bedeutet für die Fahrgäste künftig noch mehr Komfort und Zuverlässigkeit“, freut sich Peter Hanke, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke.

„Die Bauarbeiten sind perfekt aufeinander abgestimmt, damit wir mit U2xU5 das größte Klimaschutzprojekt Wiens gemeinsam erfolgreich realisieren können“, so Wiener Linien-Geschäftsführer Günter Steinbauer.

Der Gleisbereich zwischen Karlsplatz und Rathaus ist nach Abschluß der Bauarbeiten bereits mit der Betriebsaufnahme der U2 in diesem Abschnitt durch die Türen vom Bahnsteig abgetrennt. Damit können dann auch beim vollautomatischen Betrieb der U5 ab 2026 keine Gegenstände mehr in den Gleisbereich gelangen. Die Züge können un-



Foto: Wiener Linien / Johannes Zinner

Erste Bahnsteigtüren für die vollautomatische U2 bei der Station Volkstheater. Im Bild (v.l.): Wiener Linien-Geschäftsführer Günter Steinbauer und der Amtsführende Stadtrat Peter Hanke

gestört und somit noch zuverlässiger unterwegs sein. Bei Einfahrt und Stillstand des Zuges direkt vor den großen Bahnsteigtüren können Fahrgäste durch Knopfdruck die Bahnsteigtüren öffnen, um in den Zug einzusteigen.

Jede Bahnsteigtüre wird von FacharbeiterInnen in einer Fertigungshalle in Wolkersdorf unweit von Wien zusammengebaut. Die Glasflächen bestehen aus einem speziellen ca. 9 mm-dicken Sicherheitsglas. Bevor die Wiener Linien eine Bahnsteigtüre einbauen, wird diese genau geprüft: Im Rahmen eines Tests muß jede Türe ordnungsgemäß 10.000 Test-Öffnungen durchlaufen. Eine Bahnsteigtüre öffnet und schließt dann im Fahr-

gastbetrieb durchschnittlich bis zu 100.000-mal im Jahr.

Für den Einbau der Bahnsteigtüren auf beiden Bahnsteigseiten einer Station benötigt man zehn Tage. Die bereits zusammengebauten Bahnsteigtüren werden von einem Kran über eine Baustellenöffnung beim Schmerlingplatz auf die Gleise eingehoben. Von dort fährt ein Spezialfahrzeug mit den Türen zu den Bahnsteigen, wo sie auf die richtige Stelle gehoben werden. Die SpezialtechnikerInnen befestigen die Türen am Boden und an der Decke und verkabeln die Anlagen mit dem Steuerraum, woraufhin die Türen einsatzbereit sind. ■

<https://www.wienerlinien.at/>



Chronik

# Innendesign des Nightjets der neuen Generation

Welt-Premiere für das Interieur der neuen ÖBB Schlaf- und Liegewagen – Insgesamt 33 Nightjets der neuen Generation bis 2025 auf Schiene



Foto: ÖBB / Daniel Willinger

Präsentation des ÖBB Nightjet New Generation (v.l.): Albrecht Neumann, CEO Rolling Stock Siemens Mobility, Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie Leonore Gewessler und ÖBB CEO Andreas Matthä

Die ÖBB und Siemens Mobility präsentierten am 6. September erstmals die Schlaf- und Liegewagen des Nightjets der neuen Generation im Werk von Siemens Mobility in Wien Simmering. Die neuen Wagen sind optimal auf die KundInnenbedürfnisse ausgerichtet und punkten mit modernem Design, mehr Komfort und erhöhter Privatsphäre. Bis Ende 2025 werden insgesamt 33 ÖBB Nightjets der neuen Generation auf Schiene sein und europäische Städte mit einer Geschwindigkeit von bis zu 230 km/h über Nacht klimafreundlich verbinden. Die ersten Züge sollen Ende Sommer 2023 auf den beliebten Verbindungen von Österreich und Deutschland nach Italien eingesetzt werden.

„Nachtzüge sind in ganz Europa im Aufwind, denn sie sind die klimafreundliche Alternative zum Kurzstreckenflug. Mit dem hochmodernen neuen Nightjet der ÖBB wird das Reisen in Städte wie Rom, Venedig oder Mailand jetzt noch einfacher und bequemer. Wer mit dem Nachtzug unterwegs ist, wählt die entspannteste Form des Reisens und leistet einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Im Vergleich zum Flugzeug ist eine Reise mit dem Nightjet rund 50 Mal klimafreundlicher“, so Klimaschutzministerin Leonore Gewessler.

„Der Nachtzug ist der Inbegriff für nachhaltiges Reisen geworden und unser Nightjet das Synonym für Nachtzüge in Europa. Für unsere Fahrgäste sind Komfort, modernes Design und mehr Privatsphäre immer wichtiger. Deswegen investieren die ÖBB in insgesamt 33 komplett neue Nightjet-Garnituren. Der Innenraum der Nightjets neuer Ge-

neration wird unseren Fahrgästen ein neues Reiseerlebnis bieten. Mit diesem Zug beginnen wir tatsächlich ein neues Zeitalter im Nachtreiseverkehr“, freut sich ÖBB CEO Andreas Matthä.

Albrecht Neumann, CEO Rolling Stock von Siemens Mobility: „Mit dem neuen Nightjet leisten wir einen wichtigen Beitrag,



Foto: ÖBB / Harald Eisenberger

Im Schlafwagen wird das Reisen noch bequemer, denn alle Abteile verfügen über eine eigene Toilette sowie eine Duschmöglichkeit.

## Chronik

um das Bahnfahren attraktiver zu machen und die Klimaziele zu erreichen. Die Züge sind hochinnovativ – sie werden über Jahre hinweg weltweit Benchmark sein und überzeugen durch Fahrgastkomfort, Nachhaltigkeit und Flexibilität. Ein besonderes Highlight im Innenraum sind die innovativen Mini Cabins, die den Fahrgästen private Rückzugssphäre bieten. Für eine besonders ruhige Fahrt sorgen die neu entwickelten Drehgestelle, die in Leichtbauweise konstruiert sind und einen komfortablen und energieeffizienten Betrieb über den gesamten Lebenszyklus ermöglichen.“

### Nightjet der neuen Generation in Europa im Einsatz

Insgesamt 33 Nightjets der neuen Generation werden bei Siemens Mobility im Werk in Wien Simmering gebaut. Die ersten Züge sollen Ende Sommer 2023 Richtung Italien eingesetzt werden – sie werden auf den Verbindungen von Wien und München nach Rom, Venedig und Mailand fahren. Bis zum Jahr 2025 werden im Nachtzugverkehr dann 33 Nightjets der neuen Generation in Österreich, Deutschland, Italien, der Schweiz und den Niederlanden im Einsatz sein und damit einen großen Teil der Bestandszüge ersetzen.

### Der neue Komfort des Nachtzugreisens

Die siebenteiligen Nightjets der neuen Generation bestehen aus je zwei Sitzwagen (Steuerwagen & Multifunktionswagen), drei Liegewagen und zwei Schlafwagen. Die maximale Gesamtkapazität pro Garnitur beläuft sich auf 254 Plätze. Bei der Gestaltung verbindet sich hochmodernes Design mit noch mehr Komfort und Platz. Durch eine geringere Belegung (2er-Abteil im Schlafwagen, 4er-Abteil im Liegewagen) und die neuartigen Mini Cabins für Alleinreisende können die ÖBB dem KundInnenwunsch nach erhöhter Privatsphäre nachkommen.

Im Schlafwagen wird das Reisen noch bequemer, denn alle Abteile verfügen über eine eigene Toilette sowie eine Duschkabine. Fix montierte Betten erhöhen zudem den Schlafkomfort und sorgen für eine entspannte Ankunft am Reiseziel. Außerdem verfügen sie über eine gemütliche Sitzgelegenheit für z.B. entspanntes Arbeiten, Lesen oder Essen während der Reise.

In den neuen Mini Cabins, den Einzelschlafplätzen im Liegewagen, befindet sich auf kompaktem Raum alles Nötige für die ungestörte Nachtreise: eine Ablagefläche, ein verschiebbarer Klapptisch fürs Frühstück mit integriertem Spiegel, Kleiderhaken, Le-



Foto: ÖBB / Harald Eisenberger

*In den neuen Mini Cabins, den Einzelschlafplätzen im Liegewagen, befindet sich auf kompaktem Raum alles Nötige für die ungestörte Nachtreise.*

selampe sowie direkt angrenzende Schließfächer für das Gepäck.

Der Multifunktionswagen bietet künftig neue und verbesserte Transportmöglichkeiten: sechs Fahrradstellplätze für alle Radbegeisterten sowie mehr Platz für Gepäck und bspw. Ski- und Snowboardequipment.

Für barrierefreies Reisen wird jeder neue Nightjet über ein modernes barrierefreies Liegewagenabteil sowie ein barrierefreies WC verfügen, die über einen Niederflureinstieg erreichbar sind.

### Technische Neuerungen & Features

Reisende können sich über zahlreiche technische Neuerungen freuen. Neu an Bord ist das kostenfreie WLAN, das im Fernverkehr bisher auf die Railjets und die Liegewagen comfort im Nightjet beschränkt war und nun auch Reisenden in den Nachtzügen der neuen Generation zur Verfügung stehen wird. Wer sich die Zeit bis zur Ankunft vertreiben möchte, kann damit gratis im ÖBB

OnBoard-Portal Railnet surfen, streamen und das digitale Zeitungs- und Zeitschriftenangebot kostenlos nutzen.

Ein modernes Fahrgastinformationssystem ist in allen Wagen integriert und hält die Fahrgäste jederzeit mit aktuellen Reiseinformationen up-to-date. Neben der konventionellen Steckdose gibt es für die diversen elektronischen Geräte im neuen Nightjet auch Lademöglichkeiten via USB sowie via induktiver Ladestation. Neue mobilfunkdurchlässige Fensterscheiben verbessern die Netzfunktion und sorgen für stabileren Handy-Empfang. In den Abteilen steht außerdem ein BEDIENSDISPLAY mit diversen Komfortfunktionen, wie etwa Lichtsteuerung oder Servicruf zum Bordpersonal, zur Verfügung. Darüber hinaus sind die Abteile mit einem elektronischen Zutrittssystem mithilfe von NFC-Karten und alle Wagen mit Videoüberwachung ausgestattet, um das Sicherheitsgefühl noch weiter zu steigern. ■

<https://www.oebb.at/>



# Weltweite Auszeichnungen für Österreichs Weine

In den vergangenen Monaten glänzten Österreichs Weine wieder rund um den Globus.



Foto: ÖWM / WSNA

Klapotetz in der Ried Kranachberg, Südsteiermark

In internationalen Fachmagazinen und bei renommierten Weinwettbewerben sorgten sie für begeisterte Stimmen und holten Top-Bewertungen, Goldmedaillen und begehrte Trophäen.

## Süßwein-Sieg bei der International Wine Challenge

Die International Wine Challenge (IWC) in England kürt jedes Jahr die besten Weine und WinzerInnen der Welt. Auch heuer war Österreich wieder sehr erfolgreich: Von 120 verkosteten Weinen erhielten 66 mindestens 90 Punkte, 12 sogar 95 Punkte und mehr. Besonders gut schnitten zwei Prädikatsweine des Jahrgangs 2010 vom Weingut Hans Tschida Angerhof mit je 96 Punkten ab. Die herausragende Kompetenz des Weinguts in Sachen Süßwein wurde zudem mit der Aus-

zeichnung „IWC Sweet Winemaker of the Year“ unterstrichen, die Hans Tschida bereits zum achten Mal erhielt.

## Auszeichnungen bei Decanter und Drinks Business

Kurz zuvor veröffentlichte das Fachmagazin Decanter die Ergebnisse seiner „World Wine Awards“, bei denen über 18.000 Weine aus aller Welt verkostet wurden. 184 davon kamen aus Österreich, von ihnen konnten 15 Weine 95 Punkte oder mehr erringen, fünf sogar 97 Punkte. Besonderer Achtungserfolg: Trotz der verhältnismäßig geringen Zahl an Einreichungen konnten sich unter den 50 besten Weinen, den sogenannten „Best in Show“, gleich zwei Österreicher platzieren: das Weingut Birgit Eichinger mit dem Grünen Veltliner Ried Kammerner Lamm

„IÖTW“ 2020 und das Weingut Salomon mit dem Riesling Ried Pfaffenberg „IÖTW“ 2019.

Auch bei den „Global Masters“, die vom Branchenmedium „Drinks Business“ veranstaltet werden, schnitten Österreichs Weine sehr gut ab. Von 51 eingereichten Weinen erhielten zehn eine Goldmedaille, zwei sogar den begehrten Titel „Master“: der Riesling Ried Gaisriegl 2019 vom Weingut Schauer und der Sauvignon Blanc Ried Hochbruders-egg 2020 vom Weingut Schneeberger.

## Robert Parker: 95 Punkte für 2021er-Federspiel

Im ersten Halbjahr bewertete Stephan Reinhardt für das äußerst renommierte Magazin „Robert Parker Wine Advocate“ einige Dutzend österreichische Weine mit einem

## Gastronomie & Kulinarisches

Schwerpunkt auf Niederösterreich. Sehr bemerkenswert war dabei die Bewertung von 95 Punkten für den Riesling Federspiel Ried Bruck 2021 der Domäne Wachau. Für die Bewertung der länger gereiften Weine aus Einzellagen und Reserve-Kategorien, die im Frühherbst ansteht, lässt dieses Ergebnis auf Großes hoffen.

### Wine Enthusiast: Die Leichtigkeit des Niederösterreichischen Weins

Einen noch detaillierteren Blick auf Niederösterreich warf Aleks Zecevic für „Wine Enthusiast“. In einem ausführlichen Artikel berichtete er über die Generation an jungen WinzerInnen, die ihren Fokus auf leichtere, alternative Weinstile legt und da-

bei sehr naturnah arbeitet. Weintypen dieser Art seien laut Zecevic für den US-amerikanischen Markt besonders interessant, dessen KonsumentInnen verstärkt zu Weinen mit geringerem Alkoholgehalt und aus umweltbewußter Herstellung greifen.

### Vinum: Höchste Bewertung für steirischen Rosé

Roséwein ist das Thema der Stunde – und in aller Munde. So auch im Fachmagazin Vinum, das diesem Weinstil einen eigenen Wettbewerb widmete. Und Österreichs Weine waren auch hier ganz vorne dabei: Als einer von nur zwei Weinen holte der Pinot Noir Rosé „funky“ 2020 vom Herrenhof Lamprecht aus dem Vulkanland Steiermark 95

Punkte und damit die beste Bewertung des gesamten Wettbewerbs. Zudem wurde er bester Bio-Rosé.

### Weltmeister-Sauvignon kommt aus der Steiermark

Bereits im Frühjahr gab es für die Steirer beim diesjährigen Concours Mondial du Sauvignon Grund zu jubeln: Mit seinem Sauvignon Blanc Ried Kranachberg Reserve 2015 konnte das Weingut Peter Skoff die Trophäe „Revelation Oaked Sauvignon“ in die Steiermark holen. Generell schnitten die steirischen Sauvignons wieder ausgezeichnet ab und konnten unter 23 einreichenden Ländern die zweithöchste Anzahl an Medaillen (71) erringen, in der „oaked category“ sogar die meisten (42).

#### Fakten

##### International Wine Challenge (IWC)

- 120 verkostete Weine
  - 66 mit mindestens 90 Punkte, 12 sogar 95 Punkte
- Hans Tschida zum achten Mal „IWC Sweet Winemaker of the Year“

##### Decanter World Wine Awards

- über 18.000 Weine aus aller Welt verkostet
  - 184 davon kamen aus Österreich, 15 Weine mit 95 Punkten oder mehr, fünf sogar 97 Punkte
- Zwei Österreicher unter den 50 „Best in Show“:
  - Weingut Birgit Eichinger mit dem Grünen Veltliner Ried Kammerner Lamm „1ÖTW“ 2020
  - Weingut Salomon mit dem Riesling Ried Pfaffenberg „1ÖTW“ 2019

##### Drinks Business Global Masters

- 51 eingereichte Weine
  - zehn mit Goldmedaille ausgezeichnet
  - zwei mit dem begehrten Titel „Master“:
    - Riesling Ried Gaisriegl 2019 vom Weingut Schauer
    - Sauvignon Blanc Ried Hochbrudersegg 2020 vom Weingut Schneeberger

##### Robert Parker Wine Advocate

- Dutzende österreichische Weine mit einem Schwerpunkt auf Niederösterreich im ersten Halbjahr verkostet
- Sehr bemerkenswert: 95 Punkten für den Riesling Federspiel Ried Bruck 2021 der Domäne Wachau

#### Wine Enthusiast

- Aleks Zecevic berichtete in einem ausführlichen Artikel über die Generation an jungen WinzerInnen, die ihren Fokus auf leichtere, alternative Weinstile legt und ihr Potential am US-amerikanischen Markt

#### Vinum World of Rosé 2022

- Pinot Noir Rosé „funky“ 2020 vom Herrenhof Lamprecht aus dem Vulkanland Steiermark:
  - 95 Punkte (als einer von zwei) und damit beste Bewertung des gesamten Wettbewerbs o bester Bio-Rosé

#### Concours Mondial du Sauvignon

- Sauvignon Blanc Ried Kranachberg Reserve 2015 vom Weingut Peter Skoff: „Revelation Oaked Sauvignon“
- unter 23 einreichenden Ländern errang Österreich die zweithöchste Anzahl an Medaillen (71)
- in der „oaked category“ bekam Österreich die meisten Medaillen (42)

#### Artikel in Harpers und Drinks Business

- Fokus auf Zweigelt und dessen großes Potential

#### Vaihinger Löwe

- 179 eingereichte Weine (Blaufränkisch, Lemberger, Kékfrankos, Frankovka)
- Doppelsieg für Weingut Tesch aus dem Mittelburgenland:
  - erster Platz mit „Patriot“ 2015
  - zweiter Platz mit „Patriot“ 2017
  - Insgesamt fünf der ersten sieben Plätze für Österreich

#### Zweigelt als »The next big story from Austria«

Immer deutlicher zeigt sich, daß auch Österreichs Rotweine international begeistern können. Mit den autochthonen Rebsorten Zweigelt (Rotburger), Blaufränkisch und St. Laurent hat Österreich diesbezüglich gleich drei Asse im Ärmel. Die Qualitäten von Zweigelt stellten kürzlich die beiden Magazine Harpers und Drinks Business ins Rampenlicht. Auf Basis einer Verkostung im Londoner Restaurant Trivet kam Andrew Catchpole für Harpers zum Schluß, daß Zweigelt das rote Pendant zum Grünen Veltliner werden könnte, da er die Vielseitigkeit der österreichischen Weißwein-Flaggschiffsorte widerspiegeln würde. Der anwesende Master of Wine Dirceu Vianna Junior betonte zudem, daß Zweigelt seine Herkunft sehr gut transportieren könne und schloß mit den Worten: „We want to make Zweigelt the next big story from Austria.“

#### Vaihinger Löwe: Doppelsieg für Blaufränkisch aus dem Mittelburgenland

Eine Bank bei internationalen Verkostungen sind auch Österreichs Blaufränkisch-Weine – das zeigte sich einmal mehr bei der auf diese Sorte spezialisierten Verkostung „Vaihinger Löwe“. Von 179 eingereichten Weinen (Blaufränkisch, Lemberger, Kékfrankos, Frankovka) konnte das Weingut Tesch aus dem Mittelburgenland gleich einen Doppelsieg einfahren: den ersten Platz mit seinem „Patriot“ 2015, den zweiten mit dem „Patriot“ 2017. Insgesamt belegte Österreich gleich fünf der ersten sieben Plätze und unterstrich damit seine herausragende Blaufränkisch-Kompetenz. ■

<https://www.oesterreichwein.at/>



# Ein Prost auf die heimische Bierkultur

Der erste Freitag im August steht weltweit für Bierkultur. Gerade Österreich ist ein Paradebeispiel für bierige Tradition und Innovation – und Vorreiter in eine »grüne« Bierzukunft.

Freunde treffen und zusammen Bier trinken, Bierbrauer ehren und Biere aller Nationen feiern und damit die Welt zu vereinen – diese Ziele haben sich die Begründer des internationalen Feiertages des Bieres im Jahr 2007 auf die Fahnen geheftet. Auch für viele ÖsterreicherInnen ein Grund, unsere Bierkultur hochleben zu lassen. „In Österreich trifft eine lange Biergeschichte und unglaubliche Vielfalt auf eine hohe Innovationskraft – und auch das schon mit Tradition: Vor über 180 Jahren ging von Schwchat eine Bierrevolution aus, das untergärige Lagerbier eroberte von dort aus die Welt. Heute ist die Brauerei Wieselburg federführend bei der Entwicklung von absolut alkoholfreien Bieren – 0,0 Prozent-Biere mit sehr viel Geschmack. Revolutionen spielen sich heutzutage aber auch in der Bierproduktion ab: Man denke nur an die Grüne Brauerei Göss, die weltweit als erste Großbrauerei völlig CO<sub>2</sub>-neutral brauen konnte“, erläutert Gabriela Maria Straka, Director Corporate Affairs & ESG Sustainability bei der Brau Union Österreich.

## Bierkulturbericht belegt ungebrochen hohen Stellenwert in Österreich

Die aktuelle Marktforschung zum noch unveröffentlichten Bierkulturbericht 2022 belegt: Der Stellenwert von Bier für die Getränkultur in Österreich ist ungebrochen. Knapp 90 Prozent unserer Landsleute bewerten Bier als „sehr wichtig“ oder „wichtig“ für die österreichische Getränkultur. Auch die Regionalität ist hier Thema: 80 Prozent der Befragten geben an, daß das Angebot von regionalen Bieren für die heimische Bierkultur sehr wichtig bzw. eher wichtig ist.

Straka erklärt: „Bier ist traditionell eine regionale Sache. Auch heute noch greifen unsere Landsleute sehr gern zum Bier aus der eigenen Gegend, quasi rund um den Schornstein der Brauerei zeigt sich die Tendenz, dieses regionale Bier zu bevorzugen. Schon die Biermarken verweisen ja meistens auf die Herkunft: Das Zipfer kommt aus



Foto: Brau Union Österreich

Zipf, Fohrenburger aus Fohrenburg und Schwechater aus Schwchat. Internationalem Bier geben nur 5 Prozent der Österreicher den Vorzug.“

Aber auch der Nachhaltigkeitsgedanke wird im bierigen Kontext zunehmend wichtiger: 76 Prozent der ÖsterreicherInnen geben an, daß CO<sub>2</sub>-neutrale Bierproduktion wichtig für die Zukunft ist. Gut, daß viele österreichische Brauereien hier bereits Pionierarbeit leisten.

## Tradition trifft Innovationskraft

Neben der produktseitigen Innovationskraft ist die Bierkultur am Weg in eine nachhaltigere Zukunft. Straka: „Als größtes Brauereiuunternehmen Österreichs ist sich die Brau Union Österreich ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung bewußt und ist bestrebt, eine nachhaltige Bierkultur zu schaffen. Dank unserer erfahrenen Braumeister sowie langjähriger Partner haben wir es in der Brau Union Österreich geschafft, bereits an drei Standorten CO<sub>2</sub>-neutral zu brauen und ausschließlich erneuerbare Energie zu verwenden: in der Brauerei Göss in Leoben, in der Brauerei Schladming und in der Vorarlberger Brauerei Fohrenburg. In Schwchat und Puntigam/Graz werden ganze Stadtteile mit der biogenen Abwärme aus der Bierproduktion beheizt. Ein weiteres innovatives Energieversorgungskonzept, das als Beispiel

auch für andere Branchen dienen kann und soll“, so Gabriela Maria Straka.

## Über die Brau Union Österreich

Über fünf Mio. Hektoliter Bier setzt die Brau Union Österreich in einem Jahr ab – mit 15 führenden Biermarken, über 100 Bier-sorten und laufenden Innovationen. Das Unternehmen steht sowohl für Internationale Premium-Brands wie Heineken, Desperados und Sol, die Cider-Marken Strongbow und Stibitzer, das neue Hard Seltzer Pure Piraña, österreichweit verbreitete Top-Marken wie Gösser, Schwechater, die Weizenbiermarke Edelweiss und das alkoholfreie Schlossgold sowie Marken mit starker regionaler Bedeutung wie Zipfer, Puntigamer, Wieselburger, Kaiser, Schladminger, Reininghaus, Villacher und Fohrenburger.

2.700 Mitarbeiter in ganz Österreich sorgen dafür, daß rund 49.000 KundenInnen und Millionen BierliebhaberInnen im ganzen Land mit Bier versorgt werden. Daß die Brau Union Österreich dabei auf beste Rohstoffe, höchste Qualität und nachhaltige Produktion – sowohl im Umwelt- als auch im gesellschaftlichen Bereich – setzt, versteht sich von selbst. Dafür wurde die Brau Union Österreich mit dem Prädikat „Green Brand“ ausgezeichnet. Seit 2003 ist sie Teil der internationalen Heineken-Familie. ■

<https://www.brauunion.at>

# Neuer Generalstabschef

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner beruft Generalmajor Rudolf Striedinger

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner hat eine Entscheidung getroffen: Am 17. August entschied sie sich für Generalmajor Rudolf Striedinger als neuen Generalstabschef des Österreichischen Bundesheeres. Er soll damit in dieser Funktion General Robert Brieger nachfolgen, der seit Mai als ständiger Vorsitzender den Militärausschuß der Europäischen Union leitet.

Die Gespräche hätten ihr gezeigt, „daß sich wirklich die besten Offiziere des Landes für die Position des Generalstabschefs beworben haben. Eine Auswahl bei so vielen Top-Offizieren zu treffen war sicherlich eine der schwersten Entscheidungen, die ich in meinem Amt treffen mußte. Immerhin bringt dieser Posten viel Verantwortung mit sich. Nach den zahlreichen interessanten Gesprächen ist meine Entscheidung auf Generalmajor Rudolf Striedinger gefallen“, verkündete Verteidigungsministerin Klaudia Tanner ihre Wahl.

## Elf Bewerber

Die Ministerin traf am 16. August alle elf Bewerber, führte mit diesen ein persönliches Gespräch und machte sich selbst ein Bild von ihnen. Sie informierte persönlich den Bundespräsidenten und Oberbefehlshaber des Bundesheeres, Alexander Van der Bellen, sowie seinen Adjutanten Generalmajor Thomas Starlinger über ihre Auswahl. Es ist die Aufgabe von Alexander Van der Bellen, die Entscheidung der Ministerin zu prüfen – und den Generalstabschef zu ernennen. Sie teilte ihre Entscheidung auch dem Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, sowie dem im Hause zuständigen Zentralausschuß der Personalvertretung des BMLVs mit.

„Generalmajor Rudolf Striedinger ist einer meiner besten Offiziere, das habe ich auch in seiner Arbeit als Stabschef erleben dürfen und das hat mir auch die Bewertung der unabhängigen Kommission bestätigt. Er hat militärisches und strategisches Know-how, er war außerdem in der Vergangenheit als Kommandant des Militärkommandos Niederösterreich tätig und übt aktuell die Funktion des stellvertretenden Generalstabschefs hervorragend aus. Ich bin mir sicher, daß meine Wahl auf den Richtigen gefallen ist. Es geht bei dieser herausfordernden Position



Rudolf Striedinger

Foto: BMLV / Harald Minich

um Kompetenz, militärisches Know-how, Verantwortung sowie um das richtige Gespür für unser Bundesheer, für unsere Soldatinnen und Soldaten und für alle die im Bundesheer tätig sind. Und Generalmajor Striedinger bringt all diese Eigenschaften mit“, begründete Tanner ihre Entscheidung.

## Dank für Vertrauen

Generalmajor Rudolf Striedinger zu der Entscheidung: „Ich bedanke mich bei Verteidigungsministerin Klaudia Tanner für das entgegengebrachte Vertrauen. Ich bin mir der Verantwortung dieser hohen Position bewußt. Gemeinsam mit der Bundesministerin und dem Generalstab werde ich alle Anstrengungen unternehmen das Bundesheer in eine neue und starke Zukunft zu führen und damit, und vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Krise in Europa, den Fokus wieder auf die Stärkung der militärischen Landesverteidigung zu legen.“

## Entscheidungsphase

Aus der Beurteilung aller Bewerber durch eine unabhängige Bewertungskommission, geleitet durch Generalmajor Hans Hamberger, dem Leiter der Direktion Kontrolle, gingen sieben als im „höchsten Ausmaß geeignet“ hervor, drei im „hohen Ausmaß geeignet und eine Person „in geringerem Ausmaß“. Dieser Beurteilung folgte auch Verteidigungsministerin Klaudia Tanner.

## Führungspositionen seit 20 Jahren

Generalmajor Striedinger (60) ist derzeit stellvertretender Generalstabschef des Verteidigungsministeriums. Er begann seine militärische Laufbahn im Jahr 1979, als er zum Präsenzdienst einrückte. Von 1980 bis 1983 besuchte er die Theresianische Militärakademie und wurde 1983 stellvertretender Kommandant sowie Ausbildungsoffizier einer Ausbildungskompanie im Landwehrstammregiment 32 in Niederösterreich.

Von 1987 bis 1989 war Striedinger Kommandant der Ausbildungskompanie sowie anschließend Kommandant der Stabskompanie des Landwehrstammregiments 32. Im Jahr 1988 absolvierte er die Generalstabsausbildung.

Danach war er unter anderem stellvertretender Chef des Stabes im Militärkommando Wien sowie Referatsleiter im Generalstab des Ministeriums, sowie ab 2002 Leiter des Generalstabsbüros sowie Abteilungsleiter der Generalstabsabteilung. Er war in dieser Funktion neun Jahre für die unmittelbare Unterstützung des Generalstabschefs und die Koordinierung des Generalstabs mit der politischen Leitung des Ressorts zuständig, bevor er ab 2011 als Kommandant des Militärkommandos in Niederösterreich tätig wurde. In dieser Zeit war Striedinger maßgeblich an der Attraktivierung des Wehrdienstes beteiligt.

Im Jahr 2016 wechselte er als militärischer Leiter in das Abwehramt. Im Jahr 2020 war er als Stabschef der Verteidigungsministerin Tanner tätig und am Juli 2021 als Leiter der Generalstabsdirektion sowie stellvertretender Generalstabschef. Er ist damit bereits seit 20 Jahren in höchsten Führungsfunktionen tätig.

Er absolvierte Kurse an der NATO-Schule in Oberammergau und war im Jahr 2006 Kommandant des österreichischen Kontingents sowie der Task Force North der Mission EUFOR ALTHEA in Bosnien und Herzegowina. Darüber hinaus war er in seiner Funktion als Leiter des Abwehramts regelmäßig mit ausländischen Nachrichtendiensten in Kontakt.

Rudolf Striedinger wohnt in Niederösterreich, ist verheiratet und Vater von sechs Kindern. ■

<https://www.bundesheer.at/>



# Stelzer ehrt langjährigen Gemeindebundpräsidenten

Goldenes Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich an Hans Hingsamer – Gratulation des Landeshauptmanns an Nachfolger Christian Mader: »Müssen jetzt gemeinsam durch die schwierigen Zeiten kommen und den Menschen helfen«



Foto: Land OÖ / Peter Mayr

v.l.: Landeshauptmann Thomas Stelzer, der neu gewählte OÖ Gemeindebundpräsident Christian Mader und der mit dem Goldenen Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich ausgezeichnete Hans Hingsamer

Landeshauptmann Thomas Stelzer hat am 13. September dem langjährigen oö. Gemeindebundpräsidenten Hans Hingsamer das Goldene Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich verliehen. Die Ehrung fand im Rahmen des oö. Gemeindetages in Vöcklabruck statt. Mehr als zehn Jahre trug Hingsamer als Präsident des OÖ Gemeindebundes die Verantwortung für die Gemeinden in Oberösterreich und mehr als fünf Jahre war er als Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes für Städte und Gemeinden in ganz Österreich an wesentlicher Stelle tätig. „Hans Hingsamers Arbeit war und ist von unglaublichem Engagement, Geradlinigkeit, überragendem Sachwissen, Feingefühl und großer Menschlichkeit geprägt“, betonte der Landeshauptmann in seiner Laudatio. Hingsamer sei ein Meister der leisen Töne und einer, der immer Teil der Lösung und nie Teil des Problems ist. „Hans Hingsamer ist ein Politiker mit Rückgrat und Handschlagqualität. Ein Verbinder zwischen verschiedenen Positionen und einer, dem man vertraut und der das in ihn gesetzte Vertrauen nicht enttäuscht“, beschreibt Stelzer den langjährigen

obersten Anwalt der Gemeindeinteressen und bedankt sich im Namen des Landes Oberösterreichs für seine ausgezeichnete Arbeit, gerade auch in den Zeiten, wo es für die Gemeinden sehr herausfordernd war und noch immer ist.

Herausfordernde Zeiten erwarten auch seinen Nachfolger Christian Mader, der auch am 13. September zum Nachfolger von Hingsamer gewählt wurde. „Unser gemeinsames Ziel ist es, daß wir jetzt gemeinsam durch diese schwierigen Zeiten kommen und den Menschen helfen. Christian Mader ist der richtige Mann zur richtigen Zeit. Die oberösterreichischen Gemeinden, die Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger und ihre Interessen sind bei ihm in den besten Händen“, betont der Landeshauptmann.

**»Unser Land und unsere Gemeinden gut durch die Krise bringen und stärken.«**

„Auf die Arbeit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bauen wir gerade auch in diesen schwierigen Zeiten“, sagte der Landeshauptmann in seiner Rede beim oö. Gemeindefest. Die Gemeinden seien oft Anlauf-

stelle Nummer eins für die Sorgen der BürgerInnen. „Daher unterstützt das Land OÖ auch die Gemeinden“, verweist der Landeshauptmann etwa auf die Corona-Unterstützungspakete für Gemeinde, auf zusätzliche Gemeindefinanzierung, das heute präsentiert wurde.

**Steigende Energiepreise: LH Stelzer fordert Unterstützung für Gemeinden**

Unterstützung für die Gemeinden im Lichte der exorbitant gestiegenen Energiepreise fordert LH Stelzer bei der Bundesregierung ein: „Strompreiserhöhungen wie diese bringen unsere Städte und Gemeinden in schwerwiegende finanzielle Bedrängnis. Daher wird kein Weg daran vorbeiführen, daß die Bundesregierung schnellstmöglich ein wirksames Strompreis-Unterstützungsmodell, das auch für Städte und Gemeinden gilt, präsentiert. Denn die Energiekrise ist eine gewaltige nationale Herausforderung, die nicht nur einzelne Gemeinden betrifft.“

■  
<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>  
<https://www.oogemeindegund.at/>

# Neuer ÖAW-Präsident

Mit Ulrike Diebold, Christiane Wendehorst und Wolfgang Baumjohann leitet Heinz Faßmann die Österreichische Akademie der Wissenschaften für die nächsten fünf Jahre – Neues Format der Gesellschaftsberatung geplant

Das neue Präsidium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) hat offiziell die Arbeit aufgenommen: Der Geograph und ehemalige Wissenschaftsminister Heinz Faßmann, der Ende März von der Gesamtsitzung der Akademie zum neuen Präsidenten gewählt wurde, tritt damit die Nachfolge von Quantenphysiker Anton Zeilinger an, der die Akademie seit 2013 geleitet hatte.

Das neue Führungsteam von Österreichs größter außeruniversitärer Einrichtung für Grundlagenforschung wird komplettiert durch die Physikerin Ulrike Diebold, die als Vizepräsidentin der ÖAW Arnold Suppan nachfolgt. An der Spitze der philosophisch-historischen Klasse übernimmt die Rechtswissenschaftlerin Christiane Wendehorst von Oliver Jens Schmitt, als Präsident der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse tritt Weltraumforscher Wolfgang Baumjohann die Nachfolge von Georg Brasseur an.



Foto: ÖAW / Peter Rigaud

Das neue ÖAW-Präsidium (v.l.): Rechtswissenschaftlerin Christiane Wendehorst, Präsident Heinz Faßmann, Physikerin Ulrike Diebold und Weltraumforscher Wolfgang Baumjohann

## Erfolgsgeschichte ausbauen

„Ich freue mich auf die neuen Aufgaben und die Zusammenarbeit im Haus“, sagt ÖAW-Präsident Heinz Faßmann und ergänzt: „Ich bin der Akademie seit fast 40 Jahren eng verbunden. Ich habe ihr viel zu verdanken und möchte nun meine Erfahrungen, die ich als Wissenschaftler, Vizerektor, Wissenschaftsminister und nicht zuletzt als Institutsdirektor und Mitglied der Akademie gesammelt habe, wieder zurückgeben.“

Heinz Faßmann bedankt sich ausdrücklich beim scheidenden Präsidium und seinem Vorgänger im Amt: „Ich möchte Anton Zeilinger und seinen Kollegen im Präsidium meinen Dank für die hervorragende Arbeit und den großen Einsatz der vergangenen Jahre aussprechen.“ Er übernehme ein gut bestelltes Haus, so Faßmann, der mit Blick auf die Zukunft betont: „Gemeinsam mit meinem Team will ich die Akademie weiter auf ihrem erfolgreichen Weg voranbringen. Wir werden neue Felder in der Grundlagenforschung erschließen, die internationale Strahlkraft der Akademie ausbauen und uns in der Gesellschaftsberatung verstärkt zukunftsrelevanten Fragestellungen widmen.“

## Neues Wissenschaftsformat

Denn für Heinz Faßmann steht fest: „Wissenschaft ist wesentlich, damit wir große Herausforderungen wie die Klimakrise, den demographischen Wandel, soziale Ungleichheiten, die Digitalisierung aller Lebensbereiche und vieles mehr bewältigen können.“ Doch das Wissen um die Lösungskompetenz der Wissenschaft sei noch nicht in der Mitte der Gesellschaft angekommen, wie zuletzt das Eurobarometer gezeigt habe, so Faßmann. Im europäischen Vergleich ist das Vertrauen in Wissenschaft und Forschung in Österreich weniger stark als in anderen Ländern.

„Wir wollen deswegen unsere Aktivitäten in der Gesellschaftsberatung weiter intensivieren und ein neues Format mit dem Titel „Science Update“ starten“, erklärt der neue ÖAW-Präsident. „Bei regelmäßigen Mediengesprächen können Journalistinnen und Journalisten sich mit Expertinnen und Experten der Akademie zum aktuellen Stand der Forschung bei wichtigen Zukunftsthemen austauschen. Denn wir wollen, daß

möglichst viele Menschen vom an der ÖAW gesammelten Wissen profitieren können.“

## Faßmann stellt erstes Arbeitsprogramm für die ÖAW vor

Am 12. September präsentierten Heinz Faßmann und die Präsidentin der philosophisch-historischen Klasse, Christiane Wendehorst, erste Programmpunkte für den Beginn ihrer Amtszeit. Faßmann sagte: „Die Österreichische Akademie der Wissenschaften nimmt in der Forschungslandschaft eine besondere Rolle ein. Sie ist eine gesamtösterreichische Einrichtung, forscht breit und transdisziplinär und ist Forschungsträger, Forschungsförderer und Gelehrtengesellschaft.“

## Cori-Institut Stoffwechselerkrankungen

Das neue Präsidium plant eine Reihe von neuen Initiativen und bekennt sich zur Umsetzung der aktuellen Leistungsvereinbarung. Zentral dabei ist die Errichtung des neuen Cori-Instituts, benannt nach den österreichisch-amerikanischen Nobelpreisträgern



## Personalia

Gerty und Carl Cori. Faßmann: „Wir müssen die Leistungsvereinbarung Schritt für Schritt umsetzen. Herausragend ist in dem Zusammenhang die Gründung des Cori-Instituts, welches sich aus einer transdisziplinären Perspektive mit Stoffwechselkrankheiten befassen wird.“ Geplant sind außerdem ein Zentrum für Antisemitismusforschung sowie die wissenschaftliche Befassung mit der Konfliktregion Kaukasus.

Neun Millionen Euro konnte die ÖAW aus dem Fonds Zukunft Österreich für ein Programm zur Registerforschung einwerben, das mit einer Roadshow den Forschungsinstitutionen vorgestellt werden soll. Die Bewerbungen um Projekte starten 2023, die Forschungsarbeiten können 2024 beginnen.

### Maßnahmen gegen Wissenschaftsskepsis

Die ÖAW betrachtet die Stärkung des Vertrauens in die Wissenschaft ebenfalls als wichtigen Teil ihrer Aufgaben. Um für die aktuelle Diskussion über Wissenschaftsskepsis in Österreich die entsprechende Evidenz bereitzustellen, führt die Akademie ab sofort ein jährliches Wissenschaftsbarometer mit wechselnden Schwerpunkten durch. Erste Ergebnisse sollen bis Anfang nächsten Jahres vorliegen. Vorbild sind die Wissenschaftsbarometer in Deutschland und der Schweiz sowie das Eurobarometer, das aber nur alle zehn Jahre von der Europäischen Kommission durchgeführt wird.

### Neue Anlaufstelle für angefeindete Forschende

WissenschaftlerInnen, die aufgrund ihrer Arbeit Anfeindungen ausgesetzt sind, bekommen an der ÖAW eine niederschwellige Anlaufstelle. Im Oktober wird eine Plattform eingerichtet, bei der Forschende der Akademie Unterstützung beim Umgang mit Medien und in Rechtsfragen erhalten. „Wir haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei ihrer Medienarbeit vor allem während der Corona-Pandemie zu lange allein gelassen“, so Faßmann. „Viele empfanden die negativen Reaktionen als emotional enorm belastend und wünschten sich eine stärkere Unterstützung. Dazu wollen wir unseren Beitrag leisten.“

Zusätzlich bietet die ÖAW im Rahmen ihres Mentoringprogramms Medientrainings für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an.

### „Science Update“ und Studienstiftung

In dem neuen Format „Science Update“, das Ende September startet, haben Journali-



Foto: ÖAW / Daniel Hinterramskogler

ÖAW-Präsident Heinz Faßmann und ÖAW-Klassenpräsidentin Christiane Wendehorst präsentieren die kommenden Vorhaben des ÖAW-Präsidiums.

stInnen die Möglichkeit, sich mit Forschenden zu relevanten Themen auszutauschen. So soll zur Aufklärung und zur Versachlichung von oft aufgeheizten und emotional geführten Debatten beigetragen werden.

Vermittlungsarbeit leistet die Akademie auch mit Initiativen wie „Akademie im Klassenzimmer“, den „ÖAW-Wissenschaftscomics“, aber auch mit der Studienstiftung für MaturantInnen, die bereits 256 junge Menschen auf ihrem Weg durch das Studium fördern konnte.

### Mehr Diversität an der Akademie

Eine größere Diversität an der ÖAW ist ein weiteres wichtiges Ziel des neuen Präsidiums. In der „Jungen Akademie“ sind besonders erfolgreiche, jüngere WissenschaftlerInnen vertreten. Sie sollen eine stärkere Stimme in der ÖAW bekommen.

Um die Situation von Frauen an der ÖAW zu verbessern, startet eine interne Umfrage, die zeigen soll, welche Maßnahmen für Mitglieder und Mitarbeitende in Forschung und Verwaltung besonders wichtig sind.

Klassenpräsidentin Christiane Wendehorst: „Die Akademie muß jünger, weiblicher und diverser werden. Sie soll die Gesell-

schaft besser repräsentieren und zeitgemäßer aufgestellt sein.“

Als erstes weibliches wirkliches Mitglied wurde 1973 die Physikerin Berta Karlik (1904–1990) gewählt. Zum 50jährigen Jubiläum ihrer Wahl wird es im kommenden Jahr Aktivitäten geben, um dem Thema „Frauen in der Wissenschaft“ noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Der geplante Auftakt dazu findet rund um den internationalen Frauentag am 8. März statt.

### Die ÖAW

Die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) ist Österreichs zentrale außeruniversitäre Einrichtung für Wissenschaft und Forschung. Sie hat die gesetzliche Aufgabe, „die Wissenschaft in jeder Hinsicht zu fördern“.

1847 als Gelehrtengesellschaft gegründet, steht sie mit ihren heute über 760 Mitgliedern sowie rund 1.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für innovative Grundlagenforschung, interdisziplinären Wissensaustausch und die Vermittlung neuer Erkenntnisse – mit dem Ziel zum wissenschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Fortschritt beizutragen. ■

<https://www.oew.ac.at>

# Pioniere der Quantenphysik

Die Physiker Rainer Blatt und Peter Zoller wurden an der Universität Innsbruck mit dem Österreichischen Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse ausgezeichnet.

In Vertretung des Bundespräsidenten überreichte Rektor Tilmann Märk in der Aula der Universität Innsbruck am 6. Juli dem Theoretischen Physiker Peter Zoller und dem Experimentalphysiker Rainer Blatt das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse. „Die Universitätsprofessoren Rainer Blatt und Peter Zoller haben in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche wichtige Beiträge in der Physik geleistet. Sie gelten weltweit als Pioniere auf dem Gebiet der Quantenoptik und Quanteninformation und ihre Arbeiten sind vielfach zitiert“, sagte Rektor Märk bei der Verleihung. „Die beiden Geehrten haben ganz wesentlich dazu beigetragen, daß die Universität Innsbruck weltweit als wichtiges Zentrum der Quantenphysik wahrgenommen wird und die besten Köpfe des Faches hierher streben, um mit KollegInnen an der Universität Innsbruck gemeinsam neue Ideen zu verfolgen. Diese Auszeichnungen würdigen außergewöhnliche wissenschaftliche Karrieren und herausragende Persönlichkeiten, auf die die Universität Innsbruck sehr stolz sein kann.“ Der Verleihung wohnten zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bei, unter ihnen ÖAW-Präsident Heinz Faßmann, Landesrätin Annette Leja und Bürgermeister Georg Willi bei.

## Gemeinsam erfolgreich

Rainer Blatt und Peter Zoller wurden Mitte der 1990er-Jahre als Professoren an die Universität berufen und haben mit ihren FachkollegInnen in wenigen Jahren ein weltweit beachtetes Zentrum der Quantenforschung aufgebaut. Mit dem damals gemeinsam mit Ignacio Cirac entwickelten Konzept für einen Quantencomputer auf Basis einer Ionenfalle haben die Physiker den Grundstein für die Entwicklung dieser Zukunftstechnologie gelegt. Seither wurden die ersten Quantencomputer im Labor realisiert und heute sind erste Geräte bereits im Handel erhältlich. Aus der grundlegenden Erforschung der Quantenphysik sind viele weitere Ideen für Quantentechnologien entstanden, die weite Bereiche unseres Lebens ins Zukunft verändern werden. Beide Physiker feiern heuer ihren 70. Geburtstag und sind



Foto: Uni Innsbruck

v.l.: Rektor Tilmann Märk überreichte die Ehrenzeichen an Rainer Blatt und Peter Zoller

weiterhin als Universitätsprofessoren an der Universität Innsbruck tätig und zugleich als Wissenschaftliche Direktoren mit dem Institut für Quantenoptik und Quanteninformation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften verbunden. Gemeinsam mit Thomas Monz haben sie das Spin-off-Unternehmen der Universität Innsbruck Austrian Alpine Technologies (AQT) aufgebaut, das den ersten kommerziellen Quantencomputer „Made in Austria“ entwickelt hat und nun vertreibt.

## Rainer Blatt: Pionier des Quantencomputers

Rainer Blatt wurde am 8. September 1952 in Idar-Oberstein, Deutschland, geboren. Er hat wegweisende Experimente auf dem Gebiet der Präzisionsspektroskopie, der Quantenmetrologie und der Quanteninformation durchgeführt. Blatt hat mit seinem Team als erster die Quanteninformation eines Atoms in vollständig kontrollierter Weise auf ein anderes Atom übertragen („Teleportation“). Auch die Erzeugung des ersten „Quantenbytes“ geht auf sein Konto. Inzwischen arbeitet sein Team routinemäßig mit Quantencomputern mit 20 bis 50 Quantenbits, führt Quantensimulationen durch und demonstriert die entscheidenden Schritte zur erfolgreichen Fehlerkorrektur in einem Quantencomputer. Für seine Leistungen wur-

de Rainer Blatt unter anderem mit der Stern-Gerlach-Medaille, dem Micius-Preis und einem Ehrendoktorat der Universität Madrid ausgezeichnet. Er ist Mitglied mehrerer wissenschaftlicher Akademien, so der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der National Academy of Sciences der USA.

## Peter Zoller: Vordenker und Netzwerker

Peter Zoller, am 16. September 1952 in Innsbruck geboren, hat als Theoretiker wesentliche Arbeiten zur Wechselwirkung von Laserlicht und Atomen verfaßt. Neben grundsätzlichen Entwicklungen in der Quantenoptik ist ihm insbesondere auch der Brückenschlag zur Quanteninformation und Festkörperphysik gelungen. Zollers Ideen und Konzepte finden breite Aufmerksamkeit in der wissenschaftlichen Gemeinde, seine Arbeiten wurden schon über 70.000-mal zitiert. Peter Zoller hat einige der wichtigsten Wissenschaftspreise der Welt erhalten, wie den Wolf-Preis, die Benjamin-Franklin-Medaille und die Max-Planck-Medaille. Er ist Mitglied der National Academy of Sciences der USA sowie zahlreicher weiterer wissenschaftlicher Akademien und Ehrendoktor der Universität Amsterdam und der University of Colorado, USA. ■

<https://www.uibk.ac.at/>

<https://www.aqt.eu/>



# Prof. Gottfried Kumpf †

Der international renommierte Maler Prof. Gottfried Kumpf ist am 5. September im 91. Lebensjahr völlig unerwartet gestorben

Mit Trauer und Betroffenheit reagiert Burgenlands Landeshauptmann Hans Peter Doskozil auf das Ableben des Malers, Graphikers und Bildhauers Gottfried Kumpf. Das Burgenland verliere mit ihm eine der prägendsten Künstlerpersönlichkeiten der letzten Jahrzehnte, so Doskozil: „Der Wahlburgenländer hat unser Bundesland zu einem Hauptthema seines Schaffens gemacht. Er hat die Eigenarten von Land und Leuten mit großer Empathie und Sympathie, mit Augenzwinkern und verspielter Liebe zum Detail wiedergegeben. Das hat ihn zu einem künstlerischen Botschafter des Burgenlandes gemacht, der weit über die Landesgrenzen hinaus gewirkt hat. Darüber hinaus war er auch ein überaus herzlicher und lebenswürdiger Mensch, der sich auch für ökologische Fragen sehr engagiert hat. Er wird uns fehlen.“

Gottfried Kumpf war begeisterter Wahlburgenländer. 1968 hat er seinen Lebensmittelpunkt von Wien nach Breitenbrunn verlegt, von wo aus er mehrere Jahrzehnte künstlerisch gewirkt hat. Er hat das Burgenland geliebt und mit großem Engagement viele Jahre seines Wirkens auch künstlerisch dem Burgenland gewidmet, indem er seine Wahlheimat unter anderem in seiner typisch naiven Landschaftsmalerei verewigt hat. Eine maßgebliche Rolle hat er auch bei der Schaffung und ersten Gestaltung des Thermenstandortes Stegersbach gespielt.

Seine Liebe zu Burgenland äußerte Kumpf außerdem 1980 mit der Mitwirkung an einer Kampagne zur Rettung des Naturschutzgebietes „Lange Lacke“. Sein Gemälde „Löffler über der Langen Lacke“ wurde als Poster verkauft und geriet zu einem der bekanntesten Arbeiten des Künstlers. Mit der von ihm 1983 gestalteten Briefmarke huldigte er seinem Wahl-Bundesland erneut („Abendsonne über dem Burgenland“).

„Gottfried Kumpf hat mit einem großen Teil seines Werks ein Panoptikum des Burgenlandes geschaffen, das sich im kulturellen Gedächtnis Österreichs eingepägt hat und weiter Bestand haben wird“, so Doskozil.

Das Burgenland habe Kumpf schon 1995 mit der Verleihung der höchsten Landesauszeichnung, des Komturkreuzes, gewürdigt.



Foto: Kristian Bissuti

Prof. Gottfried Kumpf mit einer seiner berühmten Kleinskulpturen „Asozialer V“

Staatssekretärin Andrea Mayer

„Mit Gottfried Kumpf haben wir einen außergewöhnlichen Universalkünstler, aber auch einen humorvollen und zutiefst sympathischen Menschen verloren“, so Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer. „Als Grafiker, Maler, Bildhauer, Architekt und Illustrator war er weit über unsere Landesgrenzen hinaus erfolgreicher Botschafter des österreichischen Kunstschaffens. Er schuf seine ganz eigene, unverkennbare Bildsprache und berührt und bewegt mit seinen Werken auch über seinen Tod hinaus. Meine Anteilnahme gilt seiner Frau, seiner Familie und seinen zahlreichen Weggefährtinnen und -gefährten.“ Kumpf wurde u.a. mit dem Österreichischen Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse ausgezeichnet.

Wiens Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler

„Gottfried Kumpf war bis zuletzt ein unermüdlicher Schöpfer von Kunst, deren unverwechselbarer, stets das Positive betonender und das Leben bejahender Stil, viele Menschen erfreut und berührt hat. Seine naiv wirkende, aus Kinderzeichnungen entwickelte Malerei begründete seinen Erfolg im In- und Ausland und prägte den Stil seiner unverkennbaren Skulpturen sowie seine Arbeit als Buchillustrator, Architekt und Bühnenbildner“, betonte Wiens Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler. „Mein Mitgefühl gilt seiner Frau, seiner Familie und den Freunden und Weggefährten.“

<https://www.kumpf.at/>

Lesen Sie unsere ausführliche Geschichte zu Gottfried Kumpf in der „Österreich Journal“-Ausgabe 196 vom 7. Dezember 2020, Seiten 96 und 97.  
<https://kiosk.oesterreichjournal.at/ausgabe-196/65048144>

# Susanne I.

Bei den Wein & Genußtagen in Eisenstadt wurde die Österreichische Weinkönigin gekrönt



Foto: LK Burgenland / Kaiser

v.l.: Andreas Liegenfeld, Weinbaupräsident Burgenland, Astrid Eisenkopf, LH-Stv.in, Susanne I., Österreichische Weinkönigin, Thomas Steiner, Bürgermeister Eisenstadt, Nikolaus Berlakovich, Präsident Burgenländische Landwirtschaftskammer und Johannes Schmuckenschlager, Weinbaupräsident Österreich

Die Wein- & Genußtage 2022 in der Eisenstädter Fußgängerzone waren bis 28. August geöffnet, die BesucherInnen konnten „heimische Weine und regionale Schmankerl genießen“, so Nikolaus Berlakovich, der Präsident der Burgenländischen Landwirtschaftskammer.

Berlakovich weiter: „Unsere Bäuerinnen und Bauern decken den Tisch der Menschen mit hochwertigen regionalen Lebensmitteln. Es ist aber auch wichtig, die Produkte ansprechend und einem großen Publikum zu präsentieren. Die Wein & Genußtage bieten unseren Betrieben diese Möglichkeit.“

## Krönung der Österreichischen Weinkönigin Susanne I.

Im Rahmen der Eröffnungsfeierlichkeiten wurde die Burgenländische Weinkönigin Susanne I. zur Österreichischen Weinkönigin gekrönt. Susanne I. übernimmt das Amt von Diana I. aus Niederösterreich, welche seit 2020 das Amt der Österreichischen Weinkönigin hervorragend ausgeübt hat.

Die neu amtierende Österreichische Weinkönigin Susanne I. hat die wichtige und ehrenvolle Aufgabe, die Österreichischen Weine im kommenden Jahr bei Veranstaltungen im In- und Ausland zu präsentieren und



Foto: LK Burgenland / Kaiser

v.l.: Kammerdirektor Prof. Otto Prieler, Diana I., Susanne I. und LK-Burgenland-Präsident Nikolaus Berlakovich vor dem Schloß Esterhazy in Eisenstadt

zu bewerben. Die 21jährige Suanne Riepl aus Gols studiert an der Universität für Bodenkultur in Wien Agrarwissenschaften. Sie stammt aus einem großen burgenländischen Weinbaubetrieb, in dem sie auch fleißig mit-hilft und neben ihrem Studium arbeitet.

„Susanne I. hat als Burgenländische Weinkönigin in den letzten zwei Jahren sehr

selbstbewußt und engagiert hervorragende Arbeit geleistet. Sie konnte wertvolle Erfahrungen sammeln, die auch ihrer neuen Aufgabe als Österreichische Weinkönigin zu Gute kommen werden. Ich wünsche Susanne I. mit ihrem neuen Amt viel Freude und Erfolg“, so Berlakovich abschließend. ■

<https://bgl.lko.at/>



# Gruß nach Rom

Land Tirol mit Diözesanbischof bei Diözesanwallfahrt – Abordnung bei Papst Franziskus – Erstmals Landesüblicher Empfang



Foto: Diözese Innsbruck / Sigi

*Innsbrucks Bischof Hermann Glettler stellt dem Heiligen Vater Tirols Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann vor*

Es war eine Premiere in der „Ewigen Stadt“: Die in Tirol einzigartige Begrüßungszeremonie für offizielle Veranstaltungen – der „Landesüblichen Empfang“ – fand am 30. August auf dem Kapitolsplatz (Piazza del Campidoglio) in Rom statt. Landeshauptmann Günther Platter, Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann und der für Traditionen zuständige Landesrat Johannes Tratter reisten anlässlich der diesjährigen Diözesanwallfahrt mit Bischof Hermann Glettler nach Rom, um den Gruß aus Tirol zu überbringen. „Ich freue mich sehr, unser Land Tirol erstmals in dieser Form in der italienischen Hauptstadt zu präsentieren. Mit dem Landesüblichen Empfang wird seit jeher eine besondere Wertschätzung gegenüber Gästen sowie Freundinnen und Freunden von Tirol ausgedrückt. Das heutige Zeremoniell ist demnach auch eine Botschaft des Dankes für die gute Zusammenarbeit mit der Stadtregierung und den beiden österreichischen



Foto: Diözese Innsbruck / Sigi

*Abschreiten der Front der Ersten Schwazer Schützenkompanie auf dem Kapitolsplatz (v.r.): Landeshauptmann Günther Platter, Bischof Hermann Glettler, Pierluigi Sanna (Vizebürgermeister von Rom) und Jan Kickert (österreichischer Botschafter in Rom)*



## Religion und Kirche

Botschaften in Rom – insbesondere Botschafter Jan Kickert, der bei Tiroler Anliegen in Rom immer wieder unterstützend tätig ist“, sagte Platter. Vorangegangen war der Veranstaltung ein Treffen mit dem Vizebürgermeister von Rom, Pierluigi Sanna.

„Die Stadt Rom hat unkompliziert und in bester freundschaftlicher Verbindung dafür gesorgt, daß der heutige Empfang möglich wurde“, so Platter. Gestaltet wurde er von der Musikkapelle Matrie am Brenner und der Ersten Schwazer Schützenkompanie. Auch zahlreiche Tiroler Traditionsverbände, darunter das Führende Feldzeichen des Landes Tirol, waren dabei.

„Es ist schon etwas Besonderes, die Verbundenheit Tirols mit Rom, Hauptstadt unseres Nachbarlandes Italien und Residenz des Papstes, auf diese Weise ausdrücken zu können. Das wechselseitige Kennenlernen von Traditionen fördert das Verständnis und gibt Einblick in die jeweilige Geschichte des Anderen“, sagte LTPin Ledl-Rossmann. LR Tratter ergänzte: „Der Landesübliche Empfang ist ein repräsentativer historischer Bestandteil Tirols, der in dieser Form als echte Tradition gelebt wird. Mit der Ausrichtung des Landesüblichen Empfangs in Rom präsentieren wir einem breiten Publikum Tiroler Traditionen und werben somit auch für unser Land und unsere Kultur.“

„Mehr als 400 Personen aus Tirol, die an der Diözesanwallfahrt nach Rom teilnehmen, haben gemeinsam ein dreifaches Ziel: persönliche Erneuerung im Glauben, Erfahrung weltkirchlicher Verbundenheit und geistige Stärkung für die vielfältigen Herausforderungen in unserer nervösen Zeit“, betonte Bischof Hermann Glettler.

Auf die TeilnehmerInnen wartete ein umfangreiches Programm – von der Besichtigung der wichtigsten Baudenkmäler über einen Besuch im Petersdom zu den Vatikanischen Museen und weitere Kirchen. Höhepunkte der Diözesanwallfahrt stellten die Teilnahme an der Generalaudienz bei Papst Franziskus und ein Gottesdienst im Petersdom dar.

### Für die Organisation von Wallfahrten: Adler Orden für Huberta Bertolini-Pott

Am Abend des 30. August organisierte das Land Tirol im Palazzo Cardinal Cesi ein Netzwerktreffen mit Tiroler Partner-Institutionen in Rom, dem auch der österreichische Botschafter in Rom, Jan Kickert, sowie der österreichische Botschafter beim Heiligen Stuhl, Marcus Bergmann, beiwohnten. Neben musikalischen gab es multimediale und kulinarische Beiträge aus Tirol.



Foto: Diözese Innsbruck / Sigi

Huberta Bertolini-Pott, Referentin für Wallfahrten in der österreichischen Botschaft beim Heiligen Stuhl, wurde mit dem Tiroler Adler Orden in Silber ausgezeichnet – im Bild: Landeshauptmann Günter Platter (l.) und Österreichs Botschafter beim Heiligen Stuhl, Marcus Bergmann



Foto: Diözese Innsbruck / Sigi

Bischof Hermann Glettler bei seiner Predigt während der Heiligen Messe im Petersdom

Im Rahmen des Abendempfangs überreichte LH Platter den Tiroler Adler Orden in Silber Huberta Bertolini-Pott. „Frau Bertolini-Pott ist seit vielen Jahrzehnten als Referentin für Wallfahrten in der österreichischen Botschaft beim Heiligen Stuhl tätig. Durch ihre engagierte Organisation von Wallfahrten für Tirolerinnen und Tiroler leistet sie einen wertvollen Beitrag für unser Land. Der Tiroler Adler Orden, zu dem wir herzlich gratulieren, steht für Anerkennung und Wertschätzung“, so Platter.

Der Tiroler Adler-Orden wurde 1970 vom Tiroler Landtag geschaffen und würdigt Persönlichkeiten, die nicht aus Tirol stammen, aber mit ihrem Engagement und Wirken das Land geprägt haben.

### Predigt von Bischof Hermann Glettler im Petersdom

Wir erleben beim Gottesdienst hier im Petersdom ein Highlight unserer Wallfahrt – eine Ahnung weltkirchlicher Verbundenheit mit dem Wissen um viele aktuelle Herausforderungen. Vieles ist uns geschenkt, aber vieles überfordert uns auch. Wie ist es angesichts vieler Krisenherde möglich, menschlich-geistvoll zu leben? Das Leben ist Geschenk und Auftrag – „ein nie fertig verpacktes Produkt“, wie es Papst Franziskus bei seinem Impuls in der heutigen Audienz ausgedrückt hat.

Unausweichlich müssen wir uns in zahlreichen Spannungsfeldern bewähren und trotz allem zuversichtlich weitergehen. Die



## Religion und Kirche

großzügigen Dimensionen vom Petersdom sind ein Symbol für die „katholische“ Weite des Geistes und des Herzens, die uns Gott schenken möchte.

### 1. Blick und Herz weiten

Jesus kümmert sich um das bedrohliche Fieber der Schwiegermutter des Petrus – und zugleich nimmt er die Apostel hinein in eine Schule größerer Sorge und größerer Aufmerksamkeit: Die Leute brachten alle Kranken zu ihm – mit der Bitte um Befreiung von allen unmöglichen Geistern und mit der Bitte um Heilung von allen Krankheiten. Jesus ließ sich vom Leiden des einzelnen Menschen und zugleich vom enormen Leid der Bevölkerung bewegen. Er übersieht den Einzelnen nicht, aber auch nicht die Erwartungen der Menge. Wir sind heute weltweit mit viel Leid konfrontiert – nicht zuletzt auch durch menschliche Gier und Ungerechtigkeit verursacht. Wir sind mittendrin in dieser bewegten Welt – als Menschen des Wohlstands und jetzt auch als Gläubige auf dieser Wallfahrt.

„Wie geht’s?“ Auf diese Frage antwortete mein Vater meist etwas humorvoll: „Darüber nachzudenken fehlt mir oft die Zeit. Aber ich frage mich öfter, was kann ich beitragen?“ Ist dies nicht eine erfrischende Weitung der persönlichen Anliegen hin zu einer liebevollen Aufmerksamkeit, die die Grenzen der eigenen Befindlichkeiten übersteigt. Was kann

ich beitragen? Damit bleibt der Mensch nicht auf sich selbst fixiert. Kirche ist die Gemeinschaft der Getauften und Gefirmten, also von Menschen, denen das Glück, das Wohl und die Lebensfreude der anderen ein Anliegen sind.

Jeder menschliche Beitrag an Zeit, Energie, Aufmerksamkeit und Liebe für den Nächsten ist eine effektive „Krisenbewältigung“.

### 2. Wie mit Konflikten und Parteigungen umgehen?

In der multikulturellen Stadt Korinth gab es nicht nur charismatische Aufbrüche, aktiv ausgeübte Geistesgaben, sondern auch eine Fülle von Konflikten, gefährliche Parteigungen und Spaltungen. Diese Situationen sind uns vertraut. Das aktuelle Gesicht der Kirche ist ebenso gezeichnet von starken Polarisierungen und gegenseitigen Verwerfungen – konservativ und bewahrend auf der einen Seite, ungeduldig auf Veränderungen drängend auf der anderen Seite, um nur eine Spannung zu benennen. Ebenso stark sind Polarisierungen und aggressive Auseinandersetzungen in unserer Gesellschaft.

Längst wäre es angesichts der Krisencluster unserer Zeit, der neuen Belastungen und sozialen Bruchlinien notwendig, Kräfte zu bündeln sowie unterschiedlichste Lösungsansätze wertzuschätzen.

Paulus erinnert die Gemeinde in Korinth ganz energisch daran, daß Gott das Wesent-

liche geschenkt hat – sein Wort ist der Same für eine menschengerechte Gestaltung der Zukunft und zugleich sorgt er für das Wachstum des Guten. Was können wir den selbst „machen“? Ist es denn nicht immer Gottes Werk, wenn Menschen berührt werden und sich aufrichten? Wenn Vertrauen da ist? Wir sind immer in Versuchung, einer Macher-Haltung zu verfallen, wenn wir meinen, allein das Richtige zu denken und zu tun. Die Lesung fordert uns heute auf, „mehr“ wahrzunehmen, vor allem auch das, was nicht auf unserem Mist gewachsen ist. Johann Weber, von 1969 bis 2001 Bischof der Diözese Graz-Seckau, hat uns bei Visitationen aufgefordert: „Erzählt mir Gutes und Gelingendes, was nicht von Euch initiiert oder gemacht wurde!“ Eine heilsame Übung, um in eine Haltung der positiven Wahrnehmung und Dankbarkeit zu kommen.

Es bewahrheitet sich, daß Streit um Eifersucht schwinden, wenn wir anerkennen, daß Gott mehr zuläßt und wachsen läßt, als wir uns vorstellen können. Wertschätzung und nicht primär Kritik und Ablehnung, würde uns so manche unnötige Auseinandersetzung ersparen. Es würde uns eine neue Kultur des gesellschaftlichen und politischen Diskurses eröffnen. Natürliches Wachstum ist auch ein Kriterium, ob etwas von Gott inspiriert wurde oder nicht. Immer von Gott inspiriert und gesegnet ist der Einsatz für Menschen, die in Not sind oder an den Rand gedrängt wurden.



Foto: Diözese Innsbruck / Sigl



## Religion und Kirche

### 3. Die Frohe Botschaft verkünden – wenn alles weniger wird?

Das Evangelium schildert uns heute die leidenschaftliche Mission Jesu, alle Dörfer und Städte mit seiner Botschaft erreichen zu wollen. Es ist eine unmißverständliche Einladung zur Evangelisation, dort wo wir leben. Aber wie geht das? Speziell angesichts der vielen Ermüdungen, Frustrationen und der Erfahrung, daß alles weniger wird. Die „Gletscherschmelze der Volkskirche“ vollzieht sich vor unseren Augen. Dennoch: Verzagen und Resignation sind keine christlichen Optionen. Wir brauchen neue, belastbare Formen und Inhalte. Vor allem auch mehr Geist und Herzenergie. Der Blick auf die Apostel hier in Rom ist eine Ermutigung – unzählige Bedrängnisse, Enttäuschungen und „Niederlagen“ mußten sie ertragen. Wir haben uns in der Diözese entschlossen, in den nächsten Jahren drei Grundanliegen zu verfolgen – das erste lautet ganz schlicht: Grundkurs Christentum.

Blicken wir bitte auf das Doppelbild „Kathedra und Geistfenster“ hier vorne im Petersdom, ein revolutionäres Barock-Werk von Giovanni Bernini: Die Kathedra des Petrus wird von vier Kirchenlehrern gehalten. Darüber schwebt – dargestellt im wunderschönen Alabaster-Glasfenster, der Geist Gottes. Struktur und Charisma, Form und gelebte Aufmerksamkeit, Tradition und neuer Geist, Bewahrung und Innovation gehören zusammen – und brauchen sich gegenseitig. Anstehende Strukturreformen und die einladende Vermittlung von Glaubensinhalten sind aufeinander verwiesen. In allen Belangen braucht es einen neuen Geist, eine neue Liebe, einen Mut für kleine Schritte.

Es reicht nicht mehr aus, wenn wir uns auf Traditionen und Brauchtum verlassen. Kleine und größere Schritte des Glaubens sind notwendig – mitten in einer nervösen Zeit. Christliche Spiritualität wird erst lebendig, wenn sie zur Antwort auf Gottes Anruf wird, der sich oft in einem konkreten Gesicht der Armut zeigt – er begegnet uns in so mancher Einsamkeit oder Gereiztheit in unserer Nachbarschaft. Beginnen wir, all das miteinander zu teilen, was uns geschenkt wurde. Jeder und jede von uns ist dazu von Gott berufen. Wir alle sind Multiplikatoren des Neuen Lebens, das und anvertraut wurde. Lassen wir uns vom lebendigen Geist inspirieren, um nicht im „irdischen Streit“ aufgegeben zu werden. Leisten wir in der Welt von heute gemeinsam einen Dienst der Zuversicht“, schloß Bischof Hermann Glettler seine Predigt.



Bischof Hermann Glettler am Ende des Hochgebets mit seinen Kozelebranten Diakon Christian Sturm (l.), Diakon Johannes Schwemberger (2. v.r.) und Pater Martin Bichler (r.)



Die Abordnung der Ersten Schwazer Schützenkompanie mit gesenkter Fahne

Alle Fotos: Diözese Innsbruck / Sigl



## Religion und Kirche

Lesen Sie nun hier das Reisetagebuch, das uns die Diözese Innsbruck ebenfalls zur Verfügung gestellt hat:

### Montag, 29. August

Bei Tagesanbruch heißt es hinein in die Busse, die alle Pilger/innen an verschiedenen Stationen in Tirol abholen. Erste Begegnungen, da und dort ein Wiedersehen mit Teilnehmern anderer Pilgerfahrten, die erste Jause wird ausgepackt.

Bei Florenz dann die erste Station der Reise: Die Kirche „San Giovanni Battista“, Johannes dem Täufer geweiht, in der Gemeinde Campi Bisenzio bei Florenz. Der Volksmund nennt sie die „Kirche der Sonnenausbahn“, weil sie zwischen der Autostrade del Sole und der A11 steht. Eucharistiefeier mit Bischof Hermann Glettler. In der Predigt erinnert Jugendseelsorger Peter Rinderer an drei wichtige Eigenschaften von Johannes dem Täufer: Mut, Zivilcourage und Glaubwürdigkeit. Etwas, das man sich als Christ durchaus zu eigen machen kann, meint Rinderer.

Berührende Momente während des Gottesdienstes: Bischof Glettler segnet ein Jubelpaar, das 25 Jahre verheiratet ist – und ein weiteres Paar, das sich auf einer diözesanen Pilgerreise kennen gelernt hat und nun schon viele Jahre verheiratet ist.

Nach dem Gottesdienst gehts weiter Richtung Rom. Begleitet von Pilgergedanken von Bischof Hermann Glettler: „Pilgern heißt, sich erneuern und neue Wege gehen.“ Und es heißt auch, sich zu vernetzen mit anderen, einander begegnen. Und schließlich heißt es, sich darauf einzulassen, daß man anders heimkommt. Pilgern verändert.

### Dienstag, 30. August

Heute Gottesdienst mit Bischof Hermann Glettler und den Traditionsverbänden im Lateran. In seiner Predigt betont Pfarrer Herbert Traxl: „Wir alle sind Gesegnete. Wenn wir das annehmen, können wir auch das Gebrochene in unserem Leben annehmen.“

Und eine einmalige Premiere gabs heute auch noch: Die in Tirol einzigartige Begrüßungszeremonie für offizielle Veranstaltungen – der „Landesüblichen Empfang“ – fand auf dem Kapitolsplatz (Piazza del Campidoglio) in Rom statt. Mit dabei Landeshauptmann Günther Platter, Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann und Landesrat Johannes Tratter. Gestaltet wurde der Landesübliche Empfang von der Musikkapelle Matrie am Brenner und der Ersten Schwazer Schützenkompanie. Auch zahlreiche Tiroler Tradi-



Die erste Station war die Kirche "San Giovanni Battista" in Campi Bisenzio bei Florenz...



... wo die Heilige Messe gefeiert wurde (v.l.): Diakon Andreas Sturm, Bischof Hermann Glettler, Dekan Franz Hinterholzer, Diakon Johannes Schwemberger und Pater Martin Bichler



Ankunft in Rom – erstes Gruppenfoto auf dem Petersplatz

Alle Fotos: Diözese Innsbruck / Sigi



## Religion und Kirche

tionsverbände, darunter das Führende Feldzeichen des Landes Tirol, waren dabei.

### Mittwoch, 31. August

Am Mittwochvormittag nahm die Pilgergruppe an der Generalaudienz mit Papst Franziskus teil. Einige der PilgerInnen konnten Papst Franziskus auch persönlich begrüßen. Erfreut zeigte sich der Pontifex über die große Zahl der Pilger aus Tirol und über die musikalische Darbietung Musikkapelle.

Ein weiterer Höhepunkt des heutigen Tages war der Gottesdienst mit Bischof Hermann Glettler im Petersdom (*siehe seine Predigt*).

### Donnerstag, 1. September

Der Vormittag heute stand ganz im Zeichen des Antiken Roms, eine Führung führte zu den wichtigsten Baudenkmalern der Stadt. Den täglichen Gottesdienst feierte Bischof Hermann Glettler in der Basilika St. Paul vor den Mauern.

In seiner Predigt ging Generalvikar Roland Buemberger auf das Evangelium vom reichen Fischfang ein. Drei Punkte sind ihm dabei wichtig:

1. Die Begegnung mit Jesus verwandelt – Mit Jesus verändert sich die Lage der Fischer im Boot. Nach einem erfolglosen Versuch fangen sie schließlich doch noch viele Fische, weil er sie auffordert, das Netz an der gegenüberliegenden Seite des Bootes auszuwerfen.

2. Die Aufforderung zum Miteinander – Jesus wendet sich nicht an einen Einzelnen, sondern an alle Jünger im Boot: „Werft die Netze noch einmal aus...“

3. Neues wagen – Jesus sagt den Jüngern, sie sollen die Seite wechseln, damit sie Fische fangen.

Am Gottesdienst nahm auch der designierte österreichische Botschafter am Heiligen Stuhl, Marcus Bergmann, teil. Zum Ende des Gottesdienstes spendeten die Priester den Einzelsegen, was von sehr vielen PilgerInnen gerne in Anspruch genommen wurde.

An der Romwallfahrt nahmen auch einige JournalistInnen teil. Für diese stand auch noch ein Besuch bei der Friedensgemeinde Sant' Egidio auf dem Programm, wo sie sich über die vielen Versöhnungsprojekte der Gemeinschaft auf aller Welt informierten. ■

<https://www.dibk.at/>

<https://www.tirol.gv.at/>

<https://www.bmeia.gv.at/oeb-rom/>

<https://www.bmeia.gv.at/oeb-heiligen-stuhl/>

<https://ersteschwazer.at/>

<https://www.musikkapelle.tirol/>



Die PilgerInnen aus Tirol besichtigen zahlreiche Sehenswürdigkeiten der Ewigen Stadt



Bischof Hermann Glettler feierte den Gottesdienst in der Basilika St. Paul vor den Mauern.

Alle Fotos: Diözese Innsbruck / Sigi



# Altbischof Herwig Sturm wurde 80

»Vielfalt und Fülle als tägliches Geschenk und Herausforderung«



Foto: epd / Uschmann

„Es ist mir auch heute noch wie ein Wunder, daß ich gewählt wurde unter so guten Leuten“, erzählte Altbischof Herwig Sturm

Herwig Sturm, von 1996 bis 2007 Bischof der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich, feierte am 15. August seinen 80. Geburtstag. Die Wünsche zum runden Geburtstag verband der amtierende Bischof Michael Chalupka mit „großer Dankbarkeit“ für Sturms Wirken in der Evangelischen Kirche. Herwig Sturm habe das Bischofsamt „mit großer Übersicht und großem Wissen über alle wichtigen Arbeitsfelder der Kirche ausgeübt, seine große Präsenz und seine umfassende Sachkenntnis haben seine Amtsführung ausgezeichnet“, betonte Chalupka gegenüber dem Evangelischen Pressedienst. Gleichzeitig sei Herwig Sturm auch „Vorbild darin, wie man die verschiedenen Traditionen der Evangelischen Kirche in Österreich wertschätzt und weiterentwickelt“. Chalupka zeigte sich auch dankbar für Sturms „ungebrochene Vitalität und das große Engagement für die Bewahrung der Schöpfung“, die Sturm nun im „Jahr der Schöpfung“ als „Schöpfungsbotschafter“ einbringe. Weiterhin entwickle Herwig Sturm „viele Ideen mit großer Durchsetzungskraft“, unterstrich Chalupka.

Herwig Sturms Amtsperiode war auch geprägt von der Vertiefung der ökumenischen Beziehungen: So führte Sturm von 2006 bis 2009 den Vorsitz des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ). In seine

Zeit als Bischof und als Vorsitzender des ÖRKÖ fiel u.a. die Zweite Europäische Ökumenische Versammlung in Graz (1997) sowie die Beteiligung der österreichischen Delegation an der Dritten Europäischen Ökumenischen Versammlung in Sibiu/Hermannstadt (2007). Wichtig war Bischof Sturm auch immer der Kontakt zum Lutherischen Weltbund und zur Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE).

„Es ist mir auch heute noch wie ein Wunder, daß ich gewählt wurde unter so guten Leuten“, erzählte Sturm in einer Ausgabe der evangelischen Zeitschrift „SAAT“ über die Bischofswahl. Mit „Feureifer“ habe er sich in diese Herausforderung gestürzt, „die Fülle der Aufgaben war überwältigend“. Und: „Ich hatte das Gefühl der Vielfalt und Fülle dieser Kirche und Ökumene als tägliches Geschenk und Herausforderung.“ Mitunter lernte Sturm auch die Kehrseite des Bischofsamtes kennen: „Inmitten dieser Wogen an Eindrücken und Verpflichtungen habe ich bisweilen das Ziel nicht mehr gesehen, das mir geholfen hätte, strategischer zu handeln und fokussierter zu entscheiden.“ Seit einigen Jahren seien Parteien, Institutionen und Kirchen mit Mitgliederschwund konfrontiert. „Die großen Austrittszahlen und Mangeldiskussionen blieben mir noch er-

spart“, erinnert sich der Altbischof. Zu seinen schönen Erinnerungen zähle auch heute noch die Ökumene, „damals noch voller Hoffnung auf wachsende Einheit der Christen als Zeichen und Ermutigung für die Politik. In der Öffnung Europas zum Osten hin hat unsere Kirche eine wichtige Rolle als Vorbild und Ermutigung für unsere Nachbarkirchen gespielt.“

## Temporeduktion für die Bewahrung der Schöpfung

Heute engagiert Sturm sich intensiv für den Klimaschutz und ist als „Schöpfungsbotschafter“ nicht nur in Kärnten unterwegs. Bei seinem Projekt, der „Aktion 80 – 100 – Zeit für Klimaschutz“, geht es um Temporeduktion beim Autofahren: „Natürlich wäre es für unser Klima das Beste, ganz auf das Auto zu verzichten“, sagt Sturm. Wo das nicht möglich sei, bringe diese Temporeduktion doch spürbaren Nutzen: 20 Prozent weniger Treibstoff, damit weniger CO<sub>2</sub>, weniger Staub, weniger Lärm und Unfallgefahr. Vor allem aber sei es ein Signal: „Wir kommen vom Wissen zum Tun, wir machen ernst mit der Reduktion fossiler Energie. Wir geben für unsere wunderbare Schöpfung ein Stück unserer Zeit.“

Herwig Sturm wurde als drittes Kind des ehemaligen Superintendenten von Salzburg-Tirol, Emil Sturm, am 15. August 1942 in Lilienfeld (NÖ) geboren. Nach dem Studium der Evangelischen Theologie in Wien, Heidelberg und Zürich wurde Sturm 1966 in Zell am See und im Jahr darauf in Lienz Vikar. 1968 wurde er in der Lutherischen Stadtkirche ins geistliche Amt ordiniert. Von 1968 bis 1980 wirkte Sturm als Pfarrer in Lienz und nebenberuflich als Militärpfarrer. 1980 nahm er eine Pfarrstelle an der Klagenfurter Christuskirche an, 1988 wurde er Superintendent der Diözese Kärnten/Osttirol. Im Oktober 1995 schließlich wurde Herwig Sturm zum Bischof der Evangelischen Kirche A.B. gewählt, er hatte dieses Amt von 1996 bis 2007 inne. Heute lebt Sturm gemeinsam mit seiner Frau Gertrude in Kärnten und in Wien. ■

<https://evang.at/>

# Das Gräberfeld von Kopilo in Zentralbosnien

Nekropole am Balkan ermöglicht einmalige Einblicke in Leben und Sterben in der Prähistorie



© ÖAW-ÖAI / Foto: I. Peischko

*Blick auf den spätbronze- und eisenzeitlichen Fundplatz Kopilo, der rund 70 Kilometer westlich von Sarajevo liegt.*

Das Gräberfeld von Kopilo in Zentralbosnien ist eine der bedeutendsten Funde der letzten Jahrzehnte am Balkan. Entdeckt von ArchäologInnen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und aus Bosnien-Herzegowina belegt es, daß die Bestattungssitten in der Bronze- und Eisenzeit in Europa uneinheitlich waren. Neben der Verbrennung von Toten wurde auch weiterhin Körperbestattung praktiziert. Neueste Untersuchungen der Gräber deuten auf eine hohe Sterblichkeitsrate in der Prähistorie hin und brachten völlig neue Schmuckformen als Grabbeigaben zutage.

In der archäologischen Fachwelt ist die Spätbronze- und Eisenzeit (ca. 1300–100 v.Chr.) in Bosnien-Herzegowina vor allem durch eindrucksvolle Metallfunde, wie etwa dem heute im Naturhistorischen Museum in

Wien ausgestellten Vogelwagen von Glasinac, bekannt. Sie entstammen einer Kultur, die das heutige Bosnien mit einem dichten Netzwerk an gut befestigten Höhengründungen überzog. Das Wissen über die Bestattungssitten dieser Bevölkerungsgruppe war bisher jedoch nur lückenhaft.

Umso bedeutender sind die Ergebnisse eines Forschungsteams des Österreichischen Archäologischen Instituts der ÖAW und aus Bosnien-Herzegowina am spätbronze- und eisenzeitlichen Fundplatz Kopilo, der rund 70 Kilometer westlich von Sarajevo liegt. Denn: Während damals in dem meisten Teilen Europas die Toten verbrannt wurde, gehörte der westliche Balkan zu jenen Regionen, in denen weiterhin die Bestattung von Körpern praktiziert wurde. Anhand der Grabfunde lassen sich neue Erkenntnisse zur

Lebensweise der damaligen Menschen gewinnen. 2021 gelang es dem österreichisch-bosnischen Grabungsteam, die Nekropole der Höhengründung von Kopilo zu lokalisieren und die ersten Gräber freizulegen. Im Jahr 2022 konnte die gesamte Terrasse, auf der sich das Gräberfeld befand, systematisch und großflächig erforscht und dokumentiert werden.

## Kommunikationsnetzwerke bis zu unteren Donau und nach Mazedonien

Bislang völlig unbekannt waren Details zur Konstruktion der Gräber: Sie wurden aus Stein gebaut, oft mit einem äußeren Ring umfaßt und enthalten je zwei bis fünf Gräber. Das Gräberfeld war vom 11. bis ins 5. Jhdt. v. Chr. kontinuierlich belegt. Insgesamt entdeckten die ArchäologInnen 46 Gräber



© ÖAW-ÖAI / Foto: I. Peitschko



mit über 50 Individuen aller Altersstufen. Alle Toten wurden in einer seitlichen Lage mit leicht angewinkelten Beinen und Armen bestattet in der sogenannten „Schlafposition“. Neben dem Kopf wurde oft ein kleines Gefäß platziert, das für das Jenseits gedacht war.

Die ersten anthropologischen Analysen zeigen, daß insbesondere Kinder überproportional vertreten sind, was auf eine hohe Sterblichkeitsrate hindeutet. In den Gräbern fanden sich Beigaben, wie Gefäße, Schmuck aus Bronze, Eisenwaffen und Glasperlen. Frauengräber wiesen deutlich mehr Grabbeigaben mit verschiedenen Schmuckvarianten auf. Dazu zählen auch Metallfunde, die Kommunikation mit entfernteren Gebieten an der unteren Donau und Mazedonien belegen. Für einige lokale Schmuckformen sind bisher keine Vergleiche bekannt, daher werden sie als neue Typen in die Fachliteratur eingeführt. Der Fund liefert auch Einsichten zum ersten Auftreten eiserner Objekte: Sie beweisen eine entwickelte Eisenmetallurgie, die bereits im 9. und 8. Jh. v Chr. beginnt.



Detail aus dem Grab 14 mit einem Collier aus Bronzearnhängern (8.- 7. Jhdt. v. Chr.)



Grabkonstruktion mit äußerem Ring mit drei einzelnen Grabplätzen

© ÖAW-ÖAI / Foto: M. Gavranović

© ÖAW-ÖAI / Foto: M. Gavranović

**Molekulare Skelettanalyse soll Migrationsprozesse klären**

Einen enormen Erkenntnisgewinn erhoffen sich die Forschenden auch aus der molekularen Analyse alter Skelette. Gemeinsam mit internationalen Kooperationspartnern werden anhand von Untersuchungen alter DNA und mithilfe von Isotopenanalysen unter anderem Fragen zu Verwandtschaftsbeziehungen, Ernährung und Mobilität auf individueller Ebene beantwortet werden. Spannend wird dabei insbesondere die Antwort auf die Frage, ob Menschen aus anderen Regionen damals nach Kopilo migrierten und schließlich dort bestattet wurden. ■

<https://www.oeaw.ac.at>



# Der »Southern Arc« und seine bewegte genetische Geschichte

Eine umfassende paläogenetische Studie gibt Einblick in Migrationsmuster, die Ausbreitung der Landwirtschaft und die Sprachentwicklung vom Kaukasus über Vorderasien nach Südeuropa von der frühen Kupferzeit bis ins Spätmittelalter.



Foto: Pavel Avetsiyan, Vardúhi

*Hauptansicht der bronzezeitlichen Nekropole von Karashamb. Die Studie umfaßt 26 Individuen aus der späten Bronze- und frühen Eisenzeit dieser Stätte.*

**R**on Pinhasi vom Department für Evolutionäre Anthropologie sowie Human Evolution and Archaeological Sciences (HEAS) an der Universität Wien, Songül Alpaslan-Roodenberg von der Universität Wien und der Harvard University, Iosif Lazaridis und David Reich, beide von der Harvard University und 202 weitere Co-AutorInnen publizieren in drei Artikeln, die zeitgleich in der Fachzeitschrift *Science* veröffentlicht wurden, eine umfassende Studie zur Analyse uralter Genomsequenzen von 727 unterschiedlichen Individuen. Anhand dieses neu gewonnenen, umfassenden Datenmaterials konnten sie etablierte archäologische, genetische und linguistische Hypothesen überprüfen. Die AutorInnen zeichnen die damit verknüpfte Geschichte verschiedener Völker in der gesamten Region des Southern Arc (Anatolien und seine Nachbarn in Südosteuropa und Vorderasien) von den Ursprüngen der Landwirtschaft bis ins Spätmittelalter systematisch nach. Auch das Österreichische Archäologische Institut der Österreichischen Akademie der Wissen-

schaften war mit dem von Martin Steskal geleiteten Projekt zum antiken Trogir in Kroatien an den Studien beteiligt.

In der ersten Studie untersuchte das internationale Team Herkunftsland und Verbreitung der anatolischen und indoeuropäischen Sprachen. Die genetischen Analysen der WissenschaftlerInnen weisen darauf hin, daß der Ursprung der indoanatolischen Sprachfamilie vor allem in Vorderasien liegt; kleinere Einflüsse dürften auch von nicht-anatolischen IndoeuropäerInnen aus der Eurasischen Steppe gekommen sein. Menschen, die aus dem Kaukasus stammten, zogen vor rund 7.000 bis 5.000 Jahren zunächst Richtung Westen nach Anatolien und in die Steppe im Norden. Manche dieser Menschen sprachen möglicherweise ursprüngliche Formen anatolischer und indoeuropäischer Sprachen.

Sämtliche indoeuropäische Sprachen (z.B. Griechisch, Armenisch und Sanskrit) lassen sich auf Steppenhirten zurückführen, die der Jamnaja-Kultur angehörten und von Jägern und Sammlern aus dem Kaukasus-Gebiet und dem Osten abstammten. Vor rund

5.000 Jahren begann mit ihnen eine Reihe von Wanderungsbewegungen durch ganz Eurasien. Ihre Ausbreitung nach Süden auf den Balkan und nach Griechenland sowie über den Kaukasus nach Osten bis nach Armenien hinterließ Spuren in der DNA der Menschen, die in der Bronzezeit in dieser Region ansässig waren.

## Sprachentwicklung mittels Gen-Analysen untersucht

Im Zuge ihrer Ausbreitung vermischten sich die Nachfahren der Jamnaja-Hirten mit den einheimischen Bevölkerungen. Die griechische Sprache, Paläo-Balkan-Sprachen und albanische (indoeuropäische) Sprachen in Südosteuropa sowie die armenische Sprache in Vorderasien entstanden aus den Interaktionen zwischen EinwanderInnen aus der Steppe, die indoeuropäische Sprachvarianten sprachen, und der lokalen Bevölkerung. Das kann auch genetisch nachgewiesen werden. Die Jamnaja hatten bedeutenden Einfluss auf Südosteuropa. So gab es schon kurz nach Beginn der Jamnaja-Wanderbewegungen



Menschen, die beinahe nur von den Jamnaja abstammten.

Einige der bemerkenswertesten Erkenntnisse finden sich in der Kernregion des Southern Arc, in Anatolien. Die Datenanalyse zeigte, daß Anatolien – im Gegensatz zum Balkan und dem Kaukasus – kaum von den Jamnaja-Wanderbewegungen beeinflusst wurde. Da in Anatolien keine Abstammung von den östlichen Jägern und Sammlern nachgewiesen werden kann, lassen sich auch keine Verbindungen zwischen SprecherInnen der anatolischen Sprachen (z.B. Hethitisch, Luwisch) und der Steppe nachweisen. Das steht im Gegensatz zu allen anderen Regionen, in denen indoeuropäische Sprachen gesprochen wurden.

Im südlichen Kaukasus-Gebiet hingegen gab es mehrere Wanderbewegungen aus der Steppe, und zwar auch schon vor den Wanderungen der Jamnaja. „Vor 15 Jahren fanden wir die sogenannten Areni 1-Individuen aus der Kupfersteinzeit bei einer Ausgrabung, die ich geleitet habe. Jetzt haben wir herausgefunden, daß die Abstammung dieser Menschen auf genetischen Einfluß aus dem Norden in südlichere Regionen des Kaukasus zurückzuführen ist – und das bereits mehr als 1.000 Jahre vor der Ausbreitung der Jamnaja. Dieser nördliche Einfluß in der Region war also verschwunden, bevor er einige Jahrtausende später wieder erkennbar war“, sagt Ron Pinhasi, Evolutionärer Anthropologe von der Universität Wien.

„Anatolien war die Heimat unterschiedlicher Völker, die sowohl von Jägern und Sammlern als auch von östlichen Völkern des Kaukasus, Mesopotamiens und der Levante abstammten“, erklärt Songül Alpaslan-Roodenberg, ebenfalls von der Universität Wien. „Die Menschen aus der Marmararegion und Südostanatolien, vom Schwarzen Meer und aus der Ägäisregion hatten alle ähnliches Erbgut“, ergänzt Alpaslan-Roodenberg.

### Erste bäuerliche Gesellschaften und ihre Wechselbeziehungen

In der zweiten Studie wurde die Entstehung der frühesten neolithischen Bevölkerungsgruppen der Welt (vor rund 12.000 Jahren) untersucht. „Die Ergebnisse der Genuntersuchungen unterstützen die Hypothese eines Netzwerkes überregionaler Kontakte zwischen frühen, bäuerlichen Gesellschaften. Sie liefern auch einen neuen Nachweis dafür, daß die neolithische Revolution ein komplexer Prozeß war, der nicht in nur einer Kernregion, sondern in ganz Anatolien und



Foto: Boris Gasparian

*Areni 1 Höhle Graben 1, Chalkolithikum, spätes 5. Jahrtausend v. u. Z. Die Töpfe enthielten Speisopfer und drei von ihnen wiesen jeweils eine Sekundärbestattung eines Kindes auf, die in die Studie einbezogen wurden und deren Genome auf das frühe Auftreten östlicher Jäger und Sammler in Westasien hinweisen.*

dem Nahen Osten stattgefunden hat“, erklärt Pinhasi.

In dem Artikel werden erstmals die Daten uralter DNA von präkeramischen neolithischen Bauern von der Region des Tigris in Nordmesopotamien präsentiert – einer sowohl in der östlichen Türkei als auch im nördlichen Irak gelegenen Schlüsselregion für die Ursprünge der Landwirtschaft. Im Artikel präsentieren die WissenschaftlerInnen auch die ersten Daten zu uralter DNA von präkeramischen Bauern auf Zypern, wo es zur ersten maritimen Ausbreitung von Bauern aus dem östlichen Mittelmeerraum kam. Die Studie liefert außerdem neue Daten zu frühen, neolithischen Bauern aus dem nordwestlichen Zagros-Gebirge sowie erstmalig Daten aus dem neolithischen Armenien. Die AutorInnen konnten so wichtige Lücken in der archäologischen Forschung füllen, die durch Funde einen regen kulturellen Austausch zwischen diesen Kulturen dokumentiert. Durch die genetische Geschichte dieser Gesellschaften konnten nun auch Spuren, die keine Artefakte hinterlassen – wie Interaktionen oder Partnerwahl – rekonstruiert werden.

Die Ergebnisse dieser Studie offenbaren die Vermischung präneolithischer Nachfahren mit anatolischen, kaukasischen und levantischen Jägern und Sammlern und zeigen darüber hinaus, daß diese frühen bäuerlichen Kulturen ein Kontinuum von Abstammungen bildeten, das die Geografie Vorderasiens widerspiegelte. Des Weiteren weisen die Ergebnisse auf mindestens zwei Wanderungs-

bewegungen vom Kernland des Fruchtbaren Halbmondes zu den frühen bäuerlichen Gesellschaften Anatoliens hin.

### Die historische Periode

Die dritte Studie enthüllt, wie in den politischen Systemen in der antiken, mediterranen Welt die vielfältige Abstammung seit der Bronzezeit bewahrt wurde, diese Systeme aber gleichzeitig durch Migration verbunden waren. Die Ergebnisse zeigen, daß die Menschen, die zur römischen Kaiserzeit in der Gegend um Rom lebten und römische/byzantinische Individuen aus Anatolien eine nahezu identische Abstammung hatten. ItalienerInnen, die vor der römischen Kaiserzeit lebten, wiesen hingegen eine völlig andere Abstammung auf. Das weist darauf hin, daß die Bevölkerung im Römischen Reich – und zwar sowohl im kürzer bestehenden westlichen Teil als auch im länger bestehenden östlichen Teil rund um Anatolien – insgesamt divers aber untereinander sehr ähnlich war, was möglicherweise zu einem großen Teil auf anatolische, präimperiale Vorfahren zurückgeht.

„Dieses Ergebnisse sind sehr überraschend. 2019 habe ich als Co-Autor in Science eine Studie zur genetischen Abstammung der Menschen im Alten Rom publiziert. Darin haben wir ein kosmopolitisches Muster gefunden, das wir einzigartig für Rom hielten. Nun sehen wir aber, daß andere Regionen des römischen Reichs genauso kosmopolitisch waren wie Rom“, sagt Pinhasi. ■

<https://www.univie.ac.at>



# Templer-Rätsel lösen

Der Salzburger Rechtshistoriker Daniele Mattiangeli und der Bioarchäologe Jan Cemper-Kiesslich beleuchten seit 2019 die Geschehnisse, die zur Auflösung des Ordens der Tempelritter im Jahre 1312 führten.

Nun wurden bereits zum zweiten Mal sterbliche Überreste entdeckt, die wiederum auf eine außergewöhnliche Persönlichkeit hinweisen, und zwar auf den 18. Großmeister der Templer Guillaume de Sonnac.

Die Auflösung des Templerordens gab stets Anlaß für Spekulationen. Die Nachwelt konnte die grausamen Geschehnisse nicht einfach hinnehmen. Zumal den Templern ein aufsehenerregender Prozeß mit dem Vorwurf der Gotteslästerung, Ketzerei und Homosexualität gemacht wurde, dessen Zulässigkeit und Korrektheit sowohl Zeitgenossen als auch die Nachwelt in Zweifel zog. Solcherart Vorwürfe mit anschließender Folterung der Beschuldigten, die daraufhin alles gestanden und folgerichtig am Scheiterhaufen landeten, war eine gängige mittelalterliche Methode, um unliebsame Kontrahenten aus dem Weg zu räumen. In diesem Fall war es der französische König Philipp IV., dem die Templer ein Dorn im Auge waren. Nicht nur, daß diese militärisch-geistliche Elite-truppe direkt dem Papst unterstand und ihn damit politisch stärkte, hatten sie es auch seit ihrer Gründung 1118 zu großem Reichtum gebracht. Philipp IV. stand durch einen teuren Krieg, für dessen Durchführung er sich bei den Templern Geld geborgt hatte, tief in ihrer Schuld. Anlaß genug, um einen Kampf auf Leben und Tod anzuzetteln, bei dem es auch um die Vorherrschaft von Königtum oder Papsttum ging.

## Von Privatpersonen entdeckt

Erster Untersuchungsgegenstand des Bioarchäologen Jan Cemper-Kiesslich von der Gerichtsmedizin Salzburg waren die Gebeine des 9. Großmeisters der Tempelritter Arnau de Torroja, dessen sterbliche Überreste in einem Grab in der Kirche San Fermo bei Verona entdeckt wurden und der letztlich durch DNA-Analysen identifiziert werden konnte. Nun, drei Jahre später, wenden sich Privatpersonen aus dem westfranzösischen Châtelleraut an Daniele Mattiangeli und Jan Cemper-Kiesslich, die in der Commanderie d'Ozon Skelette entdeckten, worunter eines auf Guillaume de Sonnac hinweist, den 18. Großmeister des Templerordens. Sollte auch dieser Großmeister identifiziert werden kön-



Foto: Universität Salzburg

*Die Komturei von Ozon oder Auzon war eine Hospitalkomturei templerischen Ursprungs in Châtelleraut in der Region Nouvelle-Aquitaine*

nen, bedeutet dies ein weiteres wichtiges Puzzle zur Lösung des Rätsels um die Templer. Zahlreiche Fragen könnten damit beantwortet werden.

## Ein Zufall der Geschichte?

Österreichische Polizisten, die in ihrem Privatleben den Geheimnissen rund um den Templerorden europaweit nachspüren, entdecken in der Commanderie Skelette und wenden sich prompt an die mit ihnen be-

freundeten Salzburger Wissenschaftler. Die Commanderie d'Ozon befindet sich im westfranzösischen Châtelleraut und war einer der ersten Stützpunkte des Templerordens. Der Gebäudekomplex mit Kapelle diente als Krankenhaus und Unterkunft für Pilger auf ihrem Weg ins Heilige Land. Keine geringere als Éléonore von Aquitanien, eine der einflussreichsten Frauen des Mittelalters, Königin von Frankreich und England, soll sie gegründet haben. Das mittelalterliche Gebäude





Foto: Universität Salzburg

Daniele Mattiangeli, Dozent für Römisches Recht und Rechtshistoriker an der Universität Salzburg, untersucht das Skelett

befindet sich heute in Privatbesitz. In alten Korrespondenzen zwischen dem Templerorden und dem Vatikan sowie dem Königreich und dem Vatikan, fand sich der Name Guillaume de Sonnac. Der französische Adelige war zunächst Meister der Templer-Ordensprovinz Aquitanien, später wurde er der 18. Großmeister des Templerordens. Er starb im Jahr 1250 während eines Kreuzzuges in der Schlacht von al-Mansura, einer Stadt in Ägypten. „Guillaume de Sonnac war in Ozon sehr beliebt“, sagt Mattiangeli. „Deshalb haben die Menschen darauf gedrungen, seine sterblichen Überreste in die Heimat zu überführen, um ihn hier zu begraben.“

### Reise nach Châtellerault

Daniele Mattiangeli und die Dissertantin Birgit Brenner machten sich auf die Reise nach Châtellerault, um die drei Skelette zu begutachten und dabei Proben zu entnehmen. Jan Cemper-Kieslich schaltete sich via Zoom und Videokamera zu, um sie dabei anzuleiten. Sie machten sofort eine spannende Entdeckung: Eines der Skelette läßt auf eine sehr große Person mit einer Größe von 1,80 m schließen. „Diese Größe ist für das Mittelalter und insbesondere für Menschen aus Südfrankreich außergewöhnlich. Zudem wies dieses Skelett sehr starke Knochen auf.“ Dies sei deshalb so interessant, so Mattiangeli, weil Guillaume de Sonnac höchstwahrscheinlich nicht aus Südfrankreich, sondern aus der Normandie abstammte und ursprünglich Wilhelm de Sonay hieß. „Es handelt sich um einen vollkommen unterschied-

lichen Typus Mensch, wenn er aus der Normandie, England oder Sachsen stammt anstatt aus Südfrankreich oder Italien.“ Mattiangeli geht davon aus, daß Wilhelm de Sonay aus politischen Gründen seinen Namen in Guillaume de Sonnac geändert hat. Politisch deshalb, da dieser Name südfranzösisch klang und in Südfrankreich die Menschen Alliierte des Papstes waren. Und Karriere konnte man auch schon im Mittelalter nur mit Hilfe der richtigen politischen Verbindung machen. Mit den Nordmännern hatte der Vatikan seit jeher seine Probleme, weshalb es Sonnac tunlich erschien, sich als Südfranzose auszugeben.

Daniele Mattiangeli entnahm aus allen vorgefundenen Skeletten Knochenproben und Bioarchäologe Cemper-Kieslich wird sie nun in der Salzburger Gerichtsmedizin auf ihre Genetik hin untersuchen. Außerdem wird deren DNA-Struktur mit jenen anderer Datenbanken verglichen. „Sollte sich herausstellen, daß dieses eine Skelett mit DNA-Strukturen von Sachsen oder Nordmännern vergleichbar ist, wäre es ein wichtiges Indiz, daß es sich tatsächlich um Guillaume de Sonnac handelt.“ Die Chancen, dies eindeutig abzuklären, stehen sehr gut, da sich die Menschen im Norden im Gegensatz zu jenen im Süden, kaum mit anderen Gruppen vermischt und man die DNA-Struktur eindeutiger zuordnen kann. Weiters wird ein Stück Holz des Sarges und ein Sargnagel auf ihr Alter hin untersucht. Wenn auch hier insbesondere das Alter der Gegenstände mit den Geschehnissen zusammenpaßt, können die

Wissenschaftler mit großer Sicherheit bestätigen, daß der 18. Großmeister des Templerordens identifiziert wurde.

Die Kirche betrachtet die Forschungen um den Templerorden mit Wohlwollen. „Seit wir die Geschehnisse untersuchen, dürfen wir in sonst für die Wissenschaft verschlossenen Archiven arbeiten“, sagt Mattiangeli. Aus diesem Grunde verbrachte er, der Dozent für Römisches Recht und Rechtshistoriker an der Universität Salzburg, schon viele Monate nicht nur in der Bibliothek des Vatikans, sondern auch im nur schwer zugänglichen Vatikanischen Apostolischen Archiv, um allerlei schriftliche Dokumente wie päpstliche Bullen oder Korrespondenzen zu sichten. Sie sollen neu übersetzt und bewertet werden. Wichtige Schriftstücke finden sich darüber hinaus in französischen Klöstern und dem Nationalarchiv in Paris. Die Projektmitarbeiterin Sophie Kirchgasser untersucht in ihrer Dissertation die Bulle „Vox in Excelso“, jenen päpstlichen Erlaß, in dem die Auflösung des Templerordens beschlossen wurde. Das Interesse an diesem Projekt wurde bereits so groß, daß ein Forschungsverbund gegründet wurde, gestützt von Universität Salzburg, Land und Stadt Salzburg sowie der Erzdiözese, dessen Leitung Daniele Mattiangeli und Jan Cemper-Kieslich innehaben. Sollte sich am Ende herausstellen, daß der Templerorden zu Unrecht aufgelöst worden ist oder gar nicht aufgelöst wurde, könnte die Geschichte der Templer wieder von Neuem beginnen. ■

<https://templars.sbg.ac.at/>

# Eine perfekte Falle für Licht

An der TU Wien und der Hebräischen Universität Jerusalem wurde eine »Lichtfalle« entwickelt, in der ein Lichtstrahl sich selbst am Entkommen hindert. Dadurch läßt sich Licht perfekt absorbieren.

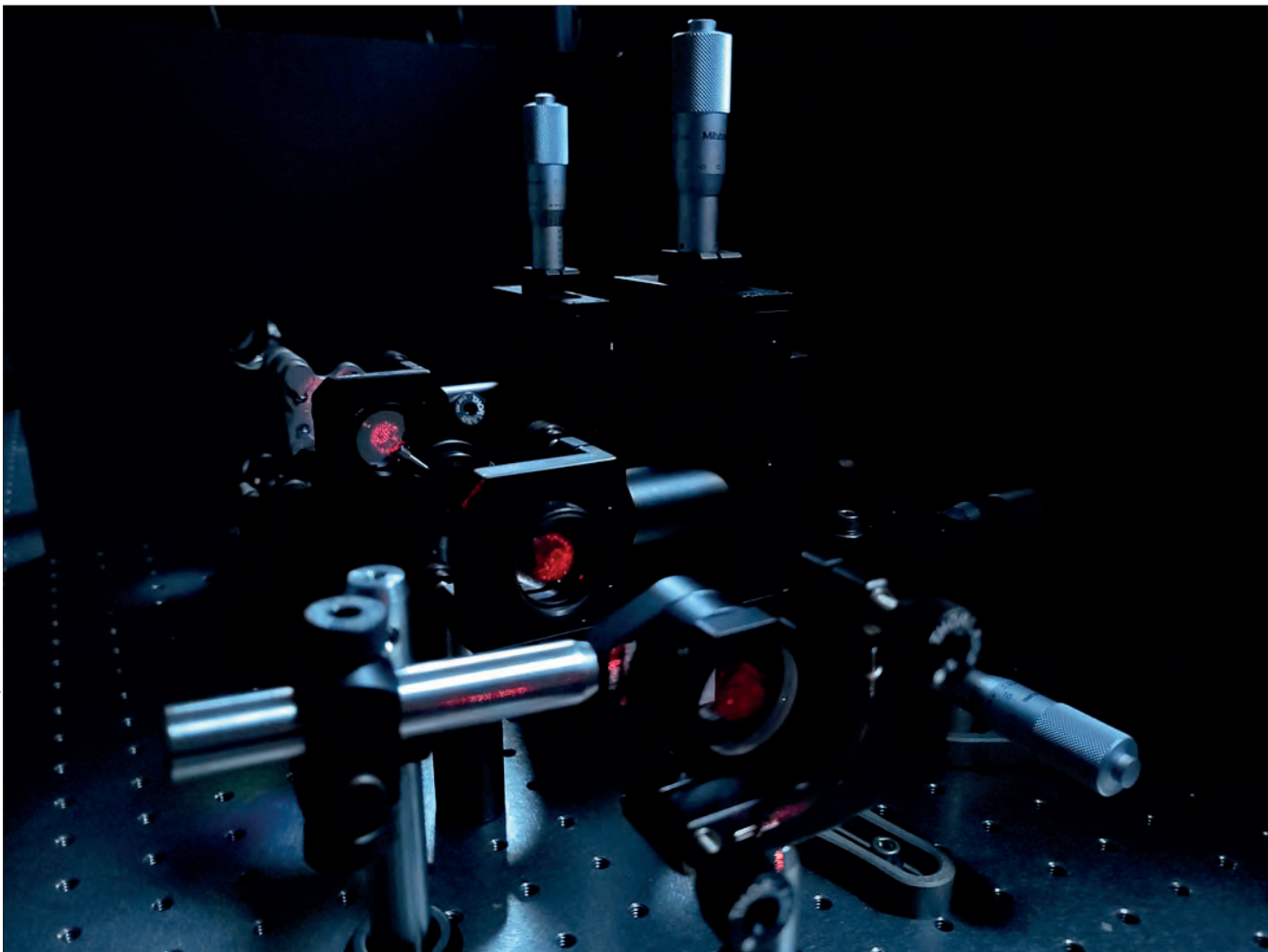


Foto: Omri Haim, The Hebrew University of Jerusalem

Foto des experimentellen Setups an der Hebräischen Universität Jerusalem

Egal ob bei der Photosynthese oder in einer Photovoltaik-Anlage: Wenn man Licht effizient nutzen will, muß man es möglichst vollständig absorbieren. Schwierig ist das aber, wenn die Absorption in einer dünnen Materialschicht stattfinden soll, die normalerweise einen Großteil des Lichts durchläßt.

Nun fanden Forschungsteams der Technischen Universität Wien (TU) und der Hebräischen Universität Jerusalem gemeinsam einen überraschenden Trick, mit dem man auch in dünnsten Schichten einen Lichtstrahl vollständig absorbieren kann: Rund um die dünne Schicht baut man mit Spiegeln und Linsen eine „Lichtfalle“, in der man den

Lichtstrahl im Kreis lenkt und am Ende mit sich selbst überlagert – und zwar exakt so, daß er sich selbst blockiert und das System nicht mehr verlassen kann.

Somit bleibt dem Licht nichts anderes übrig, als von der dünnen Schicht absorbiert zu werden – einen anderen Ausweg gibt es nicht.

Diese Absorptions-Verstärker-Methode, die nun im Fachjournal „Science“ präsentiert wurde, ist das Resultat einer erfolgreichen Zusammenarbeit zweier Teams. Die Idee wurde von Prof. Ori Katz (Hebräische Universität Jerusalem) vorgeschlagen und mit Prof. Stefan Rotter (TU Wien) entwickelt, das Experiment wurde in Jerusalem durch-

geführt und die theoretischen Berechnungen kamen aus Wien.

## Dünne Schichten sind lichtdurchlässig

„Licht zu absorbieren ist einfach, wenn es auf ein massives Objekt trifft“, sagt Prof. Stefan Rotter vom Institut für Theoretische Physik der TU Wien. „Ein dicker schwarzer Wollpullover kann leicht Licht absorbieren. Aber bei vielen technischen Anwendungen hat man nur eine dünne Materialschicht zur Verfügung und möchte, daß das Licht genau in dieser Schicht absorbiert wird.“

Schon bisher gab es Versuche, die Absorption von Materialien zu verbessern: Man kann das Material etwa zwischen zwei Spie-



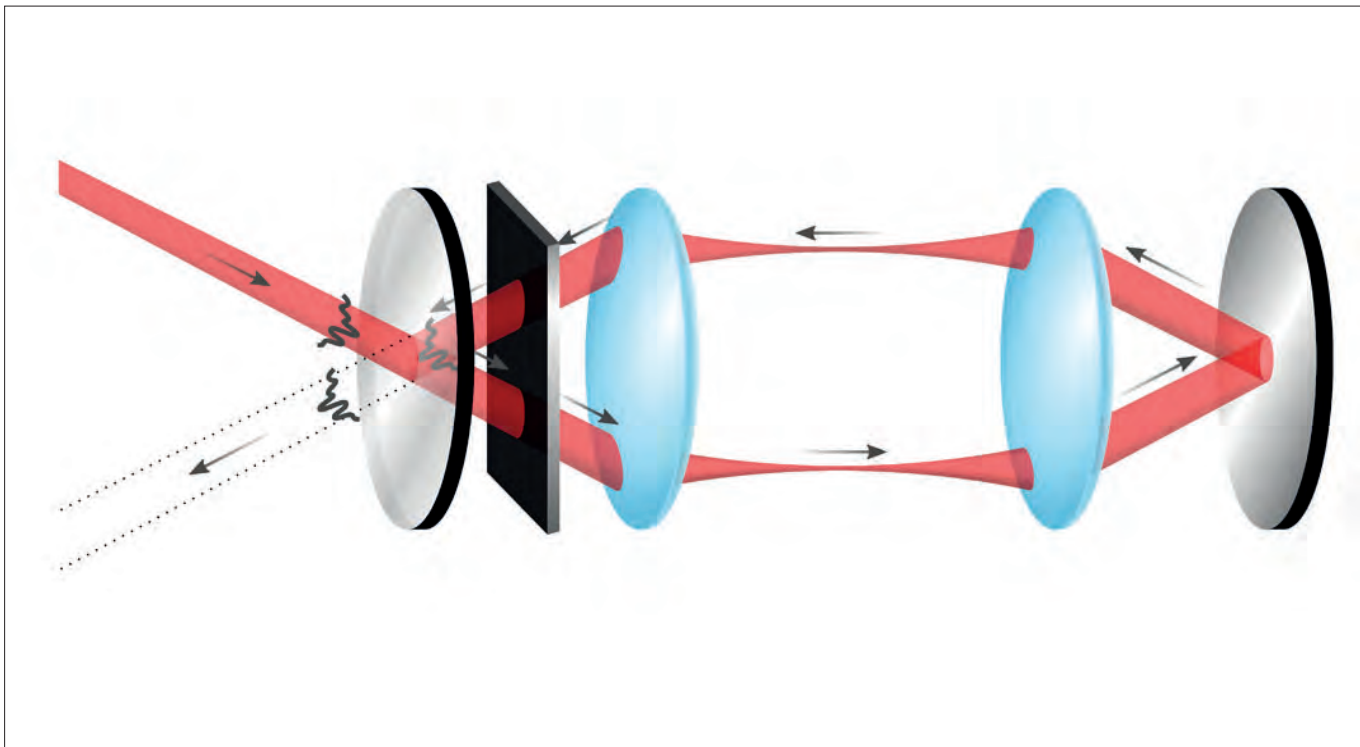


Foto: TU Wien

Die „Lichtfalle“, bestehend aus einem teildurchlässigen Spiegel, einem dünnen, schwachen Absorber, zwei Sammellinsen und einem totalreflektierenden Spiegel. Normalerweise würde der einfallende Lichtstrahl zum größten Teil reflektiert werden. Aufgrund genau berechneter Interferenzeffekte überlagert sich aber der einfallende Lichtstrahl mit dem zwischen den Spiegeln zurückgeleiteten Lichtstrahl, so daß der reflektierte Lichtstrahl letztlich völlig ausgelöscht wird. Die Energie des Lichts wandert vollständig in den dünnen, eigentlich schwachen Absorber.

geln platzieren. Das Licht wird zwischen den beiden Spiegeln hin und her reflektiert, durchquert dabei jedes Mal das Material und hat somit eine größere Chance, absorbiert zu werden. Allerdings dürfen die Spiegel nicht perfekt sein – einer von ihnen muß teilweise durchlässig sein, sonst kann das Licht gar nicht in den Bereich zwischen den beiden Spiegel eindringen. Das bedeutet aber auch, daß immer, wenn das Licht auf diesen teildurchlässigen Spiegel trifft, ein Teil des Lichts verlorengeht.

#### Das Licht blockiert sich selbst

Um genau das zu verhindern, kann man nun die Welleneigenschaften des Lichts auf ausgeklügelte Weise nutzen. „Durch unsere Methode können wir alle Reflexionen durch Welleninterferenz auslöschen“, sagt Prof. Ori Katz (Hebräische Universität Jerusalem). Helmut Hörner (TU Wien), der seine Diplomarbeit diesem Thema widmete, erklärt: „Auch bei unserem Verfahren fällt das Licht zunächst auf einen teildurchlässigen Spiegel. Wenn man einfach nur einen Laserstrahl auf diesen Spiegel schickt, wird er in zwei Teile aufgespalten: Der größere Teil wird reflektiert, ein kleiner Teil durchdringt den Spiegel.“

Dieser Anteil des Lichtstrahls, der den Spiegel durchdringt, wird nun durch die ab-

sorbierende Materialschicht geschickt und dann mit Linsen und einem weiteren Spiegel wieder zum teildurchlässigen Spiegel zurückgeleitet. „Das Entscheidende daran ist: Man justiert die Länge dieses Weges und die Position der optischen Elemente so, daß der zurückgeleitete Lichtstrahl und dessen Mehrfachreflexionen, die zwischen den Spiegeln hin und her laufen, den direkt am ersten Spiegel reflektierten Lichtstrahl exakt auslöscht“, erklären Yevgeny Slobodkin und Gil Weinberg, die beiden Doktoratsstudenten, die das Experiment in Jerusalem aufgebaut haben.

Die beiden Teilstrahlen überlagern sich so, daß sich das Licht gewissermaßen selbst blockiert: Obwohl der teildurchlässige Spiegel alleine eigentlich einen Großteil des Lichts reflektieren würde, wird durch den anderen Strahl genau diese Reflexion unmöglich gemacht. Der zunächst teildurchlässige Spiegel wird für den einfallenden Laserstrahl vollständig durchlässig. So entsteht eine Einbahnstraße für das Licht: Der Lichtstrahl kann zwar in das System eindringen, kann dann aber wegen der Überlagerung des reflektierten und des durchs System im Kreis geführten Anteils nicht mehr entkommen. So bleibt dem Licht nichts anderes übrig, als absorbiert zu werden – der gesamte Laserstrahl wird von einer dünnen Schicht ver-

schluckt, die sonst einen Großteil des Strahls durchlassen würde.

#### Ein robustes Phänomen

„Das System muß genau auf die Wellenlänge abgestimmt werden, die man absorbieren möchte“, sagt Stefan Rotter. „Aber abgesehen davon gibt es keine Vorgaben. Der Laserstrahl muß keine bestimmte Form haben, er kann an manchen Stellen intensiver sein als an anderen – eine fast perfekte Absorption wird immer erreicht.“

Nicht einmal Luftturbulenzen und Temperaturschwankungen können dem Mechanismus etwas anhaben, wie man bei den Experimenten zeigen konnte, die an der Hebräischen Universität Jerusalem durchgeführt wurden. Das beweist, daß es sich um einen robusten Effekt handelt, der eine Vielzahl von Anwendungsmöglichkeiten verspricht – so könnte der vorgestellte Mechanismus gut dafür geeignet sein, selbst Lichtsignale, die bei der Übertragung durch die Erdatmosphäre verzerrt werden, perfekt einzufangen. Auch um Lichtwellen von schwachen Lichtquellen (etwa weit entfernten Sternen) optimal in einen Detektor einzuspeisen, könnte der neue Ansatz von sehr praktischem Nutzen sein. ■

<https://www.tuwien.at/>

<https://en.huji.ac.il/en>

# Ein Quantencomputer rechnet mit mehr als Null und Eins

Seit Jahrzehnten lernen wir, daß Computer, vom Handy bis zum Rechenzentrum, mit Null und Eins rechnen. An der Universität Innsbruck hat nun ein Team von Experimentalphysikern einen Quantencomputer realisiert, der diese Einschränkung hinter sich läßt und den Weg ebnet für deutlich effizientere Quantenrechnungen.

Computer sind praktisch gleichgesetzt mit binärer Information – Null und Eins. Dieser Ansatz ist so erfolgreich, daß Computer aus dem täglichen Leben, von der Kaffeemaschine bis zum selbstfahrenden Auto, nicht mehr wegzudenken sind.

Aufbauend auf dem Erfolg klassischer Computer, gilt die binäre Informationsverarbeitung auch als Basis für neuartige Quantencomputer. „Die physikalischen Bausteine des Quantencomputers können allerdings deutlich mehr als nur Null und Eins“, erklärt der Innsbrucker Experimentalphysiker Martin Ringbauer. „Die Einschränkung auf binäre Systeme nimmt diesen Computern viel von ihrem echten Potential.“

Das Team um Thomas Monz vom Institut für Experimentalphysik der Universität Innsbruck berichtet in der Fachzeitschrift *Nature Physics*, wie es ihnen nun gelungen ist, einen Quantencomputer zu realisieren, der dieses Potential voll ausnutzen und damit mehr Rechenleistung mit weniger Quantenteilchen erreichen kann.

## Verstecktes Potential

Information in Null und Eins zu speichern, ist zwar nicht die effizienteste Art zu rechnen, aber die einfachste, und einfach heißt auch oft verlässlich und wenig fehleranfällig. So ist die binäre Informationsverarbeitung heutzutage der unumstrittene Standard.

In der Quantenwelt sieht das anders aus, da es kaum Systeme mit nur zwei Zuständen gibt. „Im Innsbrucker Quantencomputer wird Information beispielsweise in einzelnen gefangenen Kalziumatomen gespeichert, die jeweils acht Zustände haben, von denen bisher aber nur zwei zum Rechnen verwendet wurden“, erklärt Thomas Monz. Ähnliches gilt für fast alle existierenden Quantencomputer weltweit.

## Optimal für Computer und Anwendungen

Wie die Innsbrucker Physiker nun gezeigt haben, ist es möglich einen Quantencomputer

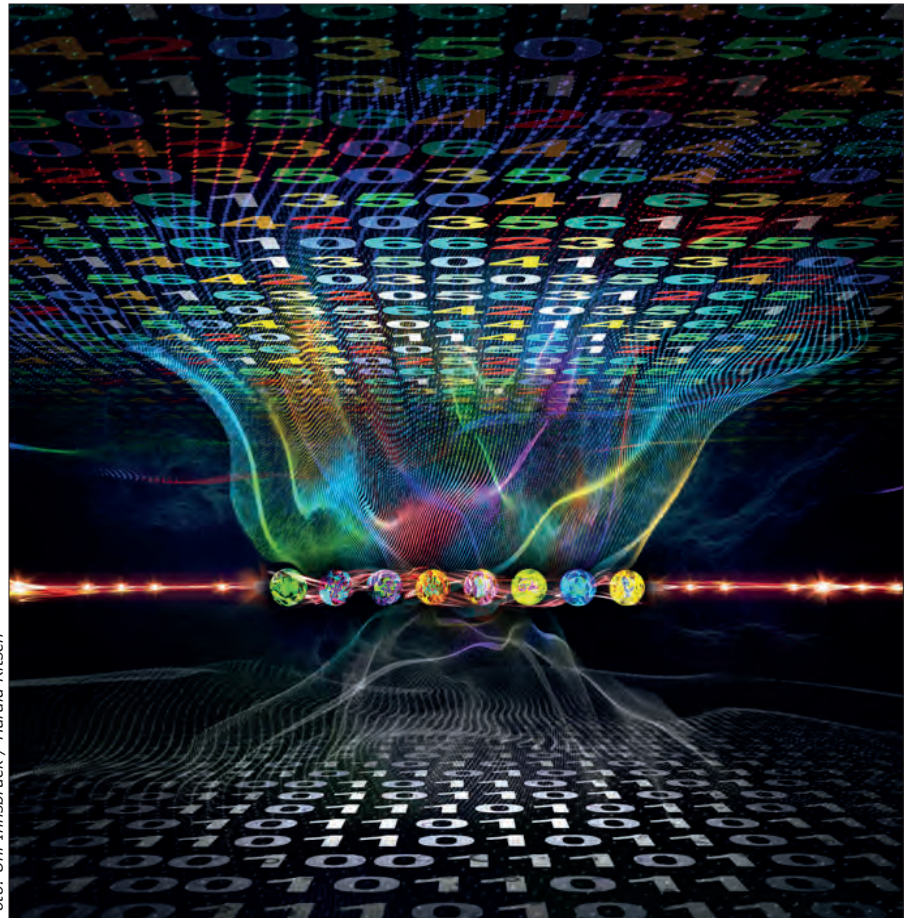


Foto: Uni Innsbruck / Harald Ritsch

Im Innsbrucker Quantencomputer wird Information in einzelnen gefangenen Kalziumatomen gespeichert, die jeweils acht Zustände haben, von denen die Wissenschaftler bis zu sieben zum Rechnen genutzt haben.

so zu konstruieren, daß das volle Potential der Atome ausgenutzt werden kann, indem alle vorhandenen Zustände als sogenannte Qudits (quantum digits) zum Rechnen verwendet werden. Dieses neue Rechenmodell ist optimal auf die Quantenhardware abgestimmt, und die Forscher konnten zeigen, daß der neue Quantencomputer genauso verlässlich arbeitet, wie einer mit nur Null und Eins.

Ähnlich sieht es mit Anwendungen aus. Denn viele der Aufgaben, die Quantencomputer brauchen, wie in der Physik, Chemie, oder den Materialwissenschaften, sind auf natürliche Weise für Qudits formuliert. Ver-

sucht man diese für übliche Quantencomputer umzuschreiben, werden sie oft zu kompliziert für heutige Maschinen. „Mit mehr als Null und Eins zu rechnen, ist nicht nur optimal für die Quantencomputer, sondern auch deutlich natürlicher für viele Anwendungen“, sagt Martin Ringbauer. „Dieser Ansatz ermöglicht uns, das volle Potential unserer Quantencomputer auszuschöpfen.“

Die Forschungen wurden unter anderem vom Österreichischen Wissenschaftsfonds FWF, dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie der Europäischen Union finanziell unterstützt. ■

<https://www.quantumoptics.at/>



# Die »elektrische Pille«

2020 vorausgesagt und 2022 in der Klinik bestätigt: Eugenijus Kaniusas und seine Partner zeigten, daß die Stimulation des aurikulären Vagusnervs eine entzündungshemmende Wirkung bei schweren Covid-19-Verläufen hat.

Die Vagusnerv-Stimulation der Ohrmuschel (kurz aVNS) wird eingesetzt, um chronische Erkrankungen zu behandeln, die ein gesamtes Organsystem betreffen. Beispiele dafür sind die Schmerztherapie, aber auch die Behandlung von Depressionen oder Durchblutungsstörungen. Bei dieser minimal-invasiven Therapie werden ausschließlich die sensorischen Nervenenden in der Ohrmuschel stimuliert, wodurch auch anti-entzündliche Prozesse angestoßen werden. Daß diese neue Methode funktioniert und einen therapeutischen Mehrwert hat, konnten Eugenijus Kaniusas und sein Team bereits mehrfach zeigen. Die neuesten Studienergebnisse publizierte das Forschungsteam kürzlich in der Fachzeitschrift „Frontiers in Physiology“.

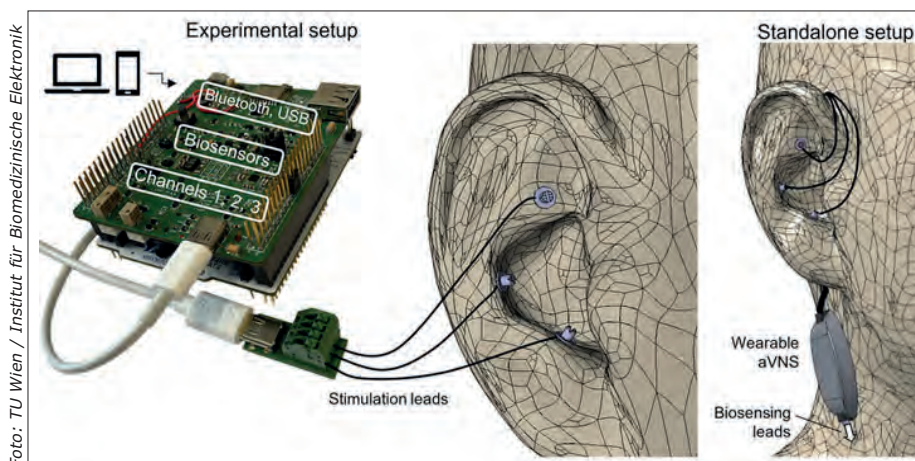
## Ein System im Ungleichgewicht

Löst ein Virus – wie beispielsweise SARS-CoV-2 – eine entzündliche Reaktion im Körper aus, wird diese Information über das sensorische Nervensystem an das Gehirn übermittelt. Der Vagusnerv, der sich vom Gehirn bis in die meisten Organe des menschlichen Körpers erstreckt, antwortet regulatorisch mit einem anti-inflammatorischen Reflex. Fällt die entzündungshemmende Reaktion jedoch zu schwach aus, kann die überschießende Entzündung die körpereigene Regeneration negativ beeinflussen. Um die Balance zwischen der initial schützenden Entzündungsreaktion und den regenerativen Prozessen wiederherzustellen, können aVNS-Systeme eingesetzt werden.

Um ihre Hypothese, daß aVNS auch bei schweren Covid-19 Fällen den Heilungsprozess unterstützt, zu überprüfen, arbeiteten die TUV-Forschenden eng mit dem Klinikum Favoriten, der Medizinischen Universität Wien, dem Health Service Center der Wiener Privatklinik, der Sigmund Freud Privatuniversität Wien und der Immunologischen Tagesklinik Wien zusammen.

## aVNS bei schweren Corona-Verläufen

So konnte das Forschungsteam in seiner jüngsten Studie zeigen, daß der bereits 2020 – zu Beginn der Pandemie – vorhergesagte positive Effekt, den die Vagusnerv-Stimulation auf den Verlauf von schweren Corona-Er-



Individualisierte aurikuläre Vagusnerv-Stimulation zum richtigen Zeitpunkt und mit richtiger Stärke

krankungen hat, tatsächlich besteht. Dazu untersuchte das Team den Einsatz von aVNS an PatientInnen, die akut an Corona erkrankt waren und kurz vor einer künstlichen Beatmung standen. Greift das Virus den Körper an, können Entzündungsreaktion und Heilungsprozeß aus dem Gleichgewicht geraten. Die inflammatorische Antwort des Körpers richtet dann einen größeren Schaden an, als es der Erreger selbst tut. Dieses Gleichgewicht gilt es wiederherzustellen – beispielsweise durch Einsatz eines aVNS-Systems. „Die Elektrostimulation des aurikulären Vagusnervs konnte die Entzündungsreaktion bei Covid-19-PatientInnen nicht nur aufhalten, sie konnte dieser sogar entgegenwirken,“ verleiht Eugenijus Kaniusas, Professor am Institut für Biomedizinische Elektronik der TU Wien, dem Ergebnis Nachdruck.

## Stimulation exakt zum richtigen Zeitpunkt

Der therapeutische Erfolg von aVNS steigt zudem durch eine Anpassung des Systems. Denn sendet ein aVNS-System konstant elektrische Impulse, kann dies zu Nebenwirkungen wie Schmerzen führen. Auch ist der Stromverbrauch deutlich höher, als wenn das System auf den oder die PatientIn individuell reagiert und gezielt Reize aussendet. Um dies zu realisieren, haben die Forschenden um den Dissertanten Babak Dabiri einen geschlossenen Regelkreis integriert. Eugenijus Kaniusas erklärt: „So ist es uns möglich, den Vagusnerv genau dann zu stimulieren,

wenn das Gehirn zuhört. Dies ist der Fall, wenn das Herz sich gerade zusammenzieht und das Blut in die Gefäße strömt oder die betreffende Person gerade ausatmet.“ So können Über- und Unterstimulation verhindert werden, die häufig durch eine dauerhaft anhaltende aVNS entstehen.

Während sich einfache Messungen ausschließlich auf die Vergangenheit beziehen, haben Kaniusas und sein Team mit Vorhersagen gearbeitet: „In der Studie konnten wir zeigen, daß eine prädiktive Stimulation funktioniert und zum gewünschten Ergebnis führt. Möglich war dies durch eine Feedbackfunktion des Systems, über die das aVNS-System konstruktiv mit dem parasympathischen System interferieren kann“, sagt der Elektrotechniker Kaniusas. „Das aVNS-System hört den gemessenen Biosignalen zu und entsendet genau zum richtigen Zeitpunkt seinen Reiz, wie eine intelligente elektrische Pille,“ zieht er schließlich einen Vergleich. Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung Personalisierung, durch die sich das Forschungsteam auch bessere therapeutische Erfolge und mehr Akzeptanz seitens der AnwenderInnen erwartet.

Computational Science & Engineering ist – neben Quantum Physics & Quantum Technologies, Materials & Matter, Information & Communication Technology sowie Energy & Environment – einer von fünf Forschungsschwerpunkten der Technischen Universität Wien. ■

<https://www.tuwien.at/>

# ÖBB-Präzisionsarbeit mit 2.200 Tonnen

Ein neues Tragwerk für das Inntalviadukt gleitet seidenweich in Endposition

Die Hitzewelle mit 35° Celsius und mehr sorgte für tropische Temperaturen in Tirol. Die ExpertenInnen der ÖBB-Infrastruktur AG haben am 9. August beim Einschub des ersten Teils des neuen Inntalviaduktes geschwitzt. Acht Betonbögen, 2.200 Tonnen schwer, sollten in die richtige Position gebracht werden. Seit dem Start der Bauarbeiten, Mitte April, hat sich an diesem Hotspot der Karwendelbahn-Bauarbeiten viel ereignet. Acht von insgesamt 16 Bögen des Inntal Viaduktes wurden wegen ihres baulichen Zustandes abgetragen. Das bestehende Fundament wurde dabei mittels DSV (Düsenstrahlverfahren)-Säulen verstärkt. Das Hauptaugenmerk der Arbeiten lag auf dem Aufbau der acht neuen Bögen samt Tragwerk (künftige Fahrbahn) für das Inntal Viadukt, im Bereich der parallel zur Karwendelbahnstrecke verlaufenden östlichen Verbindungsstraße zwischen der Egger-Lienz-Straße und dem Innrain.

## Neues Inntal Viadukt gleitet mit 26 cm pro Hub über Teflonbahn

Für die SpezialistInnen der ÖBB-Infra und beteiligte Firmen bedeutete der heutige Einschub des neuen Viaduktes Präzisionsarbeit nach Maß. Das 2.200 Tonnen schwere Bauwerk wurde auf der vorbereiteten Verschubbahn aus Stahlblech auf Teflon mit Hochleistungsschmierfett parallel an sieben Punkten von hydraulischen Pressen eingezogen. Die Herausforderung bestand darin, daß alle Pressen absolut gleichmäßig ziehen, damit es zu keinen Verschränkungen des Bauwerks kommt. Die Pressen haben dabei mit jeweils 400 bar Druck gearbeitet. Pro Hub legte das Bauwerk dabei die Strecke von je 26 cm über die Verschubbahn zurück. Insgesamt dauerte der gesamte Einschubvorgang nur rund eine Stunde.

Als nächste Arbeitsschritte folgten Arbeiten an Schotter und Gleisrost sowie die Anpassung der Oberleitung an die neue Gleislage, das Aufstellen der neuen Signale sowie die Fertigstellung von Geländer und Anschlußbauwerke samt neuer Fahrbahn. Ab 22. August rollten die Züge über das erneuerte Viadukt. Laut aktueller Planung sind



Foto: ÖBB / Kapferer

Einschub des ersten neuen Teilstücks des Inntalviaduktes. Im Vordergrund an den Pfeilern die Verschubbahnen.

im Jahr 2025 weitere acht Bögen auf dieselbe Art und Weise zu erneuern. Die Erfahrungen aus den Vorarbeiten und dem erfolgten

Einschub fließen bei der Erneuerung des zweiten Abschnitts mit ein. <https://www.oebb.at/>



Foto: ÖBB / Gasser-Mair

Die Herausforderung bestand darin, daß alle Pressen mit jeweils mit 400 bar Druck absolut gleichmäßig ziehen, damit es zu keinen Verschränkungen des Bauwerks kommt.



# Idole & Rivalen

Das Kunsthistorische Museum zeigt in seiner großen Herbstausstellung von 20. September 2022 bis 8. Jänner 2023, wie KünstlerInnen der Antike, der Renaissance und des Barocks miteinander in Konkurrenz getreten sind.



© bpk / RMN – Grand Palais / Philippe Fuzeau

Jacques-Louis David, *Kampf zwischen Minerva und Mars*, 1771, Leinwand, 1,14 × 1,468 m, Musée du Louvre, Paris

Die Stichwörter „Wettkampf“, „Wettstreit“ und „Wettbewerb“ werden heute vor allem mit Wirtschaft, Sport, Evolutionstheorie, Architektur oder diversen TV-Contests assoziiert. In der Frühen Neuzeit jedoch war das Prinzip des Wettstreits für die Arbeit von KünstlerInnen maßgeblich. Nun widmet das Kunsthistorische Museum diesem wichtigen Thema eine große Schau. Zwar hat es gelegentlich Ausstellungen zum Wettstreit der Künste (italienisch: *paragone*) gegeben, doch noch nie zu den Konkurrenzkämpfen, die KünstlerInnen damals untereinander, aber auch mit lange verstorbenen Berühmtheiten ausgetragen haben. Aus diesen sind einige der bis heute bekanntesten Werke der Renaissance und des Barocks hervorgegangen.

Die Ausstellung wird mit herausragenden Werken des Kunsthistorischen Museums und einer Auswahl von rund 60 weiteren Hauptwerken aus internationalen Sammlungen (etwa von Michelangelo, Tintoretto, Tizian, Sofonisba Anguissola, Lavinia Fontana, Benvenuto Cellini, Peter Paul Rubens und anderen) einen differenzierten Blick auf dieses gleichermaßen komplexe wie faszinierende Thema werfen. Teil des Ausstellungskonzepts ist es, zahlreiche künstlerische Konfrontationen von der Antike bis in die Zeit um 1800 nachzuzeichnen und die rivalisierenden Werke heute wieder einander gegenüberzustellen. Viele der ausgewählten Gemälde und Skulpturen werden erstmals in Österreich zu sehen sein – darunter zahlreiche Werke, die im Sinne des Künstlerwettstreits von

Anfang an dazu gedacht waren, miteinander verglichen zu werden.

Die bedeutenden Leihgaben stammen u. a. aus dem Rijksmuseum in Amsterdam, dem Louvre in Paris, den Uffizien in Florenz, dem Victoria and Albert Museum in London, den Musei Vaticani im Vatikan, der Pinacoteca di Brera in Mailand, den Musee des Beaux-Arts in Lille, den Staatlichen Kunstsammlungen in Dresden, der Akademie der bildenden Künste und der Albertina in Wien, dem Nelson-Atkins Museum of Art in Kansas City und von privaten Leihgebern.

Die Generaldirektorin des Kunsthistorischen Museums, gibt in ihrem Vorwort zum Katalog einen Überblick über den Wettbewerb der Künstler der Epochen Renaissance und Barock.





Foto: Kunsthistorisches Museum Wien

Generaldirektorin Sabine Haag

„Einige der hervorragendsten Kunstwerke verdanken wir der Konfrontation von Künstlerfreunden und -feinden. Künstlerduelle, ob inszeniert oder provoziert, waren symptomatisch für die Konkurrenzsituation der Frühen Neuzeit. Mit dem Beginn der Renaissance entwickelte sich in unterschiedlichen Disziplinen das Bestreben, aus einer untergeordneten Position auszubrechen und in der wissenschaftlichen Hierarchie befördert zu werden. Auch die bildenden Künstler begannen nach Rang und Ruhm zu streben und die dazugehörigen Privilegien einzufordern, indem sie sich auf ihre intellektuelle Stärke und ihre schöpferische Kraft bezogen. Sie sehnten sich nach Autonomie und der Möglichkeit, sich in freier Konkurrenz um das Ansehen und die Unterstützung durch Mäzene zu bemühen. Dies steigerte auch den Wettbewerb um wertvolle Aufträge und sorgte für eine oftmals von Rivalität und Neid erfüllte Stimmung.

Die sich zu Beginn des 15. Jahrhunderts vollziehende schrittweise Lösung der bildenden Künste von den mechanischen Künsten und die damit zusammenhängende Aufwertung des Künstlerstandes sind zwei Entwicklungen, die eng mit der späteren Paragone-Diskussion in Verbindung stehen. Spätestens ab dem 16. Jahrhundert versuchten Künstler - darunter herausragende Gestalten wie Leonardo, Michelangelo, Cellini oder Giambologna -, mit ihren Schöpfungen die Stärken der eigenen Disziplin und gleichzeitig die Schwächen der Konkurrenz aufzuzeigen. Einige der wichtigsten Werke der Kunstgeschichte sind aus diesem Gattungstreit hervorgegangen.

Das Kunsthistorische Museum Wien nimmt nun diese theoretische Debatte zum Ausgangspunkt für seine große Herbstaus-

stellung *Idole & Rivalen*. KünstlerInnen im Wettstreit. Wohl gab es bereits Ausstellungen zum Paragone in den letzten Jahrzehnten, doch handelt es sich hier um die erste Schau, die den künstlerischen Wettstreit von der Antike bis zum Ende des 18. Jahrhunderts in vielen seiner Facetten behandelt. Sie spannt dabei den Bogen weit, nämlich vom Agon, dem sportlich fairen Wettkampf der Antike, und der Rezeption antiker Topoi des Künstlerwettstreits in der Frühen Neuzeit über den Künstlerneid und den Wettstreit an Fürstenhöfen sowie am Kunstmarkt bis hin zu den gelenkten Wettbewerben in den Akademien und Salons im 18. Jahrhundert.

Rund 120 Werke von der Antike bis zur Zeit um 1800 illustrieren diese künstlerischen Konfrontationen und stellen rivalisierende Werke einander gegenüber. Viele der ausgewählten Gemälde und Skulpturen sind

erstmals in Österreich zu sehen, darunter zahlreiche Werke, die im Sinne des Wettstreits der KünstlerInnen von Anfang an dazu gedacht waren, miteinander verglichen zu werden.

Das Konzept dieser Ausstellung stammt von der Kuratorin für italienische, französische und spanische Barockmalerei am Kunsthistorischen Museum, Gudrun Swoboda. Ihr danke ich an erster Stelle für die überzeugende Ausarbeitung und die Auswahl der Werke. Den zahlreichen internationalen Leihgebern, die sich für die Dauer der Ausstellung von ihren Meisterwerken getrennt haben, gilt mein besonderer Dank. Ebenso allen Autorinnen und Autoren dieses sorgfältig gestalteten Katalogs. Das Ausstellungsmanagement unter der Leitung von Nikolaus Keusch mit Ulrike Becker, die Kreativdirektion unter Stefan Zeisler mit Michaela Noll



© KHM-Museumsverband

Nach Michelangelo, *Entführung des Ganymed*, 1575/80, Pappelholz, 96,5 × 75,3 cm  
Kunsthistorisches Museum Wien



und das Publikationswesen mit Benjamin Mayr haben in bewährter Zusammenarbeit dieses Projekt umgesetzt. Allen Sponsoren und Förderern des Kunsthistorischen Museums danke ich für ihre stete Unterstützung.

Die Ausstellung lädt nun unser Publikum ein, selbst herauszufinden, wer den künstlerischen Wettstreit für sich entscheidet“, so Sabine Haag.

*Gudrun Swoboda, Kuratorin der bemerkenswerten Ausstellung, gibt nachfolgend einen tieferen Einblick in die „Künstlerszene“ der beiden Epochen:*

### Kräfte und Bedingungen des Wettstreits im Feld der Kunst

Der niederländische Kulturhistoriker Johan Huizinga betrachtete den Wettstreit als ein ursprüngliches und universales Prinzip der Kultur. Er sprach diesbezüglich von dem „Bedürfnis, einander durch Herausfordern oder Wetten zum Vollbringen einer schwieri-

gen“, ja scheinbar unausführbaren Aufgabe von Kunstfertigkeit zu bringen – einem Bedürfnis, das „tief in den ursprünglichen Schichten der Kultur“ angelegt sei. Huizinga wußte freilich auch, daß dieses Bedürfnis unterschiedlich befriedigt werden kann, je nachdem, unter welchen historischen Voraussetzungen es sich Geltung zu verschaffen versucht. Man kann sich dies anhand zwei kontrastierender Beispiele verdeutlichen, die bereits zum Thema der Ausstellung hinführen. Das traditionelle Handwerk war in Europa von ihrer zünftischen Organisationsstruktur her darauf ausgerichtet, den Wettstreit und seine dynamischen Effekte weitgehend einzudämmen. Im Gegensatz dazu standen die Kunstakademien der Konkurrenz positiv gegenüber. Schon vor ihren Gründungen ab der Mitte des 16. Jahrhunderts hatte sich die Überzeugung durchzusetzen begonnen, daß bildende Kunst, sofern sie etwas vom Handwerk Verschiedenes ist, auf die Realisierung außergewöhnlicher Werke hinauslaufe; und daß das Außergewöhnliche vorzugsweise da

entstehe, wo Menschen miteinander konkurrierten. Der bedeutende italienische Humanist Lorenzo Valla hatte bereits 1455 die weitreichende These aufgestellt, daß es das Nachahmen, Wettfeiern und eine auf das Übertreffen von Vorbildern (*imitatio, aemulatio und superatio*) zielende Gesinnung sei, die den Fortschritt in den Künsten bewirke.

Wir hingegen wollen den Wettstreit nicht zum Prinzip eines wie auch immer zu definierenden kulturellen Fortschritts erheben. Stattdessen folgen wir der These, daß sich verschiedene kulturelle Bereiche dadurch charakterisieren lassen, wie in ihnen mit einer (möglicherweise universal gegebenen) Tendenz zum Wettstreit umgegangen wird. Diese Auffassung liegt dem vorliegenden Katalog ebenso zugrunde wie der Ausstellung, die er begleitet. Daß die europäische Kunst der Frühen Neuzeit, die dabei im Zentrum steht, eng mit der Durchsetzung eines Konkurrenzprinzips zusammenhängt, ist an sich ein bekanntes Faktum. Unser Anliegen besteht darin, die agonalen Triebkräfte der



© Patrimonio Nacional, El Escorial, Monasterio de San Lorenzo

Jan van der Hamen y León, *Stilleben mit Früchten und Vögeln*, 1621, Holz, 56 × 74 cm, Patrimonio Nacional, El Escorial, Monasterio de San Lorenzo

Kunst der Renaissance und des Barock möglichst anschaulich nachvollziehbar zu machen und auf ihre vielfältigen historischen Rahmenbedingungen zu beziehen. Zu diesen historischen Bezugsgrößen des Künstlerwettstreits in der Frühen Neuzeit zählen die Gelegenheiten und Schauplätze, die sich ihm boten; die in der Auseinandersetzung geltend gemachten Kriterien und Maßstäbe; historische Musterbeispiele und Resonanzräume; die im Zusammenhang damit entwickelten Ikonografien des Wettstreits; Gegenmodelle wie dasjenige der Kooperation. Sie sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden.

**Gelegenheiten und Schauplätze**

Die Gelegenheiten für Künstler, miteinander zu wetteifern, waren in Europa vielleicht nie vielfältiger und die Bedingungen dafür nie günstiger als in der Frühen Neuzeit. Einige der wichtigsten Gelegenheiten und Schauplätze des Wettstreits werden im Katalog wie in der Ausstellung dargestellt.

Der 1401 abgehaltene Wettbewerb um den Auftrag für eine Bronzetür des Florentiner Baptisteriums, bei dem Lorenzo Ghiberti über Filippo Brunelleschi und fünf weitere



Giambologna nach Michelangelo, *Notte (Nacht)*, vor 1574, Alabaster, 44,5 × 46,5 × 18,8 cm Staatliche Kunstsammlungen Dresden, Skulpturensammlung

Konkurrenten triumphierte, gilt bezeichnenderweise als eine der Geburtsstunden der Renaissance-Kunst. Bei der Entscheidung dieses Wettbewerbs – verantwortlich war eine von städtischen Körperschaften ernannte Jury – wurden unter anderem ästhetische Beurteilungskriterien geltend gemacht. Künstlerisches Wetteifern fand aber nicht nur im Rahmen solcher Wettbewerbe statt. Als etwa hundert Jahre später Leonardo da Vinci und Michelangelo von der Republik Florenz beauftragt wurden, je ein großes Schlachtengemälde für den Großen Ratssaal im Palazzo Vecchio zu malen, war allen Beteiligten klar, daß die Ergebnisse miteinander verglichen werden würden. Statt daß Leonardo und Michelangelo wie einst Ghiberti und Brunelleschi um einen Auftrag konkurrierten, wurden sie vielmehr durch die parallele Beauftragung selbst *nolens volens* in eine Konkurrenzsituation gebracht. Ähnliche Absichten wurden auch in höfischen Kontexten verfolgt. Im Rahmen der Ausstellung kann dies vor allem am Beispiel der von Kaiser Rudolf II. mit Aufträgen versehenen und/oder an den Prager Hof geholten Künstler nachvollzogen werden. Der Kaiser wollte seinen Künstlern über die Schulter blicken können, auch beim Aneinander-Messen.

Wettbewerbe und auf Konkurrenz angelegte Aufträge und Arbeitssituationen in der Stadt und bei Hof waren für die künstlerische Produktion spätestens seit dem 15. Jahrhundert bestimmend. Neue Gelegenheiten

des Wetteiferns ergaben sich, als im 18. Jahrhundert die Kunstakademien an Bedeutung gewannen. Mit dem erklärten Ziel, den Wettstreit unter den Akademikern zu fördern, wurden nun Preise ausgelobt. Außerdem veranstalteten diese Akademien neuartige, regelmäßig stattfindende Ausstellungen und verschafften dem Künstlerwettstreit eine Bühne, vor der sich ein zunehmend großes bürgerliches Publikum versammelte. Im Hintergrund dieser Inszenierungen war eine Realität wirksam, die seit dem 17. Jahrhundert



Peter Paul Rubens, *Helena Fourment (Das Pelzchen)*, 1636/38, Eichenholz, 178,7 × 86,2 cm, Kunsthistorisches Museum Wien



Sofonisba Anguissola, *Selbstbildnis*, 1554, Pappelholz, 20 × 15 cm, Kunsthistorisches Museum Wien

© KHM-Museumsverband

© KHM-Museumsverband



## Kultur

an Bedeutung gewann und schließlich die gesamte künstlerische Produktion prägen sollte: der Kunstmarkt.

### Kriterien und Maßstäbe

Hand in Hand mit der seit dem 15. Jahrhundert immer deutlicher werdenden Durchsetzung agonaler Produktionsbedingungen ging die Entwicklung einer reichhaltigen kunsttheoretischen und -kritischen Terminologie. Mithilfe von Begriffen wie „Zeichnung“, „Farbgebung“, „Ausdruck“ und so weiter konnten nicht nur Einzelwerke beurteilt, sondern auch differenzierte Vergleiche

durchgeführt und die Vorzüge und Schwächen der miteinander verglichenen Künstler benannt werden.

Gleichzeitig wurden in den – vor allem, aber nicht ausschließlich in Italien kultivierten – Paragone-Debatten die begrifflichen Grundlagen dafür geschaffen, Werke *verschiedener* Künste, insbesondere der Malerei und der Skulptur, kritisch miteinander zu vergleichen. Der Wettstreit der Künstler konnte daher auch in Form eines Wettstreits der Künste ausgetragen werden. Bekanntermaßen brachte dieser Paragone all jene „Schwierigen, ja scheinbar unausführbaren

Aufgabe[n] von Kunstfertigkeit“ (Huizinga) mit sich, denen sich beispielsweise ein Bildhauer gegenübersteht, der malerische Effekte erzielen will, oder ein Maler, der Figuren schaffen will, die wie diejenigen der Skulptur mehr als nur eine Ansichtseite aufweisen.

Im Unterschied zu den Beurteilungskriterien waren die Maßstäbe des Künstlerwettstreits nicht allein begrifflicher Natur, sondern durch herausragende Werke und angesehenen Künstlerpersönlichkeiten gegeben. Michelangelo, in dessen Schaffen die von Giorgio Vasari erzählte Kunstgeschichte gip-



© Pinacoteca di Brera, Mailand

Giovan Battista Crespi, Pier Francesco Mazzucchelli und Giulio Cesare Procaccini, *Martyrium der hl. Rufina und hl. Secunda*, 1620/24, Leinwand, 192 × 192 cm, Pinacoteca di Brera, Mailand





© KHM-Museumsverband

Tizian, Danae, nach 1554, Leinwand, 135 × 152 cm, Kunsthistorisches Museum Wien

felte, blieb lange Zeit die Referenzgröße. Maler von Tizian über Carracci und Valentin bis hin zu Rubens bezogen sich auf seine Werke, um sie im Rahmen ihrer eigenen Kunst auf die eine oder andere Weise nachzuahmen und womöglich zu übertreffen.

### Historische Musterbeispiele und Resonanzräume

Das Beispiel von Michelangelo als einem zum Maßstab auch für nachfolgende Generationen erhobenen Künstler ist zudem aus einem anderen Grund aufschlußreich. Es macht deutlich, daß das Wettfeiern keineswegs nur zwischen Zeitgenossen stattfand, sondern wesentlich eine historische Dimension beinhaltete. Man wetteiferte auch mit den berühmt gewordenen Figuren der Kunstgeschichte – auf merkwürdig einseitige Weise, denn obwohl man sich von den Werken Verstorbener herausgefordert fühlen kann, waren diese selbst nicht mehr in der Lage, dem etwas zu entgegnen.

Das Messen an kanonischen Vorbildern war eine Weise, Kunstgeschichte am eigenen Leib zu erfahren und aktiv an ihr teilzuhaben. Die sich dafür anbietenden historischen Musterbeispiele und Resonanzräume wurden seit dem 15. Jahrhundert immer detaillierter beschrieben und mittels neuartiger Reproduktionstechniken leichter zugänglich gemacht. Diese geschichtliche Dimension des Künstlerwettstreits reichte von Anfang an bis

in die griechische Antike zurück – zu Künstlern wie Phidias, Zeuxis oder Apelles, von deren kompetitivem Verhalten man wußte und deren Werke auch dann als vorbildlich angesehen wurden, wenn man sie nur aus Beschreibungen und Anekdoten kannte.

### Ikonografien des Wettstreits

Angesichts der großen Bedeutung, die die Durchsetzung des Konkurrenzprinzips für die Kunst der Frühen Neuzeit hatte, verwundert es nicht, daß in dieser Epoche auch Ikonografien des Wettstreits entwickelt wurden. Sie speisten sich aus antiken Mythen wie der Erzählung vom (nicht gerade fair entschiedenen) Wettstreit zwischen Apoll und Marsyas und mehr noch aus einigen von Plinius d. Ä. überlieferten Anekdoten, denen zu entnehmen ist, wie griechische Maler und Bildhauer versucht haben, sich in Hinblick auf Naturnachahmung, Augentrug und andere Kunstfertigkeiten wechselseitig zu übertreffen. Die Kunst der Frühen Neuzeit ist reich an Anspielungen auf diese Anekdoten. Sie wurden gerne zum Anlaß genommen, um mit den antiken Meistern zu wetteifern und selber zu einem „zweiten“ Zeuxis oder Apelles zu werden. Aus dem Wettstreit in der Antike wurde dann ein Wettstreit mit der Antike.

Aus dem 18. Jahrhundert datieren Versuche, den Künstlerwettstreit als solchen (mitsamt den in Aussicht gestellten Preisen) alle-

gorisch darzustellen. Eindrucksvolle Beispiele finden sich bezeichnenderweise auf Gemälden, die im Akademiekreis entstanden sind. Neben den Verheißungen sind aber auch die Schattenseiten des Künstlerwettstreits bildlich dargestellt worden. Insbesondere gilt dies für den in der Kunstliteratur mehrfach diskutierten Künstlerneid. Daß die Grenze zwischen der produktiven Konkurrenz und der destruktiven Rivalität, womöglich dem Kampf auf Leben und Tod, nie endgültig abgesichert werden kann, war vielen, wenn nicht allen Beteiligten bewußt. Nicht von ungefähr ist Eris, die sich rasch bewegende griechische Göttin des Wettstreits, zugleich, ja sogar vornehmlich die Göttin der Zwietracht.

### Kooperationen

Dem Künstlerneid und der Rivalität mancher Künstler standen verschiedenartige Formen der Zusammenarbeit gegenüber. Einerseits konnten Spezialisten miteinander kooperieren, um Werke zu schaffen, die keiner von ihnen allein hätte zustande bringen können. Andererseits verfügten einige Künstler über große Werkstätten, in denen arbeitsteilige Produktionsweisen an der Tagesordnung waren. Im Wettstreit um Ruhm und Vorherrschaft am Kunstmarkt tat sich besonders die wohlorganisierte große Rubens-Werkstatt hervor.

Dort, wie auch in analogen Fällen, bedeutete geteilte Arbeit allerdings nicht unbedingt so viel wie geteilte Autorschaft. Hingegen sind der vorliegende Katalog und die Ausstellung zum Künstlerwettstreit Musterbeispiele nicht nur geteilter Arbeit, sondern auch multipler Autorschaft. An dieser Stelle sei allen beteiligten KollegInnen und FreundInnen für ihre akademische und praktische Unterstützung ebenso gedankt, wie für den moralischen Rückhalt, den sie geboten haben. Ohne sie hätte dieses Projekt nicht zu einem glücklichen Abschluß gebracht werden können – und Eris hätte triumphiert! ■

<https://www.khm.at/>

Herausgegeben von  
Gudrun Swoboda  
**Idole & Rivalen.**  
Künstlerischer Wettstreit  
in Antike und Früher  
Neuzeit

296 Seiten, ca. 225 Abbildungen, 24 x 28 cm,  
Hardcover

Hatje-Cantz Verlag  
ISBN 978-3-7757-5398-2 [Deutsch]  
Verkaufspreis im KHM: € 40,-





# Avantgarde und Gegenwart

Die Sammlung Belvedere von Lassnig bis Knebl –  
von 15. September 2021 bis 19. Februar 2023



© Courtesy the artist and Zak Branticka Gallery, Berlin

Agnieszka Polska, *Eclipse*, 2012

Die Ausstellung „Avantgarde und Gegenwart. Die Sammlung Belvedere von Lassnig bis Knebl“ bringt rund 140 historische und zeitgenössische Positionen in ein produktives Wechselspiel. In sechs Erzählsträngen vermittelt die Schau Zugänge zur Kunst von den 1930er-Jahren bis heute. Sie verfolgt bekannte sowie verborgene Spuren und stellt oft überraschende Verknüpfungen her. Im Zusammenspiel von historischen Avantgarden und Gegenwart wird die Sammlung des Belvedere als dynamisches Gefüge erlebbar gemacht.

Toni Schmale und Fritz Wotruba, Maria Lassnig und Sarah Lucas, Ashley Hans Scheirl und Rudolf Hausner, Carola Dertnig und Rudolf Schwarzkogler, Jakob Lena Knebl und Robert Zeppel-Sperl, Melanie Ebenhoch und Bruno Gironcoli – Werke dieser und vieler anderer österreichischer KünstlerInnen sind Teil der Sammlung des Belvedere und machen die Faszination des Bestandes aus dem 20. sowie dem 21. Jahr-



© VALIE EXPORT/ Bildrecht, Wien 2021 / Foto: Johannes Stoll, Belvedere, Wien

VALIE EXPORT, *Homometer*, 1937



## Kultur

hundert aus. Viele der gezeigten Werke stammen aus der vom Belvedere betreuten Artothek des Bundes, die kontinuierlich zeitgenössische Kunst aus Österreich ankauft.

Generaldirektorin Stella Röllig: „Die Sammlung des Belvedere ist das pulsierende Herzstück des Museums. Uns ist wichtig, die Werke in aktuellen Konstellationen zu zeigen: als vielfältige Beziehungsgeflechte zwischen AkteurInnen, Zeitschichten, Haltungen, Neu- und manchmal auch Gegenentwürfen. Mit dieser Sammlungsausstellung beleuchten und erhellen wir schlaglichtartig wesentliche Entwicklungen in der österreichischen Kunst.“

Über sechs Erzählstränge macht die Schau die Sammlung des Belvedere als dynamisches Gefüge erlebbar. In der Ausstellung treffen Werke von rund 140 KünstlerInnen aufeinander. Daraus ergibt sich ein manchmal naheliegendes, manchmal überraschendes Wechselspiel zwischen Avantgarde und Gegenwart, das von Dringlichkeiten und Dynamiken, von Kontinuitäten und Brüchen zeugt.

Kuratorin Luisa Ziaja: „Ausgehend vom Bestand der Kunst des 20. und des 21. Jahrhunderts imaginiert diese Sammlungspräsentation weder die viel zitierte ‚Stunde null‘ als Beginn der österreichischen Nachkriegsavantgarden noch deren lineare Entwicklungsgeschichte. Vielmehr versucht sie, anhand von sechs Erzählsträngen Parallelen und Überkreuzungen, aber auch Gegenentwürfe in der Kunst seit den 1930er-Jahren greifbar zu machen.“

Der Auftakt zur Ausstellung, An-Sammlungen und gebrochene Realitäten, erzählt von Sammlungen als Ansammlungen – Dingen, die aus unterschiedlichen Kontexten und Zeiten kommen und stets aus der Perspektive der unmittelbaren Gegenwart betrachtet werden. In ihrem Aufeinandertreffen interagieren sie quasi animistisch-magisch, wie in *Eclipse* (2012) von Agnieszka Polska. Dieser Teil der Schau widmet sich den bis in die Gegenwart wirkenden geschichtspolitischen Verwerfungen, die die Entwicklung modernistischer Strömungen wesentlich bestimmten. Mit Walter Benjamin gesprochen sind Sammlungen „niemals ein Dokument der Kultur, ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein“.

Lisl Pongers *Horror Vacui* (2008) zeigt die verstörende Szenerie einer verwüsteten

*Bild oben: Friedensreich Hundertwasser, 224 Der große Weg, 1955*

*Bild unten: Maria Lassnig, Doppelsebstporträt mit Kamera, 1974; Artothek des Bundes, Dauerleihgabe im Belvedere, Wien*



© 2021 Namida AG, Glarus, Schweiz / Foto: Johannes Stoll / Belvedere, Wien



© Maria Lassnig Stiftung / Bildrecht, Wien 2021; Foto: Johannes Stoll



Wohnung, die referenzreich den Raub jüdischen Eigentums in der Nazizeit, die Verstrickung von Museen und die oftmals späte Restitution zum Thema hat. Pongers Arbeit gegenübergestellt ist das ebenso verstörende Stillleben mit zwei Köpfen (1932) von Rudolf Wacker: Der bekennende Antifaschist schrieb einmal prophetisch, er sei ein Porträtist von Gegenständen und stelle die Trümmer der bürgerlichen Welt dar.

Abstraktionen versammelt historische und zeitgenössische Ansätze des Ungegenständlichen. Im österreichischen Kontext ist die Auseinandersetzung mit diesen Ansätzen durch Ungleichzeitigkeiten und Brüche gekennzeichnet. Der konstruktive Jugendstil der Wiener Moderne um 1900 nimmt mit seinen Gestaltungsprinzipien bereits die geometrische Abstraktion vorweg. Erst zeitversetzt und nur punktuell finden internationale Strömungen wie Kubismus, Futurismus und Konstruktivismus in den frühen 1920er-Jahren eine Rezeption. Eine zentrale Protagonistin ist Erika Giovanna Klien mit *Diving Bird* (1939). Abstrakte Tendenzen werden erst nach 1945 mit bis dahin ungekannter Intensität aufgenommen: Curt Stenverts *Violinspieler in vier Bewegungsphasen* (1947) oder Maria Lassnigs *Kopf* (um 1954 bzw. 1957) sind zwei Beispiele dafür. Fritz Wotruba (*Große sitzende Figur – Menschliche Kathedrale*, 1949) prägt mit seiner einflussreichen Bildhauerschule eine ganze Generation von KünstlerInnen.

Surreale Narrative verfolgt die anhaltende Präsenz surrealer Ästhetiken. Der Erzählstrang versammelt traumhaft-unbewusste, absurde und phantastische Bildfindungen und durchzieht die gesamte Schau. Immer wieder scheinen künstlerische Verfahren der Verfremdung, Verschiebung und Überschreitung des Realen geeignet, das schwierige Verhältnis des Individuums zur Welt zu fassen. Ein Highlight der Ausstellung ist *Nuage articulé II* (1937/40) von Wolfgang Paalen, eines der wenigen erhaltenen surrealistischen Objekte. Das Kunstwerk gelangte 2020 anlässlich der Ausstellung über Wolfgang Paalen in die Sammlung. Die spezifische Wiener Ausprägung des Surrealismus nach 1945 stellt die Wiener Schule des Phantastischen Realismus dar. Ein Beispiel für die aktuelle Präsenz des Surrealen in einer krisenhaften Gegenwart ist *Neoliberal Surrealist* (2019), ein pissendes Selbstporträt von Ashley Hans Scheirl in einer endzeitlich anmutenden Szenerie.

Der Erzählstrang „Formen des Informellen“ widmet sich – ausgehend von der infor-



Curt Stenvert, *Violinspieler in vier Bewegungsphasen*, 1947

mellen Malerei der 1950er-Jahre – künstlerischen Ansätzen, die zwischen subjektiv-gestischem Ausdruck und Strategien des Zufalls oszillieren. Als Gegenentwurf zur Kunst im Nationalsozialismus ist die neue abstrakt-gestische Malerei ganz dem Individuell-Subjektiven verpflichtet und löst jegliche Form auf. Die körperlich-performative Geste wird zum Ausdruck des Unbewussten. *Rouges différents sur noir* – Liechtenstein (1956/57) entstammt der ersten expressiv-gestischen Werkschere von Markus Prachensky.

Performative Körper erzählt vom Einsatz des menschlichen Körpers als künstlerisches Material wie von der kritischen Auseinandersetzung mit seiner Repräsentation. Arbeiten dazu finden sich in allen Teilen der Ausstellung. Als ikonisch gilt das Werk *Selbstbemalung I* (1964) von Günter Brus – im Wiener Aktionismus wird der Körper selbst zum primären künstlerischen Ausdrucksmittel. Performative Ansätze und relativ neue Medien wie Fotografie und Video eignen sich Künstlerinnen ab den späten 1960er-Jahren an, im Sinne einer feministischen Rückeroberung des weiblichen Körpers als Motiv in der Kunst. Zu sehen sind *Homometer* (1973) von Valie Export, Pionierin der feministischen Aktionskunst, und die fotografische

Serie *Sekundenskulpturen* (1979) von Margot Pilz. Schillernde Identitäten, die zwischen den Geschlechtern oszillieren, stehen im Zentrum der Arbeiten von Jakob Lena Knebl (Joan, 2019; John Boy, 2019).

Der letzte Ausstellungsteil, *Re-Visionen*, nimmt künstlerische Verhandlungen von Geschichtsschreibung und gesellschaftlicher Gegenwart in den Blick, knüpft an den Beginn des Rundgangs und an dessen Erzählungen zur Kunst in Österreich an. Der Denkfigur der *Re-Vision* liegt eine doppelte Blickrichtung – zurück und nach vorn – zugrunde: gewissermaßen eine gegenläufige Perspektivierung der Dinge aus dem Jetzt. Ziel ist, aus dem Vergangenen und seiner Repräsentation nicht nur Schlüsse für die Gegenwart zu ziehen, sondern auch eine andere Zukunft zu imaginieren. So zum Beispiel wenn Marcus Geiger in der raumgreifenden Installation *Portraits and Wurst* (2006) die heroische Selbstdarstellung der Gründerväter der Secession ironisiert und aktualisiert. Oder wenn Veronika Eberhart in ihrer Videoarbeit *9 is 1 and 10 is none* (2017) – der Titel zitiert Fausts *Hexeneinmaleins* – den im Postmaschinenzitalter ausgebeuteten Körper in einem Hexentanz queer-feministisch rückerobert. ■

<https://www.belvedere.at/>

# Die Ausstellung als Kunstwerk

MoMA meets Ferdinandeum: Anhand der brillanten Entwürfe von René d'Harnoncourt zeigen die Tiroler Landesmuseen, wie Kunstausstellungen gemacht wurden und werden – von 2. September 2022 bis 26. Februar 2023.



Foto: Tiroler Landesmuseen / Wolfgang Lackner

Blick in die Ausstellung „Die Ausstellung als Kunstwerk“

Wie wird eine Ausstellung zum Erlebnis? Seit Anfang September schlägt das Ferdinandeum mit Blick auf René d'Harnoncourt eine Antwort auf diese Frage vor. Von 1941 bis 1967 gestaltete er Ausstellungen für das Museum of Modern Art (MoMA) in New York. Die Rolle von AusstellungsarchitektIn, KuratorIn und KunstliebhaberIn vereinte er dabei in einer Person. Das Ergebnis seiner Arbeit begeisterte oft, indem es die BesucherInnen auf ihrem Rundgang mit spannenden Gestaltungsideen überraschte. Heute erzählen herausragende Raumwürfe sowie akribische Zeichnungen der Ausstellungsstücke von den berührenden Präsentationen und der besonderen Herangehensweise d'Harnoncourts.

## Räume der Begegnung

Ausstellungen sind Räume der Begegnung, Räume der Kommunikation. Sie kommunizieren mit Texten, der Auswahl an präsentierten Kunstwerken, sowie mit der Sprache der Raumgestaltung. Richtig abgestimmt und kombiniert, können die Elemente im



Foto: Tiroler Landesmuseen / Wolfgang Lackner

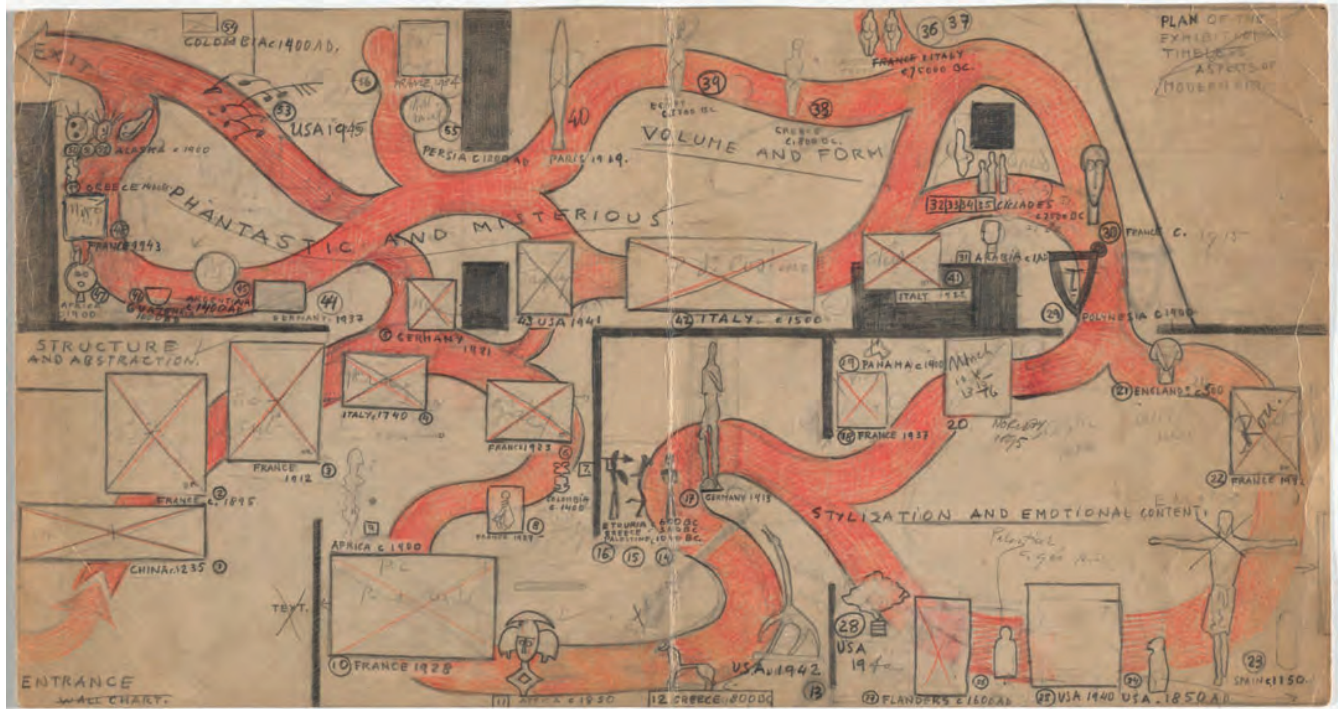
In der Ausstellung werden verschiedene Skizzen von René d'Harnoncourt aus dem Archiv des MoMA präsentiert.

Zusammenspiel sogar Geschichten erzählen und Erlebnisse schaffen, die Menschen berühren. Wie machen sie das? Und worauf kommt es dabei an? Mit „Die Ausstellung als

Kunstwerk. René d'Harnoncourt für das MoMA“ blickt das Ferdinandeum auf die Arbeit eines besonderen Gestalters sowie hinter die Kulissen der Museumsarbeit.



© The Museum of Modern Art, New York. René d'Harnoncourt Papers, IX.A.60. The Museum of Modern Art Archives, New York



René d'Harnoncourt, 1948 Handgezeichnete Wegführung in der Ausstellung "Zeitlose Aspekte Moderner Kunst" Grafit und roter Bleistift auf Papier

**René d'Harnoncourt**

Einer, der die Sprache der Ausstellungs-gestaltung zweifelsohne beherrschte, war René d'Harnoncourt (1901, Wien – 1968, New York). Dem gebürtigen Österreicher und ausgebildetem Chemiker gelang es dank seiner persönlichen Leidenschaft für Kunst, als Quereinsteiger im Ausstellungsdesign Fuß zu fassen. Sein zeichnerisches Talent und die Fähigkeit, Kunst genau wahrzunehmen eröffneten ihm eine neue Berufslaufbahn. Diese begann in den 1920er-Jahren in Mexiko und setzte sich 1933 in New York fort. Ab 1930 realisierte d'Harnoncourt wichtige Ausstellungen, ab 1941 auch für das New Yorker MoMA. Von 1949 bis 1968 war er hier als Direktor tätig, arbeitet aber weiterhin an der Gestaltung von Ausstellungen.

Mit einer unfaßbaren Begeisterung für die Kunstwerke perfektionierte er sein Tun. Dabei war seine Arbeit in vielerlei Hinsicht auch eine künstlerische: Zahlreiche Entwürfe und Zeichnungen geben bis heute einen detaillierten Einblick in sein Schaffen. Die zu präsentierenden Objekte zeichnete er oft aus dem Gedächtnis, gruppierte sie und entwickelte daraus einen erzählerischen Rundgang durch die Ausstellung, der ein Erleben der Kunst ermöglichte. Diese Ansichten geben bei der Schau im Ferdinandeum einen Eindruck vom harmonischen Zusammenspiel der Gestaltungselemente, das der Ausstellungs-macher wie kein anderer beherrschte.

**Metaebene**

Ergänzend zu den Zeichnungen d'Harnoncourts läßt sich der Entstehungsprozeß der gegenwärtigen Präsentation im Ferdinandeum anhand von Gesprächsausschnitten zwischen den AusstellungsmacherInnen nach-

verfolgen. So gewährt „Die Ausstellung als Kunstwerk“ einen kleinen Einblick in einen sonst unsichtbaren Teil der Museumsarbeit.

Die Ausstellung entstand in Zusammenarbeit mit dem Archiv des MoMA.

<https://www.tiroler-landesmuseen.at/>



Eine Skizze für die Installation der Ausstellung „Künste der Südsee“ im Ferdinandeum.

# Pratermuseum NEU

Am Standort einer ehemaligen Spielhalle entsteht an der Straße des Ersten Mai ein neues Museum, das der mannigfaltigen Geschichte des Wiener Vergnügungsparks gerecht wird.

Mit der Geschichte des Praters wird die Geschichte vieler Wiener und Wienerinnen erzählt. Höchste Zeit, das Pratermuseum nach heutigen Maßstäben neu zu definieren und ins Zentrum zu stellen. Der besondere Dank der Stadt Wien gilt den Praterfamilien, die den Prater lebendig halten und ihre wertvollen Objekte der Sammlung der Stadt zur Verfügung stellen“, sagte Bürgermeister Michael Ludwig

Das Pratermuseum befindet sich derzeit in einem kleinen Raum im Planetarium; es liegt abseits und ist für die stattliche Pratersammlung mit ihren stetigen Zuwächsen viel zu klein dimensioniert. Dazu kommt, daß konservatorische Standards nicht gegeben sind, da es sich beim Planetarium nicht um einen klassischen Museumsbau handelt.

Kaum ein anderer Vergnügungspark hat sich so stark in die städtische Identität und das Stadtimage eingepreßt wie der Prater in Wien. Vor mehr als 250 Jahren wurden mit Ringelspiel, „Hutschen“ und „Schlittenfahrt“ die ersten Vergnügungen angeboten. Bis heute ist der sogenannte Wurstelprater ohne Konsumzwang für alle öffentlich zugänglich.

Einige der Praterfamilien blicken bereits auf eine sehr lange Tradition zurück, es ist auch ihrer Initiative zu verdanken, daß 2021 der Startschuß für ein neues, modernes Pratermuseum gefallen ist

## Integration ökologischer & sozialer Nachhaltigkeit

„Das neue Pratermuseum wird umwelttechnisch den höchsten Ansprüchen gerecht und als eines der ersten öffentlichen Gebäude Wiens in Holzbautechnik besitzt es Signalwirkung über die Museumslandschaft hinaus. Angesichts der Klimakrise sind wir es den nächsten Generationen schuldig, in der Kulturpolitik nachhaltig zu denken und zu handeln“, erklärte Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler.

Architekt Michael Wallraff ist es gelungen, Funktionalität und Nachhaltigkeit zu verbinden. Durch die nachhaltige Bauweise und die Nutzung alternativer regenerativer Energien werden niedrige Energiekosten und CO<sub>2</sub>-Werte erreicht. Im Detail:



Foto: Rendering © Michael Wallraff, Wien Museum

Das neue Pratermuseum wird umwelttechnisch den höchsten Ansprüchen gerecht und wird eines der ersten öffentlichen Gebäude Wiens in Holzbautechnik.

- Überwiegend Holzbau, innen und außen sichtbar
- Heizen und Kühlen mit einer Wärmepumpe
- Als ökologische und wirtschaftlichste Energiequelle wird die Außenluft genutzt
- Stromerzeugung durch Photovoltaik am Dach
- Klimapaneel zur Regulierung der Luftfeuchtigkeit reduzieren die Größe der Lüftungsanlage bzw. des Primärenergiebedarfs erheblich
- Hocheffiziente Wärmerückgewinnung der Lüftungsanlage
- Sehr gute Energiekennzahlen
- Auch sozial zeigt das neue Pratermuseum Nachhaltigkeit: Dank der großen Kubatur wird das Erdgeschoß zum von beiden Seiten offenen, nicht-kommerziellen Freiraum mit multifunktionalem Veranstaltungsbereich.

„Kulturelle Räume sind soziale Begegnungsräume und gerade in Zeiten großer gesellschaftlicher Herausforderungen als solche heute wichtiger denn je. Umso mehr freut es mich, daß das neue Pratermuseum ebenerdig durchlässig wird und in den neuen Planungen ein zusätzlicher öffentlicher Raum entsteht“, so Kaup-Hasler.

## Funktionalität & Nutzen

„Der Prater ist ein Ort der Moderne, ein Ort für Alle. Das Pratermuseum stellt einen wichtigen Beitrag zur lokalen Geschichte der Unterhaltungskultur und zur Stadtgeschichte Wiens dar. Das neue Pratermuseum wird öffentlicher Begegnungsraum und Kulturzentrum in einem“, erklärte Matti Bunzl, Direktor des Wien Museums.

Statt einer einseitig begehbaren, hermetischen Ausstellungsbox ist das neu konzipierte Pratermuseum ein Ort der Begegnung.





Foto: Peter und Birgit Kainz

Bild oben: Karussellfigur: Ringelspiel Pferd, um 1880

Bild rechts: Spielautomat, „Internationales HeirathsVermittlungsBureau“, 1897

Zugänglich ist es sowohl von der Straße des Ersten Mai als auch vom Eduard Lang Weg aus – die großen Fensterfassaden laden ein, das Gebäude zu queren.

Im Vergleich zum alten Pratermuseum im Planetarium steht dem neuen Pratermuseum an der Straße des Ersten Mai eine verdoppelte Nutzfläche zur Verfügung.

**Aufbau**

*Das Erdgeschoß*

Der öffentliche Freiraum im Erdgeschoß schafft soziale Nachhaltigkeit, als multifunktionaler Veranstaltungsbereich ist er die einzige nicht-kommerzielle Event-Location im Prater. Neben Kassa und Buch-Shop wird im 110 m<sup>2</sup> großen Foyer bereits die über 250jährige Geschichte des Praters über ein großes Panoramabild thematisiert.

*Ausstellungsgeschoß über drei Ebenen*

Vom Foyer aus führt eine Treppe auf eine Galerie. Hier beginnt die Erzählung der Geschichte des Praters auf rund 200 m<sup>2</sup>. Im ersten Stock befindet sich die größte Ausstellungsfläche von 120 m<sup>2</sup>, eine 60 m<sup>2</sup> große Fläche im zweiten Stock wird durch einen



Foto: Peter und Birgit Kainz

knapp 9 m<sup>2</sup> großen Balkon mit Blick über den Prater erweitert. Im Detail:

- Verdoppelte Nutzfläche im Vergleich zum alten Pratermuseum
- Zugang sowohl von der Straße des Ersten Mai als auch vom Eduard Lang Weg aus
- Vorplatznutzung vor den Eingängen
- 110 m<sup>2</sup> großes Foyer als öffentlich zugänglicher, nicht-kommerzieller Freiraum mit multifunktionalem Veranstaltungsbe- reich
- 200 m<sup>2</sup> Ausstellungsraum über drei Ebenen mit einer neuen Dauerausstellung zur Pratergeschichte anhand von Objekten aus der Pratersammlung des Wien Museums
- Balkon mit Blick über den Prater

„Das Gebäude ist maximal niederschwellig und transparent gedacht, das halböffentliche Erdgeschoß kann ohne Eintritt durchquert werden und lädt zum konsumfreien Verweilen ein. Es entsteht eine neuer Treffpunkt. Hier werden unterschiedlichste BesucherInnen empfangen und in die Geschichte des Praters und die Atmosphäre des Ortes eingeführt. Und wer neugierig geworden ist, beginnt den Weg nach oben in die beiden Ausstellungsebenen“, erläutert Architekt Michael Wallraff sein Projekt.

„Das neue Pratermuseum schließt in seiner Leichtbauweise an die Tradition historischer Praterarchitekturen an, interpretiert diese aber radikal neu. Im Gegensatz zu den umgebenden Strukturen ist die Form des Pratermuseums kontextuell gedacht und reagiert auf das nahe gelegene Umfeld: die Silhouette des Museums hält den Blick vom Kratky-Baschik-Weg auf das Riesenrad frei und bildet durch ihre Höhe und markante Dachform eine Art Landmark in Mitten des Pratertrubels.“

**Die neue Dauerausstellung**

„25 Jahre nach Aufstellung der aktuellen Präsentation im Prater Museum, nach intensiven Forschungen und spannenden Sammlungszuwächsen, wird es Zeit für eine neue Auseinandersetzung mit dem historischen und dem gegenwärtigen Prater“, so die KuratorInnen vom Wien Museum, Susanne Winkler und Werner Michael Schwarz.

Der Gegenstand des Prater Museums ist lebendig. Der historische und gegenwärtige Prater ist das Objekt, das im Museum verhandelt, reflektiert und kommentiert wird. Die neue Dauerausstellung ist in Kapitel gegliedert, die sich aus den vorgestellten Aspekten der Geschichte des Praters und aus zentralen Objekten der Sammlung ableiten:



- Ort der Moderne
- Ort für Alle
- Ort der Großstadtwerdung
- Künstliche Erfahrungswelten
- Weltbilder
- Körper und Lust
- Freiraum und Kontrolle
- Stimmengewirr und Klanglandschaft
- Theatralität und Travestie
- „Zeitlose“ Vergnügungen
- Ort der Imagination
- Identität und Stadtimage

Das neue Pratermuseum bietet niederschwellige Bildung auf höchstem wissenschaftlichem Niveau. Ein starkes kulturelles und volksbildnerisches Zeichen.

**Die Pratersammlung**

Der Wiener Prater als traditionsreicher Ort des Freizeitvergnügens stellt einen be-

sonderen Sammlungsschwerpunkt des Wien Museums dar. Den Kernbestand bilden die mehrere tausend Objekte umfassende Sammlung Hans Pemmer, die auf die jahrzehntelange kontinuierliche Auseinandersetzung des Heimatforschers mit dem Prater zurückgeht. Sie besteht aus Originalobjekten, Do-



Foto: Peter und Birgit Kainz

Handpuppen, Kasperl und Krokodil aus dem Kasperltheater bei der Walfischgrottenbahn, um 1890

kumentationsmaterial und Erinnerungsstücken. 1935 veröffentlichte Hans Pemmer das Buch „Der Wiener Prater einst und jetzt“ und richtete in seiner Wohnung im 3. Bezirk ein privates Pratermuseum ein.

1964 übergab er seine Sammlung der Stadt Wien, die daraufhin im Planetarium nahe dem Riesenrad das Pratermuseum eröffnete. Mitte der 1980er-Jahre konnten die Bestände um die Sammlung Adanos erweitert werden, die ihren inhaltlichen Schwerpunkt auf die „Abnormitätenschauen“ im Prater legt.

1990 wurde schließlich die Laterna magica-Sammlung von Ernst Hrabalek als assoziierte Spezialsammlung erworben. Das thematische Spektrum der Pratersammlung reicht von der Entwicklung des Wurstelpraters über die vielfältige Nutzung des grünen Praters bis hin zur Adaptierung des Praters als Ausstellungs- und Veranstaltungsgelände – mit Objekten und Informationen über das Riesenrad, die Praterarchitektur, die Rotunde, die Weltausstellung von 1873, über einzelne PraterunternehmerInnen, Tier- und Menschenschauen, Zirkus, Variété oder das Theater im Prater...

Neben Originalobjekten – darunter etwa Ringelspielfiguren, Teile einer Grottenbahn, frühe Spielautomaten und Kasperlfiguren vom Praterwurstel – beherbergt die Pratersammlung Pläne, Modelle, Fotos, Eintrittskarten, Programmhefte und Plakate. Auch Kunstwerke, die die Geschichte des Praters zum Thema machen, werden gesammelt.

**Der Architekt**

Michael Wallraff ist Architekt und Bühnenbildner und arbeitet seit 1997 selbständig in Wien, München und Los Angeles. Sein Wiener Architekturbüro wurde 2004 gegründet und wird seit 2012 als ZT GmbH geführt. Es ist in unterschiedlichen Bereichen tätig: von Stadtplanungen über Adaptierungen, Umnutzungen, Zu- und Neubauten, Bühnenräumen, Ausstellungen und Möbeln bis hin zu Objekten der Alltagskultur.

<https://www.wienmuseum.at/>  
<http://www.wallraff.at/>



Foto: Peter und Birgit Kainz

Flipperautomat „Evel Knievel“, 1977



Rendering © Michael Wallraff, Wien Museum

So wird sich das Pratermuseum NEU 2024 den BesucherInnen darbieten.



# Chopin: wichtiger Balsam für unser Miteinander

Das 38. Chopin-Festival in der Kartause Gaming als Bekenntnis zu Völkerverständigung, Frieden in Europa

Von Daniel Wagner\*)



Fot. Sebastian Kocon

Prof. Theodor Kanitzer, Präsident der Internationalen Chopin-Gesellschaft Wien bei seinen Begrüßungsworten in der Kartause Gaming

Europa im Jahr 2022, wer hätte das gedacht: Pandemie, gräuliche Kriegshandlungen vor den eigenen Türen, immer heftigere politische und wirtschaftliche Wirrungen, die am Fundament des Miteinanders kratzen. Es kann kein Zufall sein, daß just in diesem schicksalsgeplagten Jahr die Internationale Chopin-Gesellschaft in Wien ihren 70. Geburtstag begeht.

Die Internationale Chopin-Gesellschaft in Wien, renommierter Kulturträger des Landes Österreich in der Europäischen Union, arbeitet seit 70 Jahren mit international angesehenen, vielfach ausgezeichneten MusikerInnen aus aller Welt an einem verständigen Miteinander der Nationen, und versteht sich mit

ihren Mitgliedern und Gästen so als Bindeglied zwischen Zivilgesellschaft und Kultur, um das friedliche Miteinander durch die Sprache der Musik zu fördern.

Dem großen, hehren Ziel war auch das 38. Chopin-Festival in der Kartause Gaming gewidmet, nein, noch mehr, aufgrund der aktuellen Lage in Europa war es ein echtes Statement für ein Miteinander der Kulturen.

## Zwei Jubelfeste als Standpunkte für den Frieden

70 Jahre Chopin-Gesellschaft trifft auf 100 Jahre Land Niederösterreich. Bereits der Eröffnungstag ließ die beiden Jubilare unter dem großen gemeinsamen Nenner „Frieden“ auf das Hervorragendste gemeinsam aktiv werden.

Bei strahlendem Sonnenschein versammelte sich die illustre Gästeschar des diesjäh-

rigen Chopin-Festivals zu den feierlichen Klängen der Musikkapelle Gaming (Danke an Kapellmeister Andreas Jordan!) im historischen Prälatenhof der Kartause Gaming: umrahmt von Europahymne und der niederösterreichischen Landeshymne bestärkten die Festredner von Landtag, Kirche und der Polnischen Botschaft in Wien die Notwendigkeit des Dialogs und friedlicher Begegnung auch durch Kunst und Kultur für ein europäisches Miteinander.

Und genau diesen friedlichen Kulturdialog erlebten die p.t. Festgäste gleich im Anschluß der offiziellen Eröffnung beim ersten Festivalkonzert in der Kartausenkirche: unter dem Motto „100 Jahre Niederösterreich“ wurde dem Kulturdialog für den Frieden auf höchstem, künstlerischen Niveau nicht allein gehuldigt: Es war echter Dialog und gepflegte Lebensfreude, den Klängen zu Joseph Haydn

\*) Mag. Daniel Wagner ist Musikwissenschaftler, Vorstandsmitglied der Internationalen Chopin-Gesellschaft und bekannt durch seine Sendungen im Radio Stephansdom



populärer F-Dur Sonate Hob. XVI:23 unter der profunden Wiener Anschlagkultur von Professor Manfred Wagner-Artzt lauschen zu dürfen. Schuberts Atzenbrunner Tänze gelangen dank Amadine Savary delikate wie eine alte niederösterreichische Landpartie. Der Auftritt der „Camerata Mozartiana“, des temperamentvollen, jungen Kammerorchesters unter Daniel Auner, zählte zu den großen Entdeckungen für die Chopinisten Österreichs: aus Beethovens Mödlinger Tänzen WoO 17 über Ignaz Pleyels C-Dur Violinkonzert als Höhepunkt niederösterreichischer Klassik (hervorragend an der Soloviolin: Maestro Auner) ging es hin zu gelebtem, gegenwärtigem Niederösterreich: mit der Uraufführung von Hannes Raffaseders Sinfonietta Nr. 2 gelang ein perfektes Beispiel für (nieder-) österreichische Komponisten-Meisterschaft: „tempora mutantur“ lautet der Titel des Werks – und tatsächlich, der Wechsel der Zeiten mit erkennbarer Tradition hin zu einer berührenden Musikmoderne wurde von Raffaseder mit Bravour hier ausgearbeitet. Ovationen!

Als wäre es nicht genug der Sternstunden bereits zum Festivalsauftakt nahm gleich zum Abschluß dieses besonderen Abends der große Startgast des 38. Chopin-Festivals am prachtvoll erklingenden Yamaha-Konzertflügel in der Kartausenkirche Platz: mit Janusz Olejniczak, im Dialog mit der Camerata Mozartiana, erstrahlte Frédéric Chopins Grande Fantaisie sur des Airs Polonais op. 13 in ungeahnte Höhen. Jede noch so kleine Momentaufnahme in diesem Vorbildwerk der Liebe zur verlorenen, polnischen Heimat Chopins, jedes Pianissimo ließ den Atem des begeisterten Publikums stocken.

### Festival als Familie

Das diesjährige Chopin-Festival sollte mit Olejniczak und seinen KollegInnen tatsächlich einmal mehr ein besonderes Beispiel für den besonders intimen Charakter dieser Kulturinstitution am österreichischen Festivalhimmel sein.

Samstag Mittag offerierte das traditionelle „Dinnerkonzert“ im Prälatsaal der Festivalsfamilie, neben lukullischen vor allem große, musikalische Köstlichkeiten: Bravo für Anita Pohls Chopin-Etüden op. 25, inklusive Paraphrasen; ganzheitlich perfekt – auch im emotionalen Sinn – Adela Liculescus b-Moll Scherzo op. 31! Ein besonders köstliches Dessert bereitete das phänomenale Rubik-Quartett, eine diesjährige Quartettneugründung aus mdw-Kreisen (Betreuer: u.a. Professor Johannes Meissl) mit Quartettbe-

arbeitungen von Johann Strauß Sohn Walzern. Vier internationale NachwuchsmusikerInnen, von denen man noch hören wird, formierten sich hier: Janay Tulenova und Zarina Imayakova, zwei Violinistinnen aus Kasachstan, Magdalena Rychetsky, Wiener Bratschistin und der slowenische Cellist Urh Mrak ließen schon vorahnen, mit welcher Finesse sie bereits in ihren jungen Jahren den gesamten Festivaltag inklusive Nachtkonzert auch weiter mitbestreiten würden.

So wurde mit dem Eröffnungsauftritt des Rubik-Quartetts im Rahmen des „Nocturno“, des traditionellen Samstagabend-Konzerts bei Kerzenschein in der Barockbibliothek, das op.76/5 D-Dur Streichquartett von

Joseph Haydn ein lebendiges Zeugnis für moderne Interpretation der ganz großen Wiener Klassik. Voller feiner Striche, zart bis impulsiv – mit welcher sangbaren Nuancierungen etwa das mittige Largo ausgestattet war: große, jugendliche Meisterschaft.

Unter dem Motto „70 Jahre Internationale-Chopin-Gesellschaft in Wien für Völkerverständigung, Frieden und Freiheit“ sollte dieser Abend ein Fest für alle von den gesellschaftlichen Wirrungen der Gegenwart gebeutelten Menschen werden. Und viel zum Nachdenken über die Aufgabe der Kunst für den Frieden geben:

Die gewohnt herrliche Conference von Liliana Niesielska, die Einblicke in das Wer-



Ein Blick in das hohe Kirchenschiff und auf den Hauptaltar der 1342 geweihten Klosterkirche während des 38. Chopin-Festivals der Internationalen Chopin-Gesellschaft



## Kultur

den der Internationalen Chopin-Gesellschaft in Wien über 70 Jahre auch für die Nachgeborenen gab, wurde in diesem Jahr aufgrund des Jubiläums noch um einen Überraschungsgast bereichert. Der große Wiener Pianist em. Univ.-Prof. Alexander Jenner ließ es sich nicht nehmen, auf Einladung der Gesellschaft die frühen Zeiten der Chopin-Gesellschaft auf herrlich amüsante Weise zu kommentieren. „Dazwischen“ gab es – natürlich beim Nocturno – Chopin zu hören. Aber was für welchen! Anita Pohls Ausschnitte aus den op. 25 Etüden, Adela Liculescu mit Nocturnen und Balladen (unglaublich ausdrucksstark: die g-Moll Ballade op.23) und Amandine Savary mit einer schlicht berührenden Valse wurden von Janay Tulenovas an der Violine im Duo mit dem wunderbaren Pianisten Manfred Wagner-Artzt grandios interpretierten Duobearbeitungen zu Chopin-Nocturnen (von Sarasate bis Milstein) abgerundet.

Und dann kam er: Janusz Olejniczak – oder sollte man sagen, Frédéric Chopins Alter Ego? Welche Gefühlswelten von Pianissimo bis Forte-Fortissimo, von sentimental bis prachtliebend gingen in seinen Interpretationen auf: schlichtweg Gänsehautgefühle erzeugten die Balladen, Valsen, Nocturnen. Olejniczak erzählte durch Chopin von Freud und Leid, Gesundheit, Abschied und Wiederkehr, Krankheit, Liebe, Haß, Stolz – was für eine kraftstrotzende A-Dur Polonaise! Hier wurde die ganze europäische Geschichte des Komponisten in seinen vertonten Emotionen für die verlorene Heimat deutlich.

Der nicht enden wollende Applaus für einen weiteren meisterhaften Moment in der Geschichte der Internationalen Chopin-Gesellschaft in Wien zeigte die Dankbarkeit des begeisterten Publikums für den Meisterpianisten Janusz Olejniczak, der mit Recht einer der ganz großen Chopin-Interpreten der Gegenwart genannt werden darf – und eben langjähriger Freund des familiären Chopin-Festivals in der Kartause Gaming.

Daher ließ Olejniczak es sich auch nicht nehmen, die Sonntagsmatinee mit einem weiteren Strauß voller Chopin-Blüten musikalisch mit zu vervollkommen: vollkommen war an diesem zauberhaften Vormittag ebenso die dargebotene Kammermusikfassung von Mozarts prachtvollem A-Dur KV 414. So viel vornehme Galanterie wie Amandine Savary im Zusammenspiel mit dem Kubik-Quartett in der Kartausenkirche etwa im Andante entstehen ließ – brillant auch die perlenden Läufe in Rondeau.



Foto: PaN / WJG

Das Eröffnungskonzert mit der Camerata Mozartiana unter dem Dirigenten Daniel Auner



Foto: PaN / WJG

Höhepunkt des Festivals das „Nocturno“ in der Stiftsbibliothek. Im Bild (ganz links) Moderatoren Liliana Nisielska, Pianist Manfred Wagner-Artzt (2.v.l.) mit den MusikerInnen und der Präsident der Internationalen Chopin-Gesellschaft, Prof. Theo Kanitzer (rechts)

Mit dem erst 13jährigen Meister-Nachwuchsgeiger Michael Andrusenko, mehrfachen Prima La Musica Preisträger und zu recht Stipendiat der renommierten Förderprogramme von Prima la Musica Wien (Klavierbegleitung: Irina Dankevich) präsentierte sich der musikalische Nachwuchs des Landes auf höchstem Niveau: phänomenal, wie reif er Franz Drdilas Carmen-Fantasie ebenso wie Chopin-Bearbeitungen zum Besten gab. Bravo!

Ein Festival voller Sternstunden ging so beinahe zu Ende: und damit auch die letzte Sternstunde – das Sonntagskonzert auf der Seebühne in Lunz am See nicht ins Wasser fiel, intervenierte der Wettergott rasch: mit Elan konnte bei klar werdendem Himmel die Familienmusik Six, eine renommierte Laienmusikgruppe aus Opponitz, (Region Gaming) im charmanten Wechselspiel von Lied, Mu-

sik und erklärender Conference sich mit Ländlern, Jodlern, Polkas und allerlei wertvollem Liedgut aus Niederösterreich voll ins Zeug legen. Zum krönenden Abschluß des 38. Chopin-Festivals in dem für Österreich so bedeutenden Ötscherland rund um die Kartause Gaming wurde den Chopinisten aus aller Welt die geselligen Schönheiten des Landes Niederösterreich vergegenwärtigt.

Drei Tage Jubelfest als nicht enden wollende Sternstunde: so ging das Fest 70 Jahre Internationale Chopin-Gesellschaft und 100 Jahre Land Niederösterreich zu Ende. Auf Wiederhören und -sehen 2023! ■

<https://www.chopin.at/>

Anm.: Der Präsident der ICG, Prof. Theodor Kanitzer, ist auch Präsident der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft im Dachverband Partner aller Nationen PaN.

<http://www.dachverband-pan.org/>